

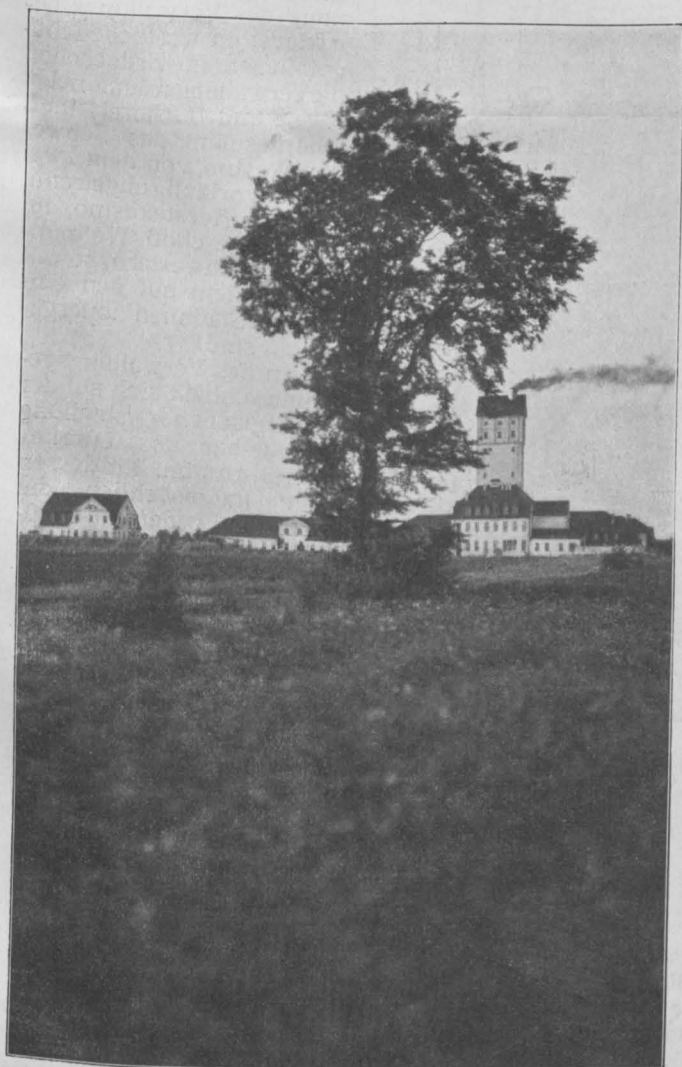


DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLV. JAHRGANG. N^o. 70. BERLIN, 2. SEPTEMBER 1911.

Das Krankenhaus der Stadt Rixdorf bei Buckow.

Architekt: Stadtbaurat Reinhold Kiehl in Rixdorf.



Wirtschaftsgebäude, Ansicht vom Triftweg (oben), von Süden (unten).



Für die Krankenpflege in Rixdorf stand bis zur Eröffnung des neuen Krankenhauses im Herbst 1909 nur eine kleine Anstalt, bestehend aus 2 Baracken mit rd. 100 Betten, zur Verfügung, deren Umfang und innere Einrichtung dem in den letzten Jahren erfolgten rapiden Wachstum der Stadt (bei der Stadtwerdung im Jahre 1899 85 000 Einwohner, im Jahre 1911 245 000 Einwohner) in nur unzulänglicher Weise entsprach. Die Erwerbung eines passenden Grundstückes für einen Neubau für 900—1000 Betten innerhalb des Weichbildes der Stadt war mit zu hohen Kosten verknüpft, sodaß sich die städtischen Körperschaften — nicht ohne Widerspruch von Aerzten und aus der Bürgerschaft — entschlossen, ein vom Zentrum der Stadt 4 km entferntes Gelände zu erwerben, welches, in dem Gemeindebezirk Buckow an der Königswusterhausener Chaussee belegen, eine gesunde freie Lage hat, die auch später bei der Entwicklung des Dorfes Buckow infolge der Bauordnung — Bauklasse D — (Erdgeschoß und 2 Geschosse) den Vorteil bietet, daß eine Umbauung mit hohen Miethäusern ausgeschlossen ist. Das Grundstück ist von vier 24—38 m breiten Straßenzügen begrenzt und hat eine Größe von rd. 80 000 qm. Die gegen das Grundstück erhobenen Bedenken richteten sich hauptsächlich gegen die mangelhafte Verbindung mit der Stadt und den schlechten Weg im letzten Teil der Strecke. Dieser Mangel wird jedoch bald bei der starken Entwicklung der südlichen Vororte Johannisthal-Rudow behoben sein, da eine Straßenbahnverbindung und die Asphaltierung des jetzt bestehenden Chausseeweges geplant sind. Nachdem die Entscheidung über den Bauplatz getroffen war, wurden die Entwurfsarbeiten für die grundlegenden Pläne nach eingehender Information über die wichtigsten neueren Krankenhausbauten in Deutschland von

dem leitenden Arzt des Krankenhauses, dem Verwaltungsdezernenten und dem Stadtbaurat für Hochbau gemeinschaftlich aufgestellt.

Das Grundstück wird durch eine Hauptachse in zwei Teile zerlegt. Die Mitte der Achse nimmt am Nordende das Verwaltungsgebäude ein, am Südende

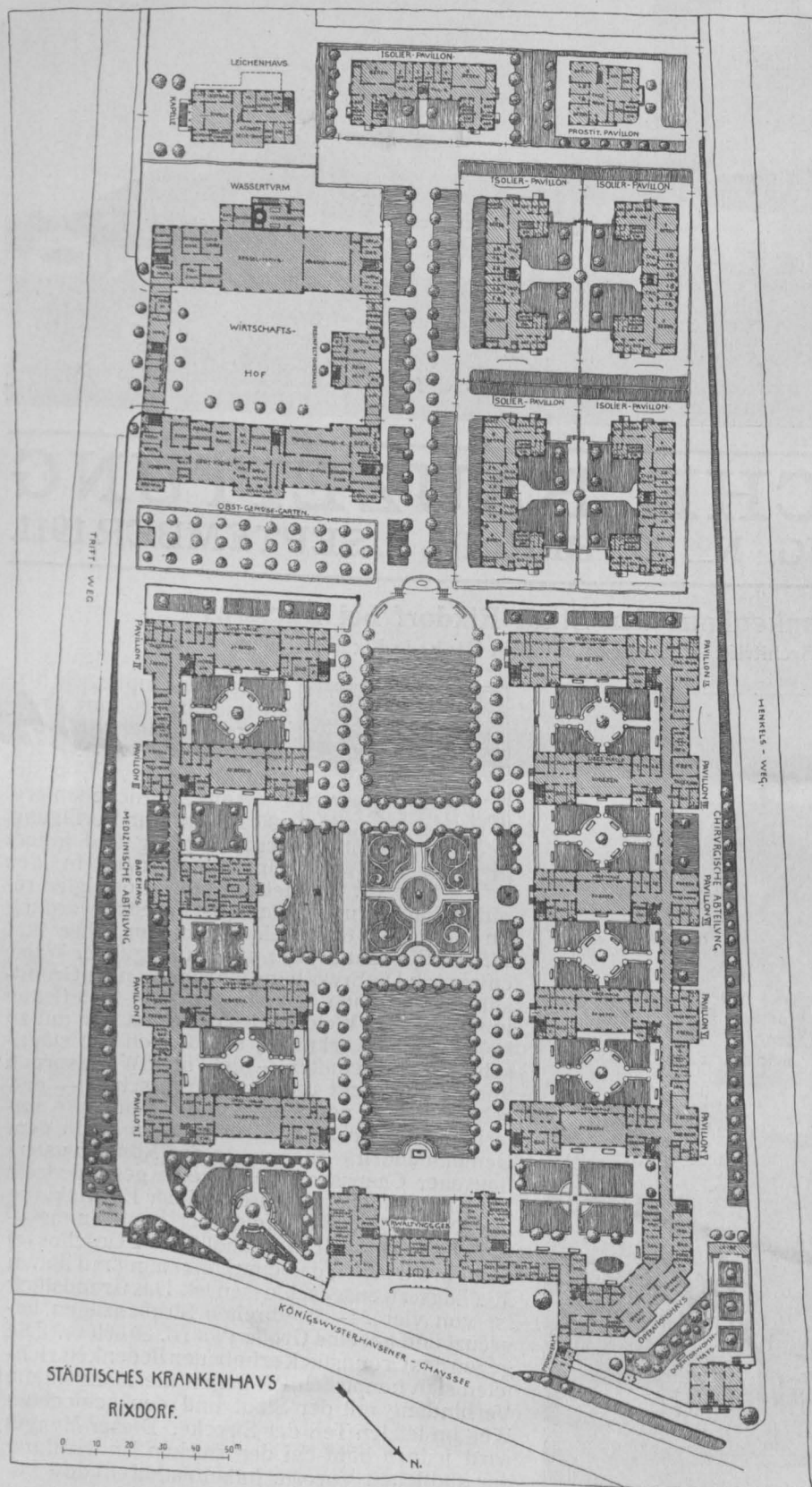
haus gehende Querachse teilt die Anlage in die Männer- und in die Frauenseite.

In 16 für die Aufnahme von Kranken bestimmten Bauten sind zusammen für beide Geschlechter rd. 900 Betten vorhanden; davon entfallen: 295 Betten auf die chirurgische Abteilung, 314 Betten auf die innere Abteilung, 261 Betten auf die Abteilung für ansteckende Krankheiten einschließl. Geschlechtskrankheiten, 12 Betten für unruhige Kranke, 18 Betten für zahlende Kranke.

Die Zufahrt zu dem ungefähr 2 m über der Straße gelegenen Grundstück führt mittels einer Rampe durch das Pfortnerhaus vor das Verwaltungs-Gebäude, das in der Mitte die Aufnahmestation im Erdgeschoß und einen als Vortrags-, Speise- und Betsaal dienenden 9,7/20,7 m großen Raum im Obergeschoß enthält. In den Flügelbauten des Verwaltungsgebäudes befinden sich östlich im Erdgeschoß die Apotheke mit Wohnung und Nebenräumen, im I. Obergeschoß das Aerzte-Kasino (das vorläufig für die Wohnung des dirigierenden Arztes der inneren Abteilung ausgebaut ist); im II. Obergeschoß die Wohnung des Verwaltungs-Direktors; im westlichen Flügel liegen im Erdgeschoß die Verwaltungsräume nebst Kasse und Bücherei; im I. Obergeschoß das Schwesternkasino, von dem zwei Räume vorläufig abgetrennt sind als Aerztekasino, im II. Obergeschoß Wohnungen für Schwestern, soweit solche nicht auf den einzelnen Stationen untergebracht sind.

An das Verwaltungsgebäude schließt sich auf der chirurgischen Abteilung unmittelbar das Operationshaus an, für dessen Lage hauptsächlich die ärztliche Forderung maßgebend war, die Operationssäle genau nach Norden zu legen, da erfahrungsgemäß eine von der Nordrichtung auch nur wenig abweichende Lage im Sommer infolge der Sonnenhitze als sehr lästig von den operierenden Ärzten empfunden wird; auch auf den Vorteil nahe am Eingang sei hingewiesen, wodurch es möglich ist, Schwerverletzte sofort in den Operationsaal zu schaffen. Im Erdgeschoß des Operationshauses lie-

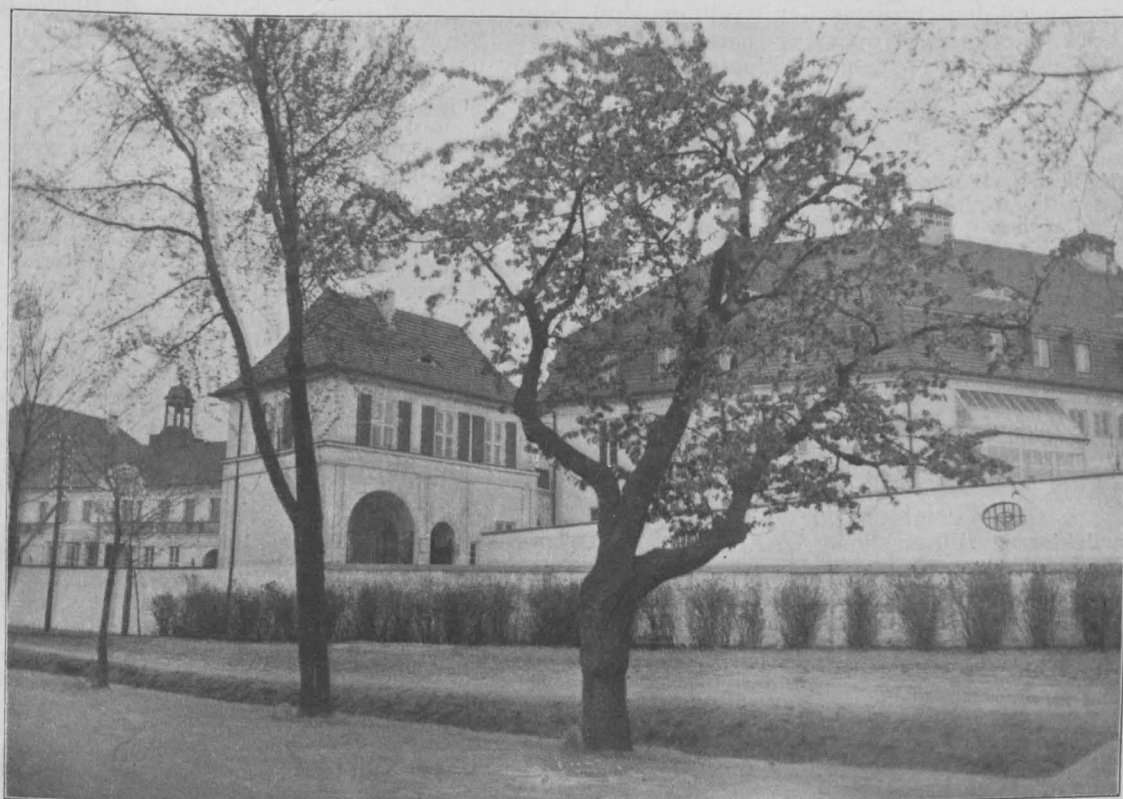
gen die beiden Operationssäle mit den erforderlichen Nebenräumen wie Verbandstoffraum, Vorbereitungs-zimmer, Röntgenkabinett, Gipszimmer usw. Zwischen beiden Operationssälen befindet sich das Instrumentenzimmer. Im I. Obergeschoß liegen Krankenzimmer, im II. Obergeschoß Wohnräume für Schwestern



ein Isolierpavillon. Der westlich von der Hauptachse gelegene Teil wird durch das Operationshaus, die chirurgische Abteilung, die Isolierpavillons und das Kinderhaus gebildet, der östliche Teil von der inneren Abteilung, Wirtschaftsgebäude nebst Desinfektionshaus und Leichenhaus. Eine durch das Bade-

und Personal. Durch einen überbauten Verbindungsgang sind vom Operationshaus die 2 großen und 3 kleinen chirurgischen Krankenpavillons erreichbar.

schwer kranke Personen mit unangenehmen Krankheiten und für Sterbende vorgesehen, dazu besonderes Bad und Aborte; ein kleines Verbands- bzw. Untersuchungszimmer liegt unmittelbar neben dem großen



Anfahrt von der Königswusterhausener-Chaussee.

Den Hauptraum eines jeden Pavillons bildet ein allgemeiner Krankensaal mit 24 bzw. 20 Betten, dem nach Südwesten eine Liegehalle vorgelagert ist. Außer dem großen Krankensaal sind noch verschiedene Einzelzimmer (für 1—7 Betten) in jedem Pavillon für

Saal. Nach der Gartenseite schließen sich der Tagerraum, die Anrichteküche, Wärterzimmer, ein großes Bad, Räume für reine und unreine Wäsche an. Die Einteilung des Obergeschosses entspricht im allgemeinen der des Erdgeschosses. Beide Geschosse

2. September 1911.

sind durch einen Fahrstuhl verbunden. Das Dachgeschoß enthält die Wohnräume für die im Pavillon beschäftigten Aerzte und das Wartepersonal. Der Verbindungsgang zwischen den einzelnen Pavillons ist nur im Erdgeschoß vorgesehen.

Entsprechend den chirurgischen Pavillons sind auf der Ostseite die Pavillons der inneren Abteilung angeordnet (2 große und 2 kleine) mit dem

Tote.

Baurat Middeldorf †. Am 24. d. M. ist unerwartet der kgl. Baurat Middeldorf, Baudirektor der Emscher-Genossenschaft in Essen, durch einen vorzeitigen und plötzlichen Tod seinem großen Wirkungskreise entrissen worden. Im Jahre 1901 dazu berufen, einen Entwurf aufzustellen für die Regelung der Vorflutverhältnisse im industriereichen Emschergebiet, dessen hygienische Zustände dringend einer Besserung bedurften, hat er mit besonderem Geschick diese verantwortungsvolle und bei den gegebenen Verhältnissen auch technisch schwierige Aufgabe erfüllt und das Unternehmen zu einem großen Teil tatkräftig durchgeführt. Est ist ihm nicht vergönnt gewesen, die Vollendung seines Werkes zu erleben, über dessen hohe Bedeutung wir aus der Feder des Verstorbenen selbst in den Jahrgängen 1904 und 1910 unserer Zeitung ausführliche Mitteilungen gebracht haben. —

Vermischtes.

Ehrendoktoren. Auf einstimmigen Antrag der Abteilung für Ingenieurwesen wurde durch Beschluß von Rektor und Großem Senat der Technischen Hochschule zu Darmstadt dem Gesundheits-Ingenieur Wilhelm Paul Gerhard in New-York in Rücksicht auf die hervorragende Stellung, die er in den Vereinigten Staaten auf dem Gebiete der Gesundheitstechnik einnimmt, und in Anbetracht der zahlreichen literarischen Arbeiten, durch die er Theorie und Praxis der gesundheitstechnischen Anlagen in hervorragendem Maße gefördert hat und noch fördert, die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen. —

Ueber den Einfluß der Hitze auf die Straßenbepflanzung entnehmen wir der „Frankl. Ztg.“ Folgendes: Wohl keine Kulturpflanzengesellschaft hat unter der abnormen Dauerhitze so sehr zu leiden, als die der Straßenbäume in der inneren Stadt. Schon in normalen Zeiten müssen sie mit der Großstadt, in die man die Schattenspende verpflanzt, unausgesetzt um ihr Leben kämpfen. Und zwar unter den ungünstigsten Verhältnissen. Eine ganze Reihe der für das pflanzliche Leben wesentlichsten Bedingungen fehlt ihnen oder kann ihnen in nur beschränktem Maße geboten werden. Genügende Bodenfeuchtigkeit ist durch künstliche Bewässerung nicht zu schaffen; der Boden selbst ist meist arm an Nährstoffen, die atmosphärische Luft wird von ihm durch die Befestigung der Straßen fast ganz abgeschlossen, außerdem kann er nicht ausdünsten, bewahrt das ihm aus den Leitungen zuströmende Gas, ein Gift für alles pflanzliche Leben, und schließlich liegen die Röhren so dicht bei einander, daß sich die Baumwurzeln nicht genügend ausbreiten können. Außerordentlich nachteilig ist weiter der Einfluß von Lufttrockenheit und Staubeentwicklung auf Wohlbefinden und Wachstum der Bäume.

Wie in keinem früheren Sommer ist im heurigen Gelegenheit geboten, Beobachtungen zu machen über die Widerstandsfähigkeit der einzelnen Baumarten. Am besten bewähren sich wieder Platane und Robinie (*Robinia pseudacacia*); frischgrün und frohwüchsig stehen die beiden Südländer da, während die Kollegen aus gemäßigten Breiten mehr oder weniger gelitten und ihr grünes Kleid eingebüßt haben. Mehr noch als die Roßkastanie zeigt ihre rotblühende Schwester (*Pavia rubra*), daß sie im Kampf mit der Hitze unterlegen ist: die am Eschenheimer Tor und in der Taunusanlage stehenden Bäume z. B. sind fast entlaubt; nur an Plätzen mit größerer Luft- und Bodenfeuchtigkeit, wie im Günthersburgpark, halten sie noch einigermaßen ihren Blätterschmuck. Völlig kahl geworden sind viele Roßkastanien; die jungen Bäume am Polizeipräsidium sehen jetzt schon aus wie sonst im Oktober. Die Silberlinde, eine der widerstandsfähigsten Lindenarten, hat stark gelitten; den Bäumen am Roßmarkt sind durch die vom sonnenbestrahlten Pflaster aufsteigenden Glutwellen die unteren Teile der Laubkronen geradezu versengt worden. Noch empfindlicher ist die Krimlinde, mit der bis vor zwei Jahren die Kaiser-Straße bepflanzt war. Sogar in kühleren Sommern erwies sie sich als zu hart für das Großstadtpflaster, und diese Beobachtung veranlaßte den Ersatz der kränkelnden Bäume in der Kaiser-Straße durch junge Platanen.

Badehaue. Die Grundrisse gleichen denen der chirurgischen Abteilung. Das Badehaus enthält im Erdgeschoß die Räume für das Dampfbad, den Duschraum mit Abkühlungsbad, die medizinischen und elektrischen Bäder, das Sandbad mit den erforderlichen Nebenräumen, während im Obergeschoß 12 Betten für die unruhigen Kranken untergebracht sind, die hier am wenigsten die übrigen Kranken stören. — (Forts. folgt.)

Jedenfalls hat der diesjährige Sommer gezeigt, daß Linde und Kastanie zur Straßenbepflanzung am wenigsten geeignet sind, daß aber die schöne Platane ein geradezu idealer Großstadtbaum ist.

In den Promenaden und Parks macht sich die Hitze je nach den Boden- und Lageverhältnissen und dem Vorhandensein von Bewässerungs-Einrichtungen mehr oder minder bemerkbar. Die Rasenflächen der Anlagen konnten durch reichliche Bewässerung in frischem Grün erhalten werden, während die große Spielwiese des Ost-Parkes, die ohne Bewässerungs-Vorrichtung ist, kein grünes Halmchen mehr zeigt. Bei den Blumenbeeten in den Anlagen bewirkt die Hitze ein so rasches Verblühen vieler Schmuckpflanzen, daß dieselben öfter als sonst ausgewechselt werden müssen. Im Wald läßt sich eine merkwürdige Mischung von Sommer- und Herbst beobachten. Der Boden ist bedeckt mit verdorrten Blättern und die Bäume tragen neben Dürrlaub frisches grünes Blattwerk, eine Betätigung pflanzlicher Lebenslust, die auch an vielen Alleebäumen zu bemerken ist und die darauf schließen läßt, daß sich die kahl gewordenen Holzpflanzen nach Aufhören der Hitze und Eintritt einer Regenperiode rasch zum zweiten Male belauben werden. —

Wettbewerbe.

Wettbewerbs-Unwesen. Vor einiger Zeit erließ der „Architekten- und Ingenieurverein zu Erfurt“ ein Preisausschreiben zur Erlangung von Skizzen für einen kirchlichen Versammlungsraum in Neudaberstedt. Das Ausschreiben enthält u. and. folgende Bedingungen:

1. Geldpreise können bei den zur Verfügung stehenden geringen Mitteln nicht ausgesetzt werden, doch ist es unter Umständen möglich, daß dem Preisträger die weitere Bearbeitung der Baupläne übertragen wird.
2. Die preisgekrönten Entwürfe werden Eigentum der Kirchengemeinde Neudaberstedt, welche die Entwürfe nach Belieben ganz oder teilweise zur weiteren Planbearbeitung benutzen kann.
3. Die Gesamtbaukosten dürfen 20000 M. nicht überschreiten; außer dieser Summe stehen 5000 M. für die innere Einrichtung zur Verfügung.
4. Es werden verlangt an Zeichnungen: a) die erforderlichen Grundrisse, Ansichten und Schnitte 1:100; b) ein Schaubild in einfachen Linien; c) ein Lageplan 1:200; d) ein prüfbarer Kostenanschlag nach dem Inhalt des umbauten Raumes; e) ein Erläuterungsbericht.

Der Wettbewerb ist auf die Mitglieder des „Architekten- und Ingenieur-Vereins Erfurt“ beschränkt. Dem Preisgericht gehören an die Hrn.: Oberbaurat Bäseler, Regierungsrat Clauss, Pfarrvikar Heinzelmann, Kirchenältester Köppen, Dir. Prof. Schmidt, Kunstmaler Lürtzing.

Bei dem großen Verdienste, das sich der „Verband Deutscher Architekten- und Ingenieurvereine“ durch die Aufstellung der Grundsätze bei Ausschreibung von Wettbewerben erworben hat, ist es umsomehr zu bedauern, daß ein Zweigverein ein Ausschreiben erläßt, das allen diesen Grundsätzen widerspricht. Unter den Preisrichtern befindet sich kein einziger, der im Hochbaufach tätig ist. Das erklärt vielleicht die geringe Achtung, die das Preisrichterkollegium der geistigen Arbeit des Architekten entgegenbringt. —

Für unseren Deutschen Baukalender 1912 folgende Bitte: An alle diejenigen preuß. Hrn. Regierungs-Baumeister, deren Prüfungsjahr zum Baumeister in die Zeit von 1902 bis einschl. 1911 fällt und welche, sei es durch Ausscheidung aus den Anwärterlisten für die Anstellung im Staatsdienst, durch Wohnungswechsel, Beschäftigungslosigkeit oder durch Annahme von Stellen im Gemeinde- oder Privatdienst usw. glauben annehmen zu dürfen, in dem gegenwärtig in Neubearbeitung befindlichen Personal-Verzeichnis unseres Deutschen Baukalenders für 1912 keine Berücksichtigung gefunden zu haben, richten wir die Bitte, uns die bezüglichen Angaben unter deutlicher Angabe von Namen, Titel und Prüfungsjahr gefl. umgehend zugehen zu lassen.

Die gleiche Bitte richten wir an die Hrn. Stadtbaumeister, Bezirks-Baumeister usw. in den mittleren Orten des Deutschen Reiches, soweit Veränderungen stattgefunden haben, sowie an die selbständigen Hrn. Privat-Architekten und Bauingenieure und ersuchen sie höflich, zu dem Verzeichnis derselben die Berichtigungen für den Jahrgang 1912 baldigst an unsere Redaktion gelangen zu lassen. —



* BEILAGE FÜR VEREINE *

Berichte über Kundgebungen, Versammlungen und Besichtigungen.

Bund Deutscher Architekten. Der Architekt im heutigen deutschen Bauwesen. Eine kurze Denkschrift:

„Der seit dem Jahre 1903 bestehende „Bund Deutscher Architekten“, dem heute schon fünfhundert Baukünstler in allen Gauen Deutschlands angehören, sieht sich in berechtigter Vertretung des Standes der freien Privatarchitekten zu nachfolgender kurzer Darlegung der Verhältnisse auf dem Gebiete der Baukunst veranlaßt.

Wir müssen vorausschicken, daß wir unter einem Architekten nicht Jeden verstehen, der sich heute nach bequemem Alltags-Sprachgebrauch so zu nennen beliebt, nicht den Bautechniker und Bauhandwerker, besonders aber nicht den aus mancherlei Berufen auftauchenden Bauunternehmer, die alle mit Vorliebe, doch ohne tatsächliche Berechtigung, die Berufsbezeichnung „Architekt“ auf ihren Geschäftskarten führen. Wir nennen einen Architekten nach der klaren Auslegung des internationalen Architekten-Kongresses in Wien im Jahre 1908 nur „den freien, selbständig schaffenden Baukünstler, der gegen prozentuales, nach der bestehenden Gebühren-Ordnung festgelegtes Honorar als Vertrauensmann und gewissermaßen als Bauanwalt seines Bauherrn im Rahmen einer gestellten Bauaufgabe die Anfertigung der Entwürfe und Anschläge sowie die Leitung der Bauausführung übernimmt, in keiner Weise dagegen als Unternehmer tätig ist oder als stiller Teilnehmer einer Unternehmerschaft aus einem Baue Gewinn zieht“.

In Deutschlands Bauwesen herrschen heute noch, zum Schaden der Kunst, auf der einen Seite der Baugewerke und Bauunternehmer, auf der anderen Seite der Baubeamte. Der Privatmann geht zum handwerklichen, wenn nicht gar zum nichthandwerklichen Bauunternehmer, sobald er sich ein Haus bauen lassen will, weil er glaubt, auf diese Weise am bequemsten und vorteilhaftesten und — billigsten zum Ziel zu kommen; andererseits bedient sich die staatliche oder städtische Behörde beim Bau der öffentlichen Gebäude eines Kreises festangestellter Baubeamten.

Dem Publikum ist der Architekt heute noch der überflüssige teure Luxusbaumeister, weil er besonders honoriert werden muß. Man glaubt, Baupläne, Anschläge und all die anderen bei der Ausführung eines Baues nötigen technischen Arbeiten vom Bauunternehmer umsonst zu erhalten, weil sie nicht besonders in Rechnung gestellt werden, und ahnt nicht, wie hoch in der Regel der selbstverschuldete Mangel

einer vom Unternehmergewinn unabhängigen, sachverständigen Bauleitung bezahlt werden muß. Auch der ehrlichste und gediegenste Baugewerksmeister bleibt immer der Unternehmer, dem es nicht zu verdenken ist, daß er einen möglichst hohen Ertrag aus seiner Arbeit erzielen will. Der deutsche Privatmann bequemt sich noch immer nicht dazu, einzusehen, daß er unvergleichlich viel besser fahren müßte mit einem sicheren Führer, einem Architekten, der gleich dem Anwalt auf dem Gebiete des Rechtes seine Bau-sache vertritt dem Handwerker, der Baupolizei und — was schließlich von ausschlaggebender Bedeutung ist: der Kunst gegenüber. So wachsen denn die Häuser unserer deutschen Städte heute noch unter der Alleinherrschaft des fachlich meist einseitig praktisch vorgebildeten und oft kunstfeindlichen Bauunternehmertums empor, und der Ausländer, der die Reinlichkeit und die gute Pflasterung unserer Straßen, die oft vorbildlichen, dem Verkehr, der Gesundheitspflege, der Volkserziehung und der Verwaltung dienenden Anstalten rühmend anerkennt, bedauert, leider gar zu häufig mit Recht, den Mangel an Geschmack, der sich in der künstlerischen Gestaltung, und den Mangel an wirklich gediegem Komfort, der sich in den inneren Einrichtungen unserer Wohngebäude offenbart. Der Architekt ist bei der Errichtung der langen Straßenfronten unserer Städte noch immer so gut wie ausgeschaltet; nur ein kleiner Bereich ist ihm geblieben im Bau reicher Villen, mancher großer Geschäftshäuser und kleiner Einzelhäuser für den gebildeten Mittelstand, der den Wert der Leistung eines wirklichen Baukünstlers selbst bei bescheidenen Aufgaben erkannt hat, auch den Rat des sachverständigen bautechnischen Beraters, des Anwaltes auf baulichem Gebiete, nicht entbehren will.

Fast noch schlimmer als im Privatbau sieht es für den Architekten im staatlichen und städtischen öffentlichen Bauwesen aus. Hier verschlechtern sich sogar die Aussichten für unseren Stand mit jedem Jahre, denn jede Behörde, jede große und kleine Gemeinde bemüht sich, die in ihren Bereich fallenden Neubauten durch eigene, fest angestellte Baubeamte entwerfen und ausführen zu lassen. Wir dürfen es wohl mit dürren Worten aussprechen, daß wir das in ganz Deutschland immer mehr um sich greifende Anwachsen der öffentlichen Bauämter der staatlichen, kirchlichen und städtischen Bauverwaltungen als eine Hauptursache des auf dem Architektenstande wie auf dem der Entwicklung der Baukunst überhaupt lastenden Druckes ansehen. Ist es doch heute schon soweit gekommen, daß von der gewaltigen Bautätigkeit



des Staates, der Provinzen und der Städte nur ganz ausnahmsweise eine Aufgabe dem Privatarchitekten zufällt, und wir stehen vor der Frage, ob der Staat und die städtischen Verwaltungen recht daran tun, durch ihr Vorgehen planmäßig oder wenigstens mit sehenden Augen auf eine Unterdrückung des freien Architektenstandes hinzuwirken.

Nach eingehender sachlicher Prüfung aller hier in Betracht kommenden Verhältnisse muß der unparteiische Kenner des Bauwesens nicht nur aus künstlerischen, sondern ebenso aus rein wirtschaftlichen Gründen zu der Ueberzeugung kommen, daß eine systematische Einschränkung der öffentlichen Bauämter zu Gunsten des Standes der freien Architekten für die Förderung der Baukunst geradezu geboten sei.

Fordert auch die Gerechtigkeit das Zugeständnis, daß eine Reihe hervorragender Baumeister, die heute als Beamte des Staates und der Kommunen tätig sind, in allen Gauen Deutschlands würdige, zweckentsprechende öffentliche Gebäude errichtet haben, so dürften wir doch im allgemeinen keine Veranlassung haben, auf die künstlerischen Leistungen unserer Bauämter besonders stolz zu sein. Eine Heranziehung des in frischerer Atmosphäre und im stählenden freien Wettbewerb schaffenden Architekten zur Mitarbeit wäre zum Besten der vaterländischen Monumentalkunst ohne Zweifel aufs innigste zu wünschen. Noch aus einer anderen Erwägung ist dies zu erstreben: Deutschland steht mitten in einer großartigen wirtschaftlichen Entwicklung, zu der notwendig auch ein kräftiger, selbstbewußt und eigenartig schaffender Baukünstlerstand gehört. Wie aber soll sich ein solcher bilden ohne die Betätigung seiner besten Kräfte bei den großen Bauaufgaben des Staates und der Städte? Haben unsere deutschen Architekten auch aus internationalen Wettbewerben so manchen schönen Preis sich heimgebracht und bei vielen Gelegenheiten bewiesen, daß unsere freie Baukunst mit in der Front steht, so ist es um so betrübender, zu sehen, wie viele unserer besten Künstler in der Heimat heute feiernd und darben beiseite stehen müssen, während eine überströmende Fülle wertvoller Aufgaben jetzt so oft freudlos und reizlos auf den Bauämtern des Staates und der Kommunen erledigt werden.

Vergessen wir nicht, daß der Baukünstler außerdem der kräftigste Träger und Förderer des Kunstgewerbes ist, das in der Zukunft unserem Volke eine Quelle des Wohlstandes werden müßte; erinnern wir uns daran, daß der französische Architekt als Pionier dem Kunstfließ seines Landes die Welt erobert hat, und suchen wir deshalb, so lange es noch Zeit ist, dem Stande des künstlerisch arbeitenden, freien Architekten offene Bahn zu schaffen zur Ausbildung einer kraftvollen Eigenart an bedeutenden Bauaufgaben. Dem Beamten ist ein freies, individuelles Wirken in den Fesseln seines Amtes erschwert, ja allzu oft ganz versagt; selbst unter günstigen Bedingungen, bei guter Begabung und ernstem Willen muß er wohl früher oder später dem gleichförmigen Dienst des Alltags unterliegen. Doch nur in der Luft persönlicher Freiheit und im stets erneuten Wettstreit der Kräfte vermag die Kunst zum Segen des Volkstums als Kulturträgerin neue Höhen zu ersteigen. Aus diesem Grunde schon allein sollte die Tätigkeit der Bauämter nach Kräften eingeengt werden.

Eindringlicher aber noch in dieser Zeit der Finanznot des Reiches und der Einzelstaaten, wo auf allen Verwaltungsgebieten der Ruf nach Sparsamkeit erschallt, sollten wirtschaftliche Erwägungen gegen die unbeschränkte Herrschaft der jetzigen Bauämter sprechen. Nach unseren Ermittlungen verbrauchen die staatlichen und besonders die städtischen Bauämter für die Ausarbeitung der Entwürfe ihrer Hochbauten sowie für die gesamte Bauleitung weit höhere Summen, als solche den Privatarchitekten für eine gleiche Arbeitsleistung nach der gültigen Gebührenordnung zustehen würden. Das scheint uns schon aus der vielfach üblichen Etatsaufstellung der Bauverwaltungen hervorzugehen. Ueberraschend ist diese Beobachtung für Niemand, der bedenkt, wie schwierig die volle Ausnutzung der Kräfte dieses kaum übersehbaren Beamtenpersonales ist. Der durch die aufreißenden Pflichten seiner Verwaltungstätigkeit in Anspruch genommene Vorgesetzte eines Hochbauamtes ist selten in der Lage, gleich dem Privatarchitekten seine Hilfskräfte in wirksamer, zur Erreichung der höchsten Leistungen erforderlicher Weise anzuspannen; auch ist er in der Auswahl brauchbarer Gehilfen fast niemals frei, da er mit fest angestellten Technikern zu arbeiten hat. Es ist daher unsere sichere und wohl begründete Ueberzeugung, daß der Staat und die Gemeinden am allerbesten fahren würden, wenn sie die Entwurfstätigkeit in weiterem Umfang als bisher den Privatarchitekten überließen, wie das auch

bei einzelnen Verwaltungen mit Erfolg geschieht (so z. B. bei den Staatsbauten des Königreiches Sachsen), und bei anderen (Hansestadt Lübeck) in Aussicht genommen ist. Regt sich doch überall die Erkenntnis, daß unser Staatswesen unter dem Anschwellen der Beamenschaft leidet und haben doch hervorragende Staatsmänner neuerdings oft ausgesprochen, daß es an der Zeit sei zu versuchen, aus dem Beamtenstaat wieder heraus zu kommen.

Wir sind am Schlusse unserer Ausführungen, die nur die Hauptpunkte berühren konnten, ohne auf wichtige Fragen näher einzugehen, da sie nur von der Absicht geleitet wurden, eine erste Anregung zu geben, sich mit diesen bedenklichen Seiten des staatlichen und privaten Bauwesens zu beschäftigen und die hier berührten Fragen einer sorgfältigen, unparteiischen Prüfung zu unterwerfen zum Besten unserer vaterländischen Baukunst.“ —

Verein der höheren technischen Staatsbeamten im Königreich Bayern. „Unter dem Titel „Der Architekt im heutigen deutschen Bauwesen“ erschien kürzlich eine „Denkschrift“ des „Bundes Deutscher Architekten“. Jeder sachlich denkende Architekt wird den dort kundgegebenen Bemühungen des Bundes zustimmen, die darauf gerichtet sind, den Einfluß des Architektenstandes auf das private Bauwesen zu heben. „In idealer Berufsauffassung soll der Architekt den Bauherrn unter Wahrung der finanziellen Interessen als Anwalt der Kunst beraten.“

Doch wer ist „Architekt“? Nach der Auslegung des internationalen Architektenkongresses in Wien im Jahre 1908 nur „der freie, selbständig schaffende Baukünstler, der gegen prozentuales, nach der bestehenden Gebührenordnung festgelegtes Honorar als Vertrauensmann und gewissermaßen als Bauanwalt seines Bauherrn im Rahmen einer gestellten Bauaufgabe die Anfertigung der Entwürfe und Anschläge, sowie die Leitung der Bauausführung übernimmt, in keiner Weise dagegen als Unternehmer tätig ist oder als stiller Teilhaber einer Unternehmung aus einem Bau Gewinn zieht.“

Nach diesem Wortlaut wäre also nur der Baukünstler, welcher für seine Tätigkeit prozentual nach der Gebührenordnung honoriert wird, berechtigt, den Architektentitel zu führen, mithin der festbesoldete bautechnische Beamte aus dem Architektenstande ausgeschlossen. Daß diese Anschauung im „Bunde Deutscher Architekten“ Platz gefunden hat, geht aus der für den staatlichen Baubeamten gewählten Bezeichnung „Baumeister“ hervor. Diese Auffassung kann nicht unwidersprochen bleiben.

Die Leistungen der Staatsbaubeamten — denn nur die Leistung berechtigt dem Wesen nach zur Führung des gesetzlich nicht geschützten Architektentitels — stehen, soweit es bayerische Verhältnisse betrifft, hinter denjenigen der „in frischerer Atmosphäre und im stählenden freien Wettbewerb schaffenden Baukünstler“ im allgemeinen keineswegs zurück und die von den bayerischen Staatsbaubeamten, insbesondere der jüngeren Generation, stammenden Bauten können hinsichtlich ihrer künstlerischen Qualität neben den Werken der „freien Architekten“ vor der öffentlichen Kritik recht wohl bestehen.

Es will nicht in Abrede gestellt werden, daß manches staatliche Gebäude architektonischen Feingefühles entbehrt, doch tritt dieser Mangel auffälliger in Erscheinung, weil er eben einem Staatsgebäude anhaftet, das der freien Kritik in viel weitergehendem Maße ausgesetzt ist, als das Privatgebäude, und zur Kritik in Kunstsachen, insbesondere auf dem Gebiete des öffentlichen Bauwesens, glaubt sich ja heutzutage Jedermann berechtigt und berufen. Auch dem Privatarchitekten, — nicht nur dem sich „Architekt“ nennenden Bauunternehmer, sondern auch dem nach der Auffassung des „Bundes“ zu dieser Titelführung allein berechtigten Baukünstler — sind Bauwerke nachzuweisen, die keineswegs auf höchster künstlerischer Höhe stehen. Sie haben nur den Vorteil, daß sie in der großen Masse der Alltagsbauten verschwinden und wegen ihres privaten Charakters zur Kritik weniger herausfordern.

Daß in Bayern dem freien Architekten „nur ganz ausnahmsweise“ eine Aufgabe aus der „gewaltigen Bau-tätigkeit des Staates“ zufällt, entspricht nicht den Tatsachen. Die Beispiele für Verwendung von „freien Architekten“ zu Staatsbauten, insbesondere zu den großen Aufgaben der Monumentalbaukunst, sind gerade in Bayern so zahlreich und so bekannt, daß es einer Aufzählung derselben wohl nicht bedarf. Schreibt doch gerade der Staat alljährlich eine Reihe von Konkurrenzen zur Erlangung von Projekten für öffentliche Gebäude unter den Mitgliedern der Architekten-Vereine aus, welchen sowohl „freie Architekten“ als auch Staatsbaubeamten in reicher Zahl angehören. Das Ergebnis dieser Konkurrenzen liefert aber den Beweis, daß der mit dem Privat-

Architekten in freien Wettbewerb tretende Staatsbau-Beamte an künstlerischer Qualität nicht unebenbürtig ist, da unter den Siegern in erster Reihe sehr häufig Staatsbaubeamte stehen, welche die Aufgabe überdies neben ihrer sonstigen beruflichen Tätigkeit gelöst haben. Es ist also die Klage, daß der „Baubeamte zum Schaden der Kunst“ im Staate herrsche, und die Forderung, daß „eine systematische Einschränkung des staatlichen Bau-beamtenstandes zugunsten der „freien Architekten“ aus künstlerischen Gründen“ Platz greifen solle, für Bayern sicherlich nicht gerechtfertigt.

Aber auch von der rein wirtschaftlichen Seite des öffentlichen Bauwesens kann eine derartige Forderung nicht als berechtigt anerkannt werden. Es soll die Mannigfaltigkeit der wirtschaftlichen Aufgaben, welche dem Staatsbaubeamten gestellt sind, nicht näher beleuchtet werden. Sie liegt ja zum größten Teil auf einem Gebiet, das dem „freien Architekten“ völlig fremd ist und das nach der Denkschrift auch nicht für ihn in Anspruch genommen werden will. Nur die Wirtschaftlichkeit in der Aufstellung und der Ausarbeitung der Entwürfe zu Staatsbauten, welche Tätigkeit allein für den „freien Architekten“ gefordert wird, soll näher beleuchtet werden.

Bei der Eigenartigkeit der staatlichen Bauaufgaben, die ihre Ursache in der Erfüllung der zahllosen aus dem staatlichen Organismus entspringenden Forderungen findet, wird eine wirtschaftliche Entwurfstätigkeit nur dann gewährleistet, wenn der Architekt die genaueste Kenntnis all dieser Forderungen besitzt. Diese sich anzeigenden, bedarf es eines eingehenden langjährigen und steten Verkehres mit allen in Betracht kommenden Behörden. Daß der freie Architekt in dieser Hinsicht gegenüber dem Staatsbaubeamten im Nachteil ist, liegt wohl auf der Hand. Dem letzteren gelingt es in den meisten Fällen vermöge seiner eingehenden Kenntnis der besonderen Verhältnisse schon mit dem ersten oder zweiten Entwurf, die gestellte Aufgabe zu lösen, während der erstere oft eine Reihe von Entwürfen aufzustellen haben wird, bis alle die dienstlichen Forderungen zweckentsprechend Befriedigung gefunden haben.

Diese vom freien Architekten aufgestellten Entwürfe müßten nun nach der Gebühren-Ordnung vom Staat honoriert werden. Dieser Verpflichtung ist aber der Staat seinen Baubeamten gegenüber entbunden, weil letztere den Entwurf ja neben ihren sonstigen Dienstaufgaben bearbeiten, sodaß die auf die Entwurfstätigkeit treffenden Kosten gegenüber dem Honorar verschwinden, welches der Staat dem „freien Architekten“ zu leisten hätte. Gerade die wirtschaftlichen Erwägungen sind es also, die den Staat veranlassen müssen, festbesoldete Architekten, d. s. seine eigenen Beamten, mit der Projektierung seiner Bauten zu betrauen. Daß der bayerische Staat mit der Heranziehung von „freien Architekten“ zu staatlichen Bauaufgaben tatsächlich bisher nicht die besten Erfahrungen auf dem Gebiete der Wirtschaftlichkeit gemacht hat, will nur nebenbei erwähnt werden.

Was weiter die Wirtschaftlichkeit in der Ausnutzung der Hilfskräfte betrifft, so dürfte darin vonseiten des Staates wohl die oberste Grenze des nach sozialen Begriffen zulässigen Maßes erreicht sein. Weniger Beamte und weniger Hilfskräfte einzustellen, als es z. B. in Bayern bei den meisten staatlichen Bauämtern der Fall ist, ist unter diesem Gesichtspunkte nicht denkbar. Dagegen ist die bei einzelnen Architekturbureaus der freien Architekten übliche übermäßige Ausnutzung der Hilfskräfte wohl bekannt, in sozialer Hinsicht aber durchaus nicht vorbildlich. Der Staat würde berechnete Vorwürfe der Öffentlichkeit zu gewärtigen haben, wenn er seine Arbeitskräfte in gleich rücksichtsloser Weise wie der freie Architekt ausnutzen wollte, oder durch Uebertragung von Arbeiten an nicht beamtete Architekten die Hand zu einer derartigen Handlungsweise bieten würde. Zugegeben wird, daß der Staatsbaubeamte in der Wahl seiner Hilfskräfte unfrei ist, aber er ist auch bemüht, dieselben zu brauchbaren Mitarbeitern heranzuziehen und dem Staate zu erhalten und nicht — wie der Privatchitekt — nach dem augenblicklichen Bedürfnis zu verwerten und mit eintretendem Arbeitsmangel zu entlassen.

Kann der Weg, den der „Bund Deutscher Architekten“ mit seiner Denkschrift beschritten hat, als der richtige und Erfolg versprechende angesehen werden? Wir möchten es glatt verneinen. Daß viele Privatchitekten feiernd und darben beiseite stehen, hat nicht seinen Grund in „dem immer mehr um sich greifenden Anwachsen der staatlichen Bauverwaltungen“ — was übrigens in Bayern gar nicht zutrifft —, die Wurzel des Übels liegt gerade auf der Gegenseite, nämlich in der Ueberfüllung des Architektenberufes, die zur Folge hat, daß bei dem verhältnismäßig geringen Bedarf des Staates an beam-

teten Architekten die Zahl der nicht beamteten „freien Architekten“ von Jahr zu Jahr wächst.“ —

Standesvertretung der höheren sächsischen Landbau-Beamten. „Der „Bund Deutscher Architekten“ (B. D. A.) hat sich „in berechtigter Vertretung des Standes der freien Privatchitekten“ veranlaßt gefühlt, eine Denkschrift „Der Architekt im heutigen deutschen Bauwesen“ erscheinen zu lassen und gelangt in dieser zu folgendem Schlußsatz:

„Nach eingehender sachlicher Prüfung aller hier in Betracht kommenden Verhältnisse muß der unparteiische Kenner des Bauwesens nicht nur aus künstlerischen, sondern ebenso aus rein wirtschaftlichen Gründen zu der Ueberzeugung kommen, daß eine systematische Einschränkung der öffentlichen Bauämter zugunsten des Standes der freien Architekten für die Förderung der Baukunst geradezu geboten sei.“

Der „B. D. A.“ sagt in seiner Denkschrift weiterhin: „Es ist daher unsere sichere und wohlbegründete Ueberzeugung, daß der Staat und die Gemeinden am allerbesten fahren würden, wenn sie die Entwurfstätigkeit in weiterem Sinne als bisher den Privatchitekten überließen, wie das auch bei einzelnen Verwaltungen schon mit Erfolg geschieht (so z. B. bei den Staatsbauten des Königreiches Sachsen) und bei anderen (Hansestadt Lübeck) in Aussicht genommen ist, regt sich doch überall die Erkenntnis, daß unser Staatswesen unter dem Anschwellen der Beamtenschaft leidet, und haben doch hervorragende Staatsmänner neuerdings oft ausgesprochen, daß es an der Zeit sei, zu versuchen, aus dem Beamtenstaat wieder herauszukommen.“

Der hierin enthaltene Hinweis auf die Staatsbauten im Königreich Sachsen läßt im Zusammenhang mit dem übrigen Inhalt der betreffenden Denkschrift die Deutung zu, als sei die Heranziehung von Privatchitekten zu einzelnen Bauaufgaben des sächsischen Staates infolge des Fehlens künstlerischer Befähigung und wirtschaftlicher Erfahrung bei den sächsischen Staatsbaubeamten erfolgt. Da eine solche Deutung mit den wahren Verhältnissen in keiner Weise in Einklang zu bringen wäre, ja sie zum Teil direkt auf den Kopf stellen würde, sieht sich die „Standesvertretung der höheren sächsischen Landbau-beamten“ zu folgender Richtigstellung und Entgegnung veranlaßt:

Die Uebertragung einzelner, der staatlichen Hochbauverwaltung im Königreich Sachsen zufallender Bauaufgaben an Privatchitekten ist, wie auf Grund an maßgebender Stelle eingeholter Erkundigung mitgeteilt werden kann, in allen Fällen lediglich deshalb geschehen, um den Privatchitektenstand, dessen Bedeutung für das wirtschaftliche und künstlerische Leben die Staatsregierung nie verkannt hat, in seinem Standesehnen und in seiner wirtschaftlichen Lage zu fördern, in einzelnen Fällen überdies, um namhafte Baukünstler den Hoch- und Fachschulen des Landes als Lehrer der Baukunst zu gewinnen und zu erhalten.

Die höheren Staatsbaubeamten, denen diese dankbaren Bauaufgaben damit entgingen, sind im Interesse der Kunst neidlos beiseite getreten, wiewohl ein solcher Verzicht bei den ohnehin nicht reichlichen künstlerischen Bauaufgaben des Staates den künstlerisch befähigten Baubeamten schwer genug gewesen ist. Werden aber aus solchem Verzicht irreführende Rückschlüsse hinsichtlich der Eignung der Baubeamten zu künstlerischer Arbeit gezogen, so wird es diesen zur Wahrung ihres eigenen Standesehens nicht zu verargen sein, wenn sie auf eine Einschränkung oder Beseitigung dieses Verfahrens hinwirken werden.

In wirtschaftlicher Beziehung hat die sächsische Staatsregierung bei Heranziehung von Privatchitekten zur Planung und Leitung von Staatsbauten fast in allen Fällen nachweislich höhere Kosten aufzuwenden gehabt, als wenn sie diese durch ihre Baubeamten hätte „erledigen“ lassen. Nach der die Mindestsätze feststellenden Gebührenordnung des „Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ beträgt das Architektenhonorar für Bauten der in Frage kommenden monumentalen Art (also bei Annahme einer Bausumme zwischen 100000 M. und 4000000 M. und ohne Annahme besonders wertvollen Ausbaues unter Zugrundelegung der Sätze der Gruppe II oder III der Gebührenordnung etwa 4—5 % der Bausumme. Hierbei sind nicht eingerechnet die sogenannten „Nebenkosten“ (§ 2 der Gebührenordnung), z. B. die Aufwände für Bodenuntersuchungen, für Bauzeichnungen zu Heiz- und elektrischen Anlagen aller Art, für die besondere Bauleitung, d. h. die Gehaltsbezüge der Bauführer, Bauaufseher und Bauwächter, die Kosten der Errichtung und Unterhaltung eines Baubureaus, der Vervielfältigung von

Zeichnungen und Schriften aller Art, der Abrechnungs-Vermessungen, der statischen und sonstigen Spezialrechnungen, der Reisen und der Revisionszeichnungen und Inventarzeichnungen.

Diese letztgenannten Aufwände, die bei öffentlichen Bauten infolge der anzustellenden hohen hygienischen und technischen Anforderungen keineswegs so gering sind und sein können, wie bei Privatbauten, lassen daher erfahrungsgemäß die Gesamtkosten für Planung und Leitung von Staatsbauten durch Privatarchitekten erheblich höher werden, als obiger Normensatz beträgt und als der mit den einschlägigen Verhältnissen nicht Vertraute, der diese Kosten in der Regel mit dem reinen Architektenhonorar abgeschlossen erachtet, gewöhnlich annimmt. Dem gegenüber haben angestellte statistische Erhebungen erkennen lassen, daß die Aufwände für die Planung und Leitung bei ausschließlicher Verwendung von Baubeamten sich in durchaus angemessenen Grenzen bewegen und sogar bis zu etwa 4% der Bausummen herabgehen, wobei die sämtlichen obengenannten Nebenkosten und selbstverständlich auch die etatmäßigen Beamtengehälter eingerechnet wurden. Daß es zur Erledigung eines solchen günstigen Ergebnisses geschickter Dispositionen seitens der betreffenden Baubeamten bedarf, ist unbestreitbar, dies umso mehr, als der Staatsapparat einem Beamten erheblich mehr Bureauzeit anzunehmen geneigt ist, als einem Nichtbeamten. Naturgemäß können sich solche Berechnungen nur auf solche Bauten erstrecken, die von einem in sich abgeschlossenen Beamtenapparat (einer besonderen Bauleitung) bearbeitet werden, da sich eine sach- und sinngemäße Trennung der Kosten nicht durchführen läßt, wenn die bauleitenden Beamten neben ihrer Tätigkeit bei Planungen und Leitungen von Neubauten ohne besondere Vergütung nicht zu diesen Bauten gehörige, laufende Verwaltungsgeschäfte erledigen.

Wenn der „B. D. A.“ meint, die Richtigkeit seiner Ansicht „gehe schon aus der vielfach üblichen Etataufstellung der Bauverwaltungen hervor“, so dürfte sein Irrtum mit der Ungeübtheit, derartige Etataufstellungen richtig zu lesen, durchaus zu erklären sein.

Daß der vom „B. D. A.“ behauptete „Erfolg“ bei der Verwendung von Privatarchitekten für Staatsbauten, insoweit die sächsische Hochbau-Verwaltung in Frage kommt, auf wirtschaftlichem Gebiete nicht zu finden ist, dürfte hiernach wohl keinem Zweifel unterliegen, und der „B. D. A.“ wird, wenn er eine solche Behauptung doch noch weiterhin aufrecht erhalten will, nicht umhin können, sein Zahlenmaterial, auf welches er diese Behauptung stützt, bekannt zu geben.

Was nunmehr die künstlerische Seite der Frage betrifft, so haben bereits die bayerischen Staatsbaubeamten in ihrer Entgegnung in treffender Weise darauf hingewiesen, daß Staatsbauten zu kritisieren Jedermann sich erlauben, ja, als Steuerzahler geradezu sich verpflichtet fühlt; daß die Augen der Allgemeinheit mehr auf diesen wie auf den Privatbauten ruhen und jeder Fehler, jede Geschmacklosigkeit dort viel härter be- und verurteilt wird als hier. Außerdem wird nur zu oft angenommen, daß alle Staatshochbauten, also auch Bahnbauten, Brücken usw. von den beamteten Architekten geplant oder wenigstens beeinflusst werden, was bisher leider wohl nur für Bayern zutrifft. Im übrigen gibt der „B. D. A.“ selbst zu, „daß eine Reihe hervorragender Baumeister, die heute als Beamte des Staates und der Kommunen tätig sind, in allen Gauen Deutschlands würdige, zweckentsprechende öffentliche Gebäude errichtet haben“.

Das heißt mit kurzen Worten doch: Von Staatsbaubeamten werden bisweilen gute, bisweilen schlechte Bauten geschaffen. Das Gleiche dürfte wohl von der Privatarchitektenschaft behauptet werden können, denn daß sämtliche unschönen Privatbauten auf das Konto des „kunstfeindlichen Bauunternehmertums“ zu setzen seien, wird auch der „B. D. A.“ weder behaupten wollen, noch beweisen können.

Die Art eines Kunstwerkes hängt zuguterletzt doch stets nur von der Person seines Schöpfers ab, bzw. davon, ob dies ein Künstler oder ein Nichtkünstler, nicht davon, ob dies ein Beamter hohen oder niederen Ranges oder ein Nichtbeamter geschaffen hat. Nicht ein Hochschuldiplom, ebensowenig aber eine Bundesmitgliedschaft, sondern sein Werk ist das äußere Kennzeichen eines Künstlers.

Wenn der „B. D. A.“ nun glaubt, daß „dem Baubeamten ein freies, individuelles Wirken in den Fesseln seines Amtes erschwert, ja allzu oft ganz versagt sei, daß er, selbst unter günstigen Bedingungen, bei guter Begabung und ernstem Willen, wohl früher oder später dem gleich-

förmigen Dienste des Alltages unterliege“, so ist zuzugeben, daß dies eintreffen kann, es ist aber zu bestreiten, daß dies eintreffen muß. Dabei bleibt dahingestellt, ob der in materieller Hinsicht von seinem Auftraggeber, dem „Bauherrn“, recht abhängige Privatarchitekt wirklich der „freie“ und der vom Staat auf Lebenszeit und unwiderruflich angestellte, von seinem Vorgesetzten materiell ganz und gar unabhängige und von ihm nicht absetzbare Baubeamte wirklich der „unfreie“ Künstler ist. Auch hier wird wohl die Persönlichkeit selbst das entscheidende Moment sein, es wird neben freien stets unfreie Privatarchitekten geben, die ihre künstlerische Ueberzeugung einer banausischen Bauherrnlaune opfern, und neben unfreien stets freie Baubeamte, die ihre künstlerische Ueberzeugung durchzusetzen wissen, trotz amtlicher Fesseln. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Baubeamten diese „amtlichen Fesseln“ im Interesse des Staates und der Beamten-Disziplin überhaupt für nötig hielten. Sie sind im Gegenteil fest davon überzeugt, daß ein Land, in dessen Bauverwaltung ein frischer Wind weht, dessen Baubeamte frei und ungefesselt schaffen dürfen, dauernden kulturellen Nutzen hiervon hat, einmal in den Leistungen seiner Beamten, zum anderen in deren Zufriedenheit.

Der Privatarchitekt kennt keine „amtlichen“ Fesseln. Dies mag sein. Seine Fesseln schmiedet ihm der Erwerbskampf. Es ist nun nicht einzusehen, daß der Privatarchitekt von seinen Fesseln „gestählt“ wird, während der Baubeamte von den seinen angeblich erdrückt werden muß. Der Baubeamte kämpft, wenn er kämpft, in den weitaus meisten Fällen aus Ueberzeugung und für seine Kunst, der Privatarchitekt muß unstreitig oft, nur allzu oft, für sein Brot kämpfen.

Der Lebenskampf der Mehrheit der Privatarchitekten-schaft wird dadurch nicht leichter, daß die wenigen großen Aufgaben des Staatsbauwesens in die Hände von ebenfalls nur wenigen, ohnedies reichlich beschäftigten Privatarchitekten gelangen, denn daß bei der „Industrialisierung“ dieses Standes diese Aufgaben regelmäßig in die Ateliers einiger großer „Architektenfirmen“ kommen, ist ja sattem bekannt.

Die künstlerisch befähigten Baubeamten werden aber in einem Staatsdienst ohne künstlerische Arbeit nicht allzu lange ausharren. Durch ihren Uebertritt in die Reihen der Privatarchitekten helfen sie schließlich, deren Konkurrenzkampf weiterhin zu verschärfen, und ob die von den verbleibenden künstlerisch weniger befähigten Baubeamten beratenen Staatsbehörden für ihre Bauten nun gerade die künstlerisch befähigtesten Privatarchitekten herausfinden und heranziehen werden, ist mehr als zweifelhaft. Bisher ist wohl immer der künstlerisch befähigte Baubeamte der beste Anwalt wie der Kunst so auch der Interessen der privaten Baukünstler gewesen.

Als der „B. D. A.“ begründet wurde, wollte er nicht nur ein Bund der letzteren, nicht ein „Bund deutscher Privatarchitekten“ sein, sondern ein Bund aller Baukünstler. Warum will der „Bund Deutscher Architekten“ jetzt seine Ziele näher stecken? „Dem Besten unserer vaterländischen Kunst“ dient er nicht damit, daß er die Reihen der Künstler sprengt, statt sie zu einem zum Kampf gegen die unkünstlerische Masse. Möchte sich der „B. D. A.“, noch ehe es zu spät ist, seiner ersten weiten und hohen Ziele erinnern.“ —

Vereinigung Berliner Architekten. Am 17. Aug. besichtigte die „Vereinigung“ das neue Krankenhaus der Stadt Rixdorf bei Buckow unter der Führung des Erbauers, Stadtbtr. R. Kiehl. Wir kommen auf das bemerkenswerte Bauwerk an anderer Stelle dieser Nummer eingehender zurück. —

Architekten- und Ingenieur-Verein für Rheinland und Westfalen zu Köln. Versammlung am 9. Januar 1911. In dieser ersten Sitzung im neuen Jahre erstattete nach geschäftlichen Mitteilungen der Schriftführer zunächst den Jahresbericht für 1910. Danach hat der Verein im Jahre 1910 sich um 25 Mitglieder vermehrt, sodaß er nunmehr 223 Mitglieder zählt. Es wurden 12 Vorträge gehalten und es fanden 4 gemeinsame Ausflüge statt. Durch neue Satzungen, die auch den Eintritt erleichtern, hofft man den Verein mehr zu beleben. Den Beschluß der Sitzung bildete ein Vortrag des Hrn. Mewes über eine Herbstreise nach dem Elsaß und benachbarten Gebieten, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. —

Inhalt: Das Krankenhaus der Stadt Rixdorf bei Buckow. — Tote. — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Vereinsnachrichten. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



AS KRANKENHAUS DER STADT RIXDORF BEI
BUCKOW. * ARCHITEKT: STADTBAURAT REINHOLD
KIEHL IN RIXDORF. * VERWALTUNGS-
GEBÄUDE. UNTEN: ANSICHT NACH DEM GARTEN.
OBEN: ANSICHT DES SEITENFLÜGELS.

===== DEUTSCHE BAUZEITUNG =====

***** XLV. JAHRGANG 1911 * NO. 71. * * * *



Das Krankenhaus der Stadt Rixdorf bei Buckow. Ansicht vom Garten nach dem Verwaltungsgebäude.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLV. JAHRGANG. N^o 71. BERLIN, 6. SEPTEMBER 1911.

IX. Internationaler Architektenkongreß Rom — Oktober 1911.

Unter Allerhöchstem Protektorat S. M. des Königs von Italien.

Ehrenpräsidium:

S. Exz. der Hr. Minister der auswärtigen Angelegenheiten, S. Exz. der Hr. Unterrichtsminister.

Programm.

Montag, den 2. Oktober.

- 9 Uhr: Sitzung des Permanenten Komitees und des General-Organisations-Komitees. Ernennung des Präsidiums und Bestimmung des Kongresses.
- 2 Uhr: Besuch der Gräber des Königs von Italien und Raffaels im Pantheon durch die Kongressisten.
- 4 Uhr: Besuch des Denkmals Victor Emanuels II.
- 7¹/₂ Uhr: Diner für die Delegierten der ausländischen Regierungen und die Mitglieder des Permanenten Komitees, gegeben vom Organisations-Komitee.
- 10 Uhr: Empfang der Kongreßmitglieder, gegeben vom Organisations-Komitee und dem Internationalen Künstlerverein in den Räumen der Associazione Artistica Internazionale.
- 10 Uhr: Zusammenkunft der Redner über die verschiedenen Themata.

Dienstag, den 3. Oktober.

- 9—12 Uhr: Besuch der Engelsburg, der Sehenswürdigkeiten und Ausstellungen.
- 12¹/₂ Uhr: Frühstück für die Delegierten der in- und ausländischen Vereine, gegeben vom Organisations-Komitee.
- 3—5 Uhr: Eröffnungssitzung in Gegenwart S. M. des Königs oder eines Prinzen des königlichen Hauses im Saal der Horatier und Curiatier auf dem Kapitol.
- 10 Uhr: Empfang auf dem Kapitol, gegeben vom Bürgermeister von Rom.

Mittwoch, den 4. Oktober.

- 9—12 Uhr: Erste Sitzung des Kongresses (Diskussion der Themata) in der Engelsburg.
- 12¹/₂ Uhr: Privateinladungen.
- 2 Uhr: Besuch der Sehenswürdigkeiten und Ausstellungen.

Donnerstag, den 5. Oktober.

- 9—11 Uhr: Zweite Sitzung des Kongresses (Fortsetzung der Vorträge und Diskussionen).
- 11 Uhr: Vortrag des Hrn. Prof. Corrado Ricci, Generaldirektors der Altertümer und Kunstwerke auf den Kaiserforen.
- 2—5 Uhr: Besuch der Sehenswürdigkeiten und Ausstellungen auf den Kaiserforen.
- 5—8 Uhr: Gartengesellschaft.

Freitag, den 6. Oktober.

Freier Tag. Fakultative Ausflüge in die Umgebung (siehe die betreffende Tabelle).
Freier Abend. Empfänge auf den Botschaften für die Architekten der betreffenden Länder.

Sonnabend, den 7. Oktober.

- 9—12 Uhr: Dritte Sitzung des Kongresses (Fortsetzung der Vorträge und Diskussionen).
- 2 Uhr: Besuch der Sehenswürdigkeiten und Ausstellungen.
- 10 Uhr: Empfang.

Sonntag, den 8. Oktober.

Oktoberfest (Frühstück für alle Kongressisten, gegeben vom Organisations-Komitee).

4—9 Uhr: Empfang in den Räumen des Palastes der Galerie Borghese, gegeben von S. Exz. dem Hrn. Unterrichtsminister.

Montag, den 9. Oktober.

9—12 Uhr: Vierte Sitzung des Kongresses (Fortsetzung der Vorträge und Diskussionen).

2 Uhr: Besuch der Sehenswürdigkeiten und Ausstellungen.

Dienstag, den 10. Oktober.

9—12 Uhr: Schlußsitzung des Kongresses.

2 Uhr: Besuch der Sehenswürdigkeiten und Ausstellungen.

8 Uhr: Schlußbankett (gegen Bezahlung).

Mittwoch, den 11. Oktober.

Fakultative Ausflüge in die Umgegend (siehe die bezügliche Tabelle).

Donnerstag, den 12. Oktober.

Fakultativer Ausflug nach Venedig. (Abreise von Rom 12 Uhr Mitternacht.)

Freitag, den 13. Oktober.

2 Uhr: Versammlung der Kongressisten im Dogenpalast. Besuch des Campanile von San Marco.

Sonnabend, den 14. Oktober.

Ausflug nach dem Estuario Veneto auf Einladung des Magistrates von Venedig.

Sonntag, den 15. Oktober.

Besuch der Sehenswürdigkeiten.

Die übrigen Feste werden bei Beginn des Kongresses bekannt gegeben. Es ist zu beachten, daß alle Einladungen persönlich sind. Alle Herren Kongressisten werden daher gebeten, sich die betreffenden Einladungskarten zugleich mit der Kongresskarte geben zu lassen.

Ausflüge in die Umgegend Roms.

I. Ostia.

25 bis 100 Personen. Preis für 1 Person:

a) im Automobilomnibus (35 Plätze) 14 Lire

b) im Luxusautomobil 21

Abfahrt von Rom (im Automobil) von Piazza S.S. Apostoli, morgens gegen 8,30 Uhr. — Besuch des alten Ostia und der neuesten Ausgrabungen. — Fortsetzung der Fahrt bis ans Meer, wo um 12,30 Uhr das Frühstück serviert wird. — 3 Uhr Rückkehr nach Ostia, Besuch des Schlosses und des Museums. — 6 Uhr abends Ankunft in Rom.

II. Subiaco.

25 bis 80 Personen. Preis für 1 Person 18 Lire.

Abfahrt von Rom (Stazione Termini) 7,40 Uhr morgens. — Besuch des Elektrizitätswerkes. — 12,30 Uhr Frühstück. — 2 Uhr zu Wagen nach dem Ponte di San Mauro. — Besuch der Klöster Santa Scolastica, des Speco und der Ruinen von Neros Villa. Ankunft in Rom 8,27 Uhr abends.

Bemerkung: In obigem Preise ist ein Reittier vom Ponte di San Mauro nach den Klöstern nicht inbegriffen. Die Steigung dauert eine halbe Stunde. Es sind etwa 25 Reittiere vorhanden.

III. Orvieto.

25 bis 50 Personen. Preis für 1 Person 26 Lire.

Abfahrt von Rom (Stazione Termini) 9 Uhr morgens. — Per Drahtseilbahn oder Omnibus vom Bahnhof Orvieto in die Stadt. — Besuch des Domes. — 12,30 Uhr Frühstück. — Besuch der Kirchen San Domenico und Sant' Andrea, des päpstlichen Palastes und des Palazzo del capitano del popolo, des Pozzo di San Patrizio, des städtischen Museums der etruskischen Gräber. — Ankunft in Rom 6,50 Uhr abends.

IV. Tivoli und Villa Adriana.

25 bis 150 Personen. Preis für 1 Person 14 Lire.

Abfahrt von Rom (Station des Dampftrams bei Porta San Lorenzo) 8 Uhr morgens. — Ankunft an Station Villa Adriana 9 Uhr. Von dort zu Fuß nach der Villa. — Besuch der Villa Adriana. 11,30 Uhr Ankunft mit dem Tram in Tivoli. — 12 Uhr Frühstück. — Dann zu Wagen nach den Wasserfällen. — Besuch der mittelalterlichen Kirchen und der Villa d'Este. — Ankunft in Rom 7 Uhr abends.

V. Anagni und Ferentino.

25 bis 50 Personen. Preis für 1 Person 24 Lire.

Abfahrt von Rom (Stazione Termini) 7,55 Uhr morgens. — Mit Omnibus vom Bahnhof Anagni in die Stadt. — Besuch des Domes und anderer mittelalterlicher Bauten, der zyklopischen Mauern. — 12 Uhr Frühstück. — 1 Uhr Abfahrt im Wagen nach Ferentino. — Besuch der zyklopischen Mauern und der römischen Tore, des Domes der Kirche St. Maria Maggiore (XI. Jahrhundert) und der anderen mittelalterlichen Baudenkmäler. — Rückkehr im Wagen nach Anagni, oder vielleicht direkt mit Bahn nach Rom. — Ankunft in Rom 8,15 Uhr abends.

VI. Corneto.

25 bis 50 Personen. Preis für 1 Person 23 Lire.

Abfahrt von Rom (Stazione Termini) 8,45 Uhr morgens. — Im Omnibus vom Bahnhof Corneto in die Stadt. — 12 Uhr Frühstück. — 2 Uhr zu Wagen: Besuch des städtischen Museums, des Palazzo Vitelleschi, der Kirche Santa Maria di Castello, der etruskischen Gräber. — Ankunft in Rom 9,50 Uhr abends.

VII. Albaner Gebirge.

25 bis 80 Personen. Preis für 1 Person 15 Lire.

Abfahrt von Rom (Stazione Termini) 9 Uhr morgens. In Frascati Besuch der Villen Aldobrandini, Conti, Mondragone usw. — Zu Wagen nach Rocca di Papa — 12,30 Uhr Frühstück. — 1,30 Uhr zu Wagen nach Ariccia und Genzano. — Aussicht auf den Nemi-See von der Villa Cesarini. — Weiter zu Wagen nach Albano, Castel Gandolfo (Aussicht auf den See), Marino, Grottaferrata. Besuch der berühmten Abtei. — Zu Wagen nach Frascati, von dort mit der Bahn nach Rom. Ankunft in Rom 7 Uhr abends.

VIII. Viterbo.

25 bis 200 Personen. Preis für 1 Person 21 Lire.

Abfahrt von Rom (Stazione Trastevere Nuova) 6,35 Uhr früh. — Zu Wagen vom Bahnhof Viterbo (P. R.) in die Stadt. — Besuch des Palazzo comunale, des städtischen Museums, des Domes, des Palastes der Päpste, der mittelalterlichen Kirchen S. Sisto, S. Giovanni in Zoccoli, della Verità, des Quartiere di S. Pellegrino, der Klöster usw. — 12 Uhr Frühstück. — 2 Uhr Besuch zu Wagen der Kirche della Quercia (15. Jahrhundert) und der Villa Lante in Bagnaia. — Ankunft mit Eisenbahn in Rom 8 Uhr abends.

IX. Cori, Fossanova, Ninfa.

25 bis 50 Personen. Vorläufiger Preis für 1 Person 25 Lire.

Der Ausflug wird mit Automobil gemacht.

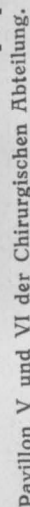
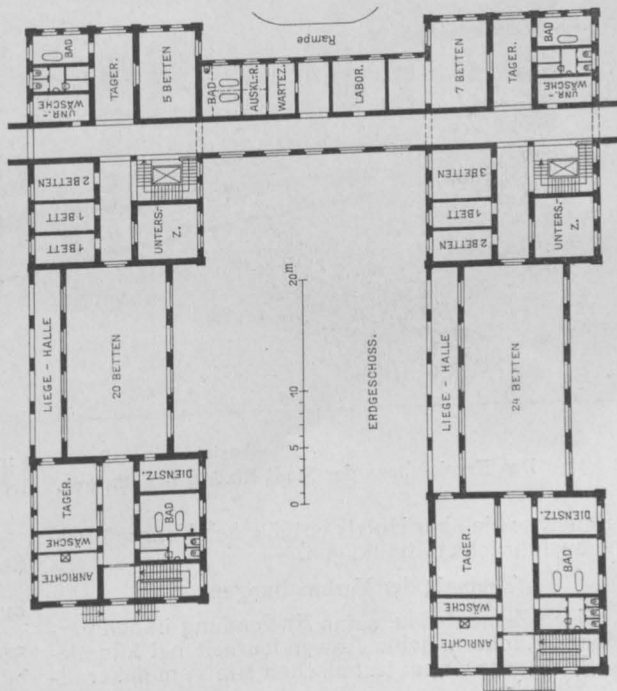
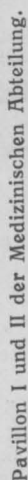
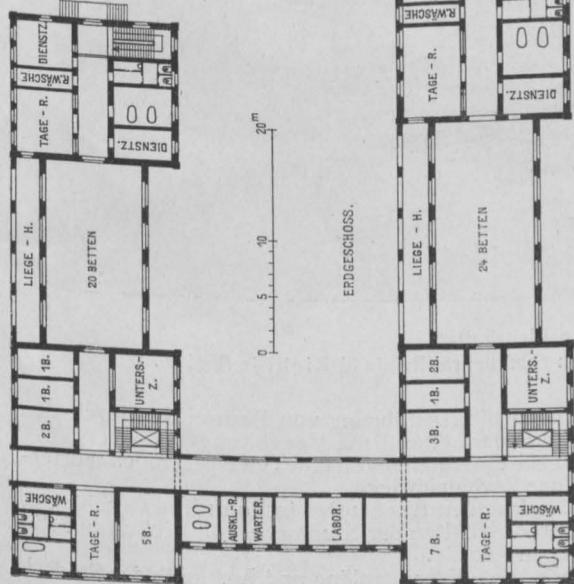
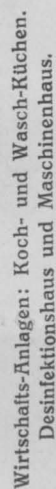
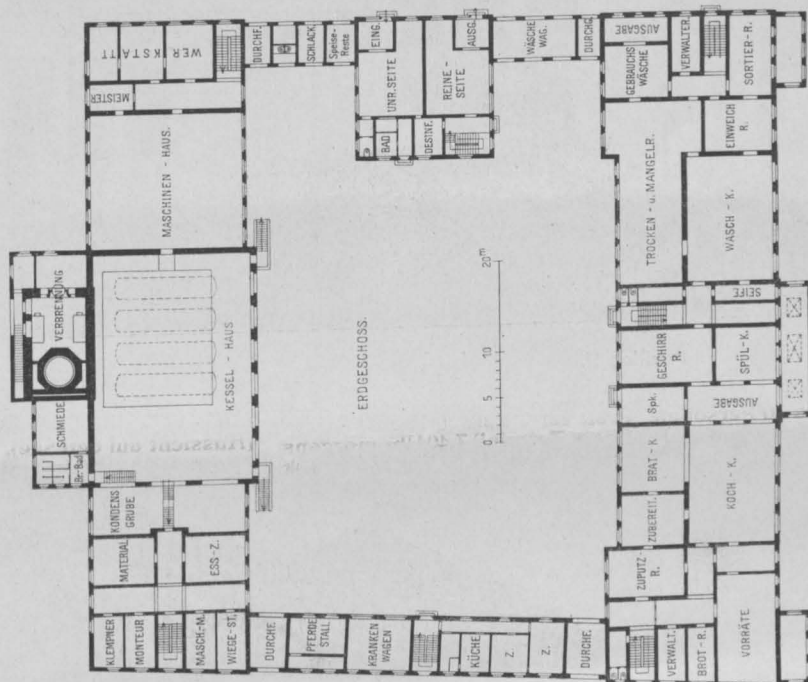
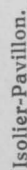
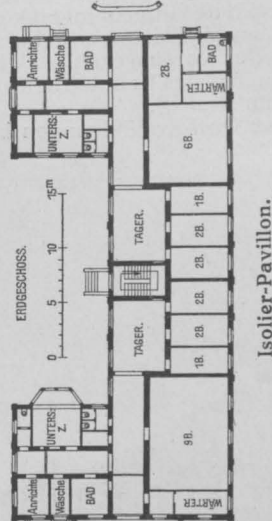
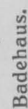
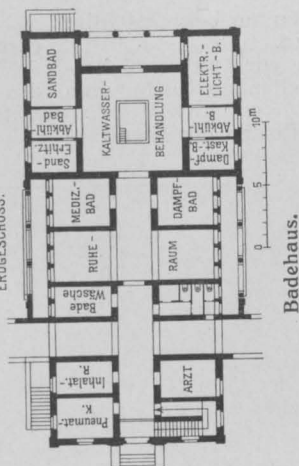
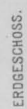
Abfahrt von Rom gegen 7 Uhr morgens, Rückkehr gegen 8 Uhr abends. — Cori: Besuch der zyklopischen Mauern, des Herkules- und Castortempels, der Brücke della Catena, des Klosters von Sta. Uliva. — Fossanova: gegen 12 Uhr Frühstück. Besuch der Abtei. — Ninfa: Besuch der mittelalterlichen Stadt und des Schlosses dei Gaetani. — Rückkehr nach Rom über Cisterna und Velletri, wo ein kurzer Aufenthalt genommen wird.

I. Die obigen Ausflüge werden von dem Reisebureau Chiari-Sommariva (Mailand), das die Verantwortung dafür übernimmt, unternommen.

II. Die Herren Kongreßteilnehmer werden dringend gebeten, den Geldbetrag für die Ausflüge spätestens bis 15. September unserem Komitee einzusenden und zugleich die Ausflüge, an denen sie teilnehmen wollen, sowie den Tag deutlich zu bezeichnen z. B.:

Ich beabsichtige, folgende Ausflüge mitzumachen:

6. Oktober	11. Oktober	11. Oktober
Ostia	Anagni	Albaner Gebirge
Ich beabsichtige folgende Ausflüge mitzumachen:		
6. Oktober	11. Oktober	12. Oktober
Cori	Viterbo	Corneto



6. September 1911.

Verspätete Anmeldungen können nur berücksichtigt werden, soweit Plätze verfügbar sind.

III. Der vorausgezahlte Betrag wird nur zurückerstattet, im Fall das Komitee den betreffenden Ausflug vom Programm streicht.

Ueber Tarif-Ermäßigungen bei Reisen der Kongreß-

2. Rechte und Pflichten des Architekten gegenüber dem Bauherrn.

3. Technisch-künstlerische Ausbildung und Diplom des Architekten. Ausübung des Berufes außerhalb des Vaterlandes.

4. Betrachtungen über moderne Architektur.



Pavillon II.

Badehaus.



Ansicht eines Pavillons mit den Liegehallen.
Das Krankenhaus der Stadt Rixdorf bei Buckow. Architekt: Stadtbaurat Reinhold Kiehl in Rixdorf.

Teilnehmer, sowie über Hotels enthält das Kongreß-Programm ausführliche Mitteilungen. —

Themata der Verhandlungen.

1. Eisen-Zement-Bau, seine Anwendung in den verschiedenen Ländern, seine Anwendbarkeit bei künstlerischen Bauwerken, vom technischen wie vom dekorativen Standpunkt.

5. Ueber die Ausführung von Bauwerken durch den Staat und andere öffentliche Verwaltungen.

6. Ueber die Nützlichkeit eines vielsprachigen Wörterbuches der Fachausdrücke.

7. Die fremden Akademien in Rom: Ihre Geschichte, Studien und Arbeiten der Studierenden. Einfluß auf die bezüglichen Länder.

Ueber „Regulierungspläne und Aesthetik der Städte“

werden schriftliche Mitteilungen und Vorträge angenommen.

Auszug aus den allgemeinen Satzungen.

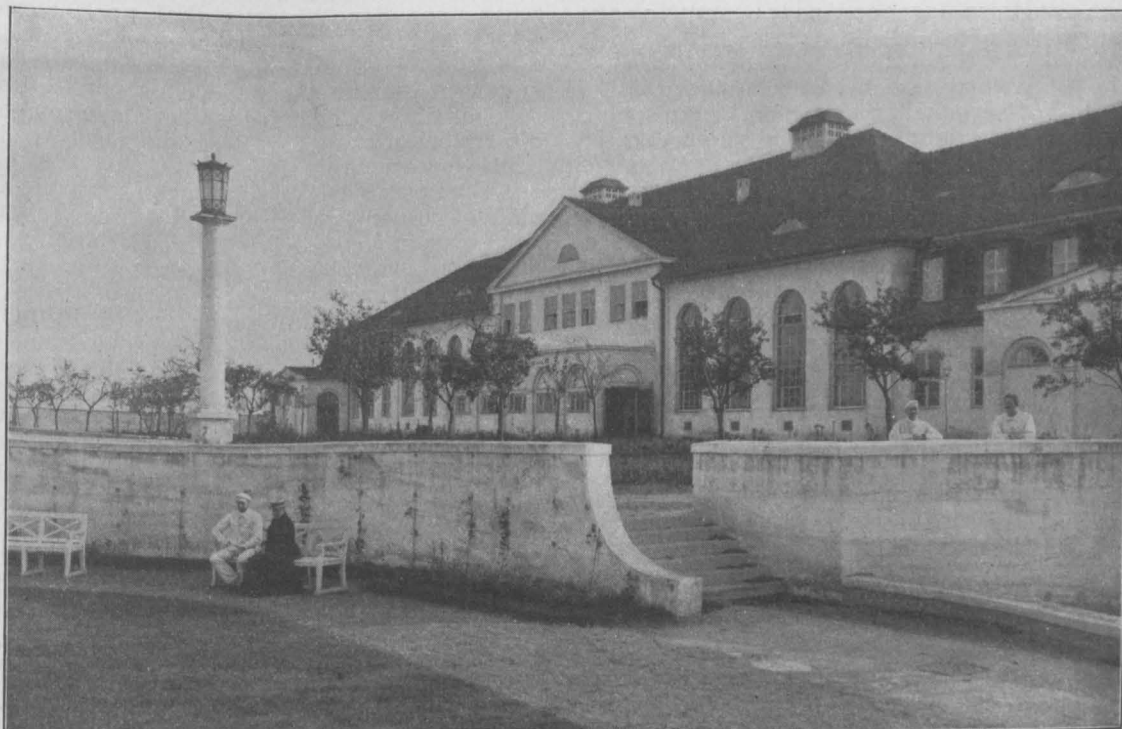
Art. 2. — In der Eröffnungssitzung sind alle Sprachen zugelassen.

ganisations-Komitee eingeschickt werden, begleitet von einer Zusammenfassung in einer der vier zugelassenen Sprachen.

Art. 6. — Das Anordnungs-Komitee wird Auszüge — in den vier zulässigen Sprachen — aus den zur Abstimmung eingereichten Vorschlägen veranlassen und sie



Isolier-Pavillon.



Wirtschaftsgebäude: Die Koch- und Waschküchen.

Das Krankenhaus der Stadt Rixdorf bei Buckow. Architekt: Stadtbaurat Reinhold Kiehl in Rixdorf.

Art. 3. — Die bei den Kongreß-Diskussionen zugelassenen Sprachen sind Französisch, Italienisch, Englisch und Deutsch.

Art. 4. — Alle regelrecht eingeschriebenen Mitglieder haben das Recht, Berichte und Vorschläge zu Beratungen über im Programm festgestellte Themata einzusenden. Diese Berichte müssen vor dem 1. September dem Or-

vor Eröffnung des Kongresses verteilen.

Art. 13. — Die Delegierten der Regierungen haben das Recht, ihre Meinung vor der Abstimmung über die eingereichten Vorschläge kundzugeben.

Art. 24. — In der ersten Versammlung des Kongresses können Anträge schriftlich oder mündlich in einer der vier Sprachen, begleitet von Berichten über nicht auf der

Tagesordnung stehende Themata eingereicht werden.

Art. 25. — Außer den gewöhnlichen Sitzungen können noch besondere Sitzungen abgehalten werden, um Vorträge zu halten oder Berichte entgegen zu nehmen. Den Vorträgen folgen weder Diskussionen noch Abstimmungen.

Auszug aus den Satzungen für die Einschreibung zum Kongreß.

Art. 4. — Die Kongressisten werden in wirkliche und in angeschlossene Mitglieder eingeteilt.

Wirkliche oder ordentliche Mitglieder sind die Delegierten der Regierungen, der Akademien und Vereini-

Das Programm wird den Interessenten von der Geschäftsstelle des „Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“, Berlin, Magdeburger-Platz 1, auf Wunsch unmittelbar zugesendet. —

gungen, alle Architekten und Pfleger der mit der Architektur zusammenhängenden Studien. Akademien und Vereinigungen können sich als wirkliche Mitglieder einschreiben und von einem Delegierten vertreten lassen, dessen Name zwecks Zustellung der Ausweiskarte dem Exekutiv-Komitee unmittelbar von der Akademie oder dem Vereine, den er vertritt, mitzuteilen ist.

Angeschlossene Mitglieder sind die Verwandten der ordentlichen Mitglieder.

Art. 5. — Die Einschreibgebühr für die ordentlichen Mitglieder beträgt 25 L.; für die angeschlossenen 15 L. Die Delegierten der Regierungen bezahlen keine Gebühr. —

Das Krankenhaus der Stadt Rixdorf bei Buckow.

Architekt: Stadtbaurat Keinhold Kiehl in Rixdorf.

(Fortsetzung.) Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen Seite 605, 607, 608 und 609.



Die Wirtschaftsgebäude sind zu einer einheitlichen Gebäudegruppe vereinigt, die einen großen Wirtschaftshof umschließt, der zum Teil für die Kohlenvorräte unterkellert ist. Die von den Krankenpavillons völlig abgeschlossene Lage des Hofes hält allen Lärm im Wirtschaftsbetrieb, Kohlenstaub usw. von den Kranken fern. Die Zufahrt zum Wirtschaftshof erfolgt von der das Grundstück östlich begrenzenden Straße (s. Lageplan in Nr. 70, S. 598).

Der nördliche Flügel der Wirtschaftsgebäude wird im Erdgeschoß in der Hauptsache durch die Wasch- und Kochküche mit ihren Nebenräumen eingenommen; in den Obergeschossen befinden sich Speiseräume und Wohnungen für das weibliche Personal. Vor dem Gebäude liegt gegenüber dem letzten Krankenpavillon ein kleiner Küchengarten.

Gegenüber der Wasch- und Kochküche auf der Südseite des Hofes liegt das Kessel- und Maschinenhaus mit anschließenden Werkstätten, Wohnungen und Bädern für das männliche Personal.

Ein Wasserturm, welcher außer dem rd. 200 cbm fassenden Wasserbehälter auch den Dampfschornstein, eine Enteisungsanlage und einen Verbrennungssofen für Verband-, Abfallstoffe usw. in sich schließt, erhebt sich hinter dem Kesselhaus. Das Wasser wird aus 35 m tiefen Bohrbrunnen gewonnen. Die Beheizung des Krankenhauses erfolgt vom Kesselhaus aus mittels hochgespannten Dampfes, der in den einzelnen Gebäuden Warmwasserboiler erwärmt, von denen sämtliche Aufenthaltsräume für Kranke mit einer Warmwasserheizung versehen werden; alle anderen Räume (Wohnungen, Flure, Kasinos usw.) sind mit einer Dampfheizung versehen. Eine besondere Lüftungsanlage haben nur die Krankenräume erhalten und zwar eine Lüftung mittels Aspiration, d. h. in den Abluftkanälen sind Heizkörper eingebaut, welche die verbrauchte Luft absaugen; die Zuluft wird im Keller vorgewärmt. Ventilatoren sind nicht vorhanden, da deren unvermeidliches Geräusch die Kranken stört. Die Entwässerung

erfolgt in die städtische Kanalisation, deren Druckrohr nach dem städtischen Rieselgute am Krankenhaus vorbeiführt; mittels einer besonderen kleinen Pumpstation auf dem Krankenhausgrundstück werden die Entwässerungsleitungen an das Druckrohr angeschlossen. Die Beleuchtung des Krankenhauses erfolgt durch elektrisches Licht, das im Maschinenhaus erzeugt wird. Der Abdampf der Maschine wird dazu benutzt, um die im Kesselhaus aufgestellte Warmwasser-Bereitungsanlage zu erwärmen. Von dieser zentralen Anlage wird das ganze Krankenhaus mit warmem Wasser versorgt. Sämtliche Leitungen für Warmwasser, Licht und Kraft sowie Heizung werden in einem unterirdischen begehbaren Kanal den einzelnen Gebäuden zugeführt. Gasleitungen sind außer in den Laboratorien nur für Kochzwecke vorhanden, in der Zentralküche für die Bratherde und in den Anrichten der einzelnen Pavillons.

Im übrigen wird im Küchen- und Waschbetrieb nur Dampf verwendet, ebenso im Desinfektionshaus, das den Wirtschaftshof nach Westen abschließt. Das Desinfektionshaus enthält zwei Apparate für die Desinfektion größerer Stücke, wie Betten und Matratzen, und zwei Wäscheapparate. Im Dachgeschoß dieses Gebäudes ist das Kleidermagazin für die Aufbewahrung der Bekleidungsstücke der Patienten untergebracht.

Die Speise- und Wäschewagen sowie die Küchenabfälle werden teils in einem kleinen Anbau beim Kochküchen-Gebäude, teils in Verbindungsbauten zwischen dem Desinfektionshaus und Maschinenhaus untergebracht. Gegen die Straße ist der Wirtschaftshof durch ein Beamtenwohnhaus nebst Wagenremise und Pferdestall abgeschlossen. Gegenüber den Wirtschaftsgebäuden auf der Westseite liegen die eingeschossigen Isolier-Pavillons für ansteckende Krankheiten und der Kinder-Pavillon. Die Isolier-Pavillons enthalten je zwei größere Zimmer für 6—9 Betten und einzelne kleinere Zimmer für 1—3 Betten und sind mit ihren Nebenräumen so eingerichtet, daß sowohl der ganze Pavillon für eine Krankheit benutzt werden kann, sowie auch jede Hälfte für sich. —

(Schluß folgt.)

Literatur.

Ein Werk über die Städtebau-Ausstellungen in Berlin und Düsseldorf. Ein Werk über die Berliner Städtebau-Ausstellung wird, erweitert durch einen Anhang: Die Internationale Städtebau-Ausstellung Düsseldorf, zu Weihnachten d. Js. bei Ernst Wasmuth A.-G. in Berlin erscheinen.

Der Gesamt-Eindruck dieser beiden Ausstellungen wird in diesem Illustrations-Werke durch mehr als 600 zum großen Teil farbige Illustrationen festgehalten. Ein auf genauen Quellenstudien fußender Text von Dr. Werner Hegemann wird die wichtigsten Gesichtspunkte der in ihrer Vielseitigkeit schwer übersehbaren Ausstellungen in ähnlicher Weise herausheben, wie dies zur Zeit der Ausstellung gelegentlich der Führungen von auswärtigen Stadtverordneten-Deputationen und Vereinen geschehen ist. Unter Anschluß an die Anordnung der Ausstellung kommen zur Darstellung: das historische

Werden der Städte — namentlich einiger Weltstädte —, das städtische Transport- und Verkehrswesen, die Parks und Spielplätze, die Gartenstädte sowie Gartenvorstädte, die Wohnungsfürsorge öffentlicher Körperschaften, die Altstadt-Sanierungen, die Stadterweiterungen, die künstlerische Ausschmückung der Städte (Kunst der Straße) und die Gruppierung der öffentlichen Gebäude. Durch finanzielle Förderung, die dem Werke von seiten der die Ausstellungen unterstützenden Städte, sowie von den preußischen Ministerien des Inneren, des Handels und der öffentlichen Arbeiten zuteil wird, kann ein mit Rücksicht auf den Umfang des Werkes verhältnismäßig niedriger Preis, 13 M. bei Subskription vor Erscheinen, 18 M. nach Erscheinen, angesetzt werden. Bei der Bedeutung, die städtebauliche Fragen durch das neue Zweckverbandsgesetz gewonnen haben, wird man das Erscheinen dieses städtebaulichen Sammelwerkes mit Interesse begrüßen können. —



Abbildung 26. Entwurf mit dem Kennwort: „Neuzeit“. Angekauft. Verfasser: Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg A.-G. Werk Gustavsburg bei Mainz, Grün & Bilfinger A.-G. in Mannheim, Architekt: Regierungs-Baumeister a. D. Moritz in Köln.

BEILAGE FÜR WETTBEWERBE

Vom Wettbewerb um eine zweite feste Straßenbrücke über den Rhein bei Köln.

(Fortsetzung aus No. 69.)



Der Entwurf „Alaaf Colonia“ ist das Werk der Firma Philipp Holzmann & Co., G. m. b. H. in Frankfurt a. M. - Berlin, der Gute Hoffnungshütte in Oberhausen 2, des Geh. Brts. Professor Franz Schwechten in Berlin und des Dr.-Ing. Wilh. Lauter in Charlottenburg. In No. 65, Seite 564, ist der Ent-

wurf bereits im Schaubild und Lageplan zur Darstellung gebracht. Die Bildbeilage derselben Nummer läßt Pfeiler und Pylonaufbau, Ausbildung des Versteifungsträgers und Aufhängung an den Kabeln deutlicher erkennen. Abb. 15 und 16, S. 613, gibt eine Uebersichtszeichnung, aus der alle Hauptmaße des Gesamtsystemes ersichtlich sind. Abbildung 17 zeigt den Aufbau der Steinpylone und den Brückenquerschnitt. In Abbildung 18 ist die Konstruktion der Querträger und die Aufhängung an den Kabeln deutlicher dargestellt, während Abbildung 19 die Auflagerung und Verankerung der Versteifungsträger auf den Strompfeilern, Abbildung 20 die Verankerung der Kabel und der Versteifungsträger an den Brücken-Enden zeigt.

Der Entwurf weicht von allen anderen darin ab, daß er wirklich tragende Steinpylone besitzt (nicht etwa umhüllte Eisenkonstruktion), deren Standfestigkeit bei großer Schlankheit doch einwandfrei nachgewiesen ist, und daß die Kabel nicht in einer lotrechten Ebene liegen, sondern über den Pylonen kräftig auseinander gezogen sind. Die Versteifungsträger liegen etwas innerhalb der Kabel. Durch diese Anordnung wird neben erheblich gesteigerter Seitensteifigkeit der Vorteil erreicht, daß der Verkehr auf dem Bürgersteig fast geradlinig durch die Pylone hindurch geführt werden kann und daß die Lagerung der Versteifungsträger und die Abstützung der Kabel-Enden vor Einführung in den Ankerklotz ganz unabhängig von einander ausgebildet werden können. Als Nachteil ist anzusehen, daß die Hängestangen in der Brückenquerebene nicht mehr lotrecht hängen, wodurch nach dem Urteil des Preisgerichtes in das sonst klare Bild der Konstruktion eine gewisse Unruhe hineingetragen wird. Die Kabelführung bedingt außerdem die Anordnung einer kräftigen Quersteife zwischen den Lagern der Kabel auf den Pylonen, die einen Druck von 240 t aufzunehmen hat. Diese als eiserne Gitterträger ausgebildeten Steifen bilden, wie namentlich auch die Bildbeilage zu No. 65

erkennen läßt, „keine ganz einheitlich wirkende Umrahmung“; im übrigen aber rühmt das Urteil des Preisgerichtes „die besonders ansprechende Gesamt-Erscheinung“, „die schlanken Steinpfeiler sind schön in Umriss und Einzelformen, stören für den Blick von Süden auf das Stadtbild nicht und würden, von Norden gesehen, sogar eine willkommene Bereicherung abgeben“. Die sorgfältig durchgebildeten Widerlager und Ankerklötze erfordern gegenüber den anderen Entwürfen auffallend geringe Massen.

Die Versteifungsträger sind durchlaufende Fachwerkträger auf 4 Stützen von 5,4 m theoret. Höhe und der gleichen Feldteilung von 7,67 m. Ihre Gurte sind parallel, der Untergurt folgt der vorgeschriebenen Linie des freien Profiles. Sie stören also weder den Querverkehr, noch beeinträchtigen sie in nennenswerter Weise den freien Blick. Es fällt ihnen im Gesamtsystem, das dreifach statisch unbestimmt ist, lediglich die Rolle der Lastverteilung zu. Sämtliche Lager sind längsbeweglich und, wie die Abbildungen 19 und 20 erkennen lassen, durch entsprechende Verankerung auch zur Aufnahme negativer Auflager-Drucke geeignet. Für die Versteifungsträger, einige besonders stark beanspruchte Querträger, sowie für die Hängestangen ist Nickelstahl von 55—65 kg/qmm Bruchfestigkeit, mindestens 35 kg/qmm Streckgrenze und 18% Dehnung auf 200 mm Meßlänge, sowie einem Nickelgehalt von 2% in Aussicht genommen.

Für die Kabel werden zwei verschiedene Vorschläge gemacht. Das eine Mal sind, wie auch in Abbildung 18 dargestellt ist, deutsche Kabel in Vorschlag gebracht, d. h. aus einzelnen fertigen Drahtseilen, sogen. patentverschlossenen Kabeln, von Felten & Guillaume zusammengesetzte Kabel, das andere Mal nach dem Luftspinnverfahren an Ort und Stelle hergestellte Kabel aus parallelen Drähten, die zu einem einheitlichen Kabel zusammen gepreßt sind.

Es seien hier noch einige Bemerkungen über die beiden Kabelarten eingeschaltet. Die sogen. patentverschlossenen Kabel werden in Stärken, wie sie für Brückenbauzwecke erforderlich sind, seit etwa 25 Jahren ausschließlich von der deutschen Firma Felten & Guillaume, Karlswerk A.-G. in Mülheim a. Rh., hergestellt. Sie bestehen, wie der Querschnitt durch ein solches Seil in Abb. 23, S. 615 erkennen läßt, im Kern aus kreisrunden, um diesen herum aus trapezförmigen, im äußeren Teil aus doppelwulstigen Drähten, die unter reichlicher Zugabe von Mennige miteinander flach spiralförmig verflochten werden und

ist mit Bandagen und Keilverschluß erfolgt, etwa nach Art der früher patentierten Konstruktion der Nürnberger Maschinenfabrik.

Bei der als Variante vorgeschlagenen amerikanischen Kabelkonstruktion werden unter Benutzung eines leichten Hilfskabels, an dem ein Lauf- und Arbeitssteg aufgehängt wird, die Kabel an Ort und Stelle aus parallelen Einzeldrähten zusammengesetzt, die

Abbildung 20. Verankerung der Kabel und der Enden des Verstärkungsträgers.
(Deutsche Kabelform.)

Im vorliegenden Falle sind die Kabel (vergl. Abbildung 18) aus 16 Einzelseilen von je 92 mm Durchmesser zusammengesetzt, deren jedes eine

Bruchfestigkeit von 783 t besitzt, sodaß also die Kabeltraglast 12 528 t entspricht. Das bedeutet gegenüber der Höchstbelastung des Kabels eine reichliche dreifache Sicherheit. Die Einzelseile sind so zusammengefaßt, daß sie geschlossen einzelseil für die gänglich bleibt. Die Aufnahme an der Last. Die Aufhängung

Abbildung 17.
Strompfeiler mit
Pylon-Aufbauten.

Entwurf mit dem Kennwort: „Alaaf Colonia“. Ein Preis von 7000 M.
Verfasser: Philipp Holzmann & Co. G.m.b.H. in Frankfurt a. M.-Berlin,
Gutehoffnungshütte in Oberhausen 2, Geh. Brt. Prof. Franz Schwechten
in Berlin und Dr.-Ing. Wilhelm Lauter in Charlottenburg.

dingung solcher Kabel ist die Manhattan-Brücke in New York. Genau nach dem dort angewendeten Verfahren soll nach dem Angebot der Firmen gegebenenfalls die Herstellung in Köln erfolgen. Die Firmen haben sich den Ingenieur Robinson gesichert, der die amerikanische Ausführung bewirkt hat und mit geübten Mannschaften eigens nach Europa kommen soll. Vorgesehen ist basischer Siemens-Martin-Stahl von

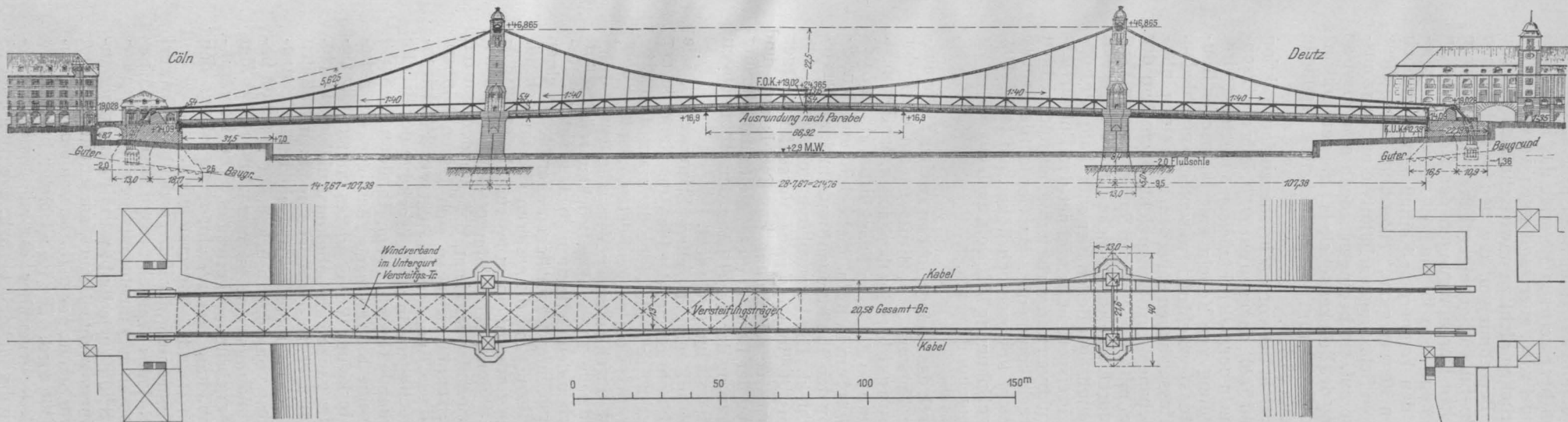


Abbildung 15 und 16. Gesamtanordnung der Brücke in Grundriß und Aufriß. (Kabelhängebrücke mit durchlaufenden Fachwerks-Versteifungsträgern.)

Entwurf mit dem Kennwort „Alaaf Colonia“. Ein Preis von 7000 M. Verfasser: Philipp Holzmann & Co. in Frankfurt a. M. - Berlin, Gutehoffnungshütte in Oberhausen 2, Architekt Geh. Brt. Professor Franz Schwechten in Berlin, Dr.-Ing. Wilh. Lauter in Charlottenburg.

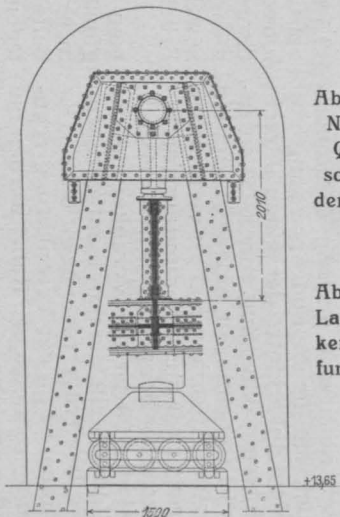
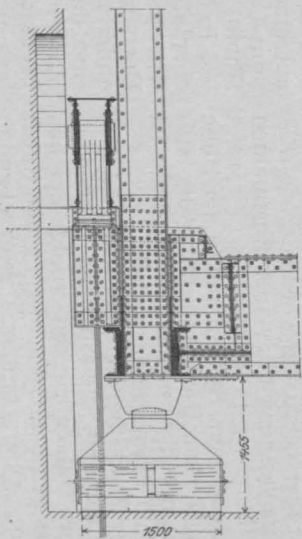
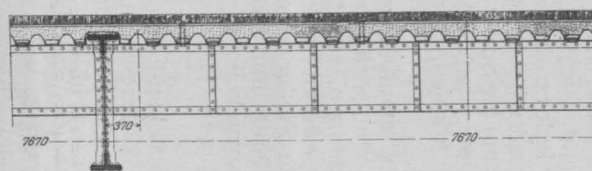


Abbildung 18 (rechts). Normaler Brücken-Quer- und Längsschnitt. Ausbildung der Kabel und der Aufhängung.

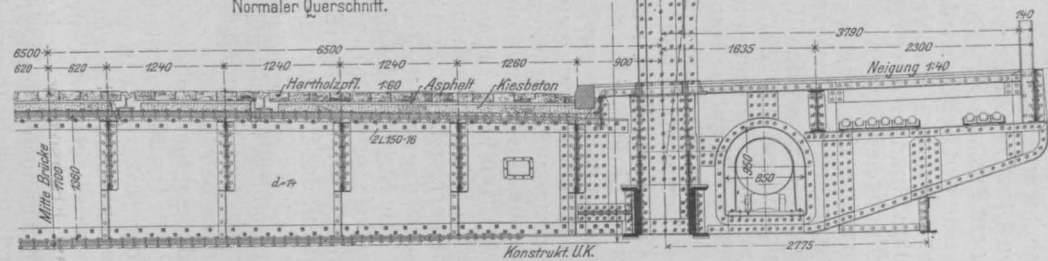
Abbildung 19 (links). Lagerung und Verankerung des Versteifungsträgers auf dem Strompfeiler.



Längsschnitt der Fahrbahn.



Normaler Querschnitt.



Seilaufhängung.

150 kg/qmm Mindestfestigkeit (verzinkt 140 kg/qmm). Die Kabel würden aus 19 Litzen zu je 330 Einzeldrähten von 4,4 mm Durchm. bestehen und haben in geschlossenem Zustand 37 cm Durchmesser.

An den Kabeln wird die gesamte Eisenkonstruktion aufgehängt. Die Versteifungsträger, die in den Seitenöffnungen durch feste Rüstungen, in der Mittelloffnung teils durch freies Vorstrecken, teils unter Benutzung der inzwischen verlegten Kabel montiert werden, werden erst vernietet, nachdem das ganze Eisengewicht an den Kabeln aufgehängt ist. Nach Aufbringung der Fahrbahndecke wird auch deren Last durch Anspannung der Hängestangen zum größten Teil auf die Kabel übertragen.

Die größte Zugkraft tritt im Kabel für ständige Last, Verkehrslast und Temperatureinfluß (-25° bis $+45^{\circ}$ C.) und Wind (letzterer hat keinen nennenswerten Einfluß), in dem am stärksten geneigten Stück, unmittelbar am Pylon, auf. Sie beträgt 4124 t und ist für die Abmessungen maßgebend. Die Kabel übertragen die Brückenlast auf die Pylone durch einfache bewegliche Lager, die frei zugänglich sind (vergl. Abbildung 17), und durch diese auf die Strompfeiler. Um die hohen Pressungen unter den Seilauflagern (rd. 50 kg/qcm) aufnehmen zu können, sind Eiseneinlagen in die Pylone eingelegt.

Die Strompfeiler haben aus den Pylonaufbauten Drucke von je 3267 t, von den Versteifungsträgern Auflagerdrucke von rd. 1000 t aufzunehmen, sodaß einschl. des Eigengewichtes der Pfeiler deren Sohle durch etwa 25000 t belastet wird. Die Pfeiler sind mit Luftdruck bis $-9,50$ a. K. P. gegründet und haben $40 \cdot 13$ m Grundfläche. Die Beanspruchung des Bodens beträgt 4,8 kg/qcm für gleichmäßige Belastung und steigt für Winddruck nur bis 5 kg/qcm.

Die Umführung der Kabel an den Brücken-Enden in den Ankerklotz ist in Abb. 20, S. 612, dargestellt. Die ebenfalls beweglichen Umführungslager mit ihren Auflagerstein-Unterbauten sind unverhüllt gezeigt. Der Raum zwischen Kabel und Ende des Versteifungsträgers ist in zwangloser Weise ausgenutzt, um die Brückengeld-Einnahme-Häuschen einzuschieben.

Das Widerlager ist in den eigentlichen Ankerklotz und den die Auflagerdrucke der Umleitungs-Lager bzw. der Versteifungsträger aufnehmenden Klotz geteilt, indem der erstere, der die wasserdicht zu haltende Ankerkammer aufnimmt, durch eine besondere Isolierung abgetrennt ist. Bei der Berechnung ist die Trennung als vollkommen angenommen, während praktisch noch eine gewisse Zusammenwirkung stattfindet, die für die Bodenpressung von Nutzen ist. In den Ankerklotz, der einen lotrecht nach oben gerichteten größten Zug von 3825 t aufzunehmen hat, sind Eiseneinlagen eingelegt, um ein Abscheren neben der Ankerkammer zu verhindern. Sowohl die Widerlager wie die Pfeiler und auch die Pylon-Aufbauten sind in der Hauptsache in Beton erstellt.

In der Abbildung 20 ist die Verankerung der deutschen Kabel dargestellt, die durch aufgegossene Seilköpfe und kräftige Trägerroste bewirkt ist. Der Durchhang der Kabel ist an der Verankerung regulierbar. Bei dem amerikanischen Kabel werden die Litzen an den Enden um besondere Schuhe geschlungen, an deren Bolzen Augenstäbe angreifen, welche die Verankerung bewirken. Auf eine Wiedergabe dieser Verankerung, die auch nach amerikanischem Muster erfolgt, ist hier verzichtet worden.

Der Versteifungsträger ist in seiner allgemeinen Anordnung in Abbildung 15 dargestellt. Er zeigt ein ziemlich durchsichtiges System, mit in der Höhe knapp gehaltenen Gurten. Die Verankerung der Auflager auf dem Strompfeiler und am Brücken-Ende ist in den Abbildungen 19 und 20 dargestellt.

Eine wichtige Frage bei Hängebrücken ist diejenige der Durchbiegung, die erheblich größer ist, als bei Kabel- und Balkenbrücken, infolge der aus den hohen zulässigen Beanspruchungen der Kabel und ihren geringen Querschnitten sich ergebenden

größeren Dehnungen. Hohe Beanspruchungen müssen bei dem hochwertigen Material, das für die Kabel verwendet wird, aber zugelassen werden, sollen die Kabelbrücken nicht zu unwirtschaftlich werden. Nach den Berechnungen, die den verschiedenen Wettbewerbs-Entwürfen beigegeben sind, schwanken die ermittelten Durchbiegungen der Kabelbrücken zwischen 70 und 95 cm für die höchste Belastung, jedoch ohne den Temperatur-Einfluß, der etwa noch ein Maß von 30 cm erreicht. Allerdings treten diese ungünstigsten Belastungsverhältnisse nur ganz ausnahmsweise auf, sie bedingen jedoch eine gewisse Höherlegung des Brückenscheitels. Bei dem Entwurf „Alaaf Colonia“ beträgt die für Höchstlast ermittelte Durchbiegung 68,8 cm.

Das Gewicht der vorbeschriebenen Konstruktion stellt sich auf 5720 t, dagegen auf 6977 t, falls die Eisenkonstruktion in normalem Flußeisen ausgeführt wird. Bei Anwendung von Kabeln amerikanischer Konstruktion ist das Gewicht nicht wesentlich verschieden.

Die Verfasser haben außerdem noch einen interessanten Nebenentwurf eingereicht, nach dem der ganze Strom mit einer einzigen Spannung von 355 m Stützweite durch eine Kabelbrücke übersetzt werden soll. Die Hauptträger liegen hier außerhalb der Fußwege. Das Preisgericht bezeichnet den Entwurf als aus „konstruktiven und wirtschaftlichen Rücksichten nicht in Betracht kommend“. Das Gewicht der Brücke stellt sich nicht unwesentlich höher, auf fast 9000 t. Die mächtige Spannung fällt wohl auch aus dem Maßstab der Umgebung heraus.

Der durch das Preisgericht an zweiter Stelle ausgezeichnete Entwurf „Freiheit“ ist ein Werk der Gutehoffnungshütte in Oberhausen, der G. m. b. H. Phil. Holzmann & Co. in Frankfurt a. M. und des Arch. G. Eberlein in Köln. Schaubild und Pendelpylon sind in den Abbildungen 8 und 9 in No. 69 bereits vorausgeschickt. Die konstruktive Ausbildung des Pendelpylons, die Aufhängung der Versteifungsträger an denselben, die Ausbildung des Kabels und der Uebertragung der Last auf diese, die Endabstützung und Verankerung der Kabel ist in den Abbildungen 21–25 zur Darstellung gebracht.

Der Entwurf zeigt dieselben Spannweiten, wie der zuerst beschriebene, der Pfeil der Kabel in der Mittelloffnung ist 1:9, die Höhe der nach dem gleichen Fachwerksystem ausgebildeten, ebenfalls über vier Stützen durchlaufenden Versteifungsträger ist 6 m, die Feldweite 7,16 m. Die Brückenbreite ist mit 19,3 m zwischen den Geländern etwas geringer. Kabel und Versteifungsträger liegen aber hier in einer lotrechten Ebene, und die ersteren stützen sich auf eiserne, pendelnde, zu einem festen Rahmen zusammengefaßte Pylone, deren Ständer sich nach unten soweit auseinander spreizen, daß sie den ganzen Brückenquerschnitt zwischen sich fassen können.

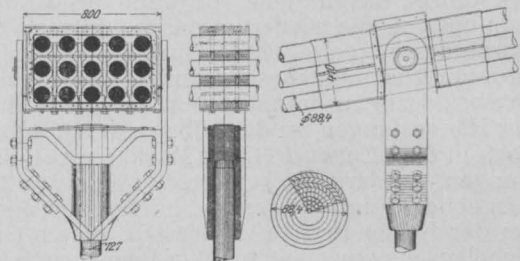
Durch diese Anordnung erhält der Pendelrahmen eine wuchtigere, in der Perspektive der Brücke günstig wirkende Gestalt (Vergl. Abbildungen 8 u. 9 in Nr. 69), seine Stützen beeinträchtigen die Fahrbahnbreite in keiner Weise, und es bot sich die Gelegenheit, die ganze Fahrbahnkonstruktion einschl. Versteifungsträger freischwebend an einen kräftigen Mittelriegel des Rahmens an Bolzengelenken aufzuhängen. Diese von Bogenbrücken her ja schon bekannte Ausbildungsweise ist hier zum ersten Mal auf eine Hängebrücke übertragen. Die Konstruktions-Durchbildung dieser Aufhängung ist aus den Abbildungen 21 und 22 klar ersichtlich.

In der Anordnung der Kabel weicht der Entwurf ebenfalls ab. Jedes Tragseil besteht hier aus 15 patentverschlossenen Einzeldrahtseilen von 88,4 mm Durchmesser, die zu je fünf in drei Reihen übereinander zu einem rechteckigen Querschnitt vereinigt sind, der zum Schutz gegen Nässe von einem Blechmantel umfaßt wird. Die Kabel bieten bei rd. 747 t Bruchfestigkeit gegenüber der ungünstigsten Belastung noch dreifache Sicherheit. Wie Abbildung 23

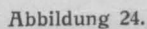
An den Brücken-Enden sind die Kabel, wie Abb. 24 zeigt, zunächst über einen Stützkörper in Form eines Radsegmentes umgeleitet und dann unter Verwendung von Seilköpfen und Trägern in den Wider-

An den Brücken-Enden sind die Kabel, wie Abb. 24 zeigt, zunächst über einen Stützkörper in Form eines Radsegmentes umgeleitet und dann unter Verwendung von Seilköpfen und Trägern in den Wider-

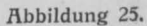
Das Urteil des Preisgerichtes bemängelt die „etwas kleinlich wirkende“ dekorative Ausgestaltung der Pylone und die in „künstlerischer Beziehung nicht



Kabelquerschnitt mit Befestigung der Hängestangen.



Bock zur Umleitung der Kabel in den Ankerklotz.



Verankerung der Kabel in Längsschnitt und Querschnitt. Entwurf mit dem Kennwort „Freiheit“. Ein Preis von 7000 M. Verfasser: Gutehoffnungshütte in Oberhausen 2, Philipp Holzmann & Co. in Frankfurt a. M. Architekt G. Eberlein in Köln.

gelungene Verbindung von Eisen und Steinarchitektur an den Brücken-Enden“. Die sorgfältige konstruktive und statische Durchbildung, die „leichte und gefällige Gestaltung“ der Brücke finden dagegen volle Anerkennung.

Zwei weitere Entwürfe sind von der Firma Aug. Klönne in Dortmund zusammen mit Havestadt & Contag in Wilmersdorf-Berlin bearbeitet unter Zuziehung zweier verschiedener Architekten. Der eine Entwurf mit dem Kennwort „Fragt nicht wie billig, fragt wie gut“, ist mit einem Preise von 7000 M. an dritter Stelle ausgezeichnet worden. Arch. Professor Dr.-Ing. Bruno Schmitz für die künstlerische Ausgestaltung und Prof. Dr.-Ing. Mann von der Technischen Hochschule in Breslau für die Berechnung des als Vierendeelträger ausgebildeten Versteifungsträgers, sind die Mitarbeiter. Die Schaubilder des Entwurfes sind in No. 65 Abb. 2 und 3, S. 561, sowie in No. 69, Abb. 13, S. 596, bereits vorausgeschickt.

Der zweite Entwurf, mit dem Kennwort: „Ohne Maske“, ist angekauft worden. Die künstlerische Bearbeitung fiel hier Arch. Franz Brantzky in Köln zu. (Vergl. das Schaubild in No. 69, Abb. 14, S. 596). Beide Entwürfe haben soviel Verwandtes, daß sie zusammen behandelt werden müssen.

Die Abbildungen 27—29, die wir nachfolgen lassen, zeigen die charakteristischen Konstruktionen des ersten Entwurfes, Abb. 30 gibt den abweichenden Querschnitt des Entwurfes „Ohne Maske“ wieder.

Beide Entwürfe haben die gleichen Spannweiten von 107,5 m in den Seitenöffnungen, 215 m in der Mittelöffnung, bei nur $\frac{1}{10}$ Pfeil, dieselbe Konstruktion des Kabels, das für jede Tragwand aus 3 Einzel-Kabeln besteht, die wiederum aus je 7 Litzen von 92 mm Durchmesser der Felten-Guilleaume'schen Konstruktion zusammengesetzt sind. Die 3 Kabel sind in Dreiecksform zusammengefaßt und die Aufhängung der Hängestangen an denselben (welche letztere jedoch in dem Entwurf „Ohne Maske“ nicht als Rundstangen, sondern als genietete Träger von I-Profil ausgebildet sind) entspricht im Prinzip derjenigen bei der Kaiser-Brücke zu Breslau, indem durch ein Hebelsystem eine gleichmäßige Beanspruchung aller 3 Kabel gesichert ist. Die Entwürfe unterscheiden sich jedoch wesentlich durch die Form des Versteifungsträgers und die Anordnung des Brückenquerschnittes.

Im ersten Falle sind, wie bei einer großen Zahl von Entwürfen, die Hauptträger in 13,2 m Entfernung zwischen Fahrbahn und Bürgersteig gelegt, bei dem Entwurf „Ohne Maske“ liegen die Kabel außerhalb des Brücken-Querschnittes in 20,8 m Entfernung. Konstruktiv und wirtschaftlich hat die zweite Anordnung den Nachteil, daß infolge der großen Spannweite sehr schwere Querträger entstehen, die den Bau verteuern, andererseits aber haben sie den Vorteil, daß der freie Blick über die große Breite der Brückenbahn und der freie Verkehr auf derselben in keiner Weise beeinträchtigt wird. Für die Außenlage der Hauptträger wird außerdem der Grund angeführt, daß sie

den freien Blick auf das Stadtbild begünstige. Das trifft aber nur in beschränktem Maße zu und nur dann, wenn die Höhe der Versteifungsträger diejenige der üblichen Geländerhöhe nicht wesentlich überschreitet. Dann muß aber der Versteifungsträger infolge seiner geringen Höhe, um seinen Zweck noch einigermaßen zu erfüllen, sehr kräftige Querschnitte und große Gurtbreiten erhalten, sodaß die Konstruktion auch hierdurch weniger wirtschaftlich wird, während die breite Barriere längs des Geländers den freien Blick auf den Strom unmittelbar vor der Brücke stark beeinträchtigt. In Abwägung dieser Vor- und Nachteile hat das Preisgericht offenbar die Anordnung der Hauptträger zwischen Fahrbahn und Bürgersteigen bevorzugt.

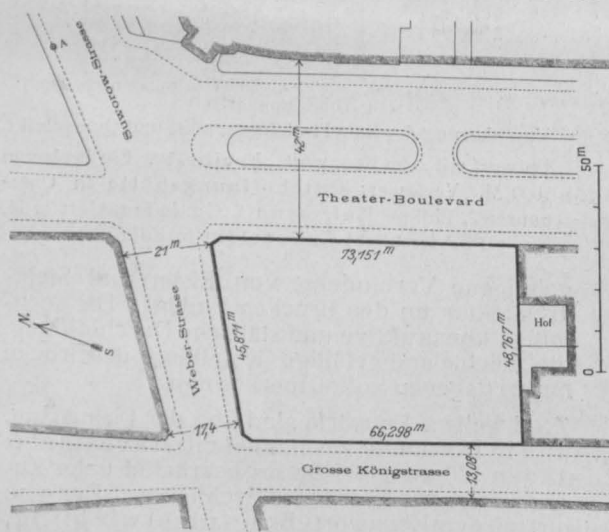
Ein weiterer Unterschied liegt in der Ausbildung der Versteifungsträger selbst. Der Entwurf „Fragt nicht wie billig, fragt wie gut“ sind die Versteifungsträger als Rahmenträger nach Vierendeel ausgebildet mit 6 m Höhe in Brückenmitte, 4,96 m Höhe an den Enden, deren Oberkante in 3 m Höhe über Bürgersteig verläuft, während bei dem Entwurf „Ohne Maske“ Fachwerkträger gewählt sind, deren Höhe in Brückenmitte auf nur 2,4 m herabgedrückt ist, über den Strompfeilern auf 3,9 m steigt. Die Feldteilung ist fast die gleiche.

Zur Wahl des Vierendeelträgers hat jedenfalls der Wunsch des Architekten geführt, die immerhin etwas störenden schrägen Stäbe aus dem Bilde der Brücke auszuschalten. Diese Träger bilden für den Querverkehr außerdem kaum mehr Hindernisse, haben andererseits aber den Nachteil, da jeder einzelne Rahmen des Trägers in sich steif sein muß, sehr schwer zu werden und außerordentlich kompliziert in der Berechnung zu sein. (Eine brauchbare Berechnungsweise stammt von Prof. Mann, der sie 1909, S. 540 ff. in der Zeitschrift für Bauwesen veröffentlichte). Beide Entwürfe zeigen trotz Anwendung hochwertiger Kohlenstoffstahles ziemlich hohe Gewichte von 8127 bzw. 8634 t. —

(Fortsetzung folgt.)

Wettbewerbe.

Wettbewerb Vereins- und Miethaus des Gewerbe-Vereins Riga. Das auf der unten gekennzeichneten Baustelle zu errichtende Haus soll zwei durchaus getrennte Raumgruppen enthalten, welche eine tunlichst hohe Verwertung des Geländes ermöglichen. Eine Gruppe Vereinsräume, zerfallend in Repräsentationsräume, in die eigentlichen Vereinsräume, sowie in Wirtschafts- und Verwaltungsräume dient den Zwecken des Gewerbe-Ver-



eins. Zur Erzielung einer guten Rentabilität sollen daneben möglichst viele Läden, Comptoirs, Wohnungen usw. angelegt werden. Auch ein öffentliches Restaurant kann in Betracht gezogen werden. Es erscheint nahe liegend, den Zugang zu den Repräsentationsräumen vom Theater-Boulevard aus zu nehmen, die Vereins- und Wohnräume nach der Großen König-Strasse zu verlegen und den Gebäudeteil an der Weber-Strasse zu gewerblichen Zwecken

auszunutzen. Der Baustil ist den Bewerbern überlassen; die Fassaden sind in Putztechnik zu entwerfen. Der architektonische Ausdruck des Gebäudes soll ein vornehmer sein. Für die Repräsentationsräume sind u. a. erforderlich ein großer Konzertsaal mit 1000 Sitzplätzen und mit Bühne, ein kleiner Konzertsaal für 500 Personen, gleichfalls mit Bühne, sowie ein großer Speisesaal; dazu die üblichen Nebenräume. Für die eigentlichen Vereinsräume, sowie die Verwaltungs- und Wirtschaftsräume ist ein gesondertes, ins Einzelne gehendes Raumprogramm aufgestellt. Die Mieträume bestehen in Läden im Erdgeschoß, in Comptoirs im ersten und zweiten Obergeschoß, sowie in Wohnungen von 5—8 Zimmern. Ein bestimmtes Erträgnis ist rechnerisch nachzuweisen.

Die Beteiligung am Wettbewerb ist unbeschränkt, doch sind 3 Architekten von Riga, die genannt sind, gegen ein Honorar von je 1000 Rbl. zur Teilnahme am Wettbewerb verpflichtet. Sind in der Zahl der preisgekrönten oder angekauften Arbeiten auch Entwürfe der drei zum Wettbewerb aufgeführten Architekten vorhanden, so wird den Verfassern außer dem Preise oder der Ankautsumme noch das ihnen zugesprochene Honorar bewilligt. Im anderen Falle erhalten sie nach Bezeichnung ihres Entwurfes nur das für sie bestimmte Honorar ausgezahlt, falls ihr Entwurf nicht von der Beurteilung durch das Preisgericht ausgeschlossen war. Die Beteiligung dieser drei Architekten am Wettbewerb erfolgt unter den für die übrigen Bewerber maßgebenden Bedingungen. Die Hauptzeichnungen sind 1:200 verlangt; dazu wird ein Schaubild gefordert. Ueber die weitere Verwendung der durch Preiserteilung, Ankauf oder Bestellung in den Besitz des Gewerbe-Vereins übergebenen Entwürfe behält sich dieser volle Freiheit vor. —

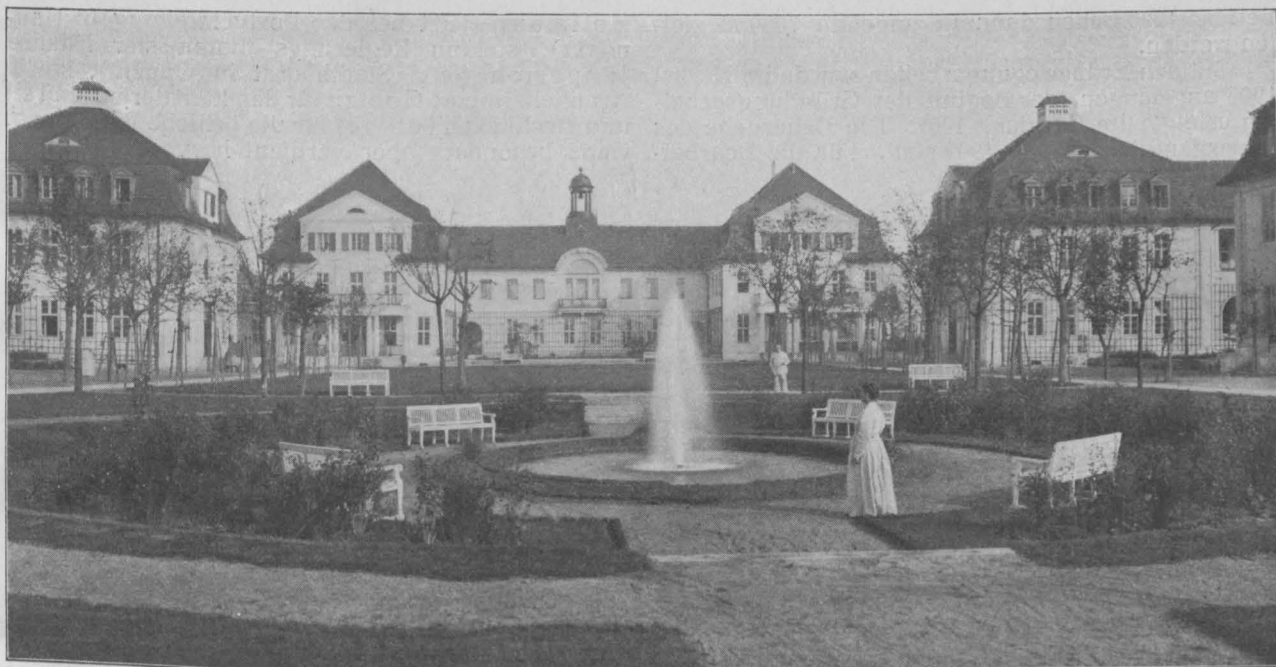
Inhalt: IX. Internationaler Architektenkongress Rom — Oktober 1911. — Das Krankenhaus der Stadt Rixdorf bei Buckow (Fortsetzung). — Literatur. — Vom Wettbewerb um eine zweite Straßenbrücke über den Rhein bei Köln (Fortsetzung). — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Beilage: Das Krankenhaus der Stadt Rixdorf bei Buckow.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachhlg. P. M. Weber in Berlin.



AS KRANKENHAUS
 DER STADT RIXDORF
 BEI BUCKOW. * AR-
 CHITEKT: STADTBAU-
 RAT REINH. KIEHL
 IN RIXDORF. * * *
 GEBET-, VORTRAGS-
 UND SPEISE-SAAL IM
 OBERGESCHOSS DES
 VERWALTUNGSGE-
 BÄUDES. * * * * *
 === DEUTSCHE ===
 * * BAUZEITUNG * *
 XLV. JAHRGANG 1911
 * * * * NO. 72. * * * *



Gartenansicht des Verwaltungsgebäudes.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLV. JAHRGANG. NO. 72. BERLIN, 9. SEPTEMBER 1911.

Das Krankenhaus der Stadt Rixdorf bei Buckow.

Architekt: Stadtbaurat Reinhold Kiehl in Rixdorf.

(Schluß.) Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen Seite 619, 620 und in No. 73.



Das Leichenhaus und Sektionshaus befindet sich an der äußersten Südostecke mit unmittelbarem Zugang von der Straße; es enthält im Kellergechoß einen Leichenkeller, ferner Wasch- und Einsargungs-Räume, sowie einen kleinen Tier-Stall für Versuchstiere. Im Erd-Geschoß befinden sich die Sektionsräume mit dem Dienstzimmer des Prosektors, Sterilisierzimmer und Arbeitszimmer, sowie eine kleine Kapelle zur Aufbahrung der Leichen und Abhaltung von Trauergottesdiensten. Diese Kapelle schließt gegen die Straße ein kleiner stimmungsvoller Vorhof ab. Im Obergeschoß sind Zimmer für mikroskopische, bakteriologische und chemische Untersuchung vorgesehen. Das Dachgeschoß enthält Wohnräume für das im Leichenhaus beschäftigte Dienstpersonal.

Die Gesamtanordnung der Gebäude auf dem Grundstück ist eine sehr klare und übersichtliche und verrät in ihren Einzelheiten die wohlgelungene Zusammenarbeit des Architekten, des Arztes und des Verwaltungsbeamten. Der Architekt hat es hier verstanden, unter Berücksichtigung aller praktischen Forderungen des modernen Krankenhausbetriebes in Grundriß und Aufbau ein Werk zu schaffen, das zu den besten neueren Krankenhausanlagen gezählt werden muß. Die architektonische Behandlung der einzelnen Gebäude zeigt bei aller Zurückhaltung in den Einzelformen ein Bild behaglichster Stimmung, ein Moment, das für die seelische Stimmung des Kranken und seine Heilung nicht hoch genug zu schätzen ist. Nicht wenig tragen dazu die bis ins kleinste mit Liebe behandelten Gärten bei; zwischen den einzelnen Pavillons liegen kleine Erholungs-Plätze mit Buchsbaum eingefast. Wege sind begleitet von bunten Blumenrabatten, welche die alten bekannten Blumen unserer Bauerngärten enthalten, wie Phlox, Stockrosen, Akelei, Rittersporn usw. — alles jährlich

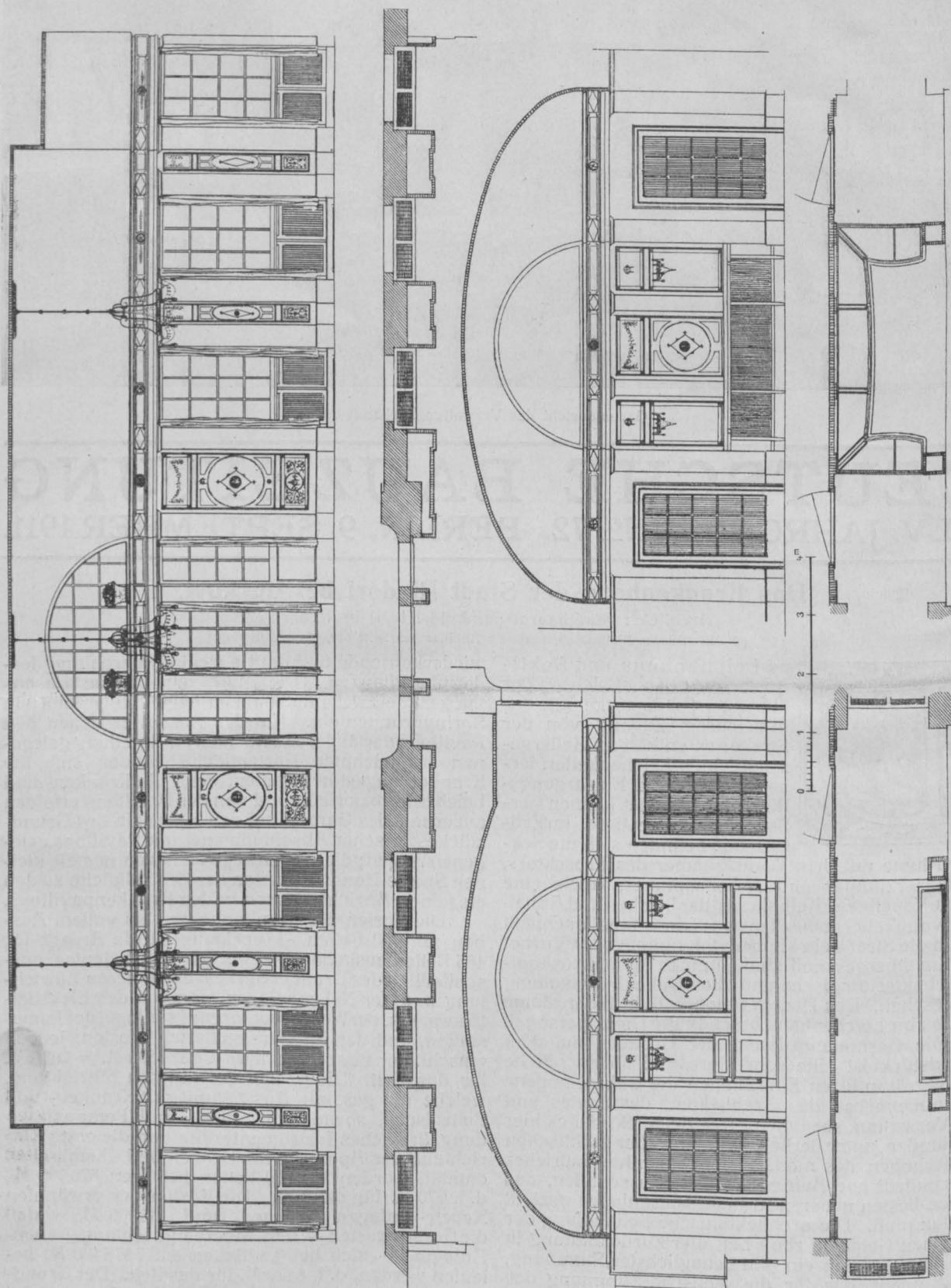
wiederkehrende und darum wenig Unterhaltung fordernde Pflanzen. Die Mitte der großen Rasenfläche, die zwei Lindenalleen begleiten, nimmt ein Springbrunnen ein. Auf der ganzen zwischen den Pavillons der äußeren und inneren Abteilung gelegenen ausgedehnten Gartenfläche können sich die Kranken ungestört ergehen, denn die Kranken- und Leichentransporte zu und von den Pavillons erfolgen außerhalb des Gartens auf den innerhalb des Grundstückes zwischen Abschlußmauer und Pavillons gelegenen Wegen; die Gartenwege benutzen nur die kleinen Speise-Handwagen von der Zentralküche zu den einzelnen Anrichteküchen in den Krankenvavillons.

Die Kosten des Krankenhauses bei vollem Ausbau mit 900 Betten — vorläufig ist die Anlage für 405 Betten ausgebaut — werden sich belaufen ausschließlich des Grunderwerbes, der inneren Einrichtung und der Nebenanlagen, nämlich des Elektrizitätswerkes, der Wasserversorgungsanlage, der Pumpstation, und der Straßenregulierungskosten, jedoch einschl. der Bauzinsen, auf rd. 6364500 M. = 7080 M. für das Bett. Die Kosten der inneren Einrichtung, welche die gesamte Ausstattung mit Kranken- und Bettwäsche, sowie Schwestern- und Personalkleidung, ärztliches Instrumentarium und die erste Einrichtung der Apotheke mit Drogen und Chemikalien enthält, werden bei 900 Betten betragen 870000 M., d. i. 970 M. für das Bett. Die Kosten der erwähnten Neben-Anlagen betragen rund 333900 M., sodaß die Gesamtkosten — Bau, innere Einrichtung, Neben-Anlagen — sich bei 900 Betten auf 7578400 M. belaufen werden, d. i. 8420 M. für das Bett. Der Grunderwerb des 810,1 a großen Grundstückes beträgt 155000 M. Auf einem unmittelbar an das Krankenhaus-Grundstück angrenzenden, bereits hinzu erworbenen Gelände soll später noch ein besonderes Gebäude für die Aufnahme von etwa 300 Leichtkranken errichtet werden. Für dieses Haus reichen die vorhandenen Gebäude für den maschinellen Betrieb auch noch aus, sodaß sich die Gesamtkosten für das

Bett bei 1200 Betten dann auf ungefähr 7060 M. stellen werden.

Mit den Erdbewegungsarbeiten wurde im Herbst 1906 angefangen, der Beginn der Gründungsarbeiten erfolgte im Frühjahr 1907. Die Uebergabe des Baues fand im Oktober 1909 statt. Für die Bearbei-

Hoffmann (jetzt bei der Postverwaltung in Hannover), sodann Regierungs - Baumeister Eduard Jüngerich (jetzt Stadtbaurat in Oppeln), sowie Architekt Robert Goetze für den künstlerischen Teil und Architekt Treichel für die örtliche Bauleitung. Ganz besonders aber verdient hervorgehoben zu

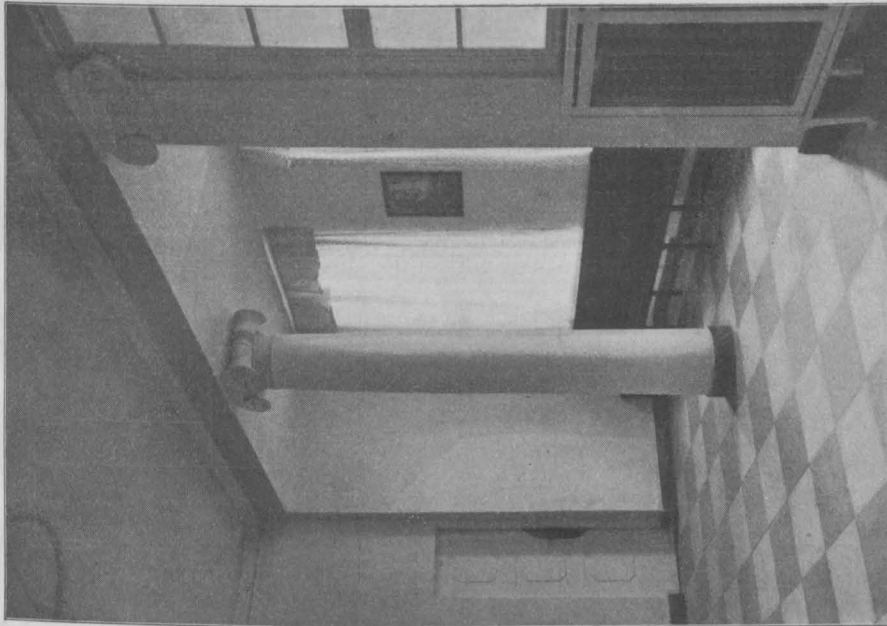


Architektur des Vortrags- und Gebet-Saales.

tung des Entwurfes stand dem Stadtbaurat in ärztlicher Hinsicht von Anfang an der Leiter der chirurgischen Abteilung Prof. Dr. Georg Sultan zur Seite.

An der Ausführung des Baues selbst wirkten unter der Oberleitung des Stadtbaurates Reinhold Kiehl noch folgende Herren mit: bei der Entwurfs-Bearbeitung zunächst Regierungs-Baumeister Willy

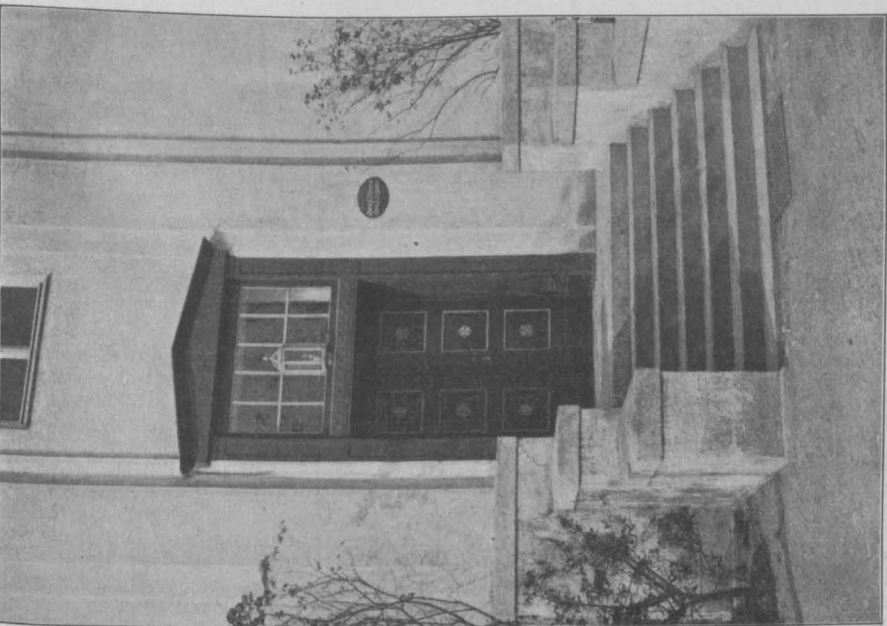
werden, daß die städtischen Körperschaften Rixdorfs stets in weitsichtiger Weise das große Werk förderten mit vollem Verständnis für die Aufgaben ihres mächtig emporblühenden Gemeinwesens, dem sie mit dieser Anlage einen Bau schufen, der in der Geschichte des deutschen Krankenhausbaues eine hervorragende Stellung einnimmt. —



Wartezimmer im Verwaltungsgebäude.



Begräbnis-Kapelle.



Ausbildung eines äußeren Einganges.

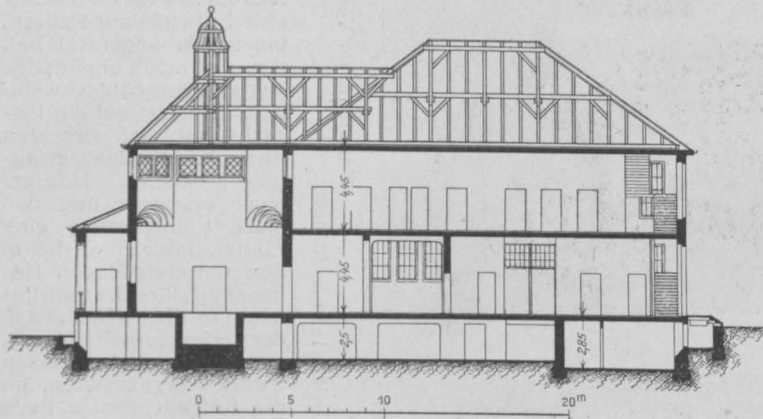
Literatur.

Groß-Dresden. Studie von Arch. Arthur Fritzsche in Dresden.

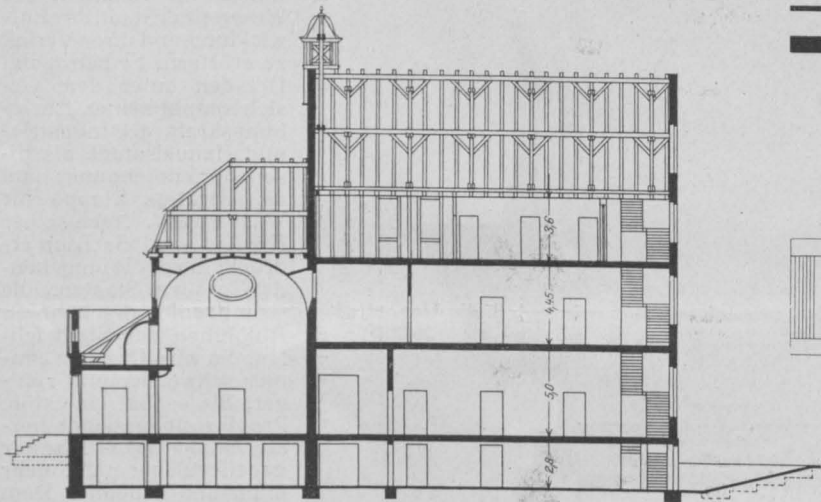
Der Verfasser will nicht aus Dresden plötzlich eine Weltstadt machen oder eine unbegrenzte Einverleibungspolitik verfolgen, sondern er will mit Hilfe einer Vereinigung aus den verschiedensten Vertretern der Erwerbskreise nur eine Entwicklung fördern, die schon angesetzt hat, der aber noch ungünstige Verhältnisse entgegen stehen. Er weist auf die Tatsache hin, daß sich von Pirna bis Meissen ein ununterbrochenes Häusermeer erstreckt und daß diese Elbniederung eine Einheit bildet, welche in den umschließenden Höhenzügen ihre Grenzen findet. Für dieses Gebiet will der Verfasser die Bebauung einheitlich regeln. Diesen Zweck vorzubereiten, ist die Aufgabe der in Rede stehenden Broschüre, in welcher er versucht, das Wesen einer Stadt, ihre Entwicklung und ihren Verfall zu erörtern. Er betrachtet Dresden unter dem Gesichtspunkt seiner Anziehungskraft, als Industrie- und Handelsstadt, als Eisenbahnknotenpunkt und als wichtige Etappe für Wasserwege. Nach seiner Ansicht wird Sachsen erdrückt durch die umgebenden großen Staaten, die Grundbedingungen für ein Aufblühen der Stadt fehlen. So wird Dresden „immer schwächer und ruhiger, bis es auf eine stille Provinzialhauptstadt herabgesunken ist, welche nur vegetiert, aber nicht mehr blüht und gedeiht“. Dem kann nur durch „rückwärtslose Initiative auf allen Gebieten, durch ein Anspannen aller Kräfte“ entgegen gewirkt werden. Die Nähe Berlins ist gefährlich für Dresden. „Was ist nun nötig, um unserem alternden Dresden neue Kraft, frisches Blut zuzuführen?“ Es soll durch Anlage eines Elbe-Donau-Kanales eine Binnenhafen-Stadt ersten Ranges werden. Gesteigerter Handelsverkehr führt gleichzeitig gesteigerten Fremdenverkehr herbei. Dann will der Verfasser einen Fabrikbezirk, ein Geschäftsviertel, einen Bezirk mit öffentlichen Verwaltungsgebäuden, eine Museumsstadt usw. zur größeren Anziehung schaffen. Von der Einführung von Wolkenkratzern erwartet er „eine wunderbare Belebung des jetzigen, im Vergleich mit mittelalterlichen Stadtansichten langweiligen Stadtbildes“. Die Elbe wird Hauptachse des neuen Stadtbildes,

wird die Lebensader für Groß-Dresden, erhält die Bedeutung, die etwa der Nil in Aegypten hat. Die Elbe ist daher künstlerisch zu fassen. Ihren Elbpromenaden-Straßen sind Höhenringstraßen entgegen zu setzen. Museums-Neubauten sind zu schaffen, da die bestehenden veraltet sind. Vorgeschlagen wird ein „Sächsisches Nationalmuseum für historische Kunst“, als Burg-Anlage in Verbindung mit einer kleineren Stadt. Ein weiteres wäre ein Museum für moderne Kunst und soziale Einrichtungen. Auch an eine Musik- und an eine Kunsthalle denkt der Verfasser und will die Stadt durch ein Künstlerviertel bereichern. Eine Arena für olympische

uns gegen die Umklammerung zu behaupten?“ Es liegt hier eine Arbeit vor, die manche Anregung enthält, an einzelnen Stellen einen gewissen Schwung entwickelt, an vielen aber sich durch zu großes Eingehen in Einzelheiten selbst um die beabsichtigte Wirkung bringt. Im ganzen aber darf man den Verfasser fragen: Sind das heutige Dresden und seine Umgebung wirklich so rückständig, wie der Verfasser annimmt oder malt er nicht zugunsten eines Lieblingsgedankens etwas zu schwarz? Zweifellos gibt es in Dresden verschiedene Gebiete, auf denen die Reformarbeit nicht mehr lange ausbleiben darf; man denke nur an die Museen, man denke an das Vor-

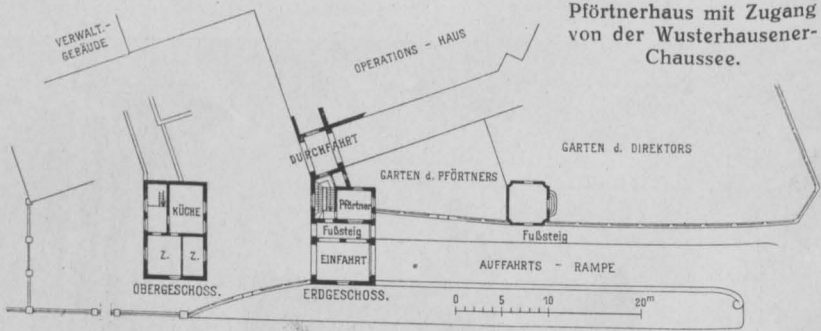
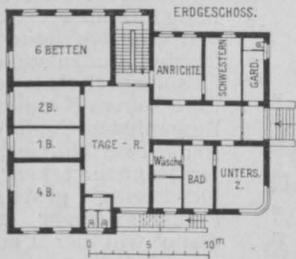


Längsschnitt — Badehaus.



Längsschnitt — Leichenhaus.

Pavillon für Prostituierte.



Das Krankenhaus der Stadt Rixdorf bei Buckow.

Architekt: Stadtbaurat Reinhold Kiehl in Rixdorf.

Pförtnerhaus mit Zugang von der Wusterhausener-Chaussee.

Spiele, jährliche Festzüge, Hebung des Verkehres durch seine völlige Umgestaltung, alles das sind Vorarbeiten für die Schlußaufgabe: die Ausarbeitung eines Bebauungsplanes in großen Zügen. „Bei unseren modernen Stadtplänen handelt es sich um keine künstlerischen Grundlagen, sondern um ein vollständig erstarrtes Schema“. Der neue Stadtplan aber muß sich auf die wirtschaftlichen Grundlagen gründen, welche das Aufblühen einer Stadt gewährleisten. „Wird die Ungunst der Verhältnisse, die Not unsere Einwohnerschaft zur höchsten Entfaltung ihrer Lebensenergie bringen und damit eine neue Blüte Dresdens hervorzaubern? Oder sind wir kulturell verbraucht und haben nicht mehr die Kraft,

orte-Konglomerat, das zu regeln keiner schnell gewachsenen Großstadt erspart bleibt. Dresden hat aber auch große Vorzüge, die als Kern der Weiterentwicklung unter allen Umständen erhalten bleiben müßten. Doch das mehr auszuführen, würde uns zu weit führen. Wenn wir die Wahl haben zwischen dem heutigen, aber in manchen Teilen verwandelten Dresden und einem Groß-Dresden mit Wolkenkratzern der Zukunft, so wird es uns nicht schwer, bei der heutigen Stadt zu bleiben. Daß in dieser aber die Elbe z. B. eine ganz andere Rolle spielen könnte, als es heute der Fall ist, bedarf nicht der Bekräftigung. Jedenfalls hat Arthur Fritzsche das Verdienst, eine Reihe trefflicher Anregungen gegeben zu haben. —

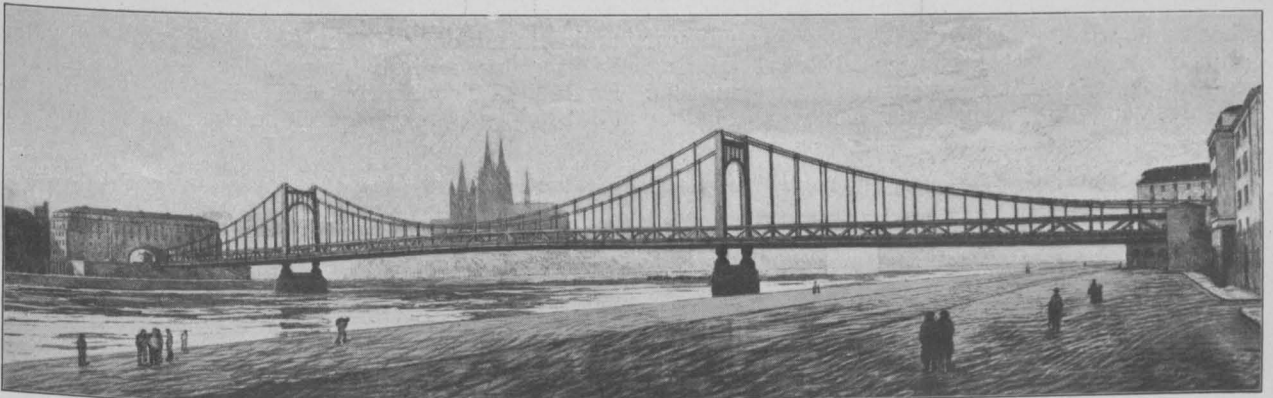


Abbildung 37. Entwurf mit dem Kennwort: „Köln-Deutz“ (Kabelbrücke). Angekauft. Verfasser: Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg A.-G. Werk Gustavsburg bei Mainz, Grün & Bilfinger A.-G. in Mannheim, Arch. Prof. Herm. Billing in Karlsruhe.

BEILAGE FÜR WETTBEWERBE

Vom Wettbewerb um eine zweite feste Straßenbrücke über den Rhein bei Köln.

(Fortsetzung aus No. 71.)



roß sind bei den beiden Entwürfen „Fragt nicht wie billig, fragt wie gut“ die Widerlagermassen infolge der schweren Konstruktion, des flach gespannten Kabels und infolge der gewählten Einführung der Kabel in die Ankerklötze, die in sehr flacher Neigung erfolgt. Es sind etwa 5500 t größter Seilzug

durch den Ankerklotz mitzunehmen, der eine Länge von 46 m erhalten hat und so weit in die Ufer einspringt, daß dadurch auf der Kölner Seite eine wesentliche Verschiebung des Thurnmarktes nach Westen erforderlich wird.

Im Gegensatz zu allen anderen Entwürfen sollen die Verankerungen, die mittels Seilköpfen erfolgen, nicht zugänglich bleiben, es soll vielmehr nach erfolgter Regulierung des Kabeldurchhanges durch Schrauben der ganze Kabelkanal mit Beton 1:2 bis 1:3 ausgefüllt werden. Die Verfasser glauben hiermit der Rostgefahr am besten zu begegnen, das Verfahren erscheint aber doch nicht ohne Bedenken. Auch im Pylonaufleger sollen die Kabel nach erfolgter Regulierung mit Weißmetall vergossen werden.

Die Montage ist bei beiden Entwürfen so gedacht, daß zunächst mit besonderen Hilfsgerüsten die Pylon-Rahmen aufgestellt werden, worauf dann zunächst Hilfsseile von Widerlager zu Widerlager gespannt werden, die einen Lauf- und Arbeitssteg aufnehmen. Dann folgt die Spannung der Brückenkabel, bezüglich deren noch zu bemerken ist, daß jedes Einzelkabel 280 mm Durchmesser hat und daß die sieben ein Kabel bildenden Einzelseile dicht zusammen liegen und parallel zusammengebündelt sind. Die Traglast eines Kabels ist rund 14000 t, sodaß etwas mehr als dreifache Sicherheit vorhanden ist. An den Kabeln wird eine Rüstung aufgehängt, auf der

die Versteifungsträger usw. montiert werden, sodaß also auf den Einbau fester Rüstungen fast völlig verzichtet wird. Die Verbindung der Kabellese an den Knotenpunkten erfolgt durch Klemmschellen in einer dem Harkort'schen Patent ähnlichen Weise. Bei dem Entwurf „Fragt nicht wie billig, fragt wie gut“ liegen Kabel und Versteifungsträger in einer lotrechten Ebene, bei dem Entwurf „Ohne Maske“ greifen die in 20,8 m Entfernung angeordneten Kabel an Verlängerungen der Querträger an, die über die in 18,6 m Entfernung angeordneten Versteifungsträger vorragen (Abbildung 30, S. 124). Um Querbeweglichkeit der Fahrbahn zu sichern, sind bei diesem Entwurf die Querträger an den Pylonen und Brückenenden beweglich angeschlossen.

Die statische Berechnung wird im Preisgerichts-Urteil als geschickt und mit großer Sorgfalt durchgeführt bezeichnet. Sie wird bei dem Entwurf „Fragt nicht wie billig, fragt wie gut“ dadurch verwickelt, daß jedes Einzelfeld des Rahmenträgers in sich dreifach statisch unbestimmt ist, sodaß der ganze Versteifungsträger bei m Feldern 3 m fach statisch

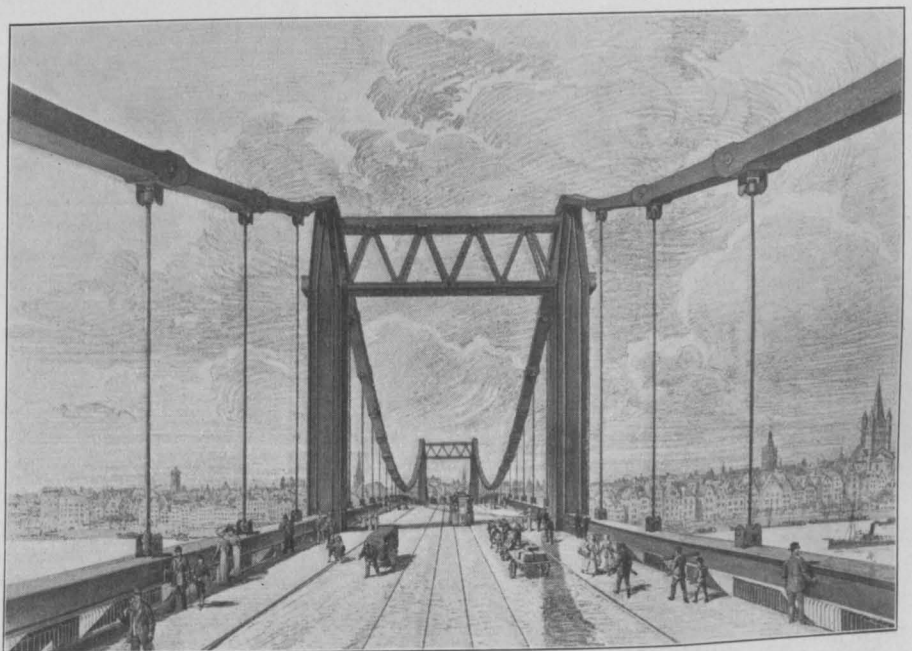


Abbildung 35. Entwurf mit dem Kennwort: „Köln-Deutz“ (Kettenbrücke). Angekauft. Blick in die Brückenbahn. Verfasser: Brückenbau Flender A.-G. in Benrath, Dyckerhoff & Widmann A.-G. in Biebrich a. Rh., Architekten Schreiterer & Below in Köln.

unbestimmt wird. Bei dem im Gesamtsystem nur dreifach statisch unbestimmten Entwurf „Ohne Maske“ ist, wie schon erwähnt, die verschiedene Höhe des Versteifungsträgers der Einfachheit halber und dem mit der genauen Verhältniszahl ermittelten Seilzug ergeben, sind aber nicht wesentlich. Der Einfluß der Temperatur wird bei diesem Entwurf infolge der geringen Trägerhöhe ebenfalls gering. Da

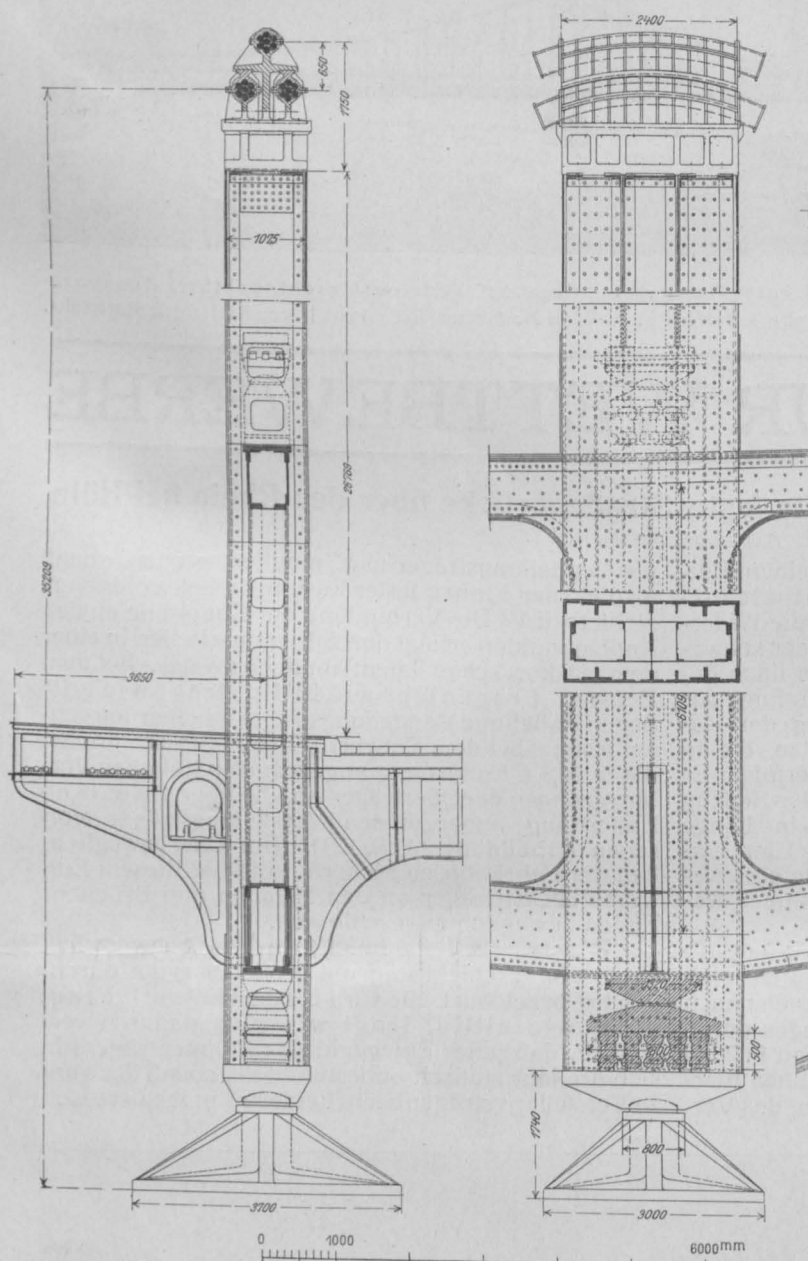


Abbildung 28. Portalstützen mit Auflager der Versteifungsträger.

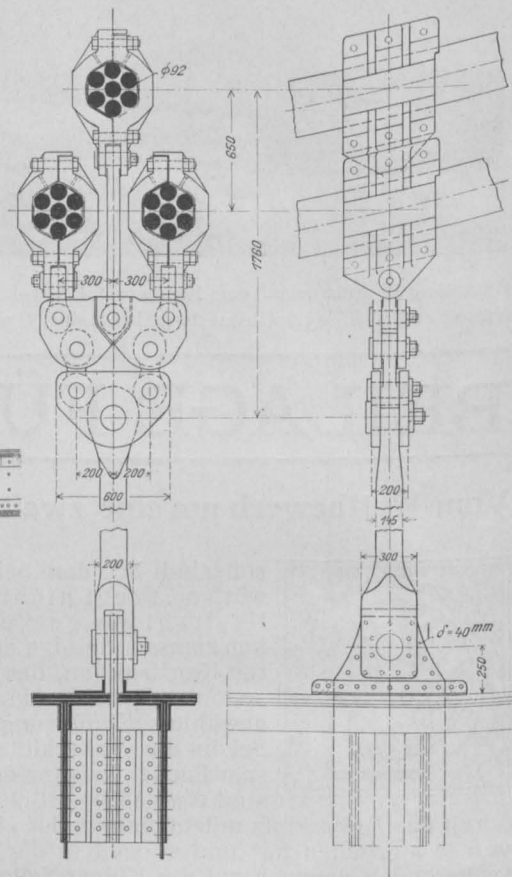


Abbildung 29. Kabelquerschnitt und Aufhängung.

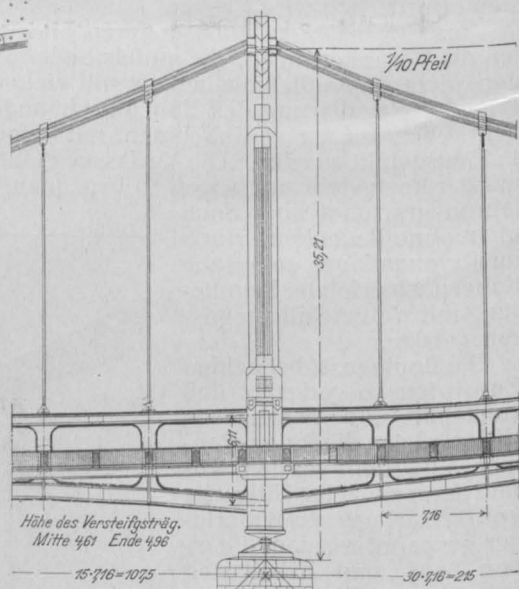


Abbildung 27.

Ansicht der Eisenkonstruktion am Pfeiler.

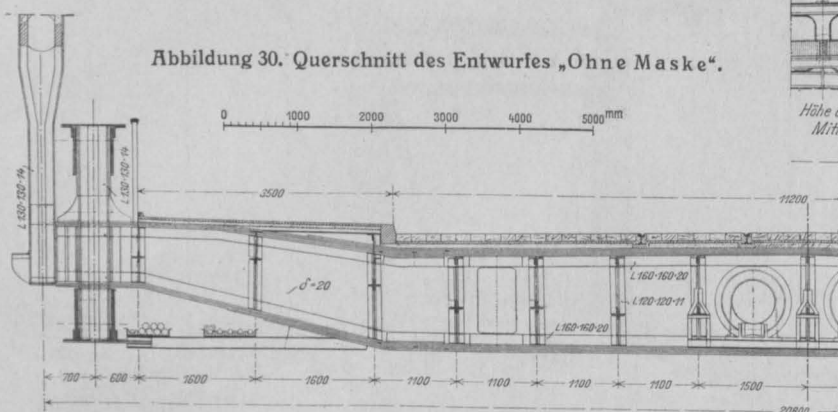
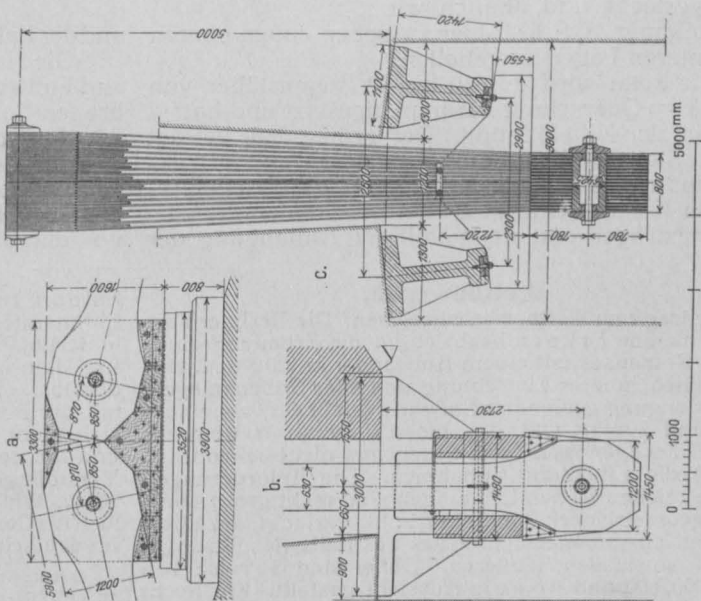
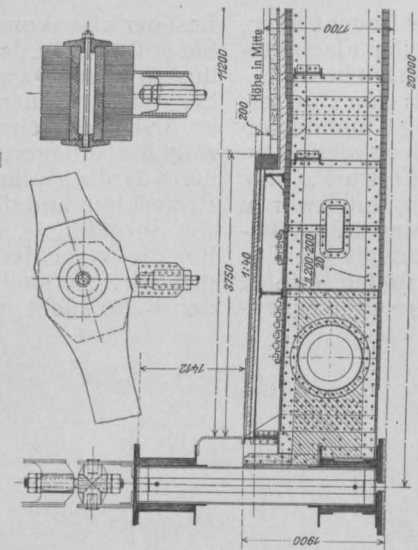
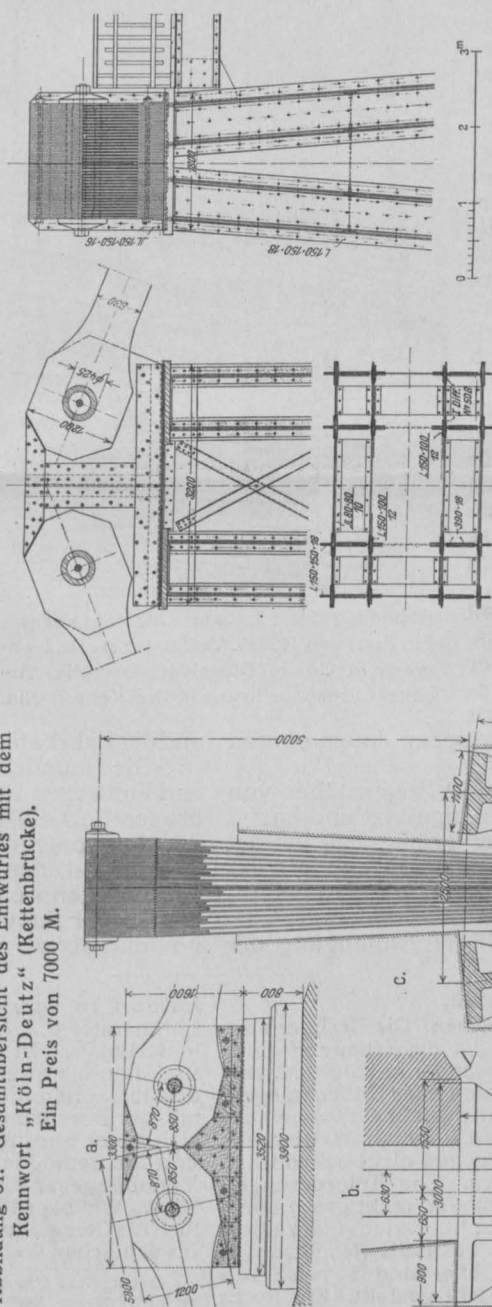
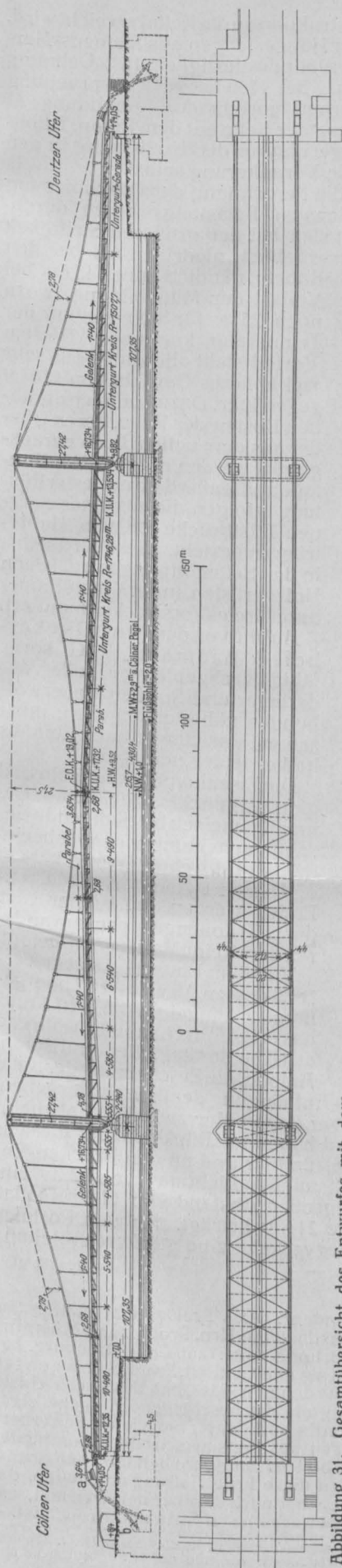


Abbildung 30. Querschnitt des Entwurfs „Ohne Maske“.

Abbildungen 27 bis 29. Entwurf: „Fragt nicht wie billig, fragt wie gut“. Abbildung 30. Entwurf: „Ohne Maske“. Ingenieure: Aug. Klönne in Dortmund, Havestadt & Contag, Berlin-Wilmersdorf.

nicht berücksichtigt. Es ist das Querschnittsverhältnis zwischen Versteifungsträger und Kabel als konstant mit einem mittleren Wert angenommen, trotzdem es in den Grenzen von 0,7—1,7 schwankt. Die Unterschiede, die sich dann zwischen dem so berechneten

die Träger außen liegen, war außerdem ein Unterschied in der Erwärmung des Ober- und des Untergurtes, da auch letzter frei liegt, nicht zu berücksichtigen. Beide Entwürfe sind architektonisch durchaus einfach und schlicht gehalten und zeigen die eiser-



bebauung werden die Brückeneingängebetont, besonders kräftig bei dem Entwurf „Fragt nicht wie billig, fragt wie gut“. Bei diesem Entwurf trägt das Rahmensystem der Versteifungsträger wesentlich zu der ruhigen, monumentalen Wirkung des Brückenbauwerkes bei. (Vergl. die Schaubilder in No. 65 und 69.) Beidem Entwurf „Ohne Maske“ „überrascht“ nach dem Urteil des Preisgerichtes „besonders in dem ausgestellten Modell das Brücken-System durch seine nicht zu überbietende Einfachheit und Leichtigkeit“, welch' letztere bei der wirklichen Ausführung allerdings nicht in dem gleichen Maße vorhanden sein würde.

Die beiden letzten, mit einem Preise von 7000 M. ausgezeichneten Entwürfe „Cöln-Deutz“, verfaßt von der Brückenbau A.-G. Flender in Benrath a. Rh., Dyckerhoff & Widmann in Biebrich a. Rh. und Schreiterer & Below, Architekten in Köln, sowie mit dem Kennwort: „Gitterkette“ der Firma Hein, Lehmann & Co., A.-G. in Düsseldorf-Oberbilk in Verbindung mit der Masch.-Bauanstalt Humboldt in Köln-Kalk*) und Arch. Prof. Bruno Möhring in Berlin, sind im Gegensatz zu den bisher beschriebenen Ent-

nen Pylone unverhüllt. Bei dem Entwurf „Ohne Maske“ fällt jeder Schmuck der Eisenkonstruktion fort. Größere Aufbauten an den Enden sind bei keinem der Entwürfe vorgesehen, nur durch die Ufer-

würfen versteifte Kettenbrücken. Sie unterscheiden sich von einander aber wieder wesentlich in der Form

*) Die letztere Firma ist nur zur Abgabe des Angebotes, nicht für den Entwurf mit herangezogen.

der Kette, die bei dem ersten Entwurf aus Augenstäben, bei dem zweiten aus vernieteten doppelten Flachbändern nach Art der Kaiser-Brücke zu Breslau besteht.

Der Entwurf „Köln-Deutz“, dessen Gesamtschaubild bereits in No. 65, Abbildung 6 und dessen Portalaufbau in No. 69, Abbildung 10 dargestellt worden ist, legt wie der vorbeschriebene Entwurf „Ohne Maske“, die Hauptträger nach außen, und zwar in 20 m Entfernung. Kabel und Versteifungsträger liegen aber in einer Ebene. Die Anordnung ist aus den früher entwickelten, allgemeinen Gründen erfolgt. Gut ist die Wirkung der nun ganz freien Brückenbahn, vergl. Abb. 35, S. 621, aber der freie Blick auf das Stadtbild und namentlich auf den Strom in Nähe der Brücke wird hier nicht in dem gleichen Maße erreicht, wie bei dem Entwurf „Ohne Maske“, da der Versteifungsträger sich hier 1,45 m über Bürgersteigoberkante erhebt. (Vergl. den Querschnitt Abb. 32). Es wird daher der weitere Vorschlag gemacht, entweder die Brückenbahn um 25 cm zu erhöhen, was eine Änderung des Rampengefälles bedingt, die zwar wohl möglich ist, aber dem Programm widerspricht, oder aber zwischen Fahrdamm und Bürgersteig noch eine 20 cm hohe Stufe einzulegen. Das ist im Verkehrsinteresse unzulässig. Dieselbe Anordnung hat bekanntlich den Entwurf „Colonia sacra“ zu Fall gebracht. Das Schaubild Abb. 35 mit dem Blick in die Brücke läßt übrigens erkennen, wie günstig sich die Hängebrücke, die keinerlei oberen Windverband, sondern nur die Querversteifung zwischen den Pylonen besitzt, gegenüber den Balkenbrücken-Entwürfen mit ihrem auf die ganze Länge oder doch wenigstens auf größere Strecken erforderlichen oberen Windverband stellt.

Die als Fachwerkträger mit Gelenken in den Endfeldern ausgebildeten Versteifungsträger sind durch die Pylonstützen hindurchgesteckt, und ähnlich wie in Abbildung 28, S. 622, hier zwischen einem oberen und unteren Lager festgehalten.

Die Kette wird aus 30 bis 32 Augenstäben von 630 · 20 mm Querschnitt zusammengesetzt und hat $\frac{1}{10}$ Pfeil in der Mittelöffnung. Der größte Zug beträgt 6340 t. Sie trägt die gesamte Last der Eisenkonstruktion ausschl. Fahrbahndecke, was durch entsprechende Montage (Einsetzen der Diagonalen der Versteifungsträger erst nach völliger Anhängung der

Last der Eisenkonstruktion an die Kette) erreicht wird. Sie soll einschl. der Hängestangen aus Siemens-Martinstahl von 60 kg/qcm Mindestfestigkeit, 18% Dehnung hergestellt werden. Bei 1750 kg/qcm Beanspruchung ist 3,5fache Sicherheit vorhanden. Abbildung 33 zeigt die Auflagerung der Kette auf dem Pylon, Abbildung 34 die Auflagerung an der Umführung in den Ankerklotz und die Verankerung selbst.

Sorgfältig ist die Berechnung der Durchbiegung für die verschiedensten Belastungsstadien durchgeführt. Sie stellt sich bei der größeren Steifigkeit der Kette nicht unerheblich niedriger als bei den

Kabeln, nämlich nur zu 43,6 cm bei Vollast der Mittelöffnung, wozu noch 25 cm für den Einfluß der Temperatur kommen. Diesem Vorteil steht allerdings ein sehr viel höheres Gewicht von 12875 t gegenüber. Dazu kommen die hohen Kosten der Kette, deren Glieder aus dem vollen Blech herausgefräst werden müssen. Die Montage muß außerdem auf fester Rüstung erfolgen, die aus einer eisernen Rüstbrücke mit vier Hauptträgern besteht. Diese wird selbst in den Seitenöffnungen auf festen Holzgerüsten, in der Mittelöffnung durch freies Vorstrecken montiert.

Auf die von der Firma Dyckerhoff & Widmann A.-G. sorgfältig durchgebildeten Pfeiler, Widerlager und Straßenüberwölbungen näher einzugehen, müssen wir uns mangelnden Raumes halber leider versagen.

Die Eisenkonstruktion selbst ist ganz schmucklos gehalten. „Die im allgemeinen befriedigende Gesamterscheinung wird aber beeinträchtigt durch die etwas kahlen und harten Pylone“. Die Brückenden werden am Kölner Ufer durch Tritonengruppen, am anderen durch eine Mariensäule betont.

Von dem Entwurf „Gitterkette“, dessen Verfasser schon genannt sind, zeigt Abb. 7 in No. 65 das Gesamtschaubild, während aus Abb. 36 der Pfeiler- und Pylon-Aufbau, die Erscheinung der Kette

und der Fahrbahn-Aufhängung deutlich hervorgehen. Die Hauptträger liegen hier zwischen Fahrbahn und Fußwegen und haben mit Rücksicht auf die sehr breiten Portalfüße, da hier und an den Brücken-Enden das vorschriftsmäßige Lichtmaß von 12,2 m einzuhalten ist, den großen Abstand von 14,2 m, sodaß die Brückenbreite 21,8 m beträgt. An den Portalen erfährt der Fußwegverkehr eine stärkere Ableitung von der Geraden. —

(Schluß folgt.)

Wettbewerbe.

Beitrag zum Wettbewerbswesen. Die Berliner Vort-Gemeinde Erkner beabsichtigt die Erbauung eines neuen Rathauses mit einem Aufwand von 120000 M. einschließlich innerer Einrichtung und aller Nebenanlagen. Zur Erlangung geeigneter Entwürfe erläßt der Gemeindevorstand zum 1. Okt. d. J. einen engeren Wettbewerb unter 9 Fachgenossen, von denen uns nicht bekannt ist, ob sie die Einladung annehmen. Die Anforderungen an die zeichnerischen Leistungen sind recht groß; sämtliche geometrischen Pläne sind 1 : 100 verlangt, dazu perspektivische Innenansichten des Vestibüls, des Sitzungssaales, sowie des Aeußeren. Dabei sind 3 Preise von nur 1000, 600 und 400 M. in Aussicht gestellt. Ein Recht des Ankaufes nicht preisgekrönter Entwürfe für eine nicht genannte Summe ist vorbehalten. Ueber eine Beteiligung eines Preisträgers an der Ausführung ist nichts bemerkt, sie ist auch wohl nicht beabsichtigt, da es der Gemeinde freistehen soll, Teile der durch Preiserteilung in ihr Eigentum übergegangenen Entwürfe „für den auszuführenden

Entwurf zu verwenden“. Das Preisgericht sollten „im Ehrenamte“ u. a. ausüben die Hrn. Prof. Bruno Möhring in Berlin, Prof. Dr. Bruno Schmitz in Charlottenburg, kgl. Brt. Heinrich Seeling und Geh. Brt. Franz Schwechten daselbst. Sämtliche lehnten das Amt des Preisrichters mit der Begründung ab, die beschiedene Aufgabe eigne sich nicht zum Wettbewerb unter so vielen Bewerbern und die Bedingungen des Preisausschreibens enthielten Verstöße gegen die bei Preisausschreiben üblichen Grundsätze. Wir begrüßen diese feste Haltung und hoffen, daß sich die Gemeinde Erkner noch darüber belehren läßt, was im deutschen Wettbewerbswesen Sitte und Brauch ist. —

Inhalt: Das Krankenhaus der Stadt Rixdorf bei Buckow. (Schluß). — Literatur. — Vom Wettbewerb um eine zweite Straßenbrücke über den Rhein bei Köln (Fortsetzung). — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Beilage: Das Krankenhaus der Stadt Rixdorf bei Buckow.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



* BEILAGE FÜR VEREINE *

Berichte über Kundgebungen, Versammlungen und Besichtigungen.

Architekten- und Ingenieur-Verein für Niederrhein und Westfalen in Köln. In der 2. Versammlung am 13. Februar 1911, die unter dem Vorsitz des Hrn. Schott tagte, wurde Hr. Renard als Vertreter des Vereins in den Wettbewerbs-Ausschuß des „Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ gewählt, der in Berlin tagend, sich bisher nur aus Mitgliedern des „Berliner Architekten-Vereins“ und der „Vereinigung Berliner Architekten“ zusammensetzte. Bei einer teilweisen Neubildung des Ausschusses, die durch die Abgeordneten-Versammlung im Herbst 1910 beschlossen worden ist, erschien es zweckmäßig, um den Ausschuß in bessere Fühlung mit den verschiedenen Landesteilen zu bringen, in denselben auch einige auswärtige Mitglieder aufzunehmen, die das Wettbewerbswesen in ihrem Kreise aufmerksam verfolgen und mit dem Ausschuß in Berlin in steter Fühlung bleiben sollen. Im übrigen hatte die Versammlung noch eine Reihe geschäftlicher Angelegenheiten zu erledigen, u. a. den Jahresabschluß für 1910 zu genehmigen, was geschah. Den Vortrag des Abends hielt Hr. Kaaf über die Saalburg und Bad Nauheim, die im Anschluß an die in Frankfurt a. M. im Vorjahre abgehaltene Wanderversammlung des Verbandes besucht wurden. Wir können auf unsere früheren Berichte verweisen.

In der 3. Versammlung vom 13. März 1911 sprach nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten, aus denen hervorzuheben ist, daß dem Verein vom Bürgermeisteramt der Entwurf einer neuen Bauordnung zur Äußerung zugegangen ist, der einem Ausschuß zur Prüfung überwiesen wird, Hr. Dr.-Ing. Imhoff, Vorsteher der Abwasser-Abteilung der Emscher-Genossenschaft in Essen über „die Behandlung des städt. Abwassers“. Redner war ursprünglich zu einem Vortrag über die Emschergenossenschaft aufgefordert, hat aber das Thema allgemeiner gefaßt, zunächst allgemeine Grundsätze für die Abwasserbehandlung vorausgeschickt und damit das Vorgehen der Emschergenossenschaft begründet. Redner ging davon aus, daß sich in Köln ein wichtiger Teil der Entwicklung aus der veralteten in die neuzeitliche Art der Behandlung von Abwasserfragen abgespielt habe. Nach langen Kämpfen habe es Köln durchgesetzt, seine Abwässer nach Passieren einer einfachen und billigen Rechenanlage dem Rhein zuführen zu dürfen; es sei das Verdienst des Stadtbaurates Steuernagel, der durch seine Klärversuche der Allgemeinheit große Dienste geleistet habe, den Nachweis erbracht zu haben, daß das Verfahren für Verhältnisse, wie sie

Köln besitzt, eine ausreichende Klärung herbeiführe. Aus den allgemeinen Gesichtspunkten des Vortrages entnehmen wir Folgendes:

Es sind hauptsächlich zwei Gründe, die gewöhnlich dazu zwingen, sich mit der Abwasserreinigung zu befassen: Der erste ist die Furcht vor der Uebertragung von Krankheiten, der zweite die Absicht, die unangenehmen Belästigungen zu verhindern, die durch die fäulnisfähigen Stoffe des Abwassers hervorgerufen werden. Die Reinigungsverfahren sind nach diesen zwei Gesichtspunkten streng zu trennen. Es gibt heute praktisch außer der Reinigung auf Rieselfeldern kein wirtschaftlich durchführbares Verfahren, das beiden Gesichtspunkten gleichzeitig genügt. Man hat sich daran gewöhnt, diese beiden Dinge vollständig zu trennen.

Die Bekämpfung der ansteckenden Krankheiten pflegt man heute hauptsächlich auf das Krankenhaus zu beschränken und man begnügt sich, von den Kläranlagen nur zu verlangen, daß sie im Notfall bei einer Epidemie zur Desinfektion des gesamten Abwassers eingerichtet werden können. Im übrigen sorgt man dafür, daß das fließende Wasser, wenn es Abwasser aufgenommen hat, so abgeleitet und so von der Benutzung durch Menschen ausgeschlossen wird, daß die Uebertragung von Krankheiten möglichst verhindert wird.

Bei den eigentlichen Reinigungsanlagen für Abwasser denkt man in der Regel nicht mehr daran, die Krankheitskeime zu bekämpfen, sondern der wichtigste Zweck dieser Anlagen ist, die fäulnisfähigen Stoffe des Abwassers zu beseitigen oder sie so zu verändern, daß der Abfluß der Kläranlage nicht mehr durch Geruch belästigen kann.

Bis zu welchem Grade nun die fäulnisfähigen Stoffe aus dem Wasser herauszunehmen sind, das hängt ganz ab von den Ansprüchen des Vorfluters. Bei einem großen Vorfluter, z. B. beim Rhein, genügt es, nur die größten Stoffe mit Rechenanlagen heraus zu fangen. Will man weiter gehen, wie z. B. im Emschergebiet, so beseitigt man nicht nur die groben organischen Stoffe, sondern überhaupt den gesamten Schlamm, das heißt den Teil der Schwebestoffe, der sich durch seine eigene Schwere aus dem Abwasser absetzt. Solche Anlagen sind Absitzanlagen. Sie bestehen aus großen, langgestreckten oder in die Tiefe gehenden Wasserräumen, die von dem Abwasser in langsamem Strom durchflossen werden. In besonderen Fällen schließlich, wenn auch diese Reinigung für den Vorfluter nicht genügt, geht man noch weiter und bringt hinter den Entschlammungs-Anla-



gen noch sogenannte biologische Körper an, die imstande sind, auch die im Wasser enthaltenen gelösten organischen Stoffe zu zersetzen und zu beseitigen.

Wie schon erwähnt, hat die Emschergenossenschaft hauptsächlich Absitzanlagen erbaut. Diese Kläranlagen waren aber bei einem so kleinen Vorfluter wie die Emscher nur möglich, weil sich die Emschergenossenschaft nicht darauf beschränkt hat, das Abwasser zu reinigen, sondern weil sie die Abwasserbehandlung im ganzen Gebiet als eine zusammenhängende Frage betrachtet hat und sich mit der Lösung dieser Frage vom Augenblick der Entstehung des Abwassers bis zur endgültigen Aufnahme des Abwassers im Rhein befaßt hat.

Das im Emschergebiet angewandte Verfahren, die organischen eweißhaltigen Stoffe des Abwassers unschädlich zu machen, besteht im wesentlichen darin, daß

1. die ungelösten Stoffe (die sich als Schlamm ausscheiden) in Kläranlagen zurückgehalten, durch Zersetzung unschädlich gemacht und in eine Form überführt werden, die sich zur landwirtschaftlichen Verwertung und zum Auffüllen von Gelände eignet.

2. die gelösten und nicht absetzbaren fäulnisfähigen Stoffe des Abwassers in möglichst offenen Wasserläufen bis zum Rhein befördert werden, der diese Stoffe durch Selbstreinigung endgültig verdaut. Durch genügende Wassergeschwindigkeit und durch glatte Wandungen wird dafür gesorgt, daß sich kein Schlamm ablagern kann.

Die Abwasserbehandlung im Emschergebiet besteht also durchaus nicht nur in der Klärung des Abwassers, sondern ist eine wohlgeordnete Kette von Gliedern, die überall ineinander greifen. Das Abwasser wird vom Augenblick seiner Entstehung bis zur Ablieferung an den Rhein nach einem ganz bestimmten Plan behandelt.

In geschlossenen Städten wie Köln, die an einem großen Vorfluter liegen, die also in der Behandlung ihrer Abwasserfrage selbständig vorgehen können, ist es nicht schwierig, diese Frage richtig zu lösen. Aber nur wenige Städte sind in dieser glücklichen Lage. Meistens sind mehrere Städte und Gemeinden in ihren Abwasserverhältnissen auf einander angewiesen. Dann treten die Schwierigkeiten ein, die wir in unserem Emschergebiet gehabt haben und die auch sonst überall in Deutschland, namentlich in den Industriegebieten, zu beobachten sind. Wenn hier die Abwasserfragen richtig behandelt werden sollen, kann der Einzelne nicht allein vorgehen. Dann ist eine Genossenschaft nötig, die für einen großen Bezirk die Anlagen nach einheitlichem Plan nicht nur anlegt, sondern auch dauernd betreibt. Ein solches Verfahren ist erstmalig im Emschergebiet angeordnet worden und stand bisher ohne Vorbild da. Auch England, das sonst in diesen Fragen uns vorangegangen ist, zeigt kein Beispiel einer solchen einheitlichen Behandlung eines großen Gebietes, dem zahlreiche Gemeinden angehören.

Redner ging dann auf die Grundlagen der Emschergenossenschaft, des Gesetzes, das zu ihrer Bildung erforderlich war und auf die besonderen Ausführungen an der Emscher ein. Bezüglich dieses Teiles des Vortrages verweisen wir auf die Veröffentlichungen in unserer Zeitung 1904 und 1910 aus der Feder des kürzlich verstorbenen Baudirektors der Genossenschaft, Brt. Middeldorf in Essen. Redner schloß mit der Hoffnung, daß die Landesgesetzgebung bald für die Möglichkeit sorgen möge, daß solche Genossenschaften ohne Sondergesetz geschaffen werden können, seinen interessanten und mit Beifall aufgenommenen Vortrag, an den sich eine eingehende Aussprache und weitere Mitteilungen des Redners über technische Einzelheiten anschlossen. —

Architekten- und Ingenieur-Verein zu Aachen. In der Versammlung am 30. Mai 1911 hielt Hr. Oberlehrer Dipl.-Ing. Becker einen Vortrag über „Verunstaltungsgesetz und heimische Bauweise“. Redner wies zunächst auf die Gründe und den Ursprung der Heimatschutzbewegung hin, die, zunächst von wenigen Künstlern ausgehend, eine Bewegung verursacht haben mit dem Ziel, alle brauchbaren und willigen Kräfte zusammenzuschließen zum Schutz und zur Erhaltung der uns überkommenen reizvollen Landschafts- und Ortsbilder und künstlerischer alter, namentlich privater Bauwerke. Viele Freunde habe diese Bewegung gefunden, aber auch die Gegner seien nicht ausgeblieben; als solche zeigten sich durchweg naturgemäß alle die, welche an der beklagten rücksichtslosen Zerstörung unserer Heimat in Stadt und Land beteiligt sind und sich nun durch die Heimatschutzbewegung angegriffen und bloßgestellt oder doch beengt sehen. Andere aber, die heftig angegriffen wurden, wie z. B. die Baugewerkschulen, hätten in Erkenntnis der Berechtigung der Heimatschutzbestreben sich diesen angeschlossen, sodaß jetzt, wie allgemein anerkannt

werde, von diesen Schulen ein außerordentlich wirksamer Einfluß im Sinne des Heimatschutzes ausgehe. Solange die Heimatschutzbewegung noch einen mehr privaten Charakter trug, hätten die Gegner sich noch ziemlich ruhig verhalten und in bisheriger Weise weitergewirtschaftet; als aber die Regierungen die Gesetzgebung in den Dienst der Bewegung gestellt haben durch Schaffung des sog. „Verunstaltungsgesetzes“, durch welches die Herstellung baulicher Anlagen auch in schönheitlicher Beziehung einer Aufsichtsbehörde unterstellt wird, seien die Gegner mit starken Angriffen hervorgetreten. Durch dieses Gesetz kann zwar nicht etwa die Anwendung bestimmter Formen oder Baustoffe erzwungen werden, wohl aber kann die Anwendung solcher Formen und Baustoffe, von denen man eine erhebliche Störung des Landschafts- oder Ortsbildes befürchten muß, untersagt werden. Bislang hatte hierzu die Baupolizei nicht die notwendige Machtvollkommenheit — zunächst auch nicht immer die geeigneten Organe gehabt.

Gegen dieses Verunstaltungsgesetz, das seine Wirksamkeit übrigens nicht unmittelbar ausübt, sondern diese an die Schaffung besonderer Kunstschutz-Ortsstatute und aus anerkannten Fachleuten zusammengesetzter Kommissionen knüpft, werde nun von den verschiedensten Seiten Sturm gelaufen. Den energischsten und rücksichtslosesten Vorstoß gegen dieses Gesetz machten die Kreise, welche sich durch eine Handhabung des Gesetzes in ihrer Existenz bedroht glaubten, die Fabrikanten der modernen Baustoffe, die zumeist ein wohlfeiler Ersatz sein sollten für die althergebrachten Baustoffe. Wenn die Beeinträchtigung und Zerstörung des Bildes unserer Heimat zum nicht geringen Teil durch Verwendung mancher neuzeitlicher Baustoffe entstanden sei, so müsse ja in manchen Fällen von der Verwendung dieser Baustoffe Abstand genommen werden. Eine Schädigung der Industrie überhaupt, wie sie von den Gegnern des Gesetzes behauptet werde, liege darin jedoch nicht, da ja doch zumeist durch das Verbot eines bestimmten Baustoffes an bestimmter Stelle andere Industrien, in diesem Falle die guten alten handwerklichen Industrien, welche durch die in der Regel mit großem Kapital arbeitenden Baustoff-Ersatz-Industrien in ihrer Existenz hart bedroht waren, wieder neues Leben erhielten. Es sei Sache der Baustoff-Industrien, dafür zu sorgen, daß die von ihnen hergestellten Erzeugnisse in solcher Form und solcher Verwendbarkeit auf den Markt kämen, daß sie sich auch künstlerisch bewältigen lassen — was zur Zeit bei recht vielen der modernen Baustoffe außerordentlich schwer sei.

Da die Tätigkeit des Verunstaltungsgesetzes aber eigentlich nur vorbeugender Natur sei, genüge das Gesetz allein auch nicht, um nun gutes, künstlerisch einwandfreies Neues zu schaffen und Stadt und Land allmählich wieder frei zu machen von der Unkultur, die sich auf dem Gebiete des Bauwesens — sowohl im Äußeren als im Inneren unserer Bauten — in dem verhältnismäßig kurzen Zeitraum von 40 Jahren breit gemacht habe. Mancherlei Wege könnten da dem Ziele zuführen und eine notwendige Ergänzung des Verunstaltungsgesetzes werden, ja sogar in absehbarer Zeit in den meisten Fällen dieses Gesetz ganz entbehrlich machen. Vor allem die Aufklärung und Belehrung des bauenden Publikums und die Weiterbildung und Geschmackserziehung unseres Handwerkes — Bauberatungsstellen und Meisterkurse — sind berufen, an der Lösung der Frage eines vernünftigen Heimatschutzes, der Neubelebung unseres einst auf hoher künstlerischer Stufe gestandenen heimatischen Bauwesens helfend einzugreifen zum Wohl und zur Freude unserer Mit- und Nachwelt. Eine eingehende Besprechung ergab die allseitige Zustimmung für die Notwendigkeit des Heimatschutzes und des Verunstaltungsgesetzes. —

Am 4. Juli besichtigte der Verein die neue städtische Badeanstalt in der Elisabeth-Straße unter Führung des Erbauers Hrn. kgl. Baurat Laurent und seiner Mitarbeiter, der Hrn. Kirchbauer und Stanislaus. Nachdem Hr. Laurent zunächst die Anordnung des ganzen Neubaus an Hand der Pläne eingehend erörtert hatte, wurde das Gebäude in allen Teilen besichtigt; die klare zweckmäßige Anordnung des Ganzen, die den neuesten Erfahrungen entsprechende Einrichtung aller Räume und die in mäßigen Grenzen gehaltene aber sehr wirk-same, schöne Ausstattung, darunter die prächtigen Bilder von der Hand Burgers, fanden den ungeteilten Beifall der zahlreichen Teilnehmer an der Besichtigung, welchem der Vorsitzende des Vereins am Schlusse der Besichtigung Ausdruck gab, indem er zugleich darauf hinwies, daß die Stadt Aachen sich durch diese neue prächtige Schöpfung ihren alten Ruf als Badestadt ersten Ranges aufs neue gesichert habe. —

Berliner Bezirksverein Deutscher Ingenieure. In der Monatsversammlung am 18. Januar hielt Hr. Prof. Dr.-Ing. Georg Schlesinger einen Vortrag über „Die Richtlinien der modernen Unfallverhütung“.

Nach einem kurzen historischen Ueberblick über die Entwicklung der Berufsgenossenschaften in den Jahren 1885 bis 1910 schilderte Redner die Entwicklung des Ueberwachungsdienstes durch die technischen Aufsichtsbeamten der 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften, deren augenblickliche Bedeutung die nachfolgenden Zahlen zeigen: Im Jahre 1909 sind rd. 700000 Betriebe mit rd. 9 Mill. versicherten Personen eingetragen und etwa 280000 Revisionen durch rd. 340 Revisionsingenieure ausgeführt worden. Die durch die Betriebsüberwachung entstandenen Kosten haben im Jahre 1908 1,6 Mill. M. betragen. Die Summe der Beiträge ist auf die gewaltige Höhe von über 150 Mill. M. gestiegen und gibt ein beredtes Bild von der außerordentlichen Leistung der Versicherungsträger.

Bei dem technisch-konstruktiven Aufbau der Einrichtungen zur Unfallverhütung gab der Vortragende durch eine große Anzahl von Beispielen, die aus den gesamten gewerblichen Betrieben zusammengestellt waren, einen Ueberblick über die Entwicklungslinien. Anfänglich suchte man nur durch Vorschriften die Gefahren zu beseitigen, bald aber ging man dazu über, praktische Unfallverhütung zu treiben. Die erste und roheste Stufe derselben, die heute noch vielfach üblich ist, bestand in dem Schutz des Menschen selbst durch eine zweckentsprechende Wahl der Schutzbekleidung, wie in Gießereien, Steinschlägereien, chemischen Fabriken und dergl.; daran schloß sich als 2. Stufe die Abdeckung der gefahrbringenden Stellen durch einfache Schutzkappen an Triebwerksteilen wie Wellen, Scheiben, Rädern und dergl., bei schneidenden Werkzeugen, wie Pressen, Scheren, Sägen usw., beim Absaugen gefährlicher Dämpfe, giftigen Staubes usw. Die Zusammenarbeit der Revisionsingenieure mit der Industrie bewirkte als 3. Stufe die konstruktive Vereinigung der nachträglich angebrachten Schutzkappen mit der Maschine zu einem harmonischen Ganzen und entwickelte endlich als letzte Stufe die Verriegelung der gefahrbringenden Stelle mit der Kraftquelle in der Weise, daß das Werkzeug nicht eher in Tätigkeit gesetzt werden konnte, bis die Schneidstelle verdeckt war, und umgekehrt, daß die mechanische Kraftzufuhr abgestellt werden mußte, bevor es möglich war, das schützende Gitter hochzuziehen.

Der Vortragende schloß mit den Worten: Alle Vorrichtungen in gewerblichen Betrieben unterliegen am letzten Ende der Ausführung durch den Menschen, mag er Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein, mag er Handwerkszeuge benutzen oder die Menschen lenken, immer ist es am letzten Ende der Mensch, der sich der Verantwortlichkeit seiner Stellung und seiner Arbeit im Hinblick sowohl auf seine Mitarbeiter wie auf sein eigenes Wohl und Wehe bewußt sein muß. Selbst das Vorhandensein der besten Schutzmaßnahmen schließt einen Unfall nicht immer aus, wenn nicht die ganze Betriebsführung von vornherein auf Gefahrenvermeidung hinarbeitet. Wirkliche Betriebssicherheit kann nur eintreten durch harmonisches Zusammengehen der Arbeiterschaft mit den Arbeitgebern. Den Zusammenhang zwischen diesen beiden Polen des gewerblichen Lebens in unermüdlicher Arbeit hergestellt zu haben, ist ein Verdienst, das den Revisionsingenieuren gar nicht hoch genug angerechnet werden kann. Ihrer Tätigkeit ist auch im wesentlichen die technisch hohe Entwicklung der deutschen Unfallverhütung zuzuschreiben, auf die der deutsche Ingenieur mit vollem Rechte stolz sein kann. —

Pfälzischer Architekten- und Ingenieur-Verein. 73. Mitglieder-Versammlung am 20. August 1911 in Neustadt a. H. Vors. Hr. Völcker.

Die Versammlung wies einen sehr guten Besuch auf und nahm nach Erledigung einiger innerer Vereins-Angelegenheiten mit Interesse einen Vortrag des Mitgliedes des Vereins, Hr. Prof. E. Moersch, über „Neuere Eisenbetonbauten“ entgegen, die unter seiner Oberleitung als technischer Direktor der Firma Wayss & Freytag A.-G. in Neustadt a. Hdt. von dieser Firma ausgeführt wurden. Dieser Vortrag bildete gewissermaßen eine Fortsetzung des Vortrages von der 72. Hauptversammlung des Vereins am 15. Juni 1911. Während damals vornehmlich die Gründungsarten in Eisenbeton und die Brücken und Hochbauten im allgemeinen behandelt wurden, ging diesmal der Vortragende auf die besonderen Industrie-Bauten ein. Die Vorführung erstreckte sich in erster Linie auf Silobauten für die verschiedensten Lagergüter, wie Erze, Getreide, Mehl, Zement, Kalk, Malz usw. Die verschiedenen Konstruktions-Besonderheiten wurden eingehend behandelt und jeweils die statischen Eigen-

schaften des betreffenden Baues entsprechend gewürdigt. Auch die der Firma patentierten neuen Silokonstruktionen für leicht verderbliche bzw. leicht entzündliche Materialien wurden in Lichtbildern vorgeführt und die Erwägungen, die zu diesen Konstruktionen führten, eingehend erläutert; sodann wurde eine Reihe von Bauten für die verschiedensten Industriezweige behandelt. Schwierige Rahmenkonstruktionen, weitgespannte Träger, exzentrisch stark belastete Säulen und ähnliches kamen hierbei zur Darstellung. Von besonderem Interesse war der ganz in Eisenbeton hergestellte Fabrikneubau der Firma U. Gminder G. m. b. H. in Reutlingen. Sämtliche Ansichtsflächen sind hier in Vorsatzbeton ausgeführt und nachträglich gestockt. Sodann zeigte der Vortragende einige Fachwerkträger-Konstruktionen in Eisenbeton, Wassertürme, Kühltürme, Kläranlagen, Maschinenfundamente, besonders für die schnelllaufenden Turbodynamos, Druckrohrleitungen in armierten Betonrohren und ähnliches. Zum Schluß wurden noch die auf Antrag der Firma Wayss & Freytag A.-G. an der kgl. Materialprüfungsanstalt in Stuttgart angestellten Druckproben an Säulen eingehend besprochen. Die Firma ließ Betonsäulen, die mit verschiedenen Arten von Spiralen D. R. P. armiert waren, prüfen und zwar nach 45 Tagen und einem Jahr. Die Versuche hatten zum Ergebnis, daß jede spiralumschnürte Säule eine gewisse Elastizität besitzt, die sich nach 45 Tagen in Zusammendrückungen bis zu 2,3 cm auf 90 cm Länge äußerte. Dabei wird der innere Zusammenhang des Betonkerns nicht zerstört, denn die Säulen, die nach 45 Tagen gedrückt wurden, hatten nach einem Jahr die üblichen Festigkeitszunahmen und nach Abnahme der Spiralarmierung nach diesem Zeitraum unmittelbar nach der Druckprobe eine erhebliche größere Würfelfestigkeit, als die nach 45 Tagen gedrückten nicht armierten Betonwürfel. Es ist dies nur aus der plastischen Deformation eines allseits umschlossenen Körpers zu erklären.

Zeitgenossen der Vorführungen auch nur die Bauten einer einzelnen Firma, so war doch das Gebiet, das Hr. Prof. Moersch in seinem zweistündigen Vortrag behandelte, ein so vielseitiges, daß sämtliche Teilnehmer an der Versammlung einen hochinteressanten Einblick in diese neue Bauweise erhielten. Reicher Beifall lohnte den Redner. „Es war nicht nur ein Genuß für den zuhörenden Ingenieur“, führte der Vorsitzende in seiner Dankesrede aus, „sondern auch für den zuhörenden Architekten, der aus den Darbietungen entnehmen konnte, daß die in erster Linie auf einem Fortschritt der Ingenieurwissenschaft fußenden Eisenbetonausführungen auch nach der ästhetischen Seite hin sich entwickeln und zeigen, daß in allen Gliedern ihrer Ausführungen das Streben nach einem architektonischen Ausdruck vorherrscht. Möge diese Seite des Eisenbetons sich immer mehr entwickeln und immer reifere Beispiele zeitigen.“

Ein gemütliches Zusammensein hielt die Teilnehmer noch länger in der schönen „Perle der Pfalz“ beisammen. —

Gr.

Verein Deutscher Maschinen-Ingenieure zu Berlin. In der am 16. Mai d. Js. unter dem Vorsitz des Hrn. Minist. und Ob.-Baudir. Dr.-Ing. Wichert abgehaltenen Versammlung hielt nach einigen geschäftlichen Mitteilungen Hr. Reg.-Bmstr. K. Schmelzer, Berlin-Friedenau, einen mit zahlreichen Lichtbildern ausgestatteten, hoch interessanten Vortrag über die Tientsin-Pukow-Bahn. Die Konzession dieser Bahn erhielt durch einen vorläufigen Vertrag vom 18. Mai 1899 ein deutsch-englisches Syndikat, vertreten durch die deutsch-asiatische Bank und die Hongkong- und Shanghai-Banking Korporation. Am 13. Januar 1908 kam dieser Vertrag endgültig zu Stande. Die Gesamtlänge der Bahn beträgt 1085 km. Die Oberleitung des Baues steht dem chinesischen Staat zu, als dessen Linie die Bahn gebaut wird. Je ein deutscher und ein englischer Chef-Ingenieur ist für die deutsche (nördliche) und für die englische (südliche) Strecke ernannt; es sind dies der Baurat Julius Dorpmüller und der Ingenieur Tuckey. An der Spitze der Bauleitung steht der Generaldirektor in Peking.

Der Vortragende erläuterte die Linienführung, den Bau, die Betriebsmittel und die Stationsbauten der Bahn in eingehender Weise. Aus seinen Mitteilungen ist Folgendes hervorzuheben:

Das Ueberschwemmungsgebiet des Hoangho erfordert eine große Anzahl von Brücken und Durchlässen. Der Bahndamm ist sehr starken Winden ausgesetzt, die den frisch aufgeschütteten Damm zu zerstören suchen. Die Holzschwellen kommen aus Japan, Korea, der Mandchurei, auch aus Westamerika und werden in einer von der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg gelieferten, eigenen Anstalt mit Teeröl getränkt. Die Brücken wurden, ebenso wie der Oberbau international ausgeschrie-

ben. Der Zuschlag fiel hier wie dort an deutsche Firmen. Von Haus aus wurden reichliche Mehrkosten (20,32 %) angenommen, sodaß die Brücken voraussichtlich auf lange Zeit weitgehenden Ansprüchen des Betriebes genügen dürften. Die gesamte Länge der Eisenkonstruktion einschließlich Pfeiler der von der Brückenbauanstalt Gustavsborg erbauten Hoangho-Brücke beträgt 1255,60 m. Die Hauptbrücke ist ein Herbert'scher Fachwerkträger von 431 m Gesamtlänge, eingeteilt in 2 Seitenöffnungen von je 128 m und eine Mittelöffnung von 164 m. Hier war übrigens die eigenartige Aufgabe zu erfüllen, daß die eingleisige Brücke jederzeit mit einem Mindestmaß von Kosten in eine zweigleisige Brücke verwandelt werden kann. Als Bau- und Rangierlokomotiven wurden die Erzeugnisse verschiedener deutscher Firmen verwendet, ebenso wurden die Wagen aus Deutschland bezogen.

Der erste Spatenstich erfolgte am 30. Juni 1908 bei Tientsin; bereits am 20. Februar 1910 konnte die Strecke Tientsin—Tschou (225 km) dem Verkehr übergeben werden. Die Strecke bis Tsinanfu wurde am 23. Oktober 1910 für den Verkehr geöffnet. Mitte Februar 1911 ist auch die Strecke südlich von Hoangho bis Taianfu eröffnet worden. Die bis jetzt von der Bahn nach Deutschland gelangten Bestellungen belaufen sich auf über 29 Mill. M.

Der Vortragende gab zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Bahn noch viele Bahnen in China folgen mögen, zu Nutz und Frommen deutschen Handels und deutscher Industrie. —

Hierauf hielt Hr. Dipl.-Ing. Seck einen ebenfalls mit Lichtbildern ausgestatteten interessanten Vortrag über: „Selbsttätige Eisenbahnkuppelungen“, die in Nordamerika, Südafrika, China, Japan und anderen Ländern in verschiedenen Systemen eingeführt sind, während man sich in Europa, und besonders Deutschland zu einer allgemeinen Einführung noch nicht hat entschließen können, da die Versuche mit den vorhandenen und mit neu erfundenen Systemen zu einem günstigen Ergebnis noch nicht geführt haben. Redner führte darauf in zahlreichen Lichtbildern eine neue selbsttätige Kuppelung, System Scharfenberg in Königsberg i. Pr., vor, die sich auf mehreren Kleinbahnen bestens bewährt habe und empfahl, mit dieser Kuppelung auch auf Hauptbahnen Versuche in größerem Umfang vorzunehmen. —

Bezirkstag des Innungs-Bezirks-Verbandes Posenscher Baugewerksmeister am 15. und 16. August 1911. Die Verhandlungen, an denen Vertreter der Staatsregierung, des Magistrates Posen und der Handwerkskammer teilnahmen, wurden vom Vorsitzenden, Maurer- und Zimmermeister G. Kartmann in Posen, geleitet. Nach Eröffnung und Begrüßung der Versammlung erstattete der Syndikus Dr. Adler den Geschäftsbericht über das vergangene Jahr und berichtete darauf über das Thema „Selbsthilfe im Baugewerbe gegenüber unzuverlässigen Unternehmern und privater Bau-tätigkeit beamteter Techniker“. Redner führte aus: Die Einführung des I. Teiles des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen habe bisher den Erwartungen nicht entsprochen, denn die Mißstände im Baugewerbe beständen nach wie vor. Der 2. Teil würde zwar Abhilfe schaffen, doch wäre seine Einführung wahrscheinlich mit einer vollkommenen Stagnation im Baugewerbe verbunden. In dieser Erkenntnis habe wohl auch der Handelsminister trotz vieler Eingaben von Handwerkskammern, großen Fachverbänden usw. vorläufig die Einführung des zweiten Teiles abgelehnt und auf die Selbsthilfe und den § 35 RGewO. bzw. auf die entsprechenden Minister-Erlasse verwiesen. Ueberall arbeite man nun an der Beseitigung der unlauteren Elemente im Baugewerbe, auch in Stadt und Provinz Posen. Abgesehen aber von einigen wenigen Verboten habe sich doch das Untersagungsverfahren als sehr langwierig herausgestellt, doch dürfe man den Mut nicht sinken lassen, um erst mal einige Fälle energisch bis zum Schluß durchgeführt zu sehen.

Aber noch ein zweiter Feind stehe dem selbständigen Baugewerbe gegenüber, dies seien die beamteten Techniker und Baumeister, die durch Uebernahme bautechnischer Privatarbeiten aller Art die Baugewerbetreibenden schwer schädigen. Gegen diesen Wettbewerb anzukämpfen sei dem einzelnen Baugewerksmeister um so schwieriger, als der im festen Gehalt stehende Beamte, der seine private Baupraxis nur nebenamtlich ausführt und dafür keine Steuern zahlt, leicht zu Preisangeboten kommt, die einer vernünftigen Wirtschaftspraxis des selbständigen Betriebsunternehmers zuwiderlaufen. Der Innungs-Verband Deutscher Baugewerksmeister habe bis zum 1. Juni d. Js. in ganz Deutschland diesbezügliches Material gesammelt, das den Abgeordneten-Häusern und die Ministerien übermittelt werden soll. Auch

in unserer Provinz wird viel über Privatarbeiten der Baubeamten geklagt; es sei daher nötig, die Hrn. Regierungs-Präsidenten und die Magistrate zu bitten, es möchte den beamteten Technikern und Baumeistern die Uebernahme bautechnischer Privatarbeiten untersagt werden. Dies wurde nach längerer Aussprache einstimmig beschlossen.

Handwerkskammer-Syndikus Poetschke berichtete darauf über den „Gesetzentwurf betr. Versicherung der Privatangestellten“, worauf folgende Entschlußung zur Annahme gelangte: „Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf und seine Begründung gestattet es nicht, die Frage zu prüfen, ob es nicht möglich ist, die geplante Versicherung der Angestellten, der das Handwerk grundsätzlich zustimmt, an die bestehende Invaliditäts- und Altersversicherung anzugliedern. Es ist deshalb dringend erwünscht und notwendig, daß die Reichsregierung der Öffentlichkeit zunächst einschlägiges Material in dieser Frage unterbreite.“

Hierauf gaben die Obermeister der neun, dem Bezirksverbande angeschlossenen Innungen Berichte über die Tätigkeit ihrer Innungen im verflossenen Geschäftsjahre. Alsdann fand die Erledigung mehrerer innerer Angelegenheiten statt. Außerdem wurden eine Reihe von Anträgen beraten und angenommen, die sich auf Abänderung bestimmter Punkte in den technischen Vorschriften für die Ausführung der Staatsbauten usw. beziehen.

Nach einem kurzen Bericht über die Verhandlungen mit der Provinzial-Feuersozietät betreffs Erhöhung der Gebühren für die Vertrauensmänner erstattete Dr. Adler einen längeren Bericht über die neue Reichsversicherungsordnung, die von den Arbeitgebern nach ihrem vollen Inkrafttreten jährlich 118,5 Millionen mehr als früher fordere, mehr als eine Milliarde Mark sei dann alljährlich für die soziale Versicherung in Deutschland aufzubringen. An den darauf von Maurer- und Zimmermeister Jarecki erstatteten Bericht über Baubuchführung schloß sich eine längere Aussprache an, in der alle Redner einmütig zu dem Urteil kamen, daß die Führung eines Baubuches nach den jetzt bestehenden gesetzlichen Bestimmungen einfach unmöglich sei. Dieser Standpunkt soll auch auf dem Delegiertentag in Regensburg vertreten werden. Für diesen werden als Delegierte die Innungen Gnesen und Pleschen ausgelost. Der letzte Bericht des Hrn. Dr. Adler betraf die Arbeitgeber-Verbände in der Provinz Posen. Der Provinzial-Arbeitgeberbund für das Baugewerbe umfasse jetzt 27 Verbände mit rd. 460 Mitgliedern. Die Zeit des durch die Verträge gesicherten gewerblichen Friedens würde auf beiden Seiten zur Agitation fleißig ausgenutzt, auch einige Streiks seien durch Vertragsabschlüsse unter Leitung des Provinzialbundes beendet worden. Die Taktik der Arbeitnehmer gehe jetzt auf Verschmelzung aller am Bau beschäftigten Handwerker aus, die Maurer und Bauhilfsarbeiter hätten sich bereits vereinigt, der Anschluß der Stukkateure, Dachdecker und Steinmetze stünde bevor. Daher müsse auch jeder Arbeitgeber an dem Ausbau seiner Organisation mitarbeiten helfen. Zwar wisse man nicht, was bei Ablauf der Verträge 1913 bevorstehe, doch müsse man gerüstet sein. Erfreulich und als ein Zeichen erkannter Notwendigkeit sei es, daß die Beiträge zum Wehrschatz, der nach Beschluß am 31. März 1913 eine Million M. betragen soll, flott eingingen. Rüsten sei jetzt das Lösungswort. —

Vereinigung Hannoverscher Architekten. Zur Förderung der Tätigkeit der Privatchitekten, gibt die „Vereinigung Hann. Arch.“ einen Beitrag, dem wir Folgendes entnehmen: „Vor kurzem veröffentlichte die „Baustelle der Landwirtschaftskammer für die Prov. Hannover“ in einer hiesigen Tageszeitung einen Bericht über ihre Tätigkeit. Es handelte sich dabei um ganz ungeheure Zahlen, die beweisen, welchen bedeutenden Schaden diese von Staatsgeldern unterhaltene Einrichtung der Privatchitektenschaft zufügt. Diese Baustelle begnügt sich nicht nur mit der Bearbeitung von landwirtschaftlichen Gebäuden, für deren Entwürfe übrigens genügend geeignete Privatchitekten vorhanden sind, sondern sie nimmt alles was sich bietet: Arztwohnhäuser, Krankenhäuser, Kirchen und Kommunalbauten. Die „Vereinigung Hannoverscher Architekten V. H. A.“ beabsichtigt, gegen diese Schädigung des Architektenstandes vorzugehen und bittet Vereinigungen und Einzelpersonen, die sich dem Vorgehen anschließen wollen, um Angabe ihrer Adressen, wenn möglich unter Beifügung geeigneten Materiales. Insbesondere empfiehlt sich ein Zusammengehen mit den Kollegen in Osnabrück, Oldenburg und Emden, da die Landwirtschaftskammer beabsichtigt, ihre dort bestehenden Filialen z. T. noch besonders auszubauen. Einsendungen an die „Vereinigung Hannov. Arch. V. H. A.“ Hannover, Hildesheimer-Str. 211. —



DAS NEUE RATHAUS IN WIT-
 TENAU BEI BERLIN. * ARCHI-
 TEK: FRITZ BEYER IN SCHÖ-
 NEBERG. * GESAMT-ANSICHT
 VON VORNE. * * * * *
 ≡ DEUTSCHE BAUZEITUNG ≡
 XLV. JAHRGANG 1911 * NO. 73.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLV. JAHRGANG. NO. 73. BERLIN, 13. SEPTEMBER 1911.

Das neue Rathaus in Wittenau bei Berlin.

Architekt: Fritz Beyer in Schöneberg bei Berlin.
Von A. Venitz in Berlin.

Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen Seite 631.



ir sind heute wieder so weit, sagen zu können, es entstehen Schöpfungen, deren Erscheinung ein heller Spiegel ihres konstruktiven Organismus ist, eine würdige Offenbarung ihres ernstesten Inhaltes. Eine solche Schöpfung, zugleich

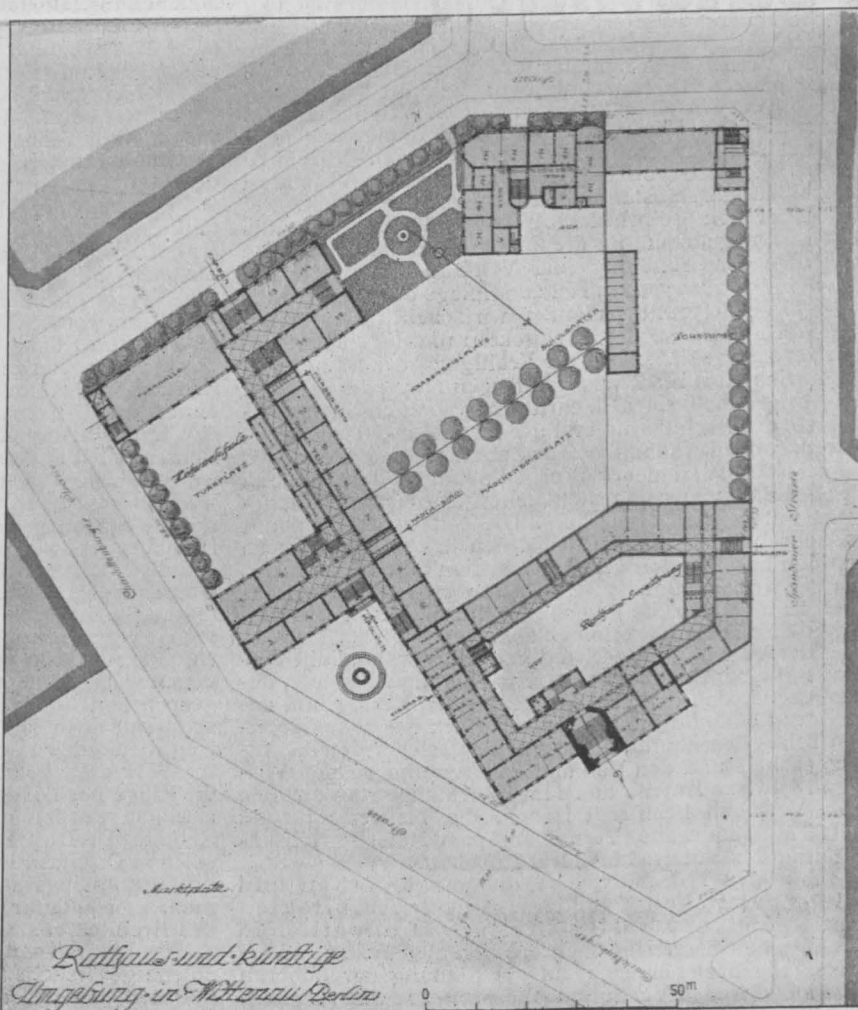
Rathaus mit schlankem, 54^m hohem Turm und bleiben vor dem ornamentalen Portal gedankenvoll stehen. Schwer können wir den Gesamteindruck fassen. Es fehlt der einem solchen Gebäude notwendige Anschluß an nachbarliche Gruppen. Das Rathaus ist in Wirklichkeit nur ein Anfang einer fortzusetzenden Gesamtanlage von Kommunalgebäuden, eines Forums, das bestimmt sein soll, der künftigen dortigen Vororte-Bauweise als Ausgangspunkt zu dienen. Daher

ein neues Werk eines neuen Geistes, ist das hier veröffentlichte Rathaus. Wo Neues sich bildet und wo gekämpft wird, da ist immer starkes und gesundes Leben, das fraglos lebenswerter ist, als das Ruhen in gesichertem Besitz. Und hier begegnen wir einem neuen, frischen Geist. Ein Künstler redet in seiner eigenen Ausdrucksweise zu uns.

Aus einem vor nunmehr 2¹/₂ Jahren veranstalteten engeren Wettbewerb ging Hr. Architekt Fritz Beyer in Schöneberg als Sieger hervor und wurde auf Grund seines im Anschluß an den Wettbewerb aufgestellten Ausführungs-Entwurfes mit der Ausführung beauftragt. Mit dem Bau ist unverzüglich begonnen worden.

Ehe wir das Wittenauer Rathaus erreichen, müssen wir an einem alten Kirchlein vorbei, voller Anmut und Poesie. Keine Formensprache ist zu erkennen, die Wirkung liegt in der Schlichtheit und Einfachheit der Gruppe. Denn nicht am Formenschatz der Alten können wir genesen, aber ein Hauch ihres Geistes möge über uns kommen. Hier an der alten Wittenauer Kirche kommt uns das Verständnis des architektonischen Aufbaues.

Wir nähern uns dem in Backsteinrohbau unter Verwendung von Muschelkalk gehaltenen



ist zu wünschen, daß die vereinsamte Lage des Rathauses nicht lange dauere und dem Architekten bald Gelegenheit gegeben werde, sein Werk zu vollenden. Der Einsicht der zuständigen Behörden muß man es überlassen, dieses Ziel im Auge zu halten. Wir haben in Berliner Verhältnissen leider zu oft gesehen, wie wenig ernstes einzelne Gemeinden mit der Ausführung mustergültiger Baugruppen nehmen. Manche Gemeinden entschuldigen diese Unterlassungen gern mit den Interessen der Spekulation; in Wirklichkeit erblickt man oft im Architekten den Künstler, der nur unnütz Geld kostet. Diesen Stellen muß man raten, dem schaffenden Architekten gerecht zu werden, denn städtebauliche Grundsätze müssen gewahrt bleiben.

Dem in Winkelform ausgeführten Rathaus sollen nach dem umstehenden Lageplan eine höhere Schule

und andere städtische Gebäude mit Grundriß in Hufeisenform angegliedert werden, wodurch außer der später geplanten Erweiterung des Rathauses ein Block zur Aufteilung gelangt, der etwas abweicht von der bekannten Berliner Vorortsschablone. Ein Teil der Höfe ist nach vorn an die Straße gebracht, ein Platzwinkel verschafft den weiteren Gebäuden Geltung in der Straßenfront, und das Ganze wird gehoben durch den zurücktretend angelegten künftigen Marktplatz nach alten deutschen Beispielen. Also eine Aufgabe von weittragender städtebaulicher Bedeutung ist es, welche gefordert wird und durch die Frage der Schaffung von Wohnungen in Industriegegenden, die im Zweckverbands-Gesetz dominieren, kräftig unterstützt, als eine der wichtigsten Groß-Berliner sozialen Fragen anzusprechen ist. —

(Fortsetzung folgt.)

Von den Aufgaben der 40. Abgeordneten-Versammlung des „Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ zu Münster i. W.



Am 22. und 23. September d. J. hält der Verband in Münster i. W., der aufblühenden Provinzial-Hauptstadt, deren mittelalterlicher, von hübschen Promenaden an Stelle der alten Wälle umzogener Kern mit seinen bedeutenden Kirchen und interessanten Giebelhäusern und Laubengängen den altertümlichen Charakter zum großen Teil noch bewahrt hat, seine 40. Abgeordneten-Versammlung ab. Den Architekten bietet sich hier manch reizvolles Bild dar — eine kleine Auswahl zeigen unsere Abbildungen —, und der Ingenieur wird in dem Besuche des Hebewerkes bei Henrichsburg, des bisher, und anscheinend auch auf längere Zeit, einzigen in Deutschland, neben welchem jetzt bei der Erweiterung des Dortmund-Ems-Kanales eine Schachtschleuse von großer Hubhöhe erbaut wird, seine Rechnung finden.

Das Programm der Versammlung und die Tagesordnung ist letztmalig in No. 71 der „Deutschen Bauzeitung“ veröffentlicht worden. Aus dem jetzt vorliegenden Geschäftsbericht seien zu letzterer einige Erläuterungen zu den wichtigeren Beratungsgegenständen gegeben.

Aus den allgemeinen Mitteilungen ist zu entnehmen, daß der Verband am 1. Januar 1911 zusammen 42 Vereine mit im ganzen 9165 Einzelmitgliedern zählte, daß er demnach im Vorjahr einen Zuwachs von 227 Mitgliedern und einem neuen Verein erfahren hat. Zur Aufnahme gemeldet hat sich der Architekten- und Ingenieur-Verein zu Mainz, der sich von dem mittelhessischen Verein zu Darmstadt als selbständiger Verein abgetrennt hat.

Unter den geschäftlichen Angelegenheiten, die zur Beratung stehen, ist die für den Verband wichtigste diejenige der Gründung einer Verbandszeitschrift, deren Inhalt zum großen Teil „der Pflege der immer mehr in den Vordergrund tretenden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Architekten und Ingenieure gewidmet sein“ soll. „Auch die Kräftigung des Standesbewußtseins wird nicht aus den Augen zu verlieren sein“. Im übrigen soll die Zeitschrift aber auch „die Wissensgebiete der Architektur und der Ingenieur-Wissenschaft pflegen“, da dies sämtliche zur Uebernahme des Verlages aufgeforderte Verleger „als Vorbedingung für das Gedeihen des Unternehmens hingestellt haben“. So der Geschäftsbericht mit seiner Begründung. Die Zeitschrift tritt damit wissenschaftlich und wirtschaftlich in den Wettbewerb mit den bestehenden Fachzeitschriften ein, um so mehr, als sie sich ausschließlich aus den Inseraten erhalten muß, da die Abgabe an die rd. 9000 Verbands-Mitglieder kostenlos erfolgen soll.

Der Versammlung wird durch den Vorstand ein Vertrag mit einem Verleger zur Genehmigung vorgelegt, dahingehend, daß der Verband selbst den Verlag und damit das Risiko für die gesamten Kosten des redaktionellen Teiles übernimmt, während der Verleger das Inseratengeschäft und den Versand besorgt und an den Verband gewisse Anteile aus dem Inseratengewinn abführt. Der Vorstand beantragt ferner, die bisher auf rund 65000 M. gestiegene Vermögensspende als Betriebskapital für das Unternehmen frei zu geben.

Aus den Fragen, welche die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Architekten und Ingenieure und ihre Stellung im öffentlichen Leben betreffen, sind mehrere von allgemeinem Interesse. Sie beziehen sich auf die Stellung der höheren Techniker in den Verwaltungskörpern, die wissenschaftliche Ausbildung der Architekten und Ingenieure, sowie

der mittleren und niederen Techniker und der Handwerker, sie behandeln die Zusammenfassung der Architekten zu Architekten-Kammern oder anderen Organisationen, den Ersatz der Schiedsgerichte bei Baustreitigkeiten durch Baugerichte und schließlich die Frage der Einführung des II. Teiles des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen, der auch auf die Tätigkeit der Architekten seine Rückwirkung ausüben würde.

Bezüglich dieses letzteren Punktes wird nach einem Gutachten des Hamburger Architekten- und Ingenieur-Vereins, der zusammen mit anderen Vereinen mit dessen Abfassung betraut war, der auch bisher schon von den Architekten überwiegend vertretene Standpunkt aufrecht erhalten, daß die Nachteile des Gesetzes bei weitem größer sein würden als die Vorteile, daß das Bauen auf alle Fälle verzögert und verteuert, daß der solide, aber kapitalsschwache Unternehmer durch die leistungsfähigeren Baubanken verdrängt, daß namentlich auch der doch zu fördernde Bau von Eigenhäusern stark erschwert würde. Man solle versuchen, wie das auch vom preuß. Handels-Minister vorgeschlagen, durch energischere Anwendung des § 35, Abs. 5 der GewO. den Bauschwindel zu treffen, was in Hamburg zum Teil mit gutem Erfolg gelungen sei.

Der Vorstand beantragt, der Verband wolle sich dem Gutachten anschließen, sich also gegen die Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes aussprechen und den Vorstand ermächtigen, dies den Regierungen der Bundesstaaten mitzuteilen.

Die Frage der Abschaffung der Schiedsgerichte und Einsetzung besonderer Baugerichte nach Art der Gewerbegerichte war angeregt durch den Essener Verein in Frankfurt a. M. und es war der Arch.- und Ing.-Verein zu Hamburg mit Abfassung eines Gutachtens beauftragt worden. Danach wird anerkannt, daß die vielfach übliche Form des Schiedsgerichtes, nach welcher dieses aus je einem von den beiden Parteien ernannten Schiedsrichter bestehe, unzweckmäßig sei, da die Gefahr vorhanden sei, daß die Schiedsrichter als Parteivertreter auftreten, daß ferner häufig ein Streit um die Person der Schiedsrichter selbst entstehe, daß jedoch kaum einzusehen sei, warum ein neues Sondergericht mit seinem umständlichen Verwaltungsapparat geschaffen werden müsse. Man solle nur die Schiedsgerichte zweckmäßiger ausgestalten. In Hamburg habe man mit dem Verfahren, zwei sachverständige Beisitzer und einen Rechtssachverständigen als Obmann durch den Vorstand des Vereins ernennen zu lassen, bisher gute Erfahrungen gemacht. Das Gutachten ist vom Verbandsvorstand den Ausschüssen für Architektur- und Ingenieurwesen zur Rückäußerung übergeben worden, die sich überwiegend für den Antrag ausgesprochen haben. Die Frage steht aber in den Ausschüssen noch zur Beratung, ein bestimmt gefaßter Antrag wird daher noch nicht vorgelegt.

Sehr eingehend ist im Verbands bekanntlich bereits die Frage der Bildung von Architekten-Kammern erwogen worden nach dem Vorschlag, den Kammergerichtsrat Dr. Boethke für die gesetzliche Regelung einer solchen Organisation gemacht hat. Während die Vorschläge anfangs zum Teil mit Enthusiasmus aufgenommen, von anderer Seite aber als der freien Entwicklung des Architektenstandes nicht günstig ebenso entschieden verworfen wurden — zu denjenigen, welche eine solche gesetzliche Bindung nicht als förderlich ansehen konnten, gehörte auch von vornherein die „Deutsche Bauzeitung“ —, ist in den Kreisen der Privatchitekten,

denen die Organisation doch gerade zugute kommen sollte, die Stimmung mehr und mehr zuungunsten einer solchen mit ihrem erforderlichen großen Verwaltungs-Apparat umgeschlagen. Der Gedanke, eine solche Organisation nach dem ursprünglichen Vorschlag auf öffentlich rechtlicher Grundlage zu schaffen, darf daher wohl als endgültig gescheitert angesehen werden, eine Anschauung, die wenigstens von dem in Frankfurt a. M. mit einer weiteren Umfrage bei den Einzelvereinen betrauten

sollen. Für diese wird vor allem die denkbar freieste Form, frei von dem bureaukratischen Ballast, der den Vorschlägen für Architekten-Kammern innewohnte, als notwendig vorgesehen, während der Anschluß an den Verband in irgend einer Form als zweckmäßig betrachtet wird. Eine Äußerung des Ausschusses liegt noch nicht vor. Es soll in Münster weiter berichtet werden. Die Schwierigkeit wird immer in der Abgrenzung der Mitgliedschaft liegen, sobald die Körperschaft gewisse Son-



Rathaus und Schule — Gesamtanlage nach dem Vorentwurf.



Das neue Rathaus in Wittenau bei Berlin. Architekt: Fritz Beyer in Schöneberg bei Berlin.

Ausschuß und vom Verbandsvorstand vertreten wird, außerdem sich mit der jetzigen Anschauung des „Bundes Deutscher Architekten“ ebenfalls deckt. Von der erneuten Umfrage ist daher abgesehen worden und es wird die Auflösung des Ausschusses für die Bildung von Architekten-Kammern beantragt.

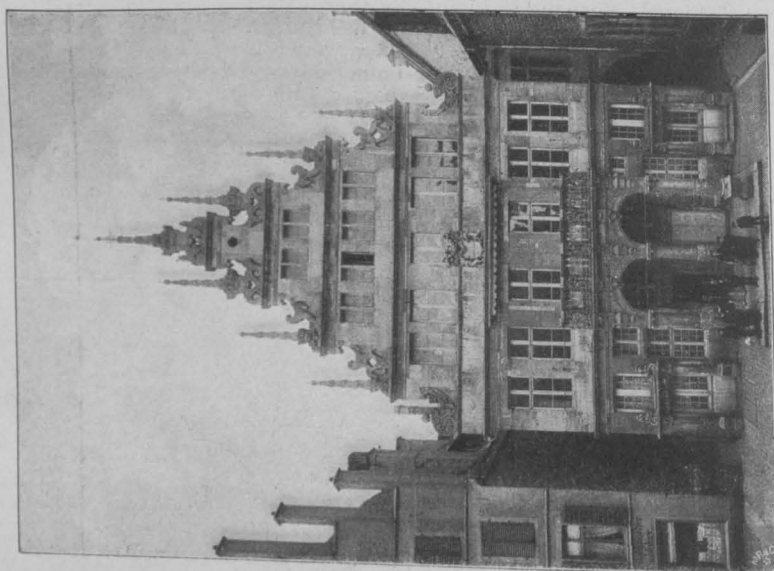
Da aber der Wunsch nach einer die gesamte Architektenschaft Deutschlands umfassenden Organisation zweifellos besteht, so hat der Verbandsvorstand dem Ausschuß der Privatarchitekten eine Reihe allgemein gehaltenen Sätze zur Prüfung vorgelegt, die gewisse Richtlinien für die Bildung einer solchen Organisation geben

derrechte für ihre Mitglieder beansprucht, die öffentliche Anerkennung finden sollen.

Bezüglich des Erfolges der Tätigkeit des Danziger Ausschusses von 1908, der die Stellung der Architekten und Ingenieure und die Maßregeln zu ihrer Hebung zu verfolgen hat, berichtet der Geschäftsbericht, daß die im Vorjahre versandte Denkschrift „Rechts-, Staats- und Wirtschafts-Wissenschaften an den technischen Hochschulen“ allseitige Beachtung gefunden habe. Sie ist den deutschen technischen Hochschulen von den zuständigen Ministerien zur Prüfung und Äußerung übersandt. Die in ihr zum Ausdruck gebrachten

Bestrebungen sind auch im März 1911 im preuß. Abgeordnetenhaus von den Abgeordneten Macco und Dr. Bell warm befürwortet worden.

Druck. Sie wird an die Mitglieder der Immediat-Kommission für die Verwaltungsreform und der Parlamente, an die Ministerien, Oberpräsidien, Regierungen usw. versandt werden. Einige, namentlich die Stellung der Lokal-Baubeamten betreffende Wünsche, die den Anregungen der Denkschrift entsprechen, sind ebenfalls bereits im Abgeordnetenhaus durch den Abgeordneten Kinder vertreten worden. Besondere Anträge zu diesen Fragen liegen auf der Abgeordneten-Versammlung in Münster nicht vor.



Das Stadtwinehaus in Münster in Westfalen

Auf dem Gebiete der Ausbildung der mittleren und niederen Techniker, Handwerker usw. liegen die Arbeiten des „Deutschen Ausschusses für technisches Schulwesen“, in dem der Verband durch mehrere Mitglieder vertreten ist, vor. Der Geschäftsbericht macht eingehende Mitteilungen über die bisherigen Beratungen dieses Ausschusses, dessen Arbeitsausschuß für niederes Schulwesen eine Reihe von Leitsätzen aufgestellt hat, die sich beziehen auf die „Lehrlings-Ausbildung in der mechanischen Industrie“, auf das „Fortbildungsschulwesen“, auf die Frage des „etwaigen

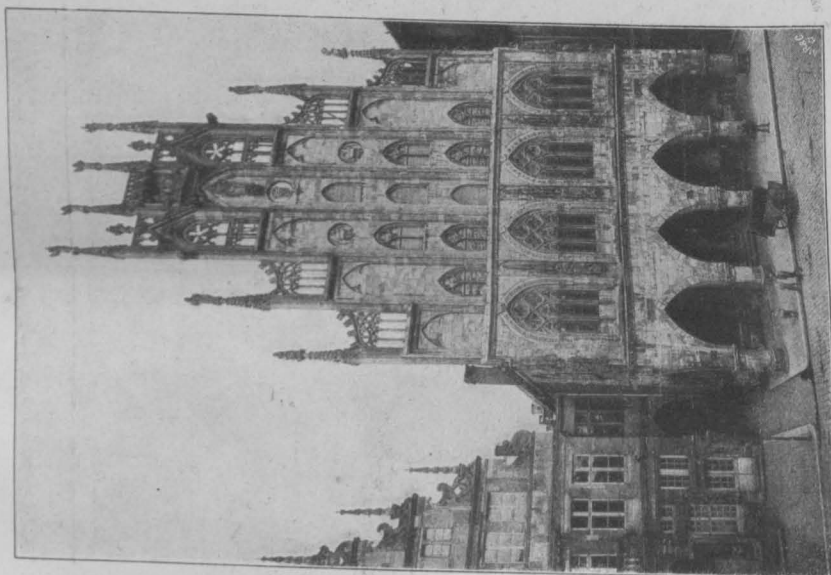
Ersatzes der Lehrlingsausbildung in der Fabrikwerkstatt durch schulmäßige Ausbildung“, auf die „zur Weiterbildung der Facharbeiter nach der Lehrzeit vorhandenen Gelegenheiten und deren Entwicklungsmöglichkeit“, Fragen, die nur zum Teil in das engere Arbeitsgebiet des Verbandes fallen. Die Leitsätze sind zunächst den Ausschüssen der Privatarchitekten bzw. Zivilingenieure zur Äußerung überwiesen und kommen dann zur Vorlage an die Vereine.

Erneut wird auch die Frage der Abänderung der Gebühren-Ordnung der Architekten und Ingenieure den Verband beschäftigen, nachdem sowohl von einer Reihe von Einzelvereinen begründete Abänderungs-Vorschläge eingegangen und ebenso solche vom „Verein Deutscher Ingenieure“ und dem „Bund Deutscher Architekten“ gemacht worden sind. Die Äußerungen liegen dem Verbandsausschuß für diese Frage zur Prüfung vor, der in Münster berichten wird. Dann wird eine Beratung mit den an der Gebühren-Ordnung beteiligten Vereinen notwendig werden, zu der auch der „Bund Deutscher Architekten“ eingeladen werden soll.

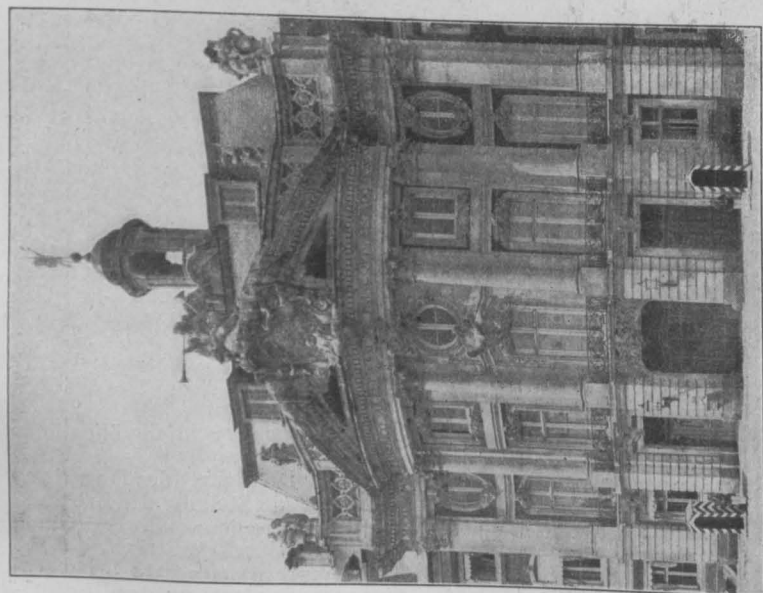
Von den Arbeiten des Verbandes auf technisch-künstlerischem Gebiete ist zu erwähnen, daß der Ausschuß für neuzeitliche Bauordnungen der Abgeordnetenversammlung eine von Hrn. Reg.-Bmstr. Kloeppel bearbeitete neue Denkschrift vorlegen wird, nachdem sich zu den Leitsätzen eine Reihe von Vereinen geäußert haben. Der Ausschuß für das Bürgerhauswerk berichtet über den Stand seiner Arbeiten, die gut fortschreiten. Ueber die Gliederung und den Umfang des Werkes, sowie über

seine Ausstattung mit Tafeln gibt eine besondere Werbeschrift des Ausschusses Auskunft, die in No. 74 der „Deutschen Bauzeitung“ veröffentlicht werden wird.

Schließlich ist noch die Stellung des Verbandes



Das Rathaus in Münster in Westfalen

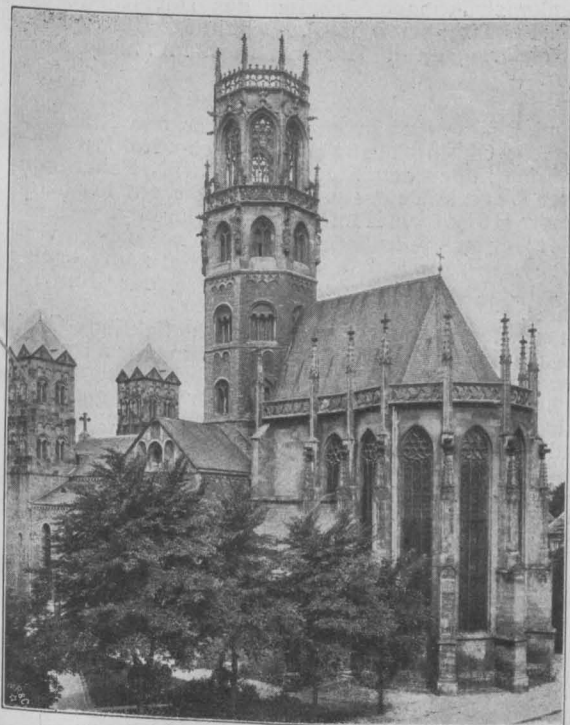


Schloß in Münster in Westfalen. Mittelportal.
Nach einer Aufnahme der königlich preussischen Meßbildanstalt in Berlin.

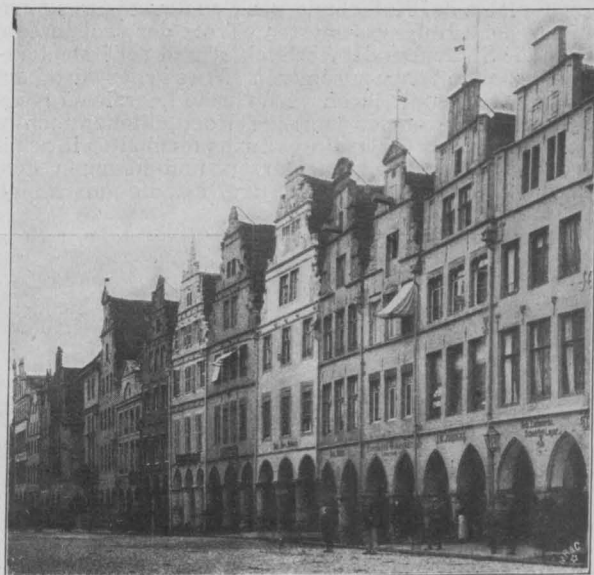
Auch die von Hrn. Stadtbtr. a. D. Koehn auf Grund der Arbeiten des Ausschusses verfaßte Denkschrift über die Verwaltungsreform, soweit die Techniker davon berührt werden, ist fertig gestellt und befindet sich im

zur Heimatschutzbewegung hervorzuheben. Sie wird gekennzeichnet durch die von dem Ober-Baurat

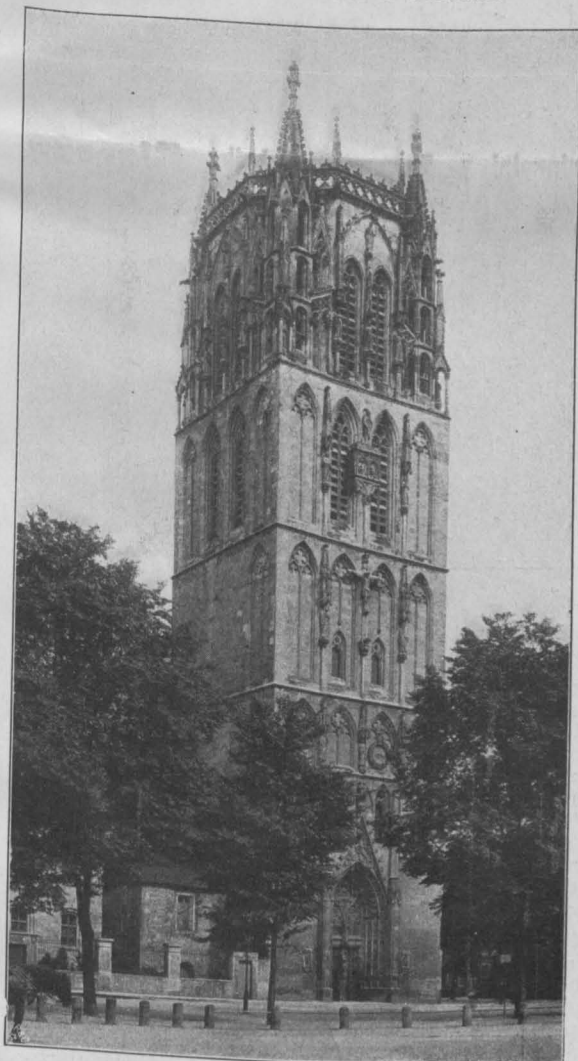
„Ueber die Aesthetik der Baustoffe“, die an alle in Frage kommenden Behörden versandt worden ist. Bei diesen hat sie durchweg Zustimmung gefunden, während sie bestimmte Kreise der Baustoffindustrie stark erregte, trotzdem auf berechtigte Wünsche der Industrie bei Festsetzung des Wortlautes weitgehende Rücksicht genommen worden ist. Eine erneute Stellungnahme des Verbandes zu diesen Gegenäußerungen der Industrie ist nicht beabsichtigt, da diese schon von verschiedenen Seiten entsprechend zurückgewiesen worden sind. Der Verband hat sich jedoch an Beratungen beteiligt, die von verschiedenen Industrien eingeleitet worden sind, um über Beseitigung von Auswüchsen des Heimatschutzwesens zu



Ludgeri-Kirche in Münster in Westfalen.



Der Prinzipalmarkt in Münster in Westfalen.



Liebfrauenkirche in Münster in Westfalen.



Lüdinghausen bei Münster in Westfalen.
Aufnahme der kgl. preuß. Meßbildanstalt in Berlin.

Schmidt in Dresden entworfene, vom Ausschuss der Privat-Architekten noch einmal überarbeitete Denkschrift

13. September 1911.

beraten. Auch der „Bund Deutscher Architekten“ nahm an den Beratungen teil, und der Vorsitzende seiner Ortsgruppe Berlin, Hr. Prof. Dr. Seeßelberg, übernahm es, eine Denkschrift zu verfassen, die dem preußischen Abgeordnetenhaus zugestellt werden sollte mit der Bitte, Abstellung der durch das Gesetz der Industrie zugefügten Schädigungen herbeizuführen. Die Denkschrift, die unter dem Titel „Ueber die in den Verunstaltungsgesetzen liegenden wirtschaftlichen Gefahren für Industrie und Handel“ erschienen ist, weicht in verschiedenen Punkten ab von dem Standpunkt, den der Verband durch seine eigene Denkschrift eingenommen hat. Die Verbandsvertreter lehnten es daher ab, diese neue Denkschrift zu unterstützen. Diese Vorgänge gehen zurück

bis auf das Frühjahr des Jahres, seitdem haben gemeinschaftliche Sitzungen mit Vertretern der Industrie nicht mehr stattgefunden. Der Verbandsvorstand erbittet die Zustimmung der Abgeordneten-Versammlung zu seinem bisherigen Vorgehen und seinem ferneren, das sich auf derselben Linie bewegen soll.

Die übrigen Verhandlungsgegenstände beziehen sich

Vermischtes.

Aufruf. Seit 1876 sind in diesem Herbst 70 Semester vergangen, daß die Unterzeichneten die Bauakademie zu Berlin bezogen. Der Jahrgang 1876 war der stärkste, den die Bauakademie jemals gesehen hat; denn er vereinigte in sich infolge der Aufhebung des Bauelevenjahres nicht weniger als 4 Anfangssemester. Trotz der großen Zahl hielten die Studenten der Architektur und der Ingenieurwissenschaften fester zusammen, als es gegenwärtig auf der Hochschule mit ihren vermehrten Lehrzielen möglich ist. Alle, die von den damaligen Kommilitonen noch im Leben stehen, bewahren dieses Zusammenhalten in schönen Jugendtagen treu im Herzen und kommen dem Wunsch, das Band der Erinnerung, das sie umschlingt,

teils auf innere Angelegenheiten des Vereins, teils auf Arbeiten, die gemeinschaftlich mit anderen Vereinen erledigt werden (Normalprofilbuch, Normalbedingungen für Eisenkonstruktionen, Arbeiten des Deutschen Ausschusses für Eisenbeton usw.). Bestimmte Anträge liegen zu letzteren, da die Arbeiten noch im Flusse sind, nicht vor. —

Fr. E.

Wien und Baudir. Rubin aus Prag über den Stand in Oesterreich; Ob.-Ing. Maurer und Techn. Rat Macher aus Budapest über den Stand in Ungarn. Ueber den Stand der Frage in Deutschland außer Bayern berichtet Reg.-Bmstr. Höbel aus Hamm, während für Bayern Gen.-Schr. Steller aus Nürnberg spricht. Ein Vortrag von Geh. Reg.-Rat Prof. Flamm aus Berlin hat zum Gegenstand: „Die Anwendung des Motors in der Binnenschifffahrt“.

Am zweiten Verhandlungstag spricht Sektions-Chef Lauda aus Wien über: „Die Entwicklung des hydrographischen Dienstes, insbesondere Vorkehrungen für die Hochwasser-Prognose in Oesterreich“. Am gleichen Tage wird eine Erweiterung des Arbeitsprogrammes des Verbandes beraten. Diese soll bestehen in der Aufnahme



Schwestern-Zimmer.

Das Krankenhaus der Stadt Rixdorf bei Buckow. Architekt: Stadtbaurat Reinhold Kiehl in Rixdorf.

fester zu knüpfen, wohl am besten dadurch nach, daß sie sich am Schlusse des 70. Semesters in der Stadt ihrer alten „Alma mater“, wenn auch nur für wenige Stunden, zusammenfinden.

Die Unterzeichneten schlagen daher allen denen, die ihr Studium im Herbst 1876 auf der Bauakademie zu Berlin begonnen haben, vor, sich am 28. Oktober, abends 6 Uhr, an einem noch zu bestimmenden Orte in Berlin zu einem einfachen Festmahl zu vereinigen und bitten, ihnen die Beteiligung bis zum 1. Oktober anzeigen zu wollen.

Hugo Hartung, Geh. Hofrat, ord. Prof. an der Techn. Hochschule Dresden, Dresden-A., Ammon-Straße 2.
Ewald Genzmer, Geh. Baurat, ord. Prof. an der Techn. Hochschule Dresden, Dresden-Blasewitz, Prohliser-Straße 19.

Der IX. Verbandstag des Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Verbandes für Binnenschifffahrt findet in den Tagen vom 17.—21. Sept. d. J. in Berlin statt. Aus den Verhandlungen des ersten Tages führen wir Berichte über den Stand der Wasserstandsfragen in den Verbandsländern an. Es werden sprechen Hofrat Prof. Oelwein aus

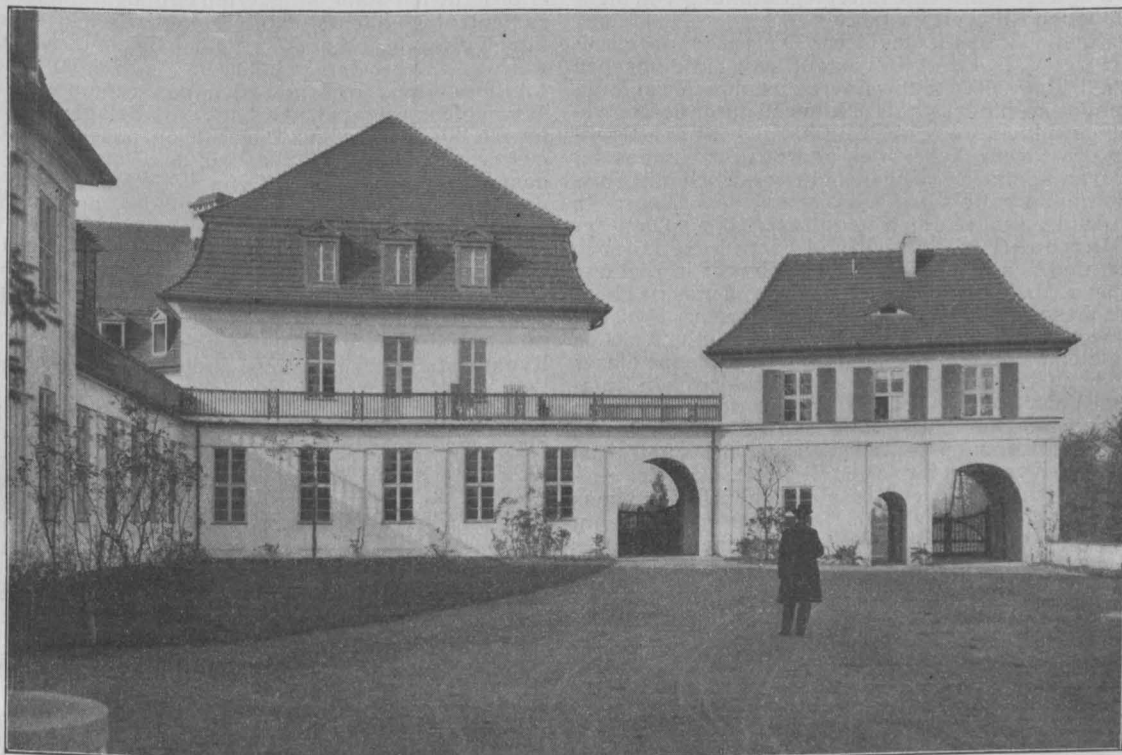
der Bearbeitung des Projektes der Schiffbarmachung des Rheines von Basel bis zum Bodensee und der Herstellung eines Kanales vom Bodensee bis zur Donau. Im Falle der Zustimmung des Verbandstages hierzu wird eine Aenderung des Namens und der Satzungen des Verbandes vorgeschlagen. Mit dem Verbandstag sind eine Reihe von Besichtigungen und Festlichkeiten verbunden; unter ersteren sei besonders erwähnt ein Ausflug zu den Neuanlagen des Großschiffahrtsweges Berlin—Stettin. Eine Dampferfahrt durch die westlichen Berliner Wasserstraßen nach Wannsee beschließt den Verbandstag. —

Müllverbrennungs-Verwertung zur Erzeugung elektrischen Stromes. Seit man in England vor etwa 40 Jahren damit begonnen hat, die Stadtverwaltungen von der Plage der Ansammlung des Straßen-Kehrichtes durch den Bau von Müllverbrennungs-Anstalten zu befreien und damit einen nicht hoch genug zu schätzenden Fortschritt auf hygienischem Gebiete gewonnen hat, hielten zuerst in Deutschland die hohen Betriebskosten eine Zeit lang die Einführung der segensreichen Neuerung zurück. Hamburg schickte sich zu Anfang der neunziger Jahre vor. Jahrb. zum Bau der ersten deutschen Anstalt dieser Art an. Dem

Verfasser dieser Zeilen war es vergönnt, damals als Mitglied des Hamburger Architekten- und Ingenieur-Vereins unter Führung des † Baudirektors Franz Andreas Meyer die Pläne und nachher den Betrieb dieser ersten Anstalt kennen zu lernen, bei welcher Gelegenheit die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß die Ausnutzung der Wärme zur Elektrizitäts-Erzeugung und zur Gewinnung harten

meine Statistik dieses zukunftsreichen Gebietes sprach am 16. Juli d. J. im Frankfurter „Physikalischen Verein“ Hr. Prof. Dr. Deguisne von der Akademie der Wissenschaften daselbst. Seinen Ausführungen sind folgende Hauptsätze entnommen:

Der Wärmehalt des Mülls beträgt erfahrungsgemäß für 1 kg 1500–2500 Wärme-Einheiten oder $\frac{1}{5}$ bis $\frac{1}{3}$ der



Verwaltungsgebäude.

Operationshaus.

Haupteingang.

Ansicht mit Pförtnerhaus.



Pavillon der Prostituierten.

Das Krankenhaus der Stadt Rixdorf bei Buckow. Architekt: Stadtbaurat Reinhold Kiehl in Rixdorf.

Baumaterialies für Straßen usw. die Kosten mit der Zeit erheblich verringern, ja vielleicht decken werde. Reichlich ging diese Hoffnung in Erfüllung, als zahlreiche große und kleinere deutsche Städte ähnliche Anlagen bauten und in Betrieb nahmen; sie ist besonders erfreulich zu bestätigen bei der seit 1909 in Frankfurt a. M. im Gang befindlichen Anlage. Ueber ihre Erfolge und die allge-

Wärmemenge unserer üblichen Brennmaterialien. Besitzt das Müll weniger als 1000 Wärme-Einheiten für das kg, was bei starker Aschen- und Schlackenbildung der Fall ist, dann ist Kohlenzusatz notwendig. Die Ausnutzung wächst mit der Erreichung einer höheren Temperatur. Bei den nach neuesten Erfahrungen erbauten Oefen übersteigt die Temperatur 1000° C. Es kommt auch darauf an,

ob die Müllmengen groß genug sind, um die Errichtung von Verbrennungs-Anstalten ratsam erscheinen zu lassen. Wie die Statistik lehrt, wird in Städten mit über 10000 bis 20000 Einwohnern für den Tag und Kopf der Einwohnerzahl 0,5 kg Müll erzeugt. Jedes kg Müll liefert etwa 1 kg Dampf, für jedes Kilowatt sind etwa 20 kg Dampf erforderlich, es kann somit jeder Einwohner etwa 9 Kilowatt im Jahr liefern. Frankfurt mit seinen mehr als 400000 Einwohnern erlaubt somit eine Energiegewinnung von mehr als 2 Millionen Kilowatt im Jahre.

Durch die Statistik des Hrn. Dettmar, General-Sekretär des V. D. E., ist festgestellt, daß die deutschen Städte mit über 20000 Einwohnern zusammen bei Müllverbrennung im mindesten 30000 Kilowatt durch deren Ausnutzung gewinnen, wozu noch 10000 Kilowatt bei Heranziehung des Straßenkehrschuttes und des Schlammes der Kläranlagen kommen. Dabei steht natürlich die Ausnutzung im Verhältnis zur Wirksamkeit des Ofens. In Deutschland bewähren sich hauptsächlich die Ofen-Systeme Humboldt in Barmen und Fürth i. B., Dörr in Beuthen und Wiesbaden, endlich Hertz in Kiel und Frankfurt a. M., hier seit 1909. Das Ausland machte ebenfalls mit diesen Ofenarten beste Erfahrungen. Prof. Dr. Deguisne erhöhte das Interesse an seinem inhaltreichen Vortrag noch durch Erklärung der Unterschiede dieser Ofensysteme samt Dampfkesseln und elektrischen Anlagen bei Vorführung von Lichtbildern ihres Betriebes in Frankfurt a. M. Diese Anstalt umfaßt 6 Ofenbatterien zu je 4 Zellen, zusammen 24 Zellen, ferner 6 Dampfkessel und 2 Turbo-Dynamos für je 360 Kilowatt, eine Erweiterung auf 8 Ofenbatterien, 8 Kessel und 3 Turbo-Dynamos ist bereits in die Wege geleitet. Jede Batterie verbrennt in 24 Stunden 30—35 t Müll, wobei jede Tonne Müll 800 bis 1000 kg Dampf und etwa 65 Kilowatt-Stunden liefert. Jährliche Erzeugung etwa 3 Millionen Kilowatt-Stunden. Davon verbraucht die Anstalt selbst etwa $\frac{1}{2}$ Million, die Kläranlagen daneben und das Zentrifugenhaus etwa $\frac{3}{4}$ Millionen, das Grundwasserwerk 1 Million. Der Rest kommt mit etwa 0,75 Millionen dem Kabelnetz des Städtischen Elektrizitätswerkes zugut. Auch die Schlacken-Verwertung ist bereits eine so zufriedenstellende, daß die Errichtung einer zweiten Anlage im Osten Frankfurts eine Frage nicht allzulanger Zeit ist. —

Gerstner in Frankfurt a. M.

Beigeordneter für Essen. Die Stadtverordneten-Versammlung in Essen a. Ruhr hat soeben einstimmig beschlossen, auf den frei gewordenen Posten des hochbautechnischen Beigeordneten der Stadt Hrn. Bauinspektor Dr.-Ing. Erbe in Hamburg zu berufen. In dem Maße, wie man in Hamburg den Weggang dieses zu den hervorragendsten der dortigen Bauverwaltung gehörenden Beamten beklagen wird, darf man sich in Essen zu dieser Wahl beglückwünschen. Hr. Dr. Erbe ist längst weiteren Kreisen durch seine Leistungen auf dem Gebiete der hamburgischen staatlichen Hochbauverwaltung bekannt. Das Verdienst, das er sich um Hamburg durch das Einlenken in die Bahnen der alten heimischen Bauweise erworben hat, ist nicht gering, und wird recht verständlich, wenn man sich mit dem von ihm in Gemeinschaft mit seinem Hamburger Kollegen Bauinsp. Dr.-Ing. Ranck bearbeiteten großen Werke über die Bau- und Kunstgeschichte des alten Hamburger Bürgerhauses eingehender beschäftigt. Für die gedeihliche baukünstlerische Entwicklung der zukunftsreichen Industriemetropole Essen scheint uns die auf Dr. Erbe gefallene Wahl eine gute Gewähr zu geben. —

—k.

Literatur.

Vorbildliche Glasmalereien aus dem späten Mittelalter und der Renaissancezeit. Herausgegeben von der königlichen Akademie des Bauwesens in Berlin. 4 Lieferungen von je 4 Tafeln in farbigem Kunstdruck. Verlag von Ernst Wasmuth, A. G. in Berlin. Preis jeder Lieferung 30 M. Das groß angelegte Werk will eine Lücke ausfüllen.

Der Inhalt der bisherigen Veröffentlichungen über die Glasmalereien Deutschlands und seiner Nachbarländer erstreckt sich in der Hauptsache auf die Erzeugnisse des Mittelalters; das später Entstandene hat in nur spärlichen Beispielen Aufnahme gefunden. Gerade diese Glasmalereien aber sind, wie die Ankündigung des Werkes meint, für unsere Zeit in doppelter Hinsicht vorbildlich: „Sie lösen die Aufgabe des frei behandelten und dennoch im erforderlichen Maße stilisierten Großfigurenfensters, wie es heutzutage allenthalben verlangt wird, in mustergültiger Weise; sie entsprechen zugleich dem Lichtbedürfnis, welches unserer Zeit in höherem Maße eigen ist, als den Jahrhunderten, in denen sich das raumabschließende Teppichfenster entwickelt hat“. Als Beispiele dafür sind für die Wiedergabe in 4 Lieferungen ausgewählt Fenster aus dem nördlichen Seitenschiff des Domes in Köln, aus dem nördlichen Querschiff von St. Gudula in Brüssel, aus dem Chor der Stiftskirche in Kyllburg, aus der Waffenhalle des Rathauses in Emden, aus der Sebalduskirche in Nürnberg, sowie aus der Kirche St. Jacques in Lüttich. Die Aufnahmen sind durch die Glasmaler Gebrüder Linemann in Frankfurt a. M. angefertigt und, nach der ersten Lieferung zu urteilen, mustergültig. Nicht minder mustergültig ist die Wiedergabe durch die bewährten Kunstanstalten der Verlagshandlung. —

Wettbewerbe.

Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für eine neue Leichenhalle mit Krematorium auf dem Friedhof in der Holländischen Straße in Kassel ist in der Stadtverwaltung am 15. Jan. d. J. bereits beschlossen worden. Die Gebäude sollen der Form nach so gehalten sein, daß sie allen Konfessionen dienen können. Die in Kurhessen notwendige Zustimmung des Konsistoriums für diese Anlage steht noch aus. —

In dem Wettbewerb betr. Entwürfe für ein Geschäfts-Gebäude der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft lief die hohe Zahl von 156 Entwürfen ein. Unter ihnen gewannen den I. Preis von 10000 M. der Entwurf „Schmuckhof“ der Hrn. Oswald E. Bieber und Wilh. Hollweck in München; den II. Preis von 6000 M. der Entwurf „Ala est jacta“ der Hrn. Prof. Em. v. Seidl und Theod. Schäfer in München; den III. Preis von 4000 M. der Entwurf „Secession“ der Hrn. Hans Brühl und Karl Witzel in München-Laim. Auf Vorschlag des Preisgerichtes wurden von der Gesellschaft zum Preise von je 1000 M. angekauft die Entwürfe „Rouge et noir“ des Hrn. Heinr. Lömpel in München; „Glutsummer 1911“ des Hrn. Herm. Buchert in München; „3:5:8“ des Hrn. Theod. Veil in München; „Straßenaxe“ der Hrn. H. Distel und W. F. Rück in Bergedorf, sowie „Gegen die Anlagen“ des Hrn. Ludw. Rest in Stuttgart. —

Internationaler Wettbewerb Denkmal der internationalen Telegraphen-Union Bern. Bei 106 Entwürfen wurden der I. Preis und die Ausführung Hrn. Pius Romagnoli in Bologna zugeteilt; ein Geldpreis entfällt. Den II. Preis von 6000 Fr. gewann Hr. Guido Bianconi in Turin; der III. Pr. von 5000 Fr. fiel an die Hrn. Alois de Beule und Valentin Vaerwyck in Gent; den IV. Preis von 4000 Fr. errang Hr. Muellner in Wien. Vier Preise von je 1250 Fr. wurden zugesprochen den Arbeiten der Hrn. Henri Cremier in Paris, Ernest Dubois in Gemeinschaft mit R. Patouillard de Moriane in Paris, Hubert Netzer in Gemeinschaft mit Paul Pfann in München und Wilh. Pipping in Gemeinschaft mit Jos. Moest in Köln. —

Inhalt: Das neue Rathaus in Wittenau bei Berlin. — Von den Aufgaben der 40. Abgeordneten-Versammlung des „Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ zu Münster i. W. — Vermischtes. — Literatur. — Wettbewerbe. — Verband Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine. — Abbildungen: Das Krankenhaus der Stadt Rixdorf bei Buckow. —

Hierzu eine Bildbeilage: Das neue Rathaus in Wittenau bei Berlin.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.

Verband Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine.

Das Programm für den Skizzenwettbewerb zur Erlangung von Plänen für den Bau einer Stadthalle in Kassel hat dem Wettbewerbs-Ausschuß des Verbandes vorgelegen. Der Ausschuß hat versucht, den Magistrat zu bewegen, die nach den Wettbewerbsgrundsätzen des Verbandes nicht genügende Preissumme entsprechend zu erhöhen. Leider hat der Magistrat von Kassel eine Aenderung der Preisbemessung aus Gründen, die sich der Erörterung entziehen, nicht vorgenommen.

Wir bringen dies hiermit zur Kenntnis der Fachgenossenschaft.

Der Ausschuß zur Wahrung der Wettbewerbsgrundsätze des „Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“.

Der Vorsitzende: F. Körte.

Der Geschäftsführer: Franz Franzius.



Löwen-Apotheke in Lübeck, Hinteransicht.



Haus in Marktbreit. Hufn. von K. Gundermann in Würzburg.

Abb. 7. Neuenstr. 16. Längsschnitt.

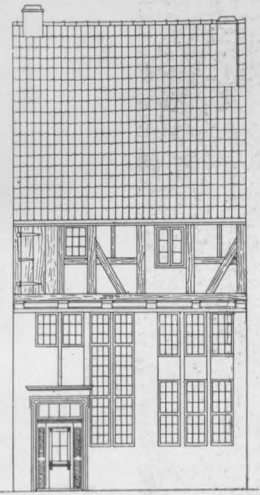
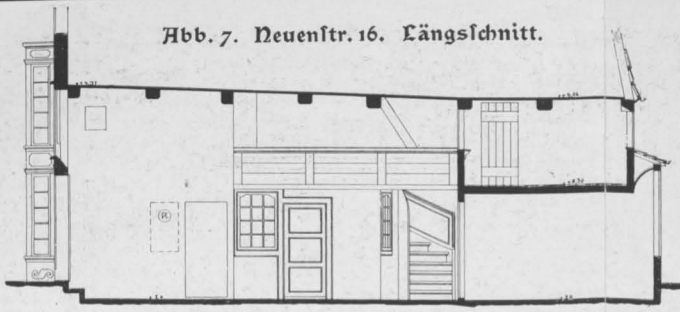


Abb. 1. Böttcherstr. 12. Ansicht.

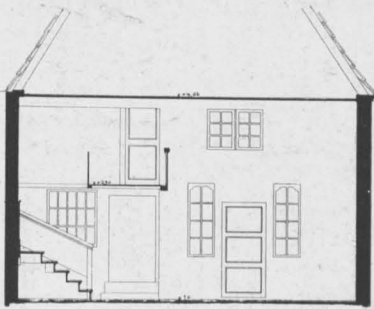


Abb. 8. Neuenstr. 16. Querschnitt.

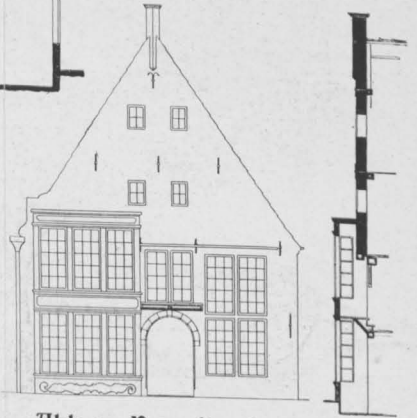
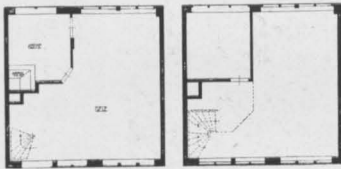


Abb. 4. Neuenstr. 16. Ansicht.



Erdgeschoß. 1. Obergeschoß.
Abb. 2, 3. Böttcherstr. 12.

Abb. 9.
Am Brill 8.
Ansicht.
Maßst. 1:100.

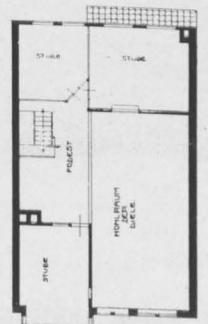
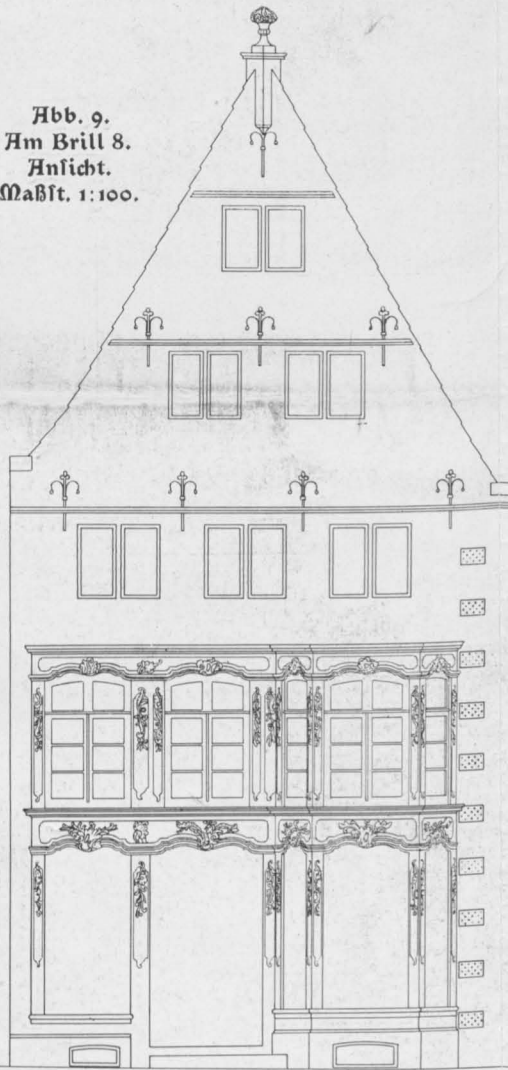


Abb. 5.
Neuenstraße 16.
Erdgeschoß.

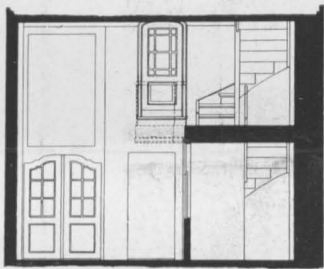


Abb. 12. Am Brill 8.
Querschnitt.

1:300 0 5 10m

Maßst. für Abb. 2, 3, 5, 6, 10, 11.

1:200 0 1 8m

Maßst. für Abb. 1, 4.

1:150 0 1 5m

Maßst. für Abb. 7, 8, 12, 13.

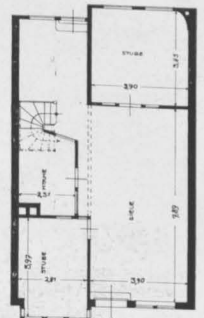
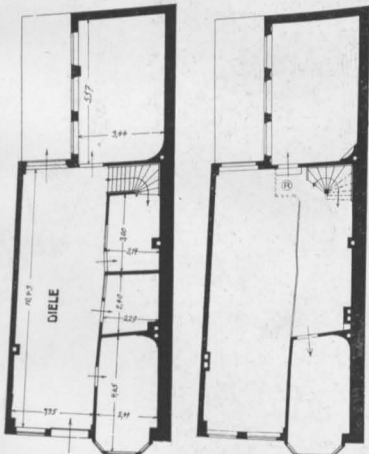
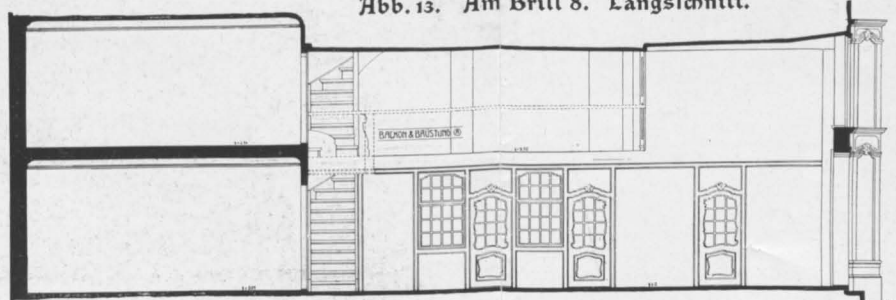


Abb. 6.
Neuenstraße 16.
Obergeschoß.



Erdgeschoß. 1. Obergeschoß.
Abb. 10, 11 Am Brill. Grundrisse.

Abb. 13. Am Brill 8. Längsschnitt.



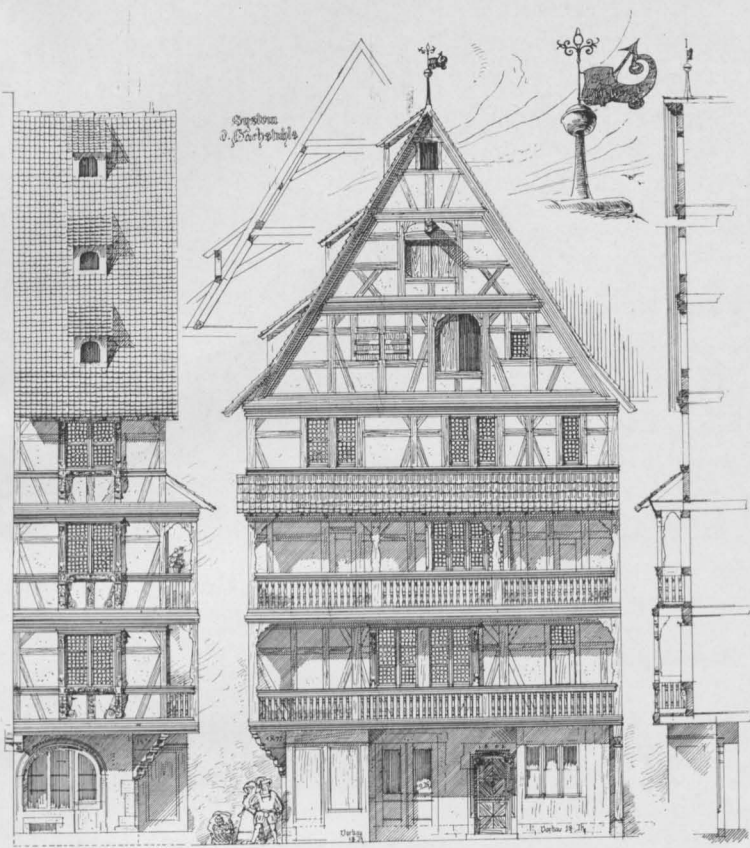


Abb. 1. Südostseite.

Abb. 2. Nordostseite.

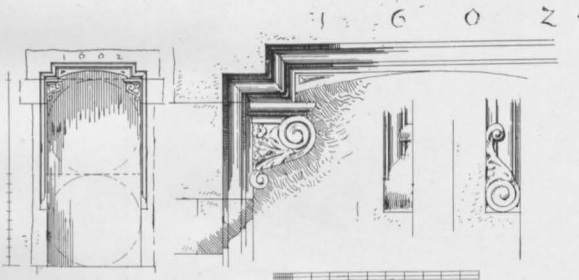
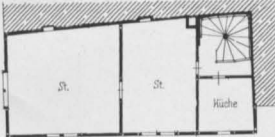
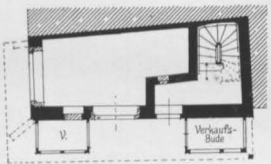
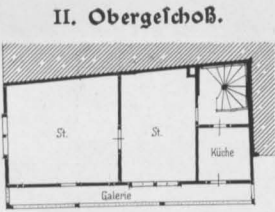
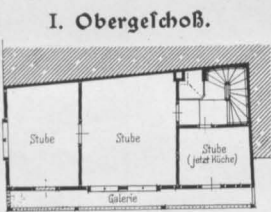


Abb. 12, 13. Eingangstür.

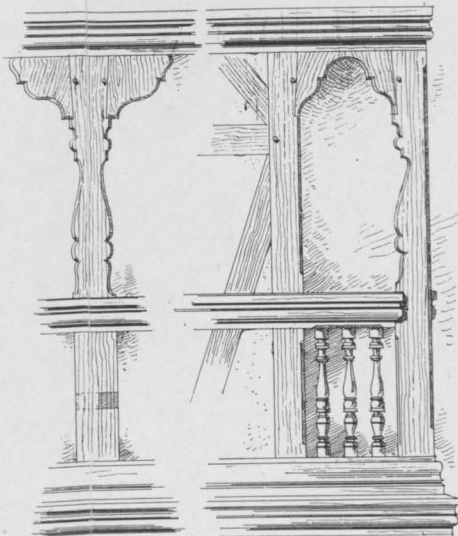


Abb. 3, 4. Galerie im II. Obergeschoß.

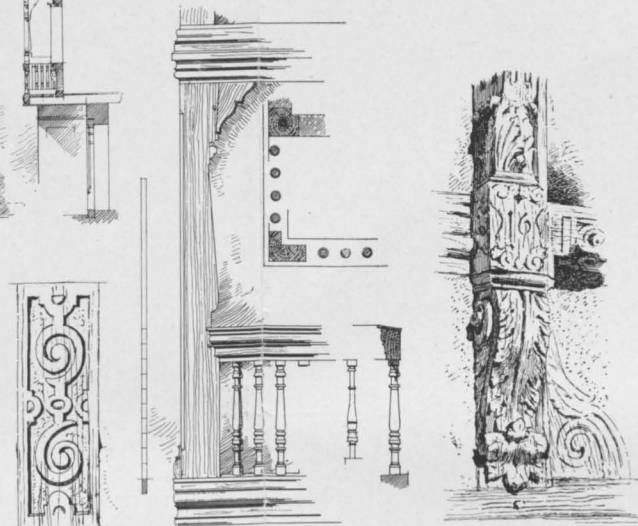


Abb. 5. Abb. 6. Galerie im I. Obergeschoß. Abb. 7.

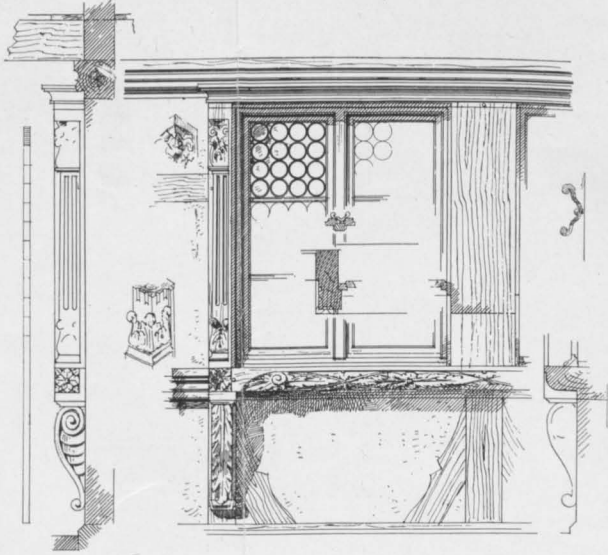
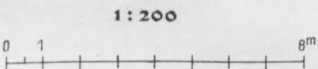
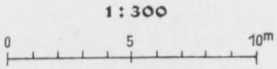


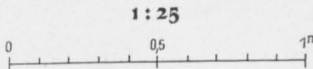
Abb. 14. Fenster vom I. Obergeschoß.



Maßst. für Abb. 1, 2.



Maßst. für Abb. 8, 9, 10, 11.
Straßburg i. Elfaß, Ferkelmarkt 1.



Maßst. für Abb. 3, 4, 5, 6, 7, 13, 14.

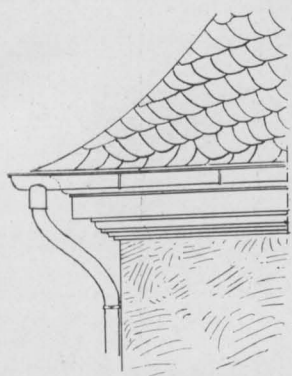


Abb. 4. Frankfurt a.M. Röderberg. Hauptgefölm.



Abb. 1. Frankfurt a.M. Fahrgasse. Ansicht.

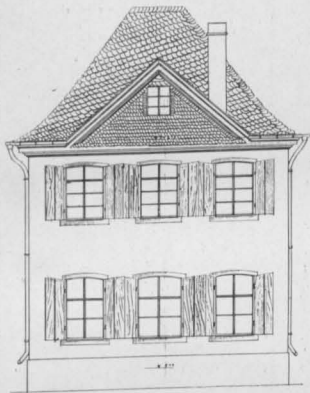


Abb. 5. Ansicht nach dem Main.

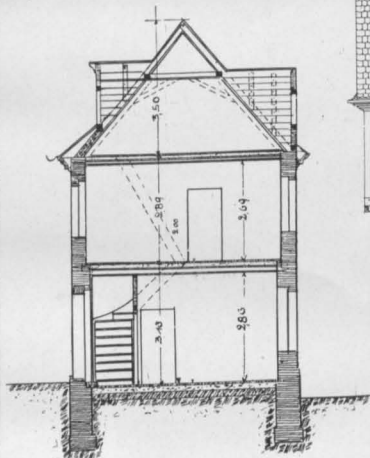


Abb. 6. Querschnitt.



Abb. 7. Rückansicht.

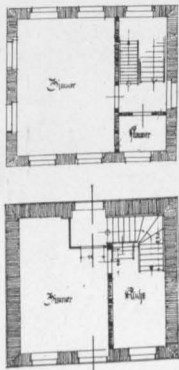


Abb. 8, 9. Grundriß des Erdg. u. Oberg.

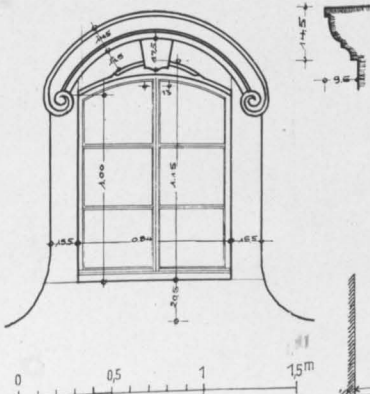


Abb. 10. Dachgaube.

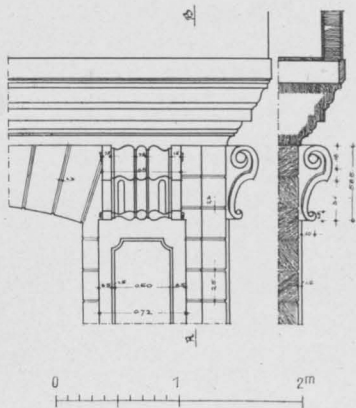
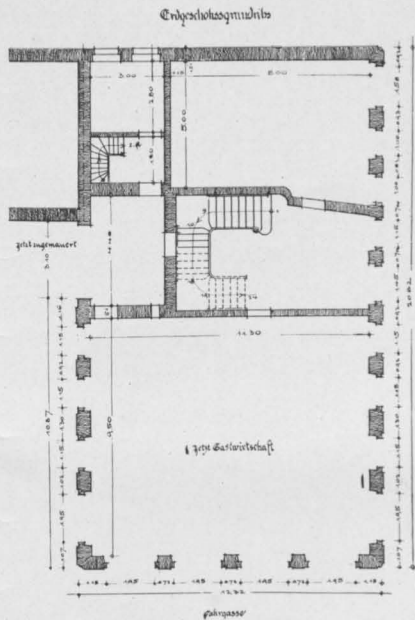


Abb. 2. Frankfurt a.M. Fahrgasse. Gliederung d. Erdgefölm.



Maßst. für Abb. 1, 4, 5, 6, 7, 11.

Maßst. für Abb. 3, 8, 9, 12.

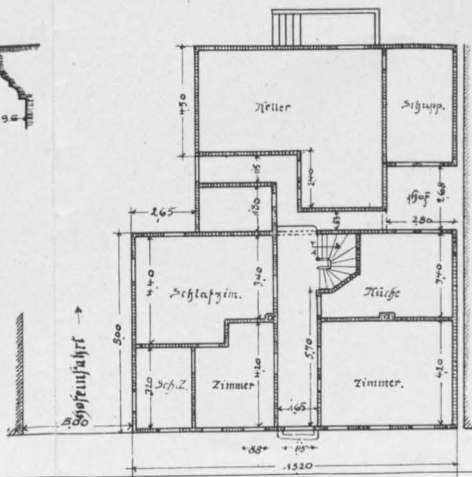


Abb. 12. Frankfurt-Bornheim, Bergerstr. 314. Grundriß des Erdgefölm.

Abb. 4–10 Frankfurt a.M. Röderberg.



Deutsche Bauzeitung

XLV. Jahrg. No. 74 ♦ Berlin, 16. Septbr. 1911

Das Deutsche Bürgerhaus

Seine Aufnahme und Veröffentlichung
durch den Verband Deutscher
Architekten- und Ingenieur-Vereine

Als eine der bedeutsamsten geschichtlichen Erscheinungen steht die Entwicklung des deutschen Bürgertums vor uns. Von der größten Wichtigkeit für die staatliche und gesellschaftliche Gliederung, zu der das deutsche Volk sich im Mittelalter formte, hat es gleichzeitig durch die zielbewusste und wagemutige Ausbildung des Handels und Gewerbefleißes, nicht weniger aber auch durch die eifrige Pflege von Kunst und Wissenschaft in hervorragender Weise zur kulturellen Förderung und Hebung des deutschen Volkstums seine Kräfte betätigt. Wie diese Kräfte, von bescheidenen Anfängen ausgehend, allmählich erstarkten, wie sie sich zur rechtlichen und geistigen Selbständigkeit durchgerungen und durch den Zusammenschluß in großen Verbänden selbst zu weitgreifender politischer Macht aufgeschwungen haben, das ist seit lange der Gegenstand an-



Bürgerhäuser auf dem Sand in Lüneburg.

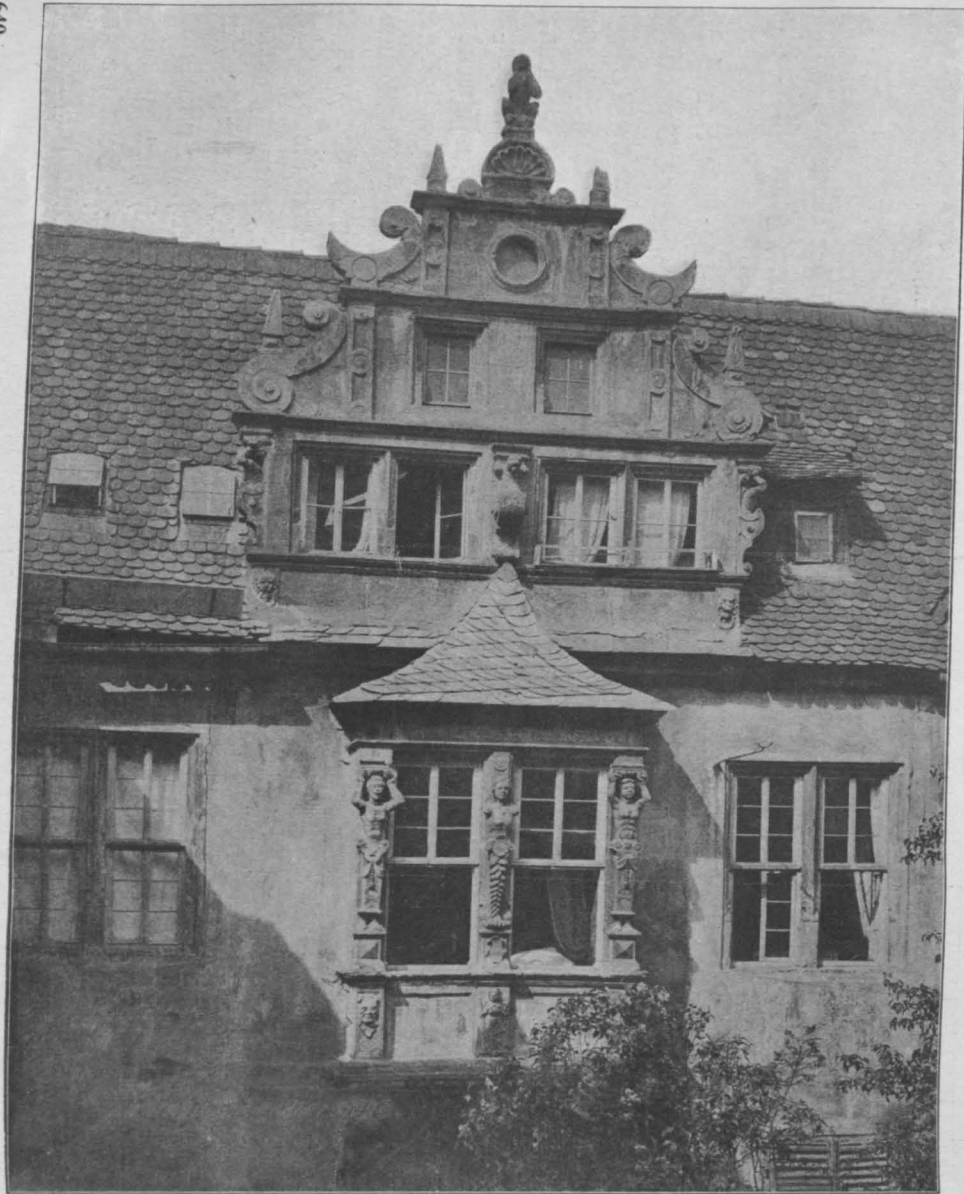
ziehender geschichtlicher Forschung und Darstellung, wobei die in städtischen Archiven wohl verwahrten Urkundensätze eine auf absehbare Zeit gesicherte Unterlage für die wissenschaftliche Bearbeitung abgeben. Unvergleichlich weniger ist bisher eine andere Quelle für die Kenntnis alter bürgerlicher Kultur erschlossen und benutzt worden. Es fehlt uns durchaus an einer einigermaßen umfassenden Kenntnis der baulichen Urkunden, die das Bürgertum uns als den monumentalen Niederschlag seines Wesens hinterlassen hat. Am eingehendsten und im ganzen in befriedigender Weise sind wir über Entstehungszeit, Bauart und Benutzungsweise der städtischen Pfarrkirchen unterrichtet. Sehr viel weniger eindringlich sind schon unsere Kenntnisse in Bezug auf die Art und die Schicksale der öffentlichen Gebäude, der Rathäuser, Kaufhäuser, Schlachthäuser usw. Und ganzlich lückenhaft, in vielen Einzelheiten sowohl wie in größeren Zusammenhängen ungeklärt und zweifelhaft ist das, was wir von dem bürgerlichen Wohnbau älterer Zeiten wissen. Dabei kann es nicht fraglich sein, daß sich in nichts Anderem die allgemeinen Kulturverhältnisse des Bürgertums mit ihren zeitlichen und landschaftlichen Wandlungen, wie mit ihren gesellschaftlichen Abstufungen so unmittelbar widerspiegeln müssen wie in der Anordnung und Ausstattung der Behausungen, in denen sich das tägliche Leben des Einzelnen bewegte. Das Bürgerhaus bildet ohne Zweifel für die Erkenntnis vom Werden und Blühen der städtischen Kultur eine äußerst reichhaltige, überaus wichtige Quelle, eine bauliche Urkunde allerersten Ranges. Und da auch die ländlichen Verhältnisse durch die städtischen Lebensgewohnheiten dauernd beeinflusst worden sind, so bildet seine Kenntnis eine wesentliche Grundlage volkskundlicher Forschung. Freilich ist es zunächst keine leicht und bequem zu benutzende Quelle. Denn nach Entstehungszeit und Benutzungsart bunt durcheinander gewürfelt, so stehen diese Zeugen alter Zeit jetzt vor uns, das Gleichartige meist durch weite Zwischenräume von einander getrennt und in seinem Zusammenhang schwer zu erkennen, Vieles durch spätere Umbauten entstellt und nur für den kundigen Blick des technisch gebildeten Forschers in seiner ursprünglichen Anlage verständlich. Es gehört eine unermesslich



Bürgerhäuser aus dem Gries (Jungmayer-Platz) in Tölz (Oberbayern).

scheinende geistige Arbeit dazu, um diesen Schatz von baulichen Urkunden der Benützung zu erschließen, eine Arbeit, die für den Einzelnen viel zu umfangreich, nur durch gemeinsame Hingabe Vieler bewältigt werden kann.

Im geschichtlich urkundlichen Wert liegt aber nicht die einzige, vielleicht nicht einmal die größte Bedeutung der alten deutschen Bürgerhäuser. Sie bilden eine großartige Sammlung echter Volkskunst, die aus den Bedürfnissen des täglichen Lebens, wie sie im Laufe der Zeiten wechselten, heraus entwickelt wurde, in ihrer Gesamtheit ein Denkmal künstlerisch gehobener Daseinsfreude und Schaffenskraft, wie ein zweites nicht besteht. Erstaunlich ist dabei die immer frisch anmutende vielseitige Verschiedenheit der Lösungen, die unsere Bauten je nach Entstehungszeit, Baustoffen, landschaftlicher und örtlicher Eigenart und der Persönlichkeit der Ausführenden aufweisen, erstaunlich der Reichtum an Phantasie und an gemütvолlem Behagen, der sich in ihnen ausspricht. Vorbildlich ist das weise Maßhalten mit den höchsten Kunstmitteln, das einen Grundzug des alten bürgerlichen Wohnbaues bildet. In allen diesen Zügen, dazu in der strengen Sachlichkeit, mit der sie sich ihren jeweiligen Zwecken angepasst haben, bilden die deutschen Bürgerhäuser einen unvergleichlichen Studienstoff, eine großartige Quelle der Anregung gerade auch für unsere Zeit, der wiederum die Aufgabe gestellt ist, für neue Bedürfnisse, neue Verhältnisse den passenden baulichen Ausdruck zu finden. Auch dieser Schatz künstlerischer und handwerklicher Anregung ist noch erst zum geringsten Teile gehoben. Es fehlt auch hier vor allem an der Möglichkeit, eine Übersicht über weitere Gebiete zu gewinnen und auch die Beispiele aus entlegeneren Orten zum Vergleich und zum Eindringen in die künstlerische Grundauffassung der



Erker und Giebel vom Sandhof in Würzburg. Aufn. v. K. Sundermann in Würzburg.



Bürgerhaus in Miltenberg am Main.



Giebel-Bürgerhaus in der Salz-Straße in Lüneburg.
Aufn. Eduard Lühr in Lüneburg.



Ecke an einem Bürgerhause in Würzburg.
Aufn. v. K. Sundermann in Würzburg.



Bürgerhaus in Neustadt an der Orla.



Bürgerhaus aus Cottbus, Berliner-Platz 3.

alten Meister heranzuziehen. Auch der künstlerische Gehalt des alten deutschen Bürgerhauses kann nur durch die gemeinsame Arbeit Vieler soweit erschlossen werden, daß die in ihm liegenden anregenden und fördernden Wirkungen ihrem Werte gemäß für die heutige Kunstbewegung genutzt werden können.

Es sind aus der Fülle von vielen Tausenden der erhaltenen Häuser in ganz Deutschland die wertvollsten und bezeichnendsten Beispiele auszusuchen, sie sind maßstäblich bis in die wesentlichen Einzelheiten hinein genau aufzumessen, zeichnerisch und photographisch darzustellen und in ihrer geschichtlichen Bedeutung zu klären und nach Entwicklungsformen zu gruppieren.

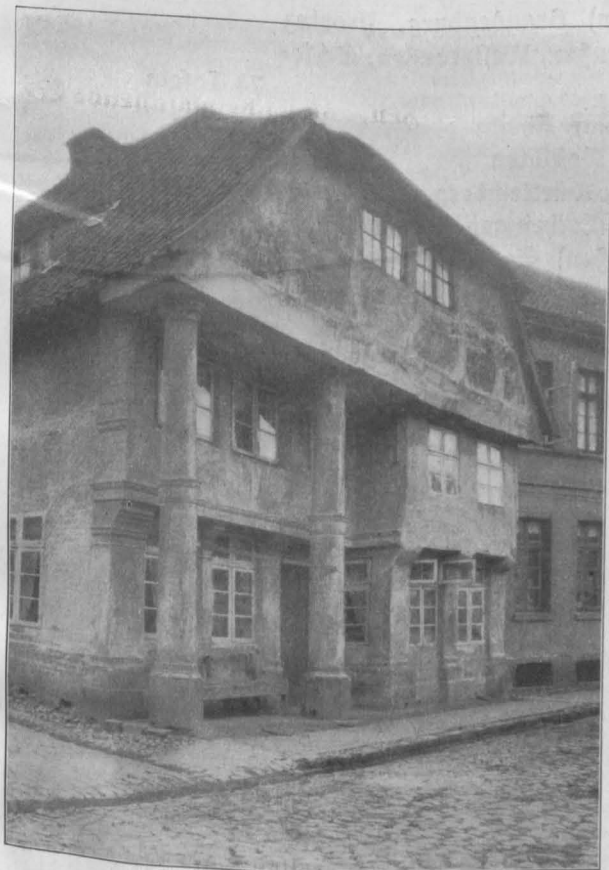
Aber es ist die höchste Zeit, daß solche umfassende Erschließungsarbeit einsetzt. Denn diese Denkmäler alter Bürgertüchtigkeit sind nicht wie die geschriebenen Urkunden oder wie bewegliche kleinere Kunstwerke vor Verlust oder Verderb gesichert. Im Gegenteil. Nachdem sie Jahrhunderte überdauert haben, sind sie in ihrem Bestand durch die stürmischen Änderungen, die unsere Zeit mit sich bringt, aufs höchste gefährdet. Der gewaltige materielle Aufschwung, den die technischen Fortschritte dem deutschen Volke gebracht haben, die Änderung der gesundheitlichen Anschauungen, der Betriebsweisen und der Lebensansprüche, sie bedrohen diese alten Zeugen wesentlich anders gearteter Verhältnisse mit schnellem Untergang. Zu vielen Hunderten fallen wertvolle alte Häuser jährlich den gesteiger-



Bürgerhaus in Wertheim am Main.



Bürgerhaus aus Erfurt.



Bürgerhaus in Boyzenburg.



Bürgerhäuser aus Klostok.

ten Forderungen an Ausnutzung des städtischen Baugrundes, an Zuführung von Licht und Luft, an größerer Bequemlichkeit des Verkehrs zum Opfer, weitaus in den meisten Fällen, ohne daß etwas geschieht, um die geschichtlichen und künstlerischen Werte, die in ihnen enthalten sind, zu prüfen, geschweige denn sie für spätere Zeit festzuhalten und aufzuzeichnen. So droht in hohem

Grade die Gefahr, daß unerfesslicher wertvoller Stoff für wissenschaftliche wie künstlerische Anregung uns unwiderruflich verloren geht, ohne daß wir ihn überhaupt einigermaßen kennen gelernt haben. Es ist eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes und des deutschen Bürgertums im besonderen, daß ein so schwerer Verlust an geistigen Gütern, die die Vorfahren geschaffen haben, vermieden werde!

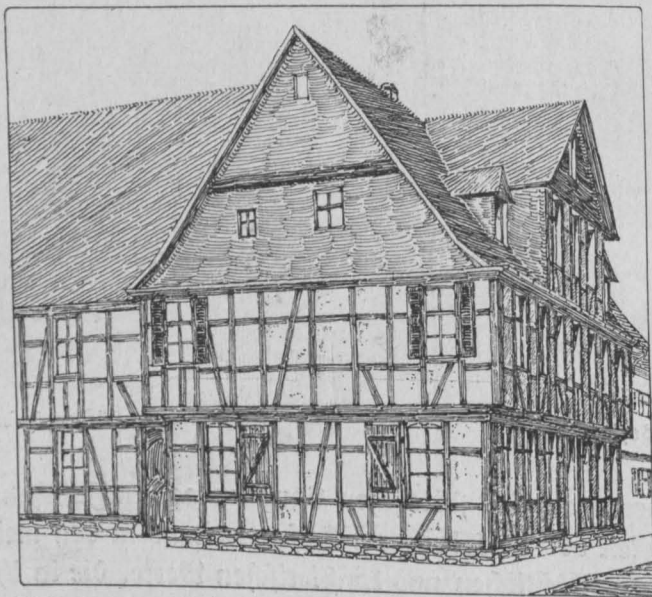
In Erkenntnis dieser Verhältnisse hat der „Verband deutscher Architekten und Ingenieur-Vereine“ es unternommen, aus dem Bestand an älteren Bürgerhäusern das Wertvollste auszuwählen, zusammen zu stellen und durch sorgfältige künstlerische Aufnahmen und wissenschaftliche Bearbeitung für die Allgemeinheit nutzbar zu machen. Die einleitenden Maßnahmen zur Gewinnung einer Übersicht sind abgeschlossen und die Aufnahmetätigkeit ist im Zuge.

Möglich ist die Durchführung des großen Werkes nur dadurch, daß die Mitglieder der im Verbande verbundenen Architekten und Ingenieur-Vereine die gewaltige Arbeit des Sammelns, Aufmessens und Verarbeitens unentgeltlich zu leisten übernommen haben in idealer Würdigung der hohen vaterländischen Bedeutung, die das Werk als ein Denkmal deutschen Bürgertums haben wird, so daß der kostspieligste Teil der Arbeiten, die zur Herstellung des Ganzen erfordert werden, die Vorbereitung des Stoffes an Text und Tafeln durch ihre freiwillige Tätigkeit vom Verbande kostenlos zur Verfügung gestellt werden kann.

Um den ungemein reichhaltigen Stoff zu bewältigen, werden gegen 400 Tafeln im Format und in der Ausstattung der beiliegenden 4 Probetafeln, sowie ein umfangreicher, reich mit Abbildungen ausgestatteter Text in gleichem Format und in der Ausstattung dieser Voranzeige erforderlich sein. Um die Verbreitung des Werkes und seine anregende Wirkung zu fördern, wird eine Gliederung des Ganzen in fünf landschaftlich abgeschlossene Bände eintreten, die getrennt zu beziehen sein werden und zwar

Band I:	Norddeutschland I (östl. Preußen) Brandenburg, Provinz Sachsen, Posen, Pommern, Ostpreußen, Westpreußen, Schlesien und Schleswig-Holstein	74 Tafeln
Band II:	Norddeutschland II (westl. Preußen) Rheinprovinz, Hessen-Nassau, Hessen-Kassel, Hannover, Westfalen	86 Tafeln
Band III:	Süddeutschland I. Bayern, Pfalz, Württemberg	88 Tafeln
Band IV:	Süddeutschland II. Baden, Elsaß-Lothringen, Hessen	88 Tafeln
Band V:	Norddeutschland III (ohne Preußen) Sachsen, Thüringen, Braunschweig, Mecklenburg, Oldenburg, Bremen, Hamburg, Lübeck	54 Tafeln
		<u>390 Tafeln</u>

Das Werk erscheint im Verlag der „Deutschen Bauzeitung“, G. m. b. H., in Berlin SW. 11, Königgräßer-Straße 105.



Wohnhaus in Frankfurt am Main - Bornheim, Berger-Straße 314.



❀ BEILAGE FÜR VEREINE ❀

Berichte über Kundgebungen, Versammlungen und Besichtigungen.

Sächsischer Ingenieur- und Architekten-Verein zu Dresden. Auszug aus dem Vortrag des Hrn. Dr.-Ing. Friese „Ueber Hausschwamm und andere holzerstörende Pilze“ am 27. Februar 1911. Trotz der gründlichen und ersprießlichen Kontrolle der Baupolizei weist die Statistik ein Steigen der Häufigkeit des Vorkommens vom Hausschwamm nach. Haben doch z. B. in Berlin 10% aller Neubauten durch Hausschwamm zu leiden.

In der Erkennung des Hausschwammes und in der gerichtlichen Beurteilung der Schwammfrage herrscht noch große Unsicherheit. Wurde doch durch Reichsgerichts-Entscheidung die Haftpflicht für Hausschwammvorkommen auch auf den bloßen Verdacht ausgedehnt. Zugleich wurde dem Hausschwamm die Trockenfäule, soweit sie durch *Polyporus vaporarius* bewirkt wird, in rechtlicher Beziehung und gleichfalls bis zum Verdacht ihres Vorkommens ausgedehnt, gleichgestellt. Diese Gleichstellung widerspricht allen Erfahrungen der Praxis und kann sich auf das Urteil nicht eines einzigen Botanikers stützen.

Groß ist vielfach die Unkenntnis des sogenannten Schwamm-Sachverständigen. Oft sind die Aussagen eines Zimmerer- oder Maurerpoliers, der das Wesen des Hausschwammes in keiner Weise erkannt hat, ausschlaggebend für ganze Schwammprozesse gewesen! Im allgemeinen gibt man dem Bauausführenden die Schuld beim Auftreten des Schwammes (Ueberhastung der Fertigstellung, unvollkommenes Austrocknen u. dergl.) Dem muß entgegen gehalten werden, daß sich der Hausschwamm wie die meisten unserer Krankheitserreger verhält. Wie menschliche Seuchen durch Menschenansammlungen, also durch Vermehrung des Nährbodens, der Seuchenerreger aufflammen, so haben die rege Bautätigkeit und das Wachstum der Städte in den letzten Jahrzehnten Häuseransammlungen geschaffen, die dem Hausschwamm eine reiche Verbreitungsmöglichkeit bieten.

Die abgekürzten Baufristen werden reichlich aufgewogen durch die jetzt allgemein angewendeten und oft polizeilich geforderten Bekämpfungsmittel der Feuchtigkeit, besonders Isolierung gegen aufsteigende Feuchtigkeit, Isolierung freistehender Wände, Wärmeanwendung zum Austrocknen der Bauten u. a. m.

Daß ein Laiensachverständiger heutzutage gar kein treffendes Urteil über Hausschwammfragen abgeben kann, geht daraus hervor, daß es neben dem Hausschwamm (*Merulius lacrimans*) und Trockenfäule (*Polyporus vaporarius*) noch etwa 41 andere

bei der Schwammbeurteilung in Frage kommende holzerstörende Pilze gibt. Es wurde deshalb auf Anregung des Bezirksverbandes der Baugewerksmeister zu Posen im Dezember 1908 eine Denkschrift über den Hausschwamm ausgearbeitet, welche etwa folgende Punkte umfaßt:

1. Bei Auftreten des Hausschwammes ist eine Heilung des Gebäudes möglich, im Gegensatz zu der in Laienkreisen vielfach vertretenen Ansicht, daß Hausschwamm nicht zu beseitigen sei.

2. Es ist als bewiesen festzustellen, daß Hausschwamm und Trockenfäule ohne Verschulden des Baumeisters in ein Haus kommen können. Die Trockenfäule wird durch die Sporen verbreitet, und gelangt sie aus den Wäldern, wo sie sehr verbreitet ist, mit dem Wind an den rechten Ort der Fortpflanzung, so kann sehr wohl eine Pilzkalamität entstehen, an der der Baumeister keine Schuld trägt. Der Hausschwamm dagegen findet seine Verbreitung meist durch altes, schwammdurchseuchtes Abbruchsmaterial, das neben neuem Material lagert. Schwammdurchseuchte Wälder gibt es nicht. Der Unterschied zwischen Hausschwamm und Trockenfäule ist: Der Hausschwamm wächst bei mäßiger Wärme auf geeignetem Nährboden ohne Feuchtigkeit, indem er selbst Wasser abspaltet, die Trockenfäule braucht Wasser zum Wachsen und bildet kein Wasser.

3. Es muß anerkannt werden, daß Hausschwamm und Trockenfäule auch bei Verwendung des besten Materials auftreten können.

4. Zwischen Hausschwamm und Trockenfäule besteht in praktischer und theoretischer Beziehung ein derart großer Unterschied, daß nicht beide baufachlich gleich gestellt werden können. Hausschwamm kann nur durch die Sporen des *Merulius lacrimans*, Trockenfäule dagegen außer durch *Polyporus vaporarius* noch durch viele andere holzerstörende Pilze erzeugt werden. Hausschwamm kann ohne Verschulden auch in einem völlig trockenen Gebäude um sich greifen und ist nicht immer leicht und meist nur mit großen Kosten zu beseitigen, Trockenfäule läßt sich leicht und zuverlässig entfernen, sofern nur eine durchaus sichere Erkennung vorausgegangen ist. Wie oft ist für Hausschwamm gehalten worden, was sehr weit davon entfernt war und nur geringe Beseitigungskosten verursacht hätte.

5. Die Gleichstellung des Trockenfäule-Pilzes mit dem Hausschwamm in rechtlicher Beziehung ist nicht zu billigen. Es ist besonders dagegen aufzutreten, daß von der richterlichen Instanz auch noch andere Pilze außer dem Hausschwamm dieselben



Folgen für den Baumeister nach sich ziehen sollen wie der Hausschwamm.

6. Die Ausdehnung der Anzeigepflicht vorhandenen Hausschwammes oder vorhandener Trockenfäule auf die Anzeigepflicht des Verdachtes dieses Auftretens ist für das Baugewerbe unerträglich. Insbesondere muß gefordert werden, daß nach erforderlichen Reparaturen eine Anzeigepflicht des Verdachtes nicht mehr besteht. Nach mehrfachen Reichsgerichts-Entscheidungen erfordern Treue und Glauben im Verkehr, daß beim Verkauf eines Hauses nicht verschwiegen werde, wenn dasselbe mit Hausschwamm behaftet ist. Diese Entscheidung wurde auf Trockenfäule erweitert und belastet den Hausbesitzer und Baumeister ganz außerordentlich. Von nun an ist jeder verpflichtet, vorgenommene Hausschwamm- und Trockenfäule-Reparaturen, mögen sie auch seiner Meinung nach erfolgreich gewesen sein, beim Verkauf anzuzeigen. Den hierdurch geschaffenen Mißständen kann nur dadurch begegnet werden, daß nach erfolgreichen Reparaturen eine Anzeigepflicht des Verdachtes ausgeschlossen wird.

7. Sollte dies nicht erreichbar sein, so muß bei „arglistiger“ Verschweigung die heute gültige 30jährige Gewährfrist abgekürzt werden.

8. Es müssen Wege gefunden werden, um den nach Reparaturen vorhandenen Minderwert von Gebäuden zu beseitigen. Es muß Front gemacht werden, daß bei Auftreten von Trockenfäule ein Minderwert festgestellt wird. Unbedingt nötig ist eine Aufklärung des Publikums über die Unschädlichkeit des Hausschwammes für die menschliche Gesundheit (Flügge), denn dieser ist weder giftig, noch kann er parasitäre Erkrankungen des Menschen herbeiführen.

9. Das Baugewerbe hat das höchste Interesse daran, daß Hausschwamm kein absoluter Wandlungsgrund bleibe, sondern daß von Fall zu Fall die Erheblichkeit des Schadens nach angereicherter und in Zukunft möglicher Schädigung gemäß Würdigung der baulichen Verhältnisse und der Lebensfähigkeit des Pilzes beurteilt wird.

10. Da der Hausschwamm eine Infektionskrankheit ist, so ist seine obligatorische Bekämpfung notwendig, wie eben jede andere derartige Krankheit bekämpft werden muß. Hierbei giebt es zwei Wege: a) die systematische Sanierung aller Einzelfälle, also die systematische Desinfektion ganzer Städte. Es müßte eine obligatorische Wohnungsinspektion, eine obligatorische Holzplatzkontrolle einsetzen. Das würde aber ungeheure Kosten und Unzuträglichkeiten heraufbeschwören. Deshalb müßten b) von sachverständigen, mykologisch gut vorgebildeten Beamten die Abbrüche genau überwacht werden. Diese Beamten dürften nur pilzfreies Holz freigeben und müßten verseuchtes vernichten lassen.

Da die Hausschwammfrage eine Holzfrage ist, so ist sie für die Städte gelöst, sobald es der Technik gelingt, ohne Holz genügend schalldichte und warme Decken zu konstruieren, denn Stein, Eisen und Zement frißt der Hausschwamm nicht.

11. Ein besseres Zusammenarbeiten der Praxis mit der Wissenschaft, besonders mit solchen Forschern, die für die Praxis Verständnis haben, ist nötig. Deshalb ist der im Baugewerbe fast allgemein zu spürende Widerstand gegen die Zuziehung botanischer Sachverständiger nicht zu billigen.

Gegen den Hausschwamm ist ein Heer von Geheimmitteln im Gebrauch. Es ist aber nur wenig bekannt, daß Kochsalz, zuckerförmig zerstäubt, ein bei richtiger Anwendung durchaus zuverlässiges und billiges Desinfektionsmittel ist.

Die größte Bedeutung für die Praxis hat die wissenschaftliche zuverlässige Untersuchung des Schadens bei Reparaturen. Es muß hierbei gefordert werden, daß die Einzelheiten, die eigentliche Bestimmung des Schädling, dem wissenschaftlich arbeitenden Sachverständigen, nicht einem Maurer- oder Zimmerpolier, aber auch nicht dem Architekten überlassen werden.

Von den Bekämpfungs- und Vorbeugungsmaßregeln des Hausschwammes sind zu nennen: Gute Baugrund-Entwässerung, Isolierung gegen aufsteigende Erdfeuchtigkeit, Vermeidung poröser, leicht Wasser aufnehmender Steine für die Gründungen, Zement anstatt Kalkmörtel, nur völlig lufttrockenes Holz, Schutz des Holzes gegen Berührung mit nassem Mörtel. Die Balkenköpfe sind nicht einzumauern, sondern mit trockenem Steinmaterial zu umgeben; vor völliger Austrocknung darf nicht verputzt werden, auch dürfen vorher nicht Decken, Fehlböden, Dielung und Holzverkleidung eingebaut werden. Hohle Fußbodenlager und an die Entlüftungsschächte angeschlossene Luftzüge unter der Dielung sind eine große Sicherung. Die Dielung soll dem Mauerwerk nicht fest

anliegen, Paneele und sonstige Wandverkleidungen sind durch schmiedeiserne Dübel zu befestigen. Bevor nicht völlige Austrocknung erfolgt ist, darf kein Oelfarbenanstrich, kein Wachs, keine Öelung an das Holz kommen. Unter zu früh gelegtem Linoleum finden sich die stärksten Holzzerstörungen.

Als Frist, nach welcher ein Haus als erfolgreich saniert anzusehen ist, rechnet man nach den Erfahrungen von May etwa 6 Jahre. Selbstverständlich dürfen von einem Neubau keine Arbeiter abkommandiert werden, um irgendwo eine Schwammreparatur vorzunehmen und dann ohne gründliche Reinigung der Kleider und Stiefel an den Neubau zurückkehren. Die insbesondere von Hartig nachdrücklich geforderte Reinhaltung eines Neubaus von Exkrementen und vom Harn der Bau-Arbeiter ist eine selbstverständliche hygienische Forderung.

Bei der bautechnischen Bekämpfung des Hausschwammes muß die Vernichtung der Feuchtkörper in erster Linie, ehe sie Sporen austreuen, strengstens gefordert werden, und zwar muß die Operation im gesunden Material stattfinden. Weit um den Herd der Krankheit hat alles Mauerwerk der Spitzhacke, alles Holz dem Brecheisen und der Säge zu weichen. Darauf folge noch eine Hitze-Desinfektion mit einer Lötlampe oder mit heißem Sande. Dann erst kann die Trockenlegung und Trockenerhaltung der befallenen Stelle einsetzen.

Durch bloße Anstriche ist kein Erfolg zu erwarten, da sie nicht eindringen können. Als gute Abschlußmittel für Holz gegen eindringende Schwammgefahr sind zu nennen: Asphalt, Zement, Wasserglas, Steinkohlenteer, Gasolin, Tran, Leinöl, Firnisse, Lassinöl, Kienöl, Naphta und Naphtaprodukte, Petroleum, Mastixzement, Ceresit und Goudron.

Als Desinfektionsmittel seien erwähnt: Karbolsäure, karbolsaures Natron, Kreosot, Kreosotöl, Ortho-di-nitro-Kreosol-Kalium (Antinonin), Karbolium, Birkenteer, Karburiol und Antigermin, Salzsäure, Schwefelsäure, Schweflige Säure, Chlor, Chlorkalk, Holzessig, Borsäure, Salizylsäure. Doch muß erwähnt werden, daß außer Borsäure und Salizylsäure keine Säure für sich allein Schwamm Schäden beseitigen kann. Unstatthaft, weil giftig, sind zur Schwammvertilgung Sublimat und Arsenik-Verbindungen.

Außer Kochsalz sind noch als weniger gut zu nennen: Kupfersulfat, Eisensulfat, Zinksulfat, Eisenazetat, Chlorzink, Eisenchlorür, Eisenchlorid, Mangansulfat, Manganchlorür. Dann Kochsalz, Kainit (Kochsalz kann auch in Form von Heringslake Verwendung finden), Chlorkalium, Kaliumkarbonat, Natriumkarbonat, Natriumsulfat, Salmiak, Magnesiumsulfat, Chlormagnesium, Chloraluminium, Aluminiumazetat, Alaun, Aetzkalk, Aetzkali, Sodakalk und Gaskalk usw. —

Ktz.

Berliner Bezirksverein Deutscher Ingenieure. In der Versammlung vom 7. Juni d. J. hielt der Dir. der Siemens-Schuckert-Werke, Hr. Prof. Dr.-Ing. W. Reichel, einen Vortrag über die Elektrifizierung von Vollbahnen. Der Vortragende betonte zunächst, daß selbst bei den größten Anhängern der elektrischen Zugförderung keineswegs die Meinung bestehe, als müßte die ganze Welt mit elektrischen Bahnnetzen überzogen werden. Vielmehr würden auch in Zukunft der Dampfbetrieb und der elektrische Betrieb friedlich nebeneinander bestehen, und der letztere würde nur da zur Anwendung kommen, wo sich für ihn günstigere Verhältnisse als für den Dampfbetrieb ergäben. Lediglich um der größeren Annehmlichkeit willen könne der elektrische Betrieb nicht eingeführt werden, sondern es müßten unbedingt auch wirtschaftliche Erfolge zu erwarten sein. Aber nach dem heutigen Stande der Technik sei dies auch durchaus möglich, wenn der erforderliche elektrische Strom durch unmittelbare Ausnutzung von Naturkräften oder von Kohlenlagern genügend billig erzeugt würde und wenn das von der Staatsbahnverwaltung in den letzten fünf Jahren eingeführte System der elektrischen Zugförderung mit einphasigem Wechselstrom, welches die Uebertragung sehr großer Leistungen auf große Entfernungen gestatte, zur sinngemäßen Anwendung käme. Zu diesem für alle Betriebe von Voll- und Vorortbahnen anwendbaren System sei die Staatsbahnverwaltung durch rechnerische Untersuchungen und Versuche gelangt, die auf Grund einer großen Zahl von Anregungen des Hrn. Geh. Ob.-Brt. Wittfeld angestellt worden sind, und habe alsdann, hierauf gestützt, größere Probeanlagen mit Motorwagenbetrieb, wie z. B. die der Vorortbahn Hamburg—Blankenese-Ohlendorf unter Mitwirkung der Elektrizitätsfirmen — der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft und der Siemens-Schuckertwerke in Ausführung genommen. Als der Betrieb die Sicherheit der elektrischen Ausrüstung und er-

hebliche Ersparnisse ergeben hatte, nahm die Staatsbahnverwaltung die schwierigere Aufgabe in Angriff, nämlich die Elektrifizierung größerer Vollbahnstrecken mit Lokomotivbetrieb, von denen die Linien Magdeburg—Bitterfeld—Leipzig—Halle, Lauban—Königszell und die Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen im Mittelpunkt des Interesses stehen. Das nachdrückliche Eintreten für die Gesetzesvorlagen betreffend die Strecken Magdeburg—Halle und Lauban—Königszell im Betrage von 27,5 Millionen M. beweist, welchen Wert der Minister der öffentlichen Arbeiten dem neuen System der elektrischen Vollbahn beilege. Der Vortragende hebt weiter hervor, der Stand der elektrischen Zugförderungstechnik mit einphasigem Wechselstrom sei heute der, daß man Lokomotiventriebe mit Leistungen bis 5000 PS. bauen könne und imstande sei, die zum Betrieb nötige elektrische Arbeit auf mehrere 100 km Entfernung mittels Spannung der Speiseleitungen von 50000 bis 100000 Volt je nach Verwendung von Kabeln oder Freileitungen und mittels Fahrdrathspannungen von 10000 bis 15000 Volt zu übertragen. An einer Anzahl von Einzelheiten, betreffend die Elektrifizierung der genannten Bahnen, ferner der badischen Wiesentalbahn von Basel nach Zell, die im nächsten Jahr in Betrieb gesetzt wird, sowie der längeren schwedischen Bahn Kiruna—Riksgränsen weist Prof. Reichel nach, daß unter bestimmten Verhältnissen mit dem elektrischen Betrieb Ersparnisse von 7—12 % der Betriebskosten gemacht werden könnten. Bei der Elektrifizierung der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen werde die Ueberleitung vom Dampf- in den elektrischen Betrieb vielleicht doch am besten unter Verwendung von elektrischen Doppellokomotiven vorgenommen werden können, weil dann der ganze Wagenpark der Stadtbahn ohne weiteres beibehalten werden könnte und nur Lokomotiven, Fahrleitungsanlagen und Kraftwerke zu schaffen seien. Die Untersuchungen hierüber seien fast abgeschlossen und man gehe jetzt damit um, Versuchslokomotiven zu bauen und zu erproben, damit bei Einstellung der Mittel in den Staatshaushalt mit derselben Sicherheit vorgegangen werden könne, wie bei den obengenannten Bahnen. —

Gemeinsamer Standesfragen-Ausschuß des Schleswig-Holsteinischen Architekten- und Ingenieur-Vereins, des Schleswig-Holsteinischen Bezirksvereins deutscher Ingenieure und des Schleswig-Holsteinischen Elektrotechnischen Vereins in Kiel. Der Kampf um die Magistrats-Mitgliedschaft der Stadtbauräte in Schleswig-Holstein. Einen schlagenden Beweis dafür, wie schwer es hält, fest eingewurzelte Vorurteile zu überwinden, besonders wenn an ihrer Aufrechterhaltung maßgebende Berufskreise ein lebhaftes Interesse haben, liefert der Kampf um die Magistratsmitgliedschaft der Stadtbauräte in Schleswig-Holstein. Die Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen hat bereits im Jahre 1853 den Stadtbauräten Sitz und Stimme im Magistrat zugebilligt. Nach der Städteordnung für Schleswig-Holstein vom Jahre 1869 besteht der Magistrat aus dem Bürgermeister, einem Beigeordneten und dessen Vertreter und aus mehreren Stadträten, über deren Zahl, Titel und etwaige besondere Funktionen (Syndikus, Kämmerer usw.) für jede Stadt in dem Ortsstatut das Nähere bestimmt wird. Daraus, daß die Bauräte entsprechend dem Bedürfnis vor 40 Jahren hier nicht namentlich aufgeführt sind, ihre Magistratsmitgliedschaft vielmehr durch den Zusatz „usw.“ offen gelassen ist, hat man geglaubt folgern zu müssen, daß ihre Zugehörigkeit zum Magistrat nicht zulässig sei. Die Stadt Flensburg hat sich freilich im Jahre 1909 über diesen Einwand hinwegsetzen müssen, da sich bei einer Ausschreibung der Stadtbauratsstelle geeignete Bewerber, die auf die Magistratsmitgliedschaft zu verzichten gesonnen waren, nicht meldeten. In Kiel und Altona konnte sich allerdings bisher der für die alten Provinzen Preußens seit einem halben Jahrhundert als selbstverständlich geltende Grundsatz, daß die Stadtbauräte auch dem Magistrat angehören, bisher noch nicht durchsetzen. Doch hat sich Kiel unter dem Eindruck der Flensburger Vorgänge dazu verstanden, den Stadtbauräten in einer neuen Geschäftsordnung eine selbständigere Stellung zu geben.

Den Technikern ist es längst klar geworden, daß Erfolg nur zu erzielen sind, wenn hinter ihren Forderungen eine festgeschlossene Berufsorganisation steht. Beträübend ist es freilich, daß es erst eines Druckes durch die Standesorganisationen der Techniker bedurfte, daß man nicht freiwillig zugesteh, was die neuzeitliche Entwicklung unseres Wirtschaftslebens mit Macht fordert. Eine in diesen Tagen erschienene Broschüre: Der Kampf um die Magistratsmitgliedschaft der Stadtbauräte in Schleswig-Holstein 1900 bis 1910*), schildert den

interessanten Verlauf der einzelnen Phasen dieses Kampfes. Aus ihr kann auch der Kulturhistoriker schöpfen, von dem die Nachwelt mit Kopfschütteln erfahren wird, daß im Zeitalter der Technik sich der Techniker auf seinem eigenen Arbeitsgebiet, auf dem er allein durch seine Vorbildung und seine Sachkenntnis anzuordnen und zu entscheiden überhaupt in der Lage ist, dem rein formalistisch vorgebildeten Juristen unterordnen mußte, die Verantwortung aber allein zu tragen hatte. Wie weit die Verkenntung der Grenzen ihrer beruflichen Zuständigkeit bei den Juristen geht, erhellt aus einer Rede des Oberbürgermeisters von Königsberg, der für das bauende Publikum die schwersten Gefahren prophezeit, wenn an der Spitze der Baupolizei-Verwaltung ein Techniker und nicht ein Jurist stehe. „Der Techniker würde sehr dazu neigen, außerordentlich streng sich an Paragraphen zu halten.“ Und das in den Tagen, in denen alle einsichtigen Juristen einschneidende Maßregeln zur Behebung der Mißstände auf dem Gebiete des juristischen Bildungswesens fordern. Difficile est satiram non scribere! —

Architekten- und Ingenieur-Verein für Niederrhein und Westfalen zu Köln. In der Versammlung am 10. April 1911 hielt nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten Hr. Arch. Drexel, Oberlehrer an der kgl. Baugewerkschule, einen inhaltvollen, mit vorzüglichen Lichtbildern ausgestatteten, Vortrag über das Thema: „Moderner Wohnhausbau mit besonderer Berücksichtigung rheinischer Verhältnisse“. Redner schickte seinen Ausführungen einige allgemeine Gesichtspunkte voraus, nach denen das Miethaus ausgestattet werden sollte, das in der Großstadt für deutsche Verhältnisse einmal die Vorherrschaft besitzt. Das Einzelhaus wird stets ein begehrenswertes Ideal bleiben, das Kleinhaus für Leute unter 3000 M. Einkommen, die 150—160 M. Miete zahlen — das sind in Preußen 90 % — kann nur noch auf dem Lande oder im städtischen Erweiterungsgebiet errichtet werden. Licht und Luft für die Wohnräume, die oft noch recht planlos angeordnet würden, müsse geschaffen werden, was bei den neuen Bebauungsplänen mit 60—70 m tiefen und 100—120 m langen Baublöcken, hinterer Baufluchtlinie, $\frac{4}{10}$ — $\frac{5}{10}$ zulässiger Bebauung in Reihenhauweise und Durchlüftung an der Schmalseite zu erreichen sei.

Redner verbreitete sich dann näher über die dreibis fünfräumigen Wohnungen als Einzel-, Gruppen- oder Miethaus, ferner mit dem mittleren und größeren Einfamilien-Wohnhaus als Einzel-, Gruppen- oder Reihenhäuser. Als Beispiele wurden aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet die neueren Kolonien der Firma Krupp in Essen, der Gartenstadt Gronauerwald in Bergisch-Gladbach, aus Südwestdeutschland die Arbeiter-Musterhäuser auf der Ausstellung in Darmstadt vom Jahre 1907, schließlich die Wohnungs-Anlagen in Weiden und Sürth bei Köln und neuere Einzelhäuser in Köln vorgeführt.

Redner schließt seine Ausführungen mit Betrachtungen sozialpolitischer Natur. Er führt aus, daß für den Industriearbeiter durch die Fürsorge der Werke, für einen großen Prozentsatz der unteren und mittleren Beamten durch kommunale und staatliche Fürsorge und durch Selbsthilfe die Wohnungsnot gemildert und der Erwerb eines kleinen Eigenhauses erleichtert sei. Die kapitalkräftige Bevölkerung kann sich aus eigenen Mitteln eine ihr zuzugende Behausung einrichten, für den Mittelstand dagegen ist die Erwerbung eines eigenen Hauses zurzeit kaum möglich. Hier muß der Hebel durch Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, durch eine gesunde Bodenpolitik der Städte, durch billige Beleihung größerer Einzelhäuser usw. angesetzt werden, dann werden sich auch mittelgroße, bürgerliche Wohnungen als Einzel-, Gruppen- oder Reihenhäuser ermöglichen lassen.

An den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine lebhaft ausgeführte, an der sich die Hrn. Osländer, Krings und Schott beteiligten und bei der namentlich auf die in Deutschland dem Bau des Eigenheimes meist wenig günstigen gesetzlichen und baupolizeilichen Bestimmungen hingewiesen wurde. —

Versammlung am 8. Mai 1911. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete ein eingehender Vortrag des Hrn. Ing. Schott über „Heimisches und fremdes Eisenbahnwesen“, der besonders auf die Entwicklung der letzten 10 Jahre in Preußen vom Verkehrs- und wirtschaftlichen Standpunkt aus einging und dazu interessante Vergleiche gab mit der Entwicklung des Eisenbahnwesens in Amerika, England, Frankreich, Oesterreich und Italien. Der Vortrag enthält ein umfangreiches statistisches Material.

*) Als Manuskript gedruckt. Kiel 1910. Druck von C. Schmidt in Kiel.

Redner ging davon aus, daß dem Eisenbahnwesen ein sehr erheblicher Anteil an dem wirtschaftlichen Aufschwung der zweiten Hälfte vorigen Jahrhunderts in Deutschland zuzuschreiben sei, das in seinen Strömen bis dahin nur vorwiegend von Süden nach Norden gerichtete Verkehrsstraßen besaß, während sie für den westöstlichen Querverkehr fehlen. Bei seinen Zahlenangaben stützt sich der Vortragende auf die Berichte des preußischen Ministers der öffentlichen Arbeiten. Danach haben sich die Strecken der Hauptbahnen von rd. 19990 km auf 21890 km, also gar nicht sonderlich bedeutend vermehrt, die Hauptbahnen sind eben im Allgemeinen ausgebaut; die Nebenbahnen dagegen von 10185 km auf 15035 km, hier besteht also im Wesentlichen die Neubautätigkeit. Daneben waren aber noch 180 bzw. 240 km Schmalspurbahnen vorhanden. Die Gesamtlänge ist von 30350 km auf 37165 km, also um 6815 km gleich 22 % gestiegen. Beachtenswert ist dabei, daß 1900 60 % der Hauptbahnen zweigleisig waren, 1910 dagegen 70 %, von den Nebenbahnen nur 3 %; der Gesamtanteil der doppelspurigen Strecken ist in den 10 Jahren von 40 auf 43 % gestiegen. In diesem Zeitraum sind für Neubau und Umbau von Stationen, Rangierbahnhöfen, Anschlüssen usw. nicht weniger als 885 Mill. M. ausgegeben worden, also Ausgaben, die wesentlich dem Personenverkehr dienen und nur teilweise unmittelbar produktiv sind.

Der Bestand an Lokomotiven ist um 55,7 %, die Zahl der Gepäck- und Güterwagen um 47,4 % gestiegen, während gleichzeitig ihre Tragfähigkeit noch rascher um 65,2 % infolge Einführung größerer Wagen angewachsen ist. Mit der schnelleren Einführung der 20 t-Wagen für den Massengüterverkehr wird sich dieses Verhältnis noch rascher steigern.

Die Leistungen des Personenverkehrs sind bezüglich der Zahl der beförderten Personen um 87,7 %, die gefahrenen Personenkilometer um 84,5 % gestiegen. Während sich demzufolge auch die Gesamteinnahme um 61,7 %, diejenige für 1 km um 33 %, vermehrt haben, ist die Durchschnitts-Einnahme für die beförderte Person und den Personenkilometer gesunken und zwar um 12,45 % für den letzteren, was für den Verkehr des Jahres 1910 berechnet eine um 90 Mill. M. geringere Einnahme ausmacht, als sie sich unter sonst gleichen Verhältnissen 10 Jahre früher ergeben hätte. Das hält Redner für einen volkswirtschaftlichen Fehler in der Tarifierung des Personenverkehrs.

Im Güterverkehr ist dagegen die Durchschnitts-Einnahme für alle Güterarten für das gefahrene Tonnenkilometer in den 10 Jahren mit ganz geringen Schwankungen die gleiche geblieben, eine Herabsetzung der Frachten hat also nicht stattgefunden. Die Zunahme des Verkehrs an Tonnenkilometern stellt sich auf 54,5 %, die spezifische Ausnutzung der Wagen ist aber nicht wesentlich gestiegen und es findet anscheinend noch keine volle Ausnutzung ihrer Tragfähigkeit statt. Der Staatsbahn-Wagenverband wird hier vielleicht Besserung schaffen.

Die wirtschaftlichen Ergebnisse der preußischen Bahnen zeigen eine glänzende Entwicklung, wenn auch der finanzielle Ertrag der einzelnen Jahre große Schwankungen entsprechend dem wechselnden Gang der Konjunktur aufweist. Eine ebenso große Rolle spielt aber der Betriebskoeffizient, d. h. das Verhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen. Er betrug 1900 nur 61 %, stieg von 1903 dauernd, bis er 1908 den Höchststand von 74,62 % erreichte. Im Jahre 1910 war er jedoch wieder auf 67,50 % herabgedrückt. Redner ging dann auf die Verzinsung der Eisenbahnschuld, Verwendung der Ueberschüsse usw. ein.

Von den in Amerika vorhandenen 370000 km sind bisher nur 8,5 % zweigleisig, was natürlich zu erheblichen Verkehrs-Verzögerungen führt. Der Betriebskoeffizient betrug 1908 noch 69 %, ist aber 1909 auf 65,5 % herabgegangen. Das wird aber keine dauernde Erscheinung bleiben, um so mehr, als der Staat jetzt weiter gehenden Einfluß auf Tarifbildung und baulichen Zustand der Bahnen ausüben wird. Im übrigen wird eine Erhöhung der Gütertarife auf die Dauer nicht ausbleiben können.

In England hat der starke Wettbewerb der verschiedenen Gesellschaften zwischen den Hauptplätzen des Landes namentlich im Personenverkehr zu niedrigen Tarifen bei schnellster und bequemer Beförderung geführt. Die mangelnde Rentabilität des Personenverkehrs muß daher durch verhältnismäßig hohe Gütertarife ausgeglichen werden. Das fällt bei der meist geringen Entfernung der Industrieplätze von der See allerdings nicht zu schwer ins Gewicht. Es wird daran auch nach der Sachlage nicht viel zu ändern sein.

Ganz anders liegen die Verhältnisse in Frankreich, wo die großen Eisenbahngesellschaften das ganze Land in sehr geschickter Weise unter sich aufgeteilt haben. Ue-

bertriebenen Ansprüchen des Personenverkehrs brauchte man also nicht in dem Maße entgegen zu kommen, wie in anderen Ländern (wobei man allerdings manchmal nach der entgegengesetzten Seite zu weit geht), sodaß der Betriebskoeffizient durchweg kaum über 50 % steht. Bezüglich des Gütertarifes sind die Gesellschaften oft durchaus bereit, der Industrie entgegen zu kommen. Um so ungünstiger liegen die Verhältnisse des stark zerrissenen Staatsbahnnetzes, das vielfach aus unrentablen Nebenbahnen besteht, welche die Gesellschaften nicht bauen wollten. Nach der Mitte des Jahrhunderts fallen übrigens alle Privatbahnen kostenlos an den Staat, sodaß dann die Eisenbahnverhältnisse eine wesentlich andere Gestalt erhalten werden. Eine gewisse Verstaatlichungsbewegung (Westbahn) hat aber auch schon vorher eingesetzt. Der große Ausstand in diesem Jahre hat natürlich z. Zt. sehr ungünstige Verhältnisse geschaffen.

In Oesterreich ist man bereits im Uebergang zum Staatsbahnwesen begriffen. Der Staat wird auch dort sehr erhebliche Aufwendungen für einen zeitgemäßen Ausbau zu machen haben. Der schwierigste Punkt ist die Verstaatlichung der Südbahn, die immer wieder vor dem Zusammenbruch steht, weil man die Rückzahlung der seinerzeit weit unter Nennwert abgegebenen 3 %igen Obligationen jetzt zum vollen Kurs nicht durchführen kann. Die Eisenbahnzustände lassen sich mit den deutschen daher zurzeit nicht vergleichen.

In Italien ist man von dem früheren Prinzip, die beiden Haupt-Eisenbahnsysteme an Privatgesellschaften zu verpachten, nach mancherlei Unzuträglichkeiten zurückgekommen, muß nun aber in der Ausrüstung der Bahnen viel Versäumnisse nachholen.

Man darf wohl sagen, daß zurzeit nur Deutschland, vor allem Preußen, ein wirklich ausgebautes, auch technisch auf der Höhe stehendes Staatsbahnsystem besitzt. Preußen bezieht dabei aus seinen Bahnen eine unverhältnismäßig höhere Rente, als die übrigen deutschen Staatsbahnen, denen teils die großen Massengütertransporte fehlen, während andererseits der Personenverkehr dort die Kosten noch mehr erhöht. Wenn also die deutschen Staatsbahnen als einheitliche Waffe zur Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Konkurrenzfähigkeit gegen das Ausland benutzt werden sollen, so müßte, wie es seinerzeit ja auch Bismarck vorhatte, ein gemeinsames deutsches Reichseisenbahnsystem hergestellt werden. —

Deutscher Ingenieur-Verein in Mähren. Seit vier Jahren besteht mit dem Sitz in Brünn ein Verein Deutscher Ingenieure in Mähren, der eine Vereinszeitschrift im Selbstverlag herausgibt, deren Hefte in zwangloser Folge erscheinen und hauptsächlich ausführlichere Mitteilungen über die im Verein gehaltenen Vorträge bringen. Diejenigen des IV. Vereinsjahres 1910/1911 fallen vorwiegend nicht in unser Arbeitsgebiet. Erwähnt sei ein Vortrag von Priv.-Doz. Dr.-Techn. Rud. Czepek über „Elektrische Bahnen“, welcher die Vorteile des elektrischen Betriebes und die Größenverhältnisse der elektrischen Lokomotiven behandelte; ferner ein Vortrag des Prof. Dipl.-Arch. Ferd. Hrach (zugleich verantwortlicher Schriftleiter der Zeitschrift) über „Die Akustik der Hörsäle“, der sich im besonderen auf die vom Vortragenden angewendeten Mittel bezog, um in den Hörsälen des Neubaus der Technischen Hochschule zu Brünn gute akustische Verhältnisse zu schaffen; ein Vortrag von Hofrat Prof. Ed. Donath über „Beton und Eisenbeton vom chemischen Standpunkt aus“, der die Vor- und Nachteile behandelte, die auf chemische Momente zurückzuführen sind. Zu den ersteren rechnet er den sicheren Schutz der eingebetteten Eisen gegen Rost, die Entrostung, d. h. die chemische Aufsaugung des auf dem Eisen schon vorhandenen Rostes durch den abbindenden Zement, die intensive Haftkraft des letzteren am Eisen, die verhältnismäßig große Widerstandsfähigkeit des Betons gegen atmosphärische Einflüsse, die viel größer ist, als die der meisten natürlichen Bausteine. Als Nachteile stehen dem nur die geringe Widerstandsfähigkeit des Betons gegen in der Industrie vorkommende Flüssigkeiten und die Nachteile chemischer Veränderung des eingebetteten Eisens und auch des Betons selbst, durch längere Zeit durchfließende selbst schwache elektrische Ströme.

Inhalt: Das Bürgerhaus, seine Aufnahme und Veröffentlichung durch den Verband Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine. — Vereins-Mitteilungen. —

Hierzu vier Bildbeilagen: Das Bürgerhaus.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



AS NEUE RATHAUS
IN WITTENAU BEI
BERLIN. * ARCHI-
TEKT: FRITZ BEYER
IN SCHÖNEBERG. *
HAUPTINGANG.
BILDHAUER: JULIUS
WOLFF IN SCHÖNE-
BERG. * * * * *

== DEUTSCHE ==
BAUZEITUNG
XLV. JAHRGANG 1911
* * * * NO. 75. * * * *



DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLV. JAHRGANG. NO. 75. BERLIN, 20. SEPTEMBER 1911.

Das neue Rathaus in Wittenau bei Berlin.

Architekt: Fritz Beyer in Schöneberg bei Berlin.

Von A. Venitz in Berlin. (Fortsetzung.) Hierzu eine Bildbeilage.



Bei Betreten wir das aus Keller-, Erd- und zwei Obergeschossen bestehende Rathaus durch den Haupteingang, so erreichen wir durch das geräumige Vestibül zunächst das sehr helle Treppenhaus, welches uns zu den übersichtlich gelagerten einzel-

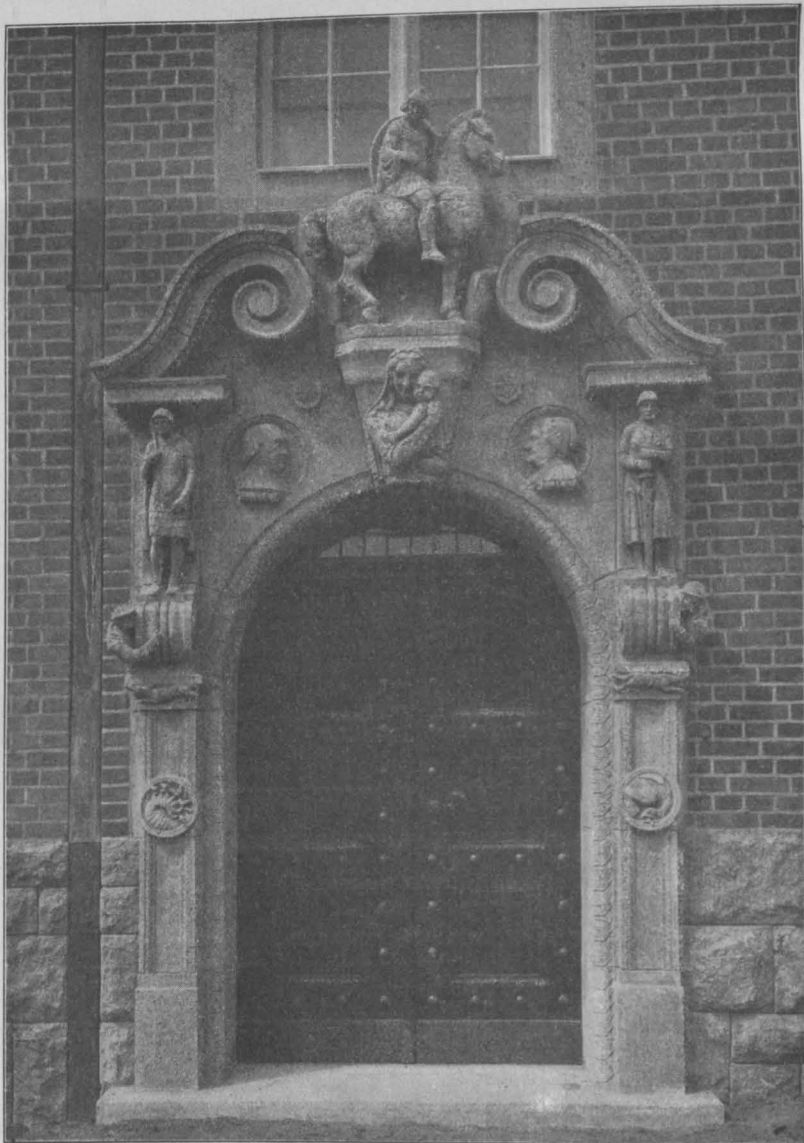
Behandlung einzelner Materialien. Neben an liegt der geräumige, einfach gehaltene kleine Sitzungssaal.

Wir begeben uns nun ins zweite Obergeschoß, um durch den Vorsaal den Höhepunkt des Hauses, den Stadtverordneten-Sitzungssaal zu erreichen. Der Saal ist i. M. 8,2 m hoch und etwa 150 qm groß. Er

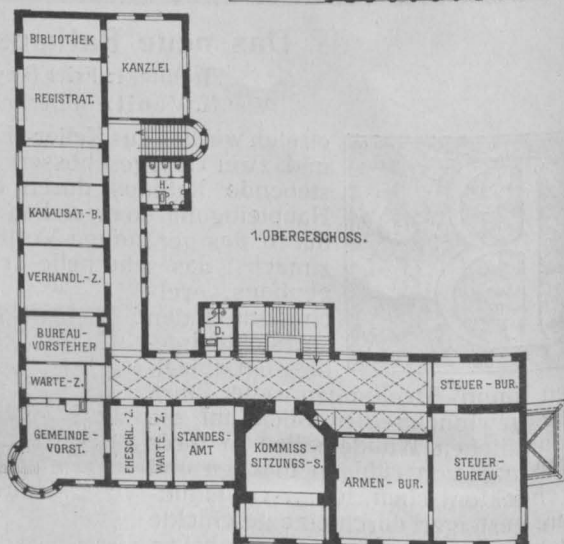
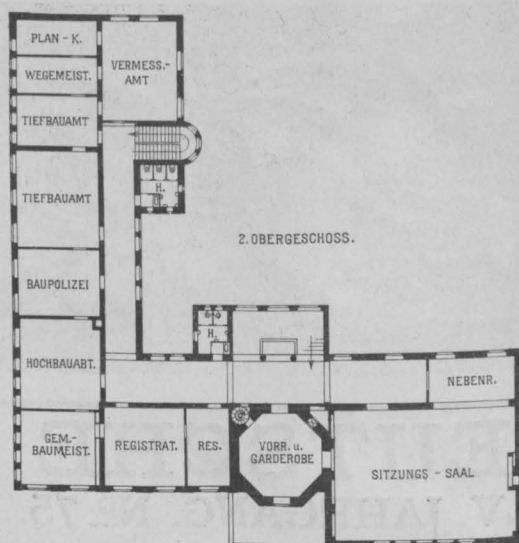
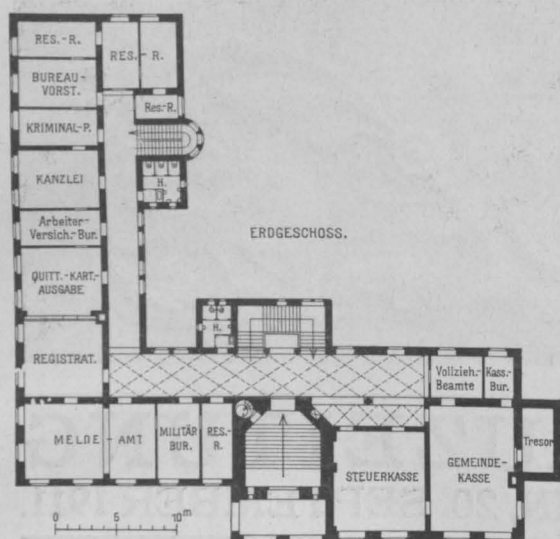
nen Raum-Abteilungen weiter führt. Wir gewinnen einen Blick auf die freundlichen Wandelhallen in ihrer Wirkung von ruhigen Flächen und architektonischen Raum-Gestaltungen, gesteigert durch eine geschickte Lichtverteilung. Wir denken dabei an südliche Kreuzgänge alter Ordensbauten. Hier gibt es keine strotzenden Innendekorationen, aber zweckdienliche schlichte Verbindungsgänge.

Unter demselben Eindruck stehen wir beim Betreten des Dienstzimmers für den Amtsvorsteher, des Trauzimmers, des Kommissions-Sitzungszimmers und des Stadtverordneten-Sitzungssaales, sowie aller jener Räume, die eine gesteigerte Bedeutung durch die ihrer Bestimmung angepasste Ausstattung erhalten haben. Ein großer Reiz liegt in der Anwendung der verschiedenen Motive und Materialien. So sehen wir nur wenige lackierte Holzteile, wohl aber gute Tischlerarbeit, teilweise gehoben durch ornamentale und plastisch vollendete Bildhauerei, sowie schöne Beleuchtungskörper an den Decken.

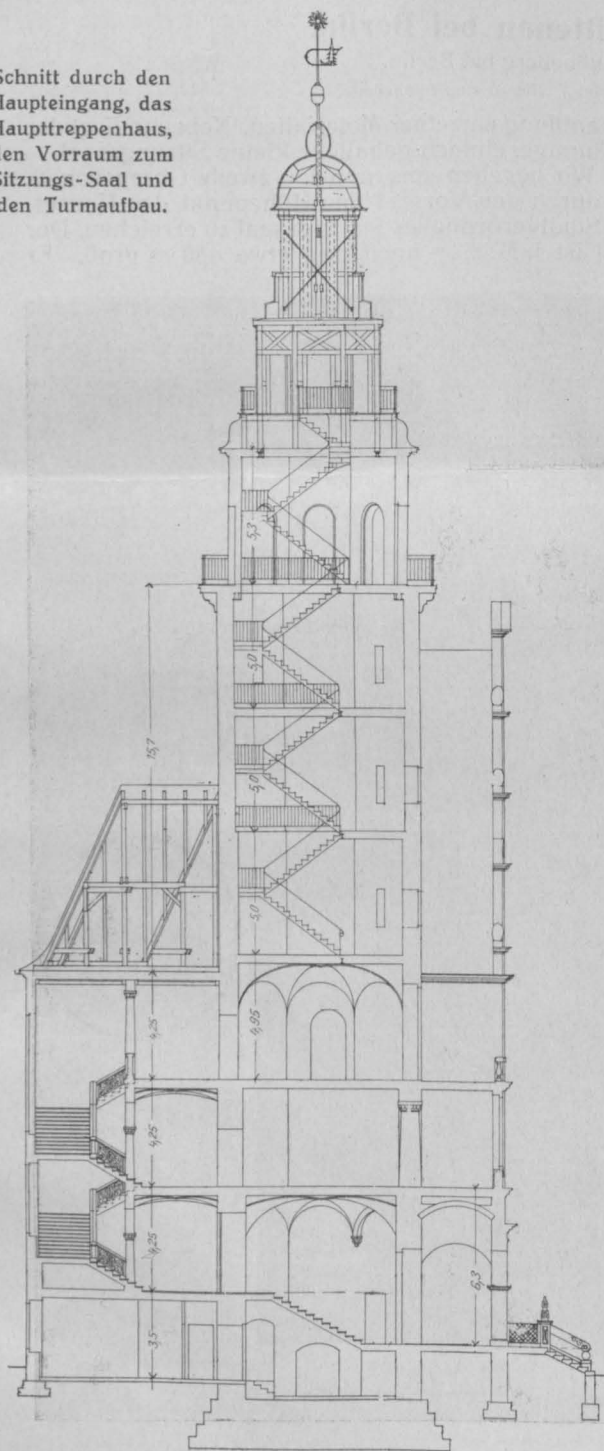
Nachdem wir im Zimmer des Amtsvorstehers länger verweilt haben — dort sehen wir gute Möbel, die Decke sowohl wie die Wände sind teilweise in Nußbaumholz, die Fenster haben Antikverglasung mit Einlagen — betreten wir das Eheschließungs-Zimmer. Die Wände sind hier aus Kiefernholz, naturabgerieben, die Decke kassettentartig gewölbt, mit Malerei geschmückt, unter dem Paneel befindet sich Stoffbespannung; das Fenster zeigt ein Gemälde der Segnung des Ehebandes. In diesem Raum liegt der Wert in seinen Farbentönen und in der



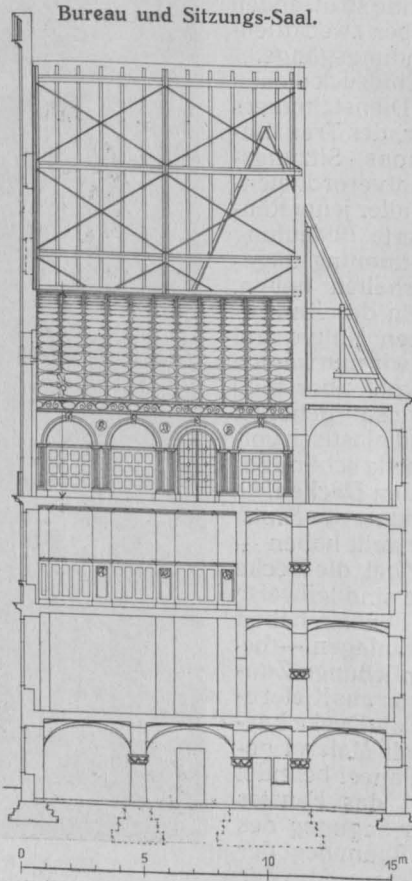
Nebeneingang. Bildhauer: Julius Wolff in Schöneberg.



Schnitt durch den Haupteingang, das Haupttreppenhaus, den Vorraum zum Sitzungs-Saal und den Turmaufbau.



Querschnitt durch Steuerkasse, Armen-Bureau und Sitzungs-Saal.



zeigt uns die überraschende Zusammenziehung mit dem Raum für das Publikum; bogenartig überspannt den Saal die Decke. In gemildert stumpfem Kobaltblau hebt sich das ornamentale Gewölbemuster vergoldet ab. Wir begegnen in englischen Hallen ähnlichen Anwendungen, doch dort in steifen Tönen. Gerade die selbständige Behandlung hier in Wittenau gibt dem Raum ein eigenartiges Gepräge. Es ist der Ausdruck der Persönlichkeit des Architekten, aus seinem Empfinden geschaffen. Das dunkel gebeizte Paneel ist aus Eichenholz mit schwarzen Wellenleisten. Der Fußboden wurde mit einem Ve-

lour-Teppich belegt, den ein Ton zusammenhält. Ge- steigert wird die Wirkung durch den Ausbau des Rau- mes für das Publikum, durch einen in die Decke aus- laufenden Kamin von der Hand des Bildhauers Julius Wolff und durch die hohen, schlanken Saalfenster. Beleuchtungskörper und die Ausstattung mit Mobiliar ergänzen die Gesamtwirkung des Raumes. Wer es kennt, welche Kämpfe ein Raumbildner durchzuma-

chen hat, um kühne Gedanken zu verwirklichen, um zuständige Stellen von der sicheren Wirkung zu über- zeugen, noch bevor sie eine wahre Vorstellung haben können, schätzt diese Arbeit ihrem Rang nach ge- bührend ein. Es mag dahingestellt bleiben, ob an- dere Säle überwältigender wirken; hier ist jedenfalls das Höchste im Rahmen der Mittel erreicht. Danach ist der Wert der Leistung zu bemessen. — (Schluß folgt.)

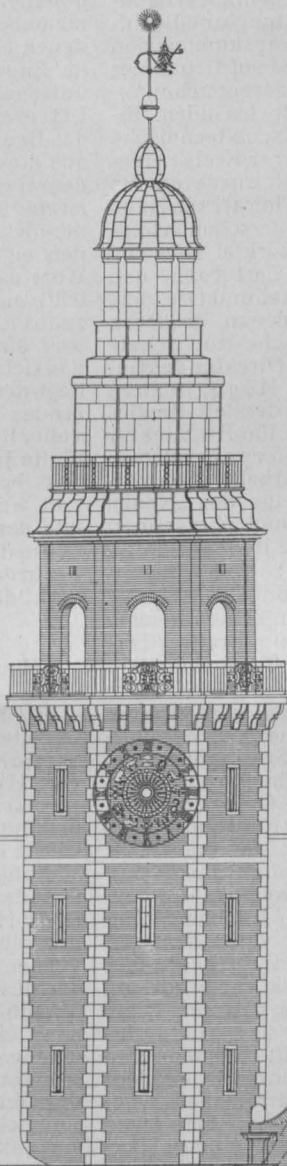
Vermischtes.

Zum siebzigsten Geburtstag von Professor Albert Schmidt in München. Am 16. September feierte der im Kreise der Fachgenossen in hohem Ansehen stehende Architekt Professor Albert Schmidt in Mün- chen seinen siebzigsten Geburtstag. Albert Schmidt ist Thüringer von Geburt; er wurde am 16. September 1841 in Sonneberg, wo er später auch eine Reihe von Bauten ausführte, geboren. Der Jubilar machte seine fachlichen Studien auf der Baugewerkschule und auf dem damaligen Polytechnikum in München und voll- endete seine Ausbildung auf mehreren Studien- reisen, besonders nach Italien. Im Jahre 1865 nahm Schmidt in München als Privatarchitekt eine Wirksamkeit auf, die er bald zu einer aus- gebreiteten und erfolgreichen zu entfalten wußte. Er verband dabei, wie es im Süden Deutsch- lands vielfach üblich ist, die künstlerische und technische Tätigkeit eines Architekturbureaus mit der ausführenden Tätigkeit eines Bauge- schäftes, um so Baukunst und Bauwirtschaft zu vereinigen. Außerordentlich vielseitig ist das ausgebreitete bauliche Wirken im Verlaufe der verfloßenen 46 Jahre gewesen; es umfaßt alle Arten von Bauten, des profanen wie des sakralen Gebietes. Das Wohnhaus in seinen ver- schiedenen Erscheinungsformen, vom schlichten Einfamilienhause bis zur ausgedehnten Schloßanlage, der Bierausschank, das Bankge- bäude, Schulen, Kultbauten usw. fanden durch Schmidt eine von selbständigem Geiste zeu- gende Bearbeitung. In erster Linie stehen von seinen Bauten die Synagoge hinter dem Künst-

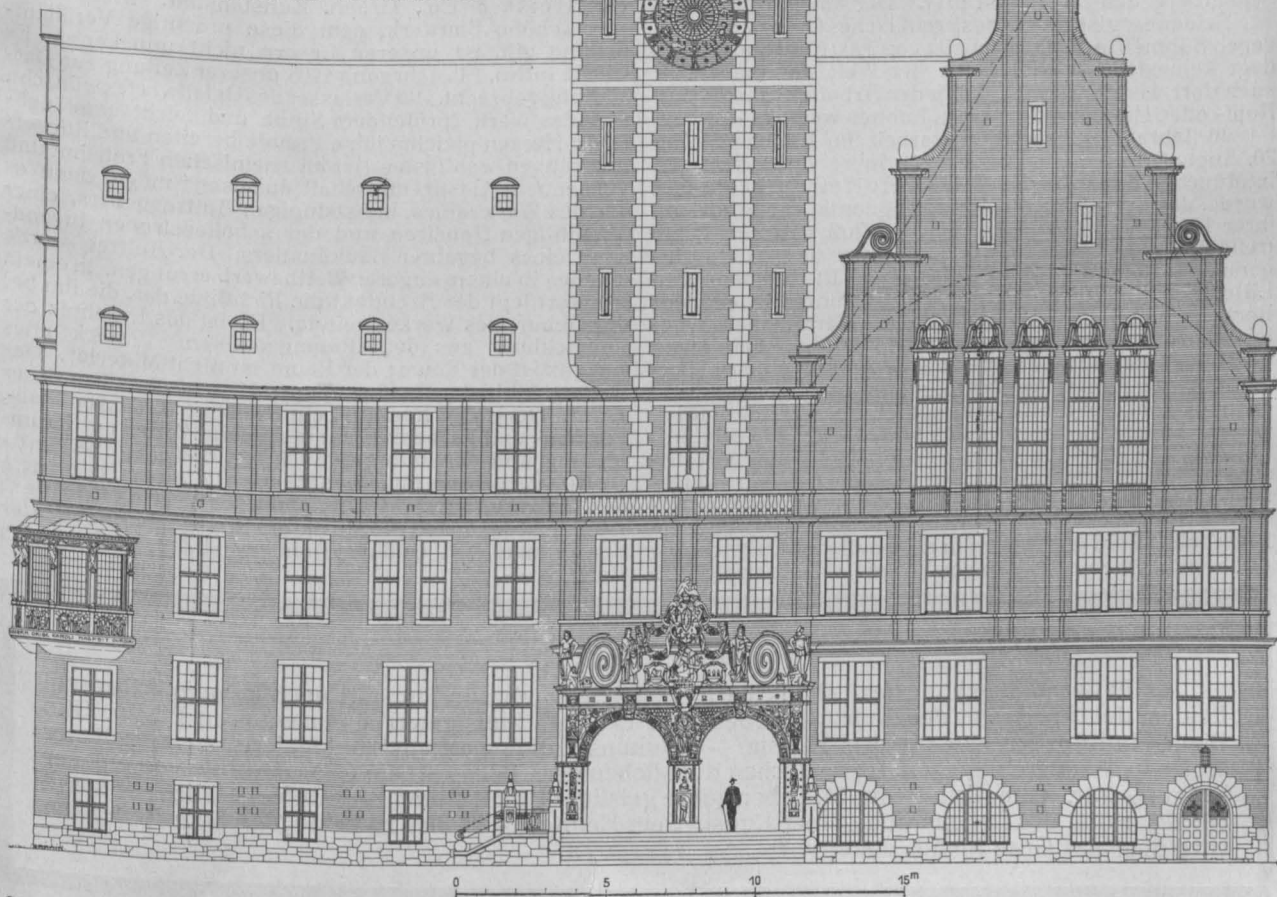
lerhause in München, sowie die evangelische Lukas-Kirche an der Isar, beides Bauwerke, die auch in unserer Zeitung erschienen sind. Nach ihnen sind zu nennen die Gebäude für den Löwenbräu-Keller in München, die Schlösser

Frauenau für Poschinger im Bayeri- schen Wald, das Hochschloß am Am- mersee, die Gebäude der Deutschen und der Bayerischen Bank am Len- bach-Platz in München, die königl. Filial-Bank in der Promenaden-Straße daselbst, sowie eine Reihe von Bau- werken außerhalb Münchens und Bay- erns. In allen diesen Arbeiten bekun- det sich Schmidt als ein Vertreter der historischen Stilarten, die er mit ei- nem inneren Organismus der Bau- werke zu verbinden weiß, der bei gu- tem und klarem Wurf ein scharfes Erfassen der praktischen Notwendig- keiten zeigt, wobei der ideale Trieb des Baukünstlers keineswegs zu kurz kommt. Albert Schmidt wurde im Jahre 1888 zum königl. Professor er- nannt und im Jahre darauf Ehrenmit- glied der Akademie der Künste in München. Der Jubilar steht noch in voller Schaffenskraft und rüstet sich eben wieder zu neuen Werken. —

Einheitliche Regelung der Titelfrage für Vertreter des Bauhandwerkes. Hier- zu läßt sich der „Schwäb. Merk.“ Fol- gendes schreiben: „In Anbetracht, daß der Titel „Baumeister“ oder „Bauge- werksmeister“ begrifflich und her-



Das neue Rathaus in Wittenau bei Berlin.
Architekt: Fritz Beyer in Schöneberg b. Berlin.
Geometrische Ansicht der Vorderfassade.



kömmlich die Zusammenfassung mehrerer Zweige des Bauhandwerkes in sich schließt, hat sich der „Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag“ dahin ausgesprochen, daß sich eine einheitliche Regelung dieses Titels durch den Bundesrat unter dem Gesichtspunkt empfehle, daß neben allgemeinen theoretischen Kenntnissen im Baugewerbe namentlich der Nachweis praktischer Tätigkeit in mehreren Zweigen des Baugewerbes zu erbringen ist. Der geschäftsführende Ausschuß des „Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertags“ faßte deshalb den Beschluß, daß an Stelle des Titels „Baugewerksmeister“ der Titel „Baumeister“ treten und daß dieser Titel in § 133 RGO. reichsgesetzlich geschützt und durch landesrechtliche Ausführungsbestimmungen geregelt werden soll. Den Titel „Baumeister“ soll nur Derjenige führen, der im Maurer- und Zimmerhandwerk (bezw. Steinhauerhandwerk) ausreichende Sachkunde in der Leitung und Beaufsichtigung von Bauten vor einer Prüfungskommission aus Meisterbesitzern der beiden Gewerbe auf Grund der hierfür zu erlassenden Prüfungsordnung dargetan hat.“

Berufungen an deutsche technische Hochschulen. Einige Berufungen der letzten Zeit an deutsche technische Hochschulen dürften das Interesse weiterer Kreise erregen: Als Nachfolger von Christopf Hehl wurde an die Technische Hochschule Berlin Hr. Geh. Hofrat Prof. Hugo Hartung in Dresden berufen, der früher schon erfolgreich in Berlin an der gleichen Stelle wirkte. Dieselbe Hochschule hat auch den Architekten Carl Roth, den Erbauer vor allem der Rathäuser in Kassel und Dresden, den erfolgreichen Sieger in verschiedenen größeren Wettbewerben, gewonnen. Die Technische Hochschule in Dresden dagegen hat den bisherigen Direktor des Gewerbemuseums in Bremen, Hrn. Prof. E. Högg, in ihren Lehrkörper aufgenommen. Endlich wurde der Reg.-Baufhr. Dr.-Ing. Uvo Hölscher zum Dozenten für Architektur an der Technischen Hochschule zu Hannover berufen.

Zur Wertschätzung bautechnischer Arbeit. Von verschiedenen Seiten wird uns eine Anzeige des „Neuen Görplitzer Anzeigers“ mit folgendem Inhalt übersandt: „Die Stadt Seidenberg beabsichtigt, eine Badeanstalt zu erbauen. Es sollen vorgesehen werden: fünf Wannebäder, ein Dampfbad mit Nebenzelle, fünf Brausebäder und ein Schwimmbassin, betonierte oder in Zementmauerwerk ausgeführt, von 25 m Länge und 10 m Breite. Das Schwimmbassin ist so zu projektieren, daß es eventuell in späterer Bauausführung auch zur Benutzung in kälterer Jahreszeit (Ueberdachung usw.) hergerichtet werden kann. Offerten — natürlich kostenlos und ohne jede Verbindlichkeit für uns — erbitten wir bis 15. September d. Js. Seidenberg, den 25. August 1911. Der Magistrat.“

Seidenberg ist ein kleines preußisches Grenzstädtchen gegen Böhmen in der Oberlausitz von 3000 Einwohnern. Es liegt keinesfalls so weit außer der Welt, daß man nicht auch dort wissen könnte, daß jeder Arbeiter, übe er nun Kopf- oder Händearbeit, seines Lohnes wert ist.

40 Jahre baulicher Pionierarbeit in München. Am 20. August dieses Jahres waren 40 Jahre verflossen, seit in München das Baugeschäft J. Heilmann begründet wurde, das auf die bauliche Physiognomie der Stadt und ihrer Umgegend tief greifenden Einfluß gewann. Eine trefflich ausgestattete Denkschrift unter dem Titel: „Ingenieur J. Heilmann und das Baugeschäft Heilmann und Littmann. Ein Rückblick auf vierzig Jahre Arbeit“ legt Rechenschaft ab über die in einem Menschenalter geleistete Arbeit und errungenen Erfolge. Es ist ein eigen geartetes Charakterbild, das uns in dem Ingenieur, jetzigen Kommerzienrat Jacob Heilmann, entgegentritt, und es lohnt wohl, auf die Züge dieses Charakterbildes einzugehen. Es war im Sommer des Jahres 1871, daß der fünf- und zwanzigjährige Ingenieur Jacob Heilmann mit frischem, jugendlichem Wagemut in München ein Baugeschäft begründete. Heilmann kam, wenn wir recht unterrichtet sind, aus Franken nach München. Mit offenem Blick sah er bald die Lücken in der baulichen Entwicklung der Stadt, in die er einspringen konnte, um sie erfolgreich

auszufüllen. Die ersten Arbeiten waren noch Bahnbauten, die sich bis zum Jahre 1876 hinzogen. Darauf wandte sich Heilmann der Hochbautätigkeit zu, bei der es ihm nach und nach gelang, für München neue Zweige der Tätigkeit anzubahnen, so vor allem das Einfamilienhaus zu pflegen. Nebenher gingen zahlreiche Bauausführungen aller Art, teils auf Grund der eigenen, teils auf Grund fremder Entwürfe. Heilmann war es auch, der im Jahre 1890 bei der Stadt München anregte, einen Stadterweiterungsplan aufzustellen, und er war bereit, hierfür große persönliche Opfer zu bringen. Seinem weiten Blick entging es auch nicht, daß die Isar zu einer ergiebigen Kraftquelle für elektrische Beleuchtung und industriellen elektrischen Kraftbetrieb benutzt werden könne. So entstanden die Isarwerke bei Höllriegelsgreuth. Nebenher ging eine umfangreiche Grundstückspekulation, mit der er jedoch niemals allein gewinnsüchtige Absichten verband, bei denen er vielmehr stets auch Ziele des Allgemeinwohles im Auge hatte. Eine vielseitige Erweiterung fand seine unternehmende Tätigkeit, als zunächst der Architekt Max Littmann und später der Ingenieur Richard Reverdy in das Baugeschäft eintraten. Was alle Unternehmungen, die aus diesem hervorgingen, charakterisiert, was überhaupt dem Geschäftssinn Heilmanns sein Gepräge verleiht, das ist eine im Geschäftsleben selten anzutreffende Eigenschaft, nämlich das Vermögen, die Interessen des Anderen mit den eigenen Interessen zu vereinigen. Das bekannte Wort der Franzosen: „l'affaire c'est l'argent des autres“ trifft auf Heilmann nicht zu. Vielmehr hat bei seinen zahlreichen Geschäften der Erfolg deshalb eingesetzt, weil die Gegenseite stets wußte, woran sie war und nie das Gefühl hatte, lediglich der gebende Teil zu sein. Darin liegt der Kernpunkt aller erfolgreichen und auf ein dauerndes Verhältnis basierter Geschäfte. Heilmann tritt mit voller Rüstigkeit und mit ungebrochenem Wagemut in das fünfte Jahrzehnt seiner Tätigkeit ein, bei welcher ihn bereits herangewachsene Söhne unterstützen. Wir hoffen und wünschen, über sein goldenes Geschäftsjubiläum und damit verbunden über neue Erfolge einer geschäftlichen Tätigkeit berichten zu können, die in finanzieller wie in gewinnwirtschaftlicher Hinsicht in vieler Beziehung vorbildlich ist.

Literatur.

Haus Hagen in Köln a. Rh. Von Eugen Fabricius, Regierungs-Baumeister a. D., Architekt B. D. A. in Köln a. Rh. 30 Tafeln in Lichtdruck mit einem Vorwort des Architekten und einem Geleitwort von Professor Hermann Stiller, Arch. B. D. A. in Köln a. Rh. Verlag und Druck von Heiss & Co., Graph. Kunstanstalt. Preis 36 M. Das schöne Bauwerk, dem diese prächtige Veröffentlichung gilt, ist unseren Lesern nicht unbekannt. Es wurde in No. 1 ff. Jahrgang 1908 unserer Zeitung zur Darstellung gebracht. Der Verfasser des Geleitwortes wünscht, daß das Werk „prüfendem Sinne und leicht empfänglichem Herzen gleichmäßige Freude bereiten und Rückinnerungen wohliger Art an rheinischen Frohsinn und vornehmste Gastfreundschaft auslösen“ möge, denn es sei das Werk eines kunstsinnigen Auftraggebers, einer feinfühligsten Hausfrau und der schaffensfrohen Jugendkraft eines begabten Baukünstlers. Der Auftrag wurde als Sieg in einem engeren Wettbewerb errungen. In einem Vorwort legt der Architekt die Richtlinie dar, die ihn bei der Geburt des Werkes leitete. Es ist das Ergebnis der Entwicklung aus dem Raumgedanken. „Zweck alles Bauens ist der Raum; der Raum ist nicht Materie“. Das Raumgefühl ist „wie eines Tones Hauch, ein körperloser Reiz“. Derjenige Raum ist ein Kunstwerk, dessen Maß-, Formen- und Farbenharmonie uns die Mittel der Raumbildung und der Raumschmückung, das Gegenständliche, vergessen läßt, unsere Seele aber im Sinne des Raumes stimmt. Das ist die Macht des Raumes; sie gleicht der Macht der Musik, der beweglichen Schwester der Raumkunst“. Und das Äußere ist der Ausdruck des Inneren.

Otto Rieth †.

In der Mittagshöhe des Lebens starb am 10. September in Stuttgart nach langem schwerem Leiden der Professor der Kunstgewerbeschule des kgl. Kunstgewerbe-Museums in Berlin, Otto Rieth, ein Künstler, der die drei Künste — Baukunst, Bildhauerkunst und Malerei — in seltener Weise in sich vereinigte und im deutschen Kunstleben der Gegenwart ein Charakterbild von eigener Prägung war. Otto Rieth ist im 54. Lebensjahre geistiger Umnachtung zum Opfer gefallen; er stand auf der Höhe des Lebens und seiner Kunst. Sein Heimgang ist tief zu beklagen. Sein Andenken wird über das Grab hinaus dauern!

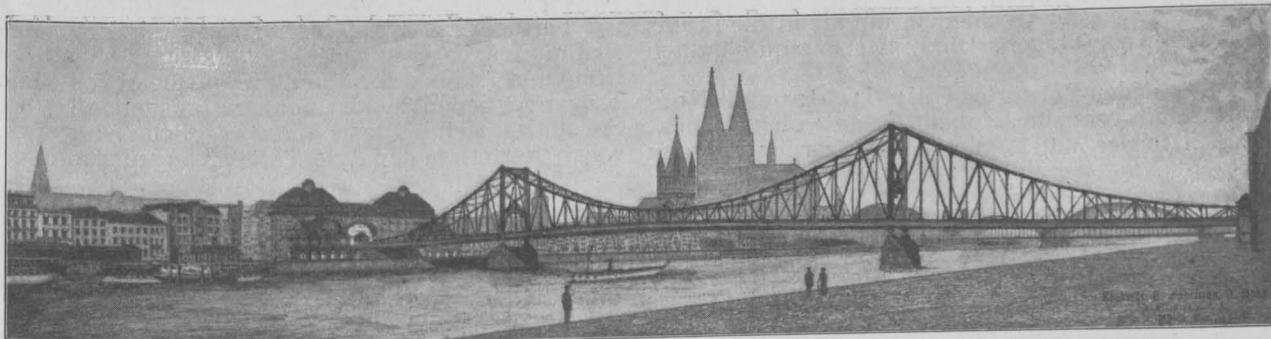


Abbildung 47. Entwurf mit dem Kennwort: „Durchblick“ (Hängefachwerk, System und Beschreibung siehe No. 69.)
Verfasser: Architekten Regierungs-Baumeister E. Fabricius, A. Hahn in Köln, Ing. Dortmunder Brückenbau C. H. Juchow.

BEILAGE FÜR WETTBEWERBE

Vom Wettbewerb um eine zweite feste Straßenbrücke über den Rhein bei Köln.

Von Fritz Eiselen. (Schluß aus No. 72.)



Die Stützweite der Kette des Entwurfes mit dem Kennwort „Gitterkette“ beträgt 215 m für die Mittelöffnung bei $\frac{1}{10}$ Pfeil, je 107,68 m für die Seitenöffnungen. Die Fahrbahn ist an der Kette alle 8,84 m aufgehängt. Die Versteifungsträger sind Fachwerk-Träger von 6 m theoretischer Höhe, an den Enden ermäßigt

auf 4,5 m, um die Ketten ohne Abstützung auf die Träger-Enden in den Ankerklotz einführen zu können. Sie sind als einfache Balken, die an den Pylonen an doppelten Pendeln aufgehängt sind, ausgebildet und in zwei Lösungen, das eine Mal mit Vertikalen als Fortsetzung der Hängestangen, das andere Mal ohne solche, um den Querverkehr und den freien Durchblick noch mehr zu begünstigen, vollständig durchgearbeitet. Die Ausbildung der Kette geht aus Abb. 38 a. f. S. in den Einzelheiten hervor. Sie ist aus 4 neben und über einander angeordneten Flachbändern zusammengesetzt, deren jedes aus 4 Lamellen zu 900—980 mm Breite bei 25 mm Dicke besteht. An den Knotenpunkten sind die Bleche steif mit einander verbunden, während die leichte Vergitterung zwischen denselben nur auf das Auge wirken und daher erst nach voller Belastung der Kette durch die ständige Last spannungslos eingesetzt werden soll. Kette und Hängestangen sollen in Nickelstahl mit den bei anderen Entwürfen schon erwähnten Festigkeiten ausgeführt werden. Es wird dann eine um 60 % höhere Belastung zugelassen, d. h. 1,76 t/qcm für Eigengewicht und Verkehrslast, 2,16 t/qcm einschließl. Wind- und Temperatur-Beanspruchung.

Die Hängestangen sind am unteren Ende mit dem Obergurt des Versteifungsträgers vernietet, bzw. in den Strecken, wo sie sehr kurz ausfallen, durch diesen durchgesteckt und mit den Querträgern vernietet. Die oberen Enden der Hängepfosten endigen in ein starkes Blech, das durch die

Kette durchgesteckt, einen breiten, auf der Kette ruhenden Stahlkeil umfaßt. Die sehr einfache, sichere Verankerung der Kette ist in Abbildung 39 dargestellt. Auch bei diesem Entwurf ist übrigens beabsichtigt, den Kanal für die Rückhaltkette und die Ankerkammer nach Schluß der Montage auszumauern.

Das Gesamtgewicht der etwas massig erscheinenden Konstruktion beträgt 11 200 t. Sie erfordert in der Hauptsache feste Rüstungen. Nur über der Schiffsahrts-Oeffnung im Mittelteil ist eine Freimontage mit Hilfe von Hilfskabeln in Aussicht genommen.

Die Eisenkonstruktion zeigt keinen Schmuck, doch sind, wie Abb. 36 in No. 72 erkennen läßt, die einzelnen Konstruktionsteile selbst so durchgebildet, daß sie einen gefälligen Eindruck machen, ohne jedoch den massigen Eindruck der Kette und Pylone ganz verwischen zu können. Das Umföhrungslager der Kette am Brücken-Ende ist unverhüllt gezeigt,

die Brückengeld - Einnahme-Häuschen sind nicht in Verbindung gebracht mit der Eisenkonstruktion. Auch hier liegt das Schwergewicht der künstlerischen Behandlung in der Betonung der Eingänge zur Brücke an beiden Ufern.

Die drei letzten Entwürfe, die einer Besprechung unterzogen werden sollen, sind sämtlich das gemeinsame Werk der Masch.-Fabrik Augsburg-Nürnberg A.-G., Werk Gustavsburg bei Mainz, und der Tiefbau - Unternehmung Grün & Billfinger in Mannheim, während drei verschiedene Architekten zugezogen worden sind, und zwar bei dem Entwurf „Cöln-Deutz“ (Kabelbrücke) Prof. H. Billing in Karlsruhe (Schaubild Abb. 37 in No. 72), bei dem Entwurf „Neuzeit“ Reg.-Baumeister C. Moritz in Köln (Schaubild Abbildung 26 in No. 71) und bei dem Entwurf „Gleiches zu Gleichem“ Professor Dr.-Ing. Theod. Fischer in München (Schaubild Abb. 11 in No. 69). Alle drei Entwürfe sind konstruktiv auf das Sorgfältigste durchgebildet, der Entwurf „Neuzeit“ bringt dabei ganz neue Ideen, die dem Preisgericht allerdings noch nicht ge-

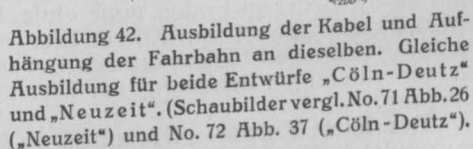
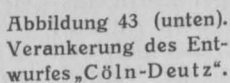
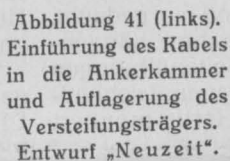
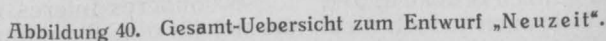


Abbildung 44. Portalaufbau des Entwurfes „Cöln-Deutz“. (Ges.-Schaubild s. Abb. 37 in No. 72.)


geschlossener Blechträger fordert natürlich eine Auflagerung der Tragwände, die in 19 m Abstand angeordnet sind. Das bedingt wieder hohe und schwere Quertträger, deren Mehrgewicht gegenüber außen liegenden Fußwegen durch geringere Verkehrslast auf der schmälere Brückentafel z.T. wieder eingebracht wird.

Beide Entwürfe zeigen eine weitgehende Teilung der Fahrbahn durch Querfugen, damit diese die elastischen Veränderungen der Hauptträger nicht mitzumachen braucht.

Die Ausbildung der Kabel geht aus Abbildung 42 hervor. Es sind zwei in 75 cm Abstand übereinander liegende Kabelbündel, bestehend aus je 7 patentverschlossenen Einzelkabeln Felten-Guillaume'scher Konstruktion von je 104 mm Durchmesser, vorgesehen, die bei etwa 1000 t Tragfähigkeit des Einzel-



Der Träger erscheint in dieser Anordnung äußerlich wie eine Rahmenkonstruktion, von der er sich aber in seiner Wirkungsweise durchaus unterscheidet; die seitlichen Versteifungsträger sind einfach, der mittlere ist zweifach statisch unbestimmt, sodaß das ganze System fünffach statisch unbestimmt wird. Der Träger wirkt außerordentlich leicht und durchsichtig in der Erscheinung und ist verhältnismäßig einfach zu berechnen. Das Preisgericht hält aber die statische Zusammenwirkung der beiden Gurte jedenfalls nicht für genügend gesichert, außerdem den Versteifungsträger „mit dem Nachteil verhältnismäßig großer Formänderungen behaftet“.



kabels dreifache Sicherheit bieten. Zum sicheren und zentrischen Anschluß der I-förmigen Hängestangen an die Kabel werden letztere mit zwei Stahlgußschalen umfaßt, um die sich ein flußeisernes Band legt. Ebenso ist zwischen die beiden Kabel ein Stahlgußstück eingeschoben, das mit seitlichen Zapfen zum Anschluß der Hängestangen versehen ist. Die Stahlgußschalen werden durch Druckwasserpressen fest an die Kabel angetrieben und dann durch Keile in ihrer Lage dauernd festgehalten.

Wesentlich verschieden ist bei den beiden Entwürfen die Einführung der Kabel in die Ankerkammer bewirkt. Bei dem Entwurf „Cöln-Deutz“ wird, wie die Abbildung 43 erkennen läßt, die Umführung durch eine schräg gestellte, am Fuße mit Kipplager versehene Strebe bewirkt, die bei 4386 t größtem Seilzug einen Druck von 4300 t aufzunehmen hat. Bei dem Entwurf „Neuzeit“ ist nach Abbildung 41 ein dreieckiger Verankerungsbock aufgestellt, der mit der Spitze auf ein Kipplager gestützt ist, während

über feste Lager von seinen beiden anderen Ecken das Kabel geführt ist. Die Verankerung in der Kammer erfolgt in beiden Fällen mit kräftigen Blechträgern, die sich gegen Kipplager stützen. Während der Montage kann der Kabeldurchhang durch Druckwasserpressen geregelt werden, die zwischen die Träger und die Kammerdecke eingeschoben werden.

Aus Abbildung 43 ist auch die Konstruktion der trotz großer Abmessungen sparsam konstruierten Widerlager für den Entwurf „Cöln-Deutz“ ersichtlich, deren Gründung mit Senkkästen aus Eisenbeton (Mischung 1:6) bis — 2,50 a. K. P. vorgesehen ist. Die Hohlräume werden mit Sparbeton bzw. Kies ausgefüllt. Bei dem Entwurf „Neuzeit“ ist eine Flachgründung zwischen Spundwänden vorgesehen, unter Umständen mit Eisenbetonpfählen für den vorderen Teil des Widerlagers.

Das Material ist für die Kabel bei beiden Entwürfen das gleiche, für den Versteifungsträger bei dem Entwurf „Neuzeit“ Flußeisen, um die Durchbiegungen der ohnehin sehr elastischen Konstruktion nicht noch zu vergrößern, dagegen hochwertiges Material bei dem Entwurf „Cöln-Deutz“ wenigstens für den Versteifungsträger im Mittelfeld mit etwa um 50 % erhöhter zulässiger Belastung.

Das Gewicht stellt sich unter diesen Voraussetzungen auf 7447 t für den Entwurf „Cöln-Deutz“, auf 9544 t für den Entwurf „Neuzeit“. Die Durchbiegungen für die ungünstigste Laststellung sind bei beiden Entwürfen hohe, nämlich rd. 92 cm. Sie betragen ferner 34 bzw. 32 cm für Temperatur-Unterschiede und für Vollast auf der ganzen Brücke 62,5 cm, ein Maß, das im praktischen Gebrauch jedoch nicht entfernt erreicht werden wird.

Die Montage ist übereinstimmend so gedacht, daß die Kabel zunächst unter Zuhilfenahme hängender Laufgerüste verlegt, dann die Seitenöffnungen von festen Gerüsten aus montiert werden und schließlich die Mittelspannung in drei Teilen fertig montiert schwimmend eingefahren wird.

Was die künstlerische Ausgestaltung betrifft, so sind die Eisenmassen ganz schmucklos geblieben, die Pylone in geschlossener, massiger Form ausgebildet (Abbildung 44 S. 653). Bei dem Entwurf „Neuzeit“ ist der Versuch gemacht, das sich weit hineinschiebende Ende „der Kette und des Versteifungsträgers mit der Steinarchitektur der Uferaufbauten in Verbindung zu bringen“, ein Versuch, den das Preisgericht zwar als „interessant“ bezeichnet, auf den nach seiner Meinung aber besser verzichtet worden wäre. Bei dem Entwurf „Cöln-Deutz“ sind an die Brücken-Enden ganz einfache schlichte Torhäuschen gesetzt, am Kölner Ufer ist eine Terrassen-Anlage geschaffen, die den Uebergang bildet zu der wichtigen Bebauung der Ufer am Brücken-Eingang.

Der letzte Entwurf „Gleiches zu Gleichem“ begründet die Wahl des Systemes, das in Abbildung 45 in der Uebersicht dargestellt ist, damit, daß es verfehlt sei, in das Stadtbild eine neue Brückenform einfügen zu wollen, daß ein „Kontrast unter den Brücken so ungeheuer stark wirken würde, daß auch das reiche Profil der Stadt Köln nicht gegen den gigantischen Kampf kontrastierender Brückenformen aufkommen könnte“, die dann die Hauptaufmerksamkeit auf sich ziehen würden. Die neue Brücke

müsse also mit den schon vorhandenen verwandte Formen zeigen, wobei natürlich Gleichförmigkeit vermieden werden müsse. So kamen die Verfasser zu der dargestellten Form, die ihnen sowohl in ästhetischer, wie technischer und wirtschaftlicher Beziehung für die Oertlichkeit am geeignetsten erscheint.

Die Brücke, die durch Beschränkung der einheitlichen Ueberbrückung auf den Stromlauf und Hinzufügung von leichten Anschlußbrücken über den Ufern (im Programm nicht vorgesehen) absichtlich im Maßstabe etwas herabgedrückt wird, zeigt so einen eigenartigen Linienzug und läßt an beiden Ufern den Blick frei, während in der mit Bogen überspannten Mittelöffnung durch die sehr große Teilung der Hängestangen von 12,4 m der Ausblick ebenfalls nach Möglichkeit offen gehalten wird.

Konstruktiv bietet das System eines Zweigelenkbogens mit Zugband, dessen Enden als Kragträger in die Seitenöffnungen überstehen, die ihrerseits mit parallelen Fachwerkträgern überbrückt werden, an sich nichts Neues, abgesehen von der Größe der Spannweite (186 m), die bei Ausführung in Flußeisen so mächtige Querschnitte bedingt — vergl. die Darstellung des Brückenteiles über dem Strompfeiler, Abb. 46 —, daß die Verbindung nicht mehr durch Vernietung, sondern nur durch konische Bolzen hergestellt werden kann. Es wird deshalb auch unter Umständen die Ausführung der wichtigsten Konstruktionsteile in hochwertigem Material mit um 60 % höherer Beanspruchung vorgeschlagen. In Flußeisen stellt sich das Gesamtgewicht der Konstruktion auf 7028 t.

Besonderes Interesse bietet auch die Montage, die sich für die Seitenöffnungen auf festen Rüstungen, für die große Mittelöffnung, abgesehen von zwei Hilfsjochen in einiger Entfernung vom Strompfeiler, ganz durch freies Vorstrecken vollziehen soll.

Auch bei diesem Entwurf ist die Brücke selbst ganz schmucklos gehalten, sie erhält aber am Kölner Ufer dadurch einen monumentalen Abschluß, daß hier vor der eigentlichen Uferbebauung mit Wohn- und Geschäftshäusern als Brückeneingang zwei ganz gleichartig ausgebildete, öffentlichen Zwecken dienende Bauten aufgestellt finden sollen.

Während das Preisgericht die hohe künstlerische Wirkung dieser Bauten anerkennt und ebenso die einwandfreie Durcharbeitung, die hohe Steifigkeit und die geringen Kosten der Konstruktion, schließt es sich den Ausführungen, die zur Wahl des Systemes führten, nicht an. —

Aus unserer kurzen Darstellung des Wettbewerbes, bei welcher die städtebaulichen Fragen ausgeschieden wurden, geht hervor, daß das Ergebnis namentlich vom konstruktiven Standpunkt ein sehr interessantes ist; vor allem dadurch, daß hier zum ersten Mal durch die Bestimmungen des Programmes Gelegenheit gegeben wurde, das System der Hängebrücke mit Aussicht auf Erfolg in Vorschlag zu bringen, trotzdem die Grenze der Spannweiten, bei denen dieses anderen Systemen gegenüber auch wirtschaftlich vorteilhaft wird, noch keineswegs erreicht ist. Bei der vielseitigen Bearbeitung sind aber eine ganze Reihe neuer Gesichtspunkte für die Durchbildung dieses in Deutschland noch seltenen Systemes hervorgetreten. Seine Annahme zur Ausführung würde den deutschen Brückenbau vor eine interessante und für ihn neue Aufgabe stellen. —

Wettbewerbe.

Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Gestaltung des neuen Bahnhof-Platzes in Karlsruhe ist im Einvernehmen zwischen der Eisenbahnverwaltung und der Stadt Karlsruhe für die Baukünstler daselbst beschlossen worden. —

Ein Wettbewerb betr. Entwürfe für ein Restaurations-Gebäude im Stadtpark von Bochum wird vom Magistrat zum 15. Dez. 1911 für Architekten, die in den Provinzen Westfalen, Rheinland und Hessen-Nassau ansässig sind, erlassen. 3 Preise von 2000, 1400 und 800 M.; zwei Ankäufe für je 400 M. vorbehalten. Im Preisgericht u. a. die Hrn. Stadtbtr. Kullrich in Dortmund, Stadtbtr. Knip-

ping in Bochum, Arch. Franz Brantzky in Köln, sowie die Baumeister Rosenstein und Berndt in Bochum. Ersatzleute die Hrn. Stadtbtr. Radke in Düsseldorf und Arch. Müller-Jena in Köln. Unterlagen gegen 5 M., die zurückerstattet werden, durch das Stadtbauamt der Stadt Bochum. —

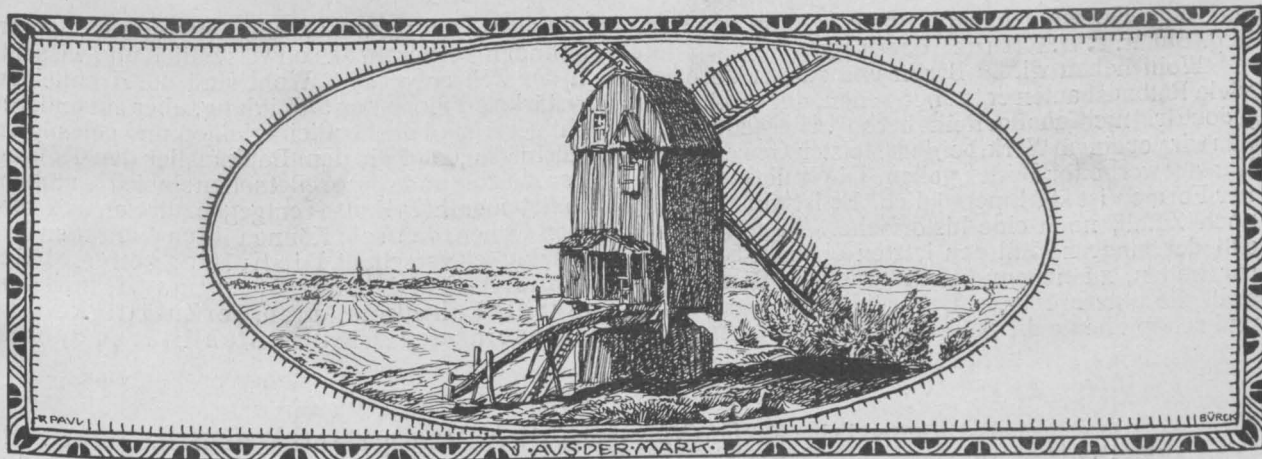
Inhalt: Das neue Rathaus in Wittenau bei Berlin. (Fortsetzung). — Vermischtes. — Otto Rieth †. — Vom Wettbewerb um eine zweite Straßenbrücke über den Rhein bei Köln. (Schluß). — Wettbewerbe. —

Bildbeilage: Das neue Rathaus in Wittenau bei Berlin.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



AS NEUE RATHAUS
IN WITTENAU BEI
BERLIN. * ARCHI-
TEKT: FRITZ BEYER
IN SCHÖNEBERG. *
STADTVERORD-
NETEN - SITZUNGS-
SAAL. * * * * *
== DEUTSCHE ==
* * BAUZEITUNG * *
XLV. JAHRGANG 1911
* * * * NO. 76. * * * *



DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLV. JAHRGANG. NO. 76. BERLIN, 23. SEPTEMBER 1911.

Das neue Rathaus in Wittenau bei Berlin.

Architekt: Fritz Beyer in Schöneberg bei Berlin.

Von A. Venitz in Berlin. (Schluß.) Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen Seite 659, 660 und 661.



Der Architekt war bei seinen Ausführungen von einer tapferen Schaar von Mitarbeitern umgeben. Da ist zunächst der Bildhauer

arbeiten sind aus dem Atelier von Joseph Scherrer hervorgegangen. Die Baukosten betrugen etwa 650 000 M. Das Gebäude wurde in 12 Monaten mit Anspannung aller Kräfte errichtet. Die Bauleitung



des Aeußeren und Inneren, Julius Wolff in Schöneberg, mit seinem starken Talent und Empfinden. Welche Wirkung versteht er seinem Motiv beizubringen! Ferner stammt der Entwurf für die Malerei des Saales von Hrn. Kunstmalers Eberth in Wilmersdorf; ausgeführt wurde der Entwurf von Hrn. Dekorationsmaler Marno Kellner in Charlottenburg. Von letzterem stammen auch die Maleereien im Eheschließungszimmer und im Ratskeller. Die Erd-, Maurer- und Zimmerarbeiten führten Boswau & Knauer in Berlin aus. Die Steinmetzarbeiten O. Plöger und die Kirchheimer Muschelkalksteinwerke. Beiden Tischlerarbeiten haben sich die Firmen Ludwig Lüdtker und Joseph Kiefer hervorgetan, bei den Malerarbeiten O. Krüger und Marno Kellner. Mit den Beleuchtungskörpern des großen und des kleinen Sitzungssaales haben sich vornehmlich Schäffer & Walcker ausgezeichnet; die Entwürfe dazu stammen von Prof. Petersen. Die übrigen Beleuchtungskörper stammen teils von der Firma J. Lennhoff in Berlin und Gustav Lind Nachf. usw. Die Glasmaler-

Kamin im Stadtverordneten-Sitzungssaal.

war dem Gemeindebauamt unter Leitung des Hrn. Reg.-Bmstr. a. D. Klinner übertragen.

Wohl haben wir in Berlin und seinen Vororten viele Rathausbauten entstehen sehen, der größte Teil jedoch tritt nicht aus der Reihe heraus. Hier jedoch stehen wir vor einem Werk, bei dem Meister, Gewerbe und Kunstgewerbe ihr Bestes gaben. Die Auffassung seiner Formen ist stark persönlich. Es ist weder Laune noch Zufall, noch eine historische Stilreminiszenz, daß der moderne Stil den letzten eigenen Stil, den wir hatten, zu neuem Leben brachte. Dieser Stil stellt die unterbrochene Ueberlieferung wieder her und schöpft heute die Möglichkeiten aus, die noch in

ihm liegen. Er wird sich allmählich im modernen Empfinden verlieren, das unwissentlich und wissentlich der Zeit entspricht. Wohl sind die Architekten der stärkste Faktor der Stilbildung, aber ein anderer wichtigerer sind die deutlich erfaßten und gefestigten Bedürfnisse jener, die dem Baukünstler den Auftrag geben. Würdig und vorbereitet sollen sie sich bemühen, dem Erbauer ihres Hauses entgegenzutreten und verstehen lernen, daß sein Können ihren Wünschen Lebensfähigkeit verschafft. Die Auftraggeber, ob Gemeinde, Behörde oder Privatmann, müssen daher die Fähigkeit haben, der Zufälligkeit ihres Daseins durch Kultur Stabilität zu geben!

Heinrich Schwieger †.

Im sechsundsechzigsten Lebensjahre ist am 16. d. M. der Geheime Baurat Dr.-Ing. Heinrich Schwieger, Direktor der A.-G. Siemens & Halske und der Siemens-Schuckert-Werke, in Wiesbaden einem Herzschlagerlegen. Qualte den Dahingegangenen auch schon seit zwei Jahren ein schweres Leiden, das ihm die freie Bewegungsfähigkeit raubte, so kommt doch der Tod des noch immer unermüdlich tätigen Mannes völlig unerwartet und reißt eine Lücke, die sich nicht leicht ausfüllen lassen wird.

Sein Name wird auf das Engste verknüpft bleiben mit der Pionierarbeit des elektrischen Eisenbahnwesens. Es ist ihm vergönnt gewesen, auf seinem Gebiete Grundlegendes zu leisten*. So charakterisiert der Nachruf des Aufsichtsrates und Vorstandes der beiden Gesellschaften die Lebensarbeit Schwieger's und sagt damit nicht zu viel.

Am 12. Mai 1846 in Quedlinburg geboren, besuchte Schwieger von 1866—1869 die Bauakademie in Berlin, legte 1870 das Bauführer-, 1875 das Baumeister-Examen ab und trat dann in den Staats-Eisenbahndienst ein. Von Dircksen, dem Schöpfer der Berliner Stadtbahn, der bald seine hohe Begabung und besondere Tüchtigkeit erkannte, wurde er zum Bau der Berliner Stadtbahn herangezogen, wo er Abteilungs-Baumeister und Vorsteher des Konstruktions-Bureaus wurde, dem insbesondere die Pla-

nung und Ausführung der Bahnhöfe übertragen war. Mit Dircksen ging er denn auch nach Köln zum Umbau des dortigen Hauptbahnhofes, und seiner Empfehlung verdankt es Schwieger, daß Werner von Siemens auf ihn aufmerksam wurde und ihn im Jahre 1885 zum Leiter der Bahnbau-Abteilung bestellte, die unter seiner Führung sich dann in ungeahnter Weise entwickeln sollte. 27 Jahre lang hat er in dieser Stellung und als Mitglied des Direktoriums dem Unternehmen von Siemens & Halske seine volle Kraft gewidmet und ist in dieser Zeit an allen Phasen der Entwicklung des elektrischen Eisenbahnwesens als ein Führer beteiligt gewesen.

Auf der Berliner Gewerbe-Ausstellung 1879 führte Werner von Siemens bekanntlich das erste elektrisch betriebene Fahrzeug vor und wies damit der Verkehrstechnik neue Wege. Aber während der geniale Gedanke in Amerika verhältnismäßig rasch aufgegriffen wurde und der Bau elektrisch betriebener Straßenbahnen dort bald in Aufnahme kam, blieb es im Lande des Erfinders und in Europa überhaupt zunächst bei kleinen, nicht lebensfähigen Versuchen. Erst als sich der Elektrotechniker mit dem erfahrenen Eisenbahnfachmann verband, der das neue Beförderungsmittel den besonderen Ansprüchen des Verkehrs gemäß auszugestalten wußte, erwarb sich dieses unter der zähen Arbeit seiner Förderer zunächst langsam, dann immer rascher ein Anwendungs-

Die Dachform der Propyläen auf der Akropolis in Athen.

Ine Aufnahme der Preußischen Meßbildanstalt aus dem vorigen Jahr, welche Baugerüste über der inneren Front der Propyläen zeigt, gibt mir Veranlassung, die folgenden Darlegungen einem größeren Kreise von Fachgenossen vorzulegen. Vor 34 Jahren bereits ausgearbeitet, wurden sie durch eine Randbemerkung mit der Unterschrift Ar. als unzutreffend zurückgewiesen. Aber weder die Aufnahme der Propyläen durch R. Bohn, noch Besprechungen meiner Ansicht mit Fachgenossen haben einen Grund zur Anzweiflung ergeben.

Als tatsächlich muß vorausgeschickt werden, daß bekanntlich die Propyläen zwei Hallen enthalten: eine längere nach der Stadt Athen zu und eine kürzere, die man einachsrig nennen kann, auf der Seite der Akropolis. Beide Hallen sind durch eine Zwischenmauer mit Türöffnung getrennt. In den Vorträgen über Kunstgeschichte wies Fr. Adler besonders darauf hin, daß die Säulen der Innenfront entsprechend der Steigung des Weges innerhalb der Propyläen höher stehen, als die gleich großen Säulen der stadtseitigen Front. Die Bedachung der Propyläen ist zerstört. Adler zeigte, daß die Bedachung der Innenhalle höher gewesen sein müsse, als die der Außenhalle, also über der Zwischenmauer eine Giebelwand nach der Stadtseite gekehrt gestanden habe. In dieses Giebeldreieck mußte aber das Dach der Außenhalle mit dem First einschneiden. Eine solche Durchschneidung glaubte Adler bei dem weithin sichtbaren Bauwerk nicht annehmen zu dürfen und eine bessere Dachlösung in der Annahme zu sehen, daß auf der Zwischenmauer eine tafelförmige Aufsatzwand mit wagrechter Krone gestanden habe. Gegen diese Blendwand konnten beide Satteldächer anstoßen.

Auch diese Lösung erschien mir nicht der Griechen würdig. Die beiden genannten Dachlösungen sind eben nicht einfach genug, um den Gesetzen einer monumentalen und organischen Baukunst zu genügen. Die Propyläen auf der Akropolis der Athener hatten vielmehr ein einheitliches Dach zwischen den beiden gleich hoch liegenden Frontgiebeln nach der Stadt und nach der Akropolis zu. Der Höhenunterschied zwischen den

Schwellen beider Fronten und ihren Säulenstellungen wurde nämlich schon unterhalb des Dachgesimses dadurch ausgeglichen, daß die burgseitige Front keinen Triglyphen-Fries hatte. Dieser Fries, welcher auf der Stadtseite vor den Innenbalken der Außenhalle steht, mußte nach den tektonischen Grundsätzen der Griechen an der Burgseitenfront fort bleiben, weil die schmale Innenhalle mit kassettierten Deckenplatten ohne unterliegende Balken überdeckt war. Wo keine Innenbalken waren, da waren auch keine Triglyphen und kein Fries. Als Beispiel darf auf die Koren-Halle am Erechteion verwiesen werden, welche ebenfalls mit Deckenplatten ohne Balken überdeckt ist und keinen Fries zwischen Architrav und Dachplatte besitzt.

Wer den Triglyphen-Fries als unentbehrlich im Schema eines dorischen Tempels halten sollte, möge bedenken, daß die Propyläen kein Tempel sind. Gibt er aber der ganzen Akropolis eine weihevollere Bedeutung als Tempelbezirk, so darf er sich damit begnügen, daß der in den Bezirk eintretende Grieche seine gewohnten Tempelformen an der Stadtfront fand. Der nach der Stadt Hinabgehende dürfte sich dann vor der Innenfront der Propyläen an die Unheiligkeit der Stadt mahnen lassen. Meines Erachtens liegen nur Grundsätze der Baukunst, insbesondere der Tektonik, vor, welche die Fortlassung der Triglyphen an der Innenfront der Propyläen erforderten. Die auch in der Raumkunst zu erfüllenden Gesetze der Einfachheit und Klarheit unterstützen meine Ansicht, daß die weithin sichtbaren Propyläen ein einheitliches Dach getragen haben.

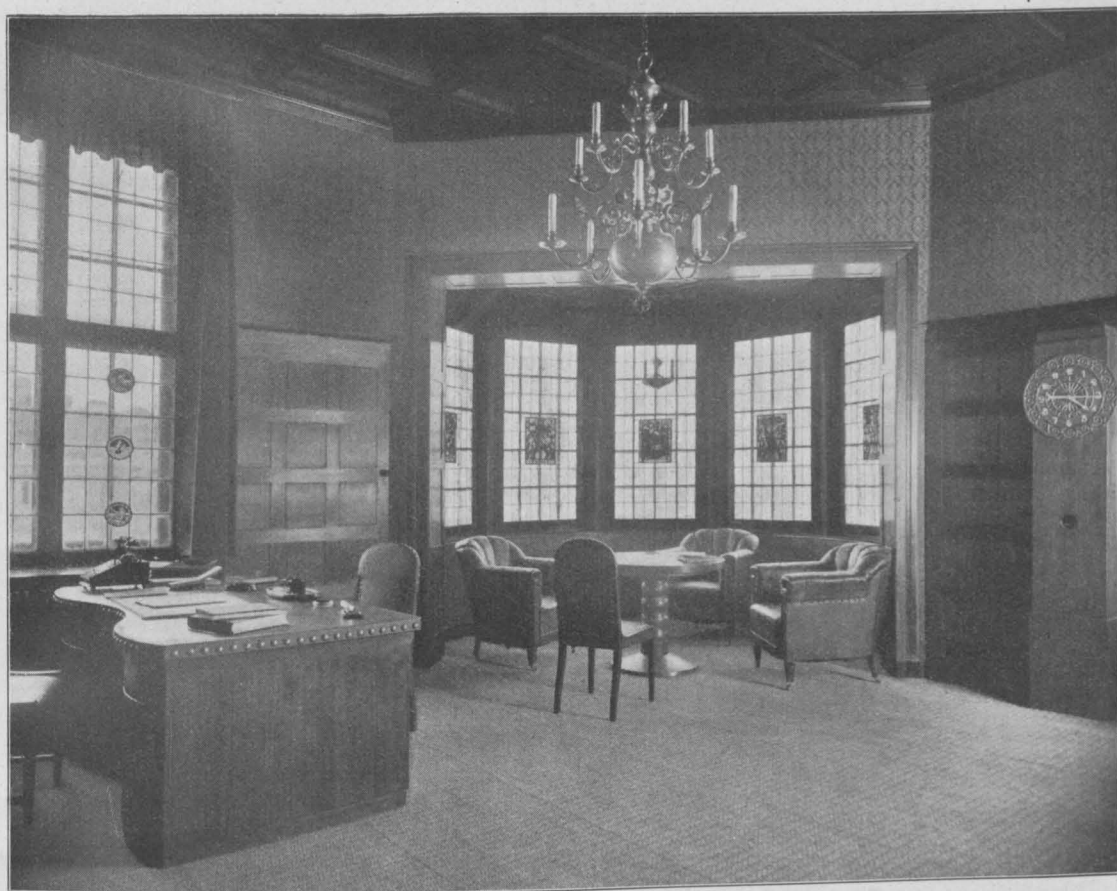
Die noch stehenden Reste des burgseitigen Bauteiles reichen nur bis zum Architrav, widersprechen aber in ihrer Höhenlage keineswegs der Fortlassung der Triglyphen und der Durchführung des Dachgesimses in gleicher Höhe mit der Stadtfront. Auf einem älteren Lichtbilde war sogar ein beschädigter Gesimsstein nahe einer inneren Ecke sichtbar, der diese Lösung als richtig erkennen ließ. Der Umstand, daß Spuren des Giebels eines Quergebäudes so hoch liegen, daß von der einen Seite aus die ungleiche Höhenlage der Architrave beider Fronten nicht zu sehen war, würde meine Ansicht ebenfalls unterstützen. Für die zweite Längsfront fehlt aber solches übrigens nicht erforderliche Quergebäude. —

Kolberg, Juni 1911.

Th. Hoech, Baurat.

gebiet, das heute auf alle Formen des Eisenbahnbetriebes mit Erfolg übergreift. An dieser Entwicklung darf Schwie-

Betriebes auf einigen Straßenbahnlinien in Budapest, die am 1. August 1889 dem Verkehr übergeben

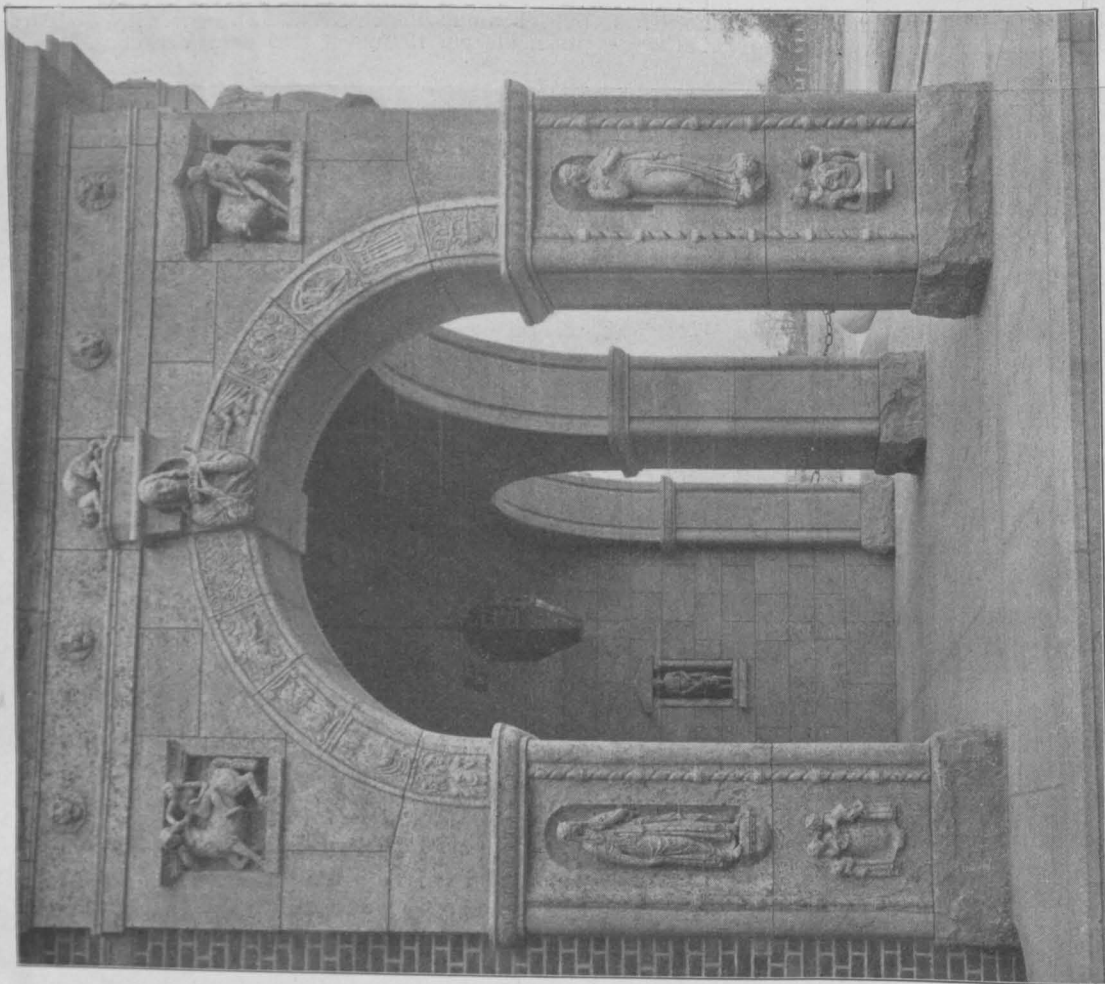


Zimmer des Amtsvorstehers.

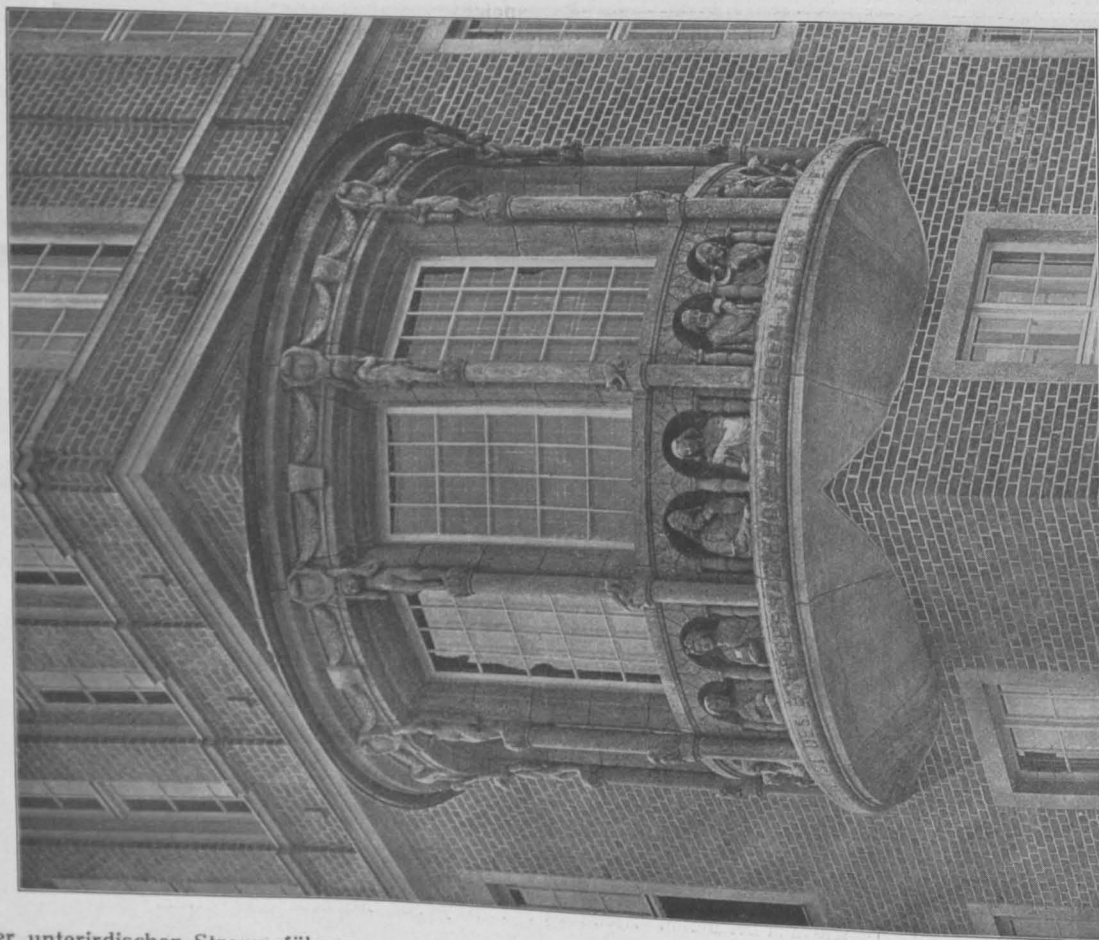
Das neue Rathaus in Wittenau bei Berlin. Architekt: Fritz Beyer in Schöneberg bei Berlin.

ger ein wesentlicher Anteil zugeschrieben werden. Sein erster Erfolg war die Einrichtung des elektrischen werden konnten, als erste auf dem Kontinent. Sie zeichnen sich in baulicher Beziehung durch die Anwendung

23. September 1911.



Seitenansicht vom Portal.
Architekt: Fritz Beyer in Schöneberg bei Berlin.



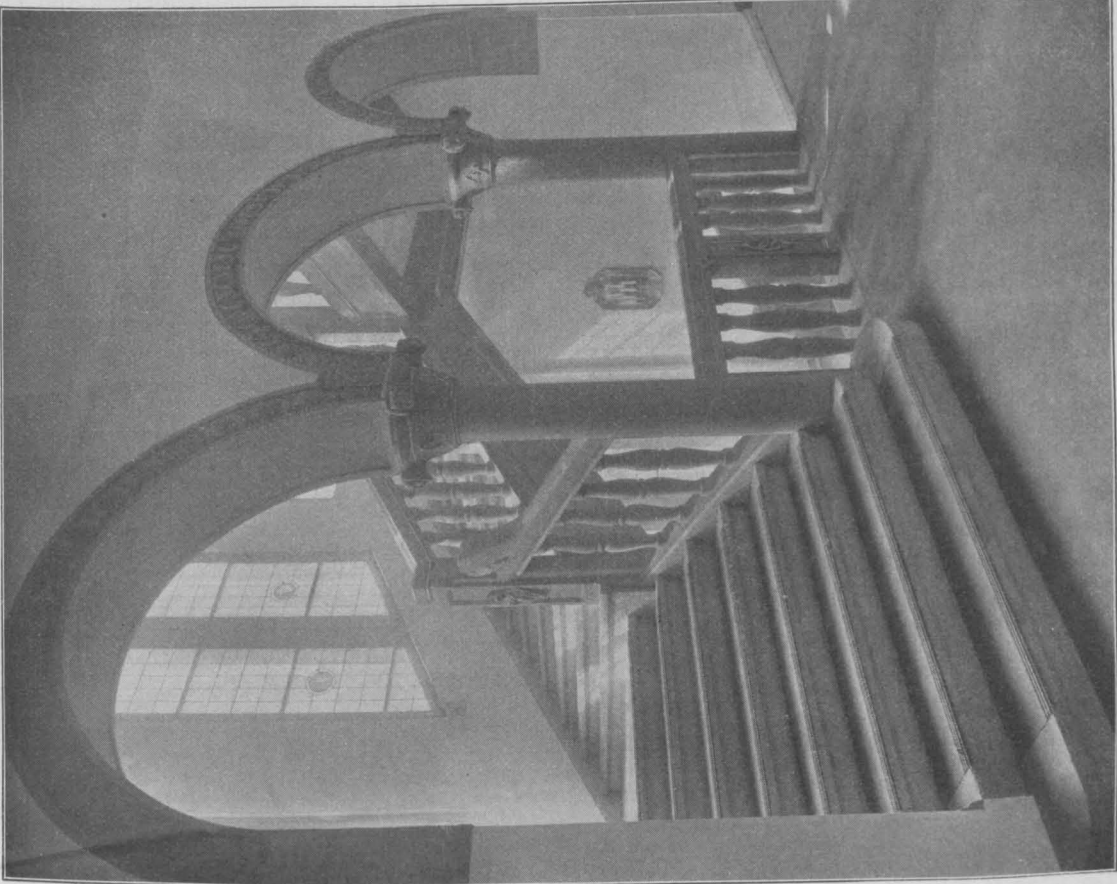
Erker am Bürgermeister-Zimmer.
Das neue Rathaus in Wittenau bei Berlin.

der unterirdischen Stromzuführung aus (Leitungskanal unter der einen Schiene), die Schwieger zuerst in betriebs-

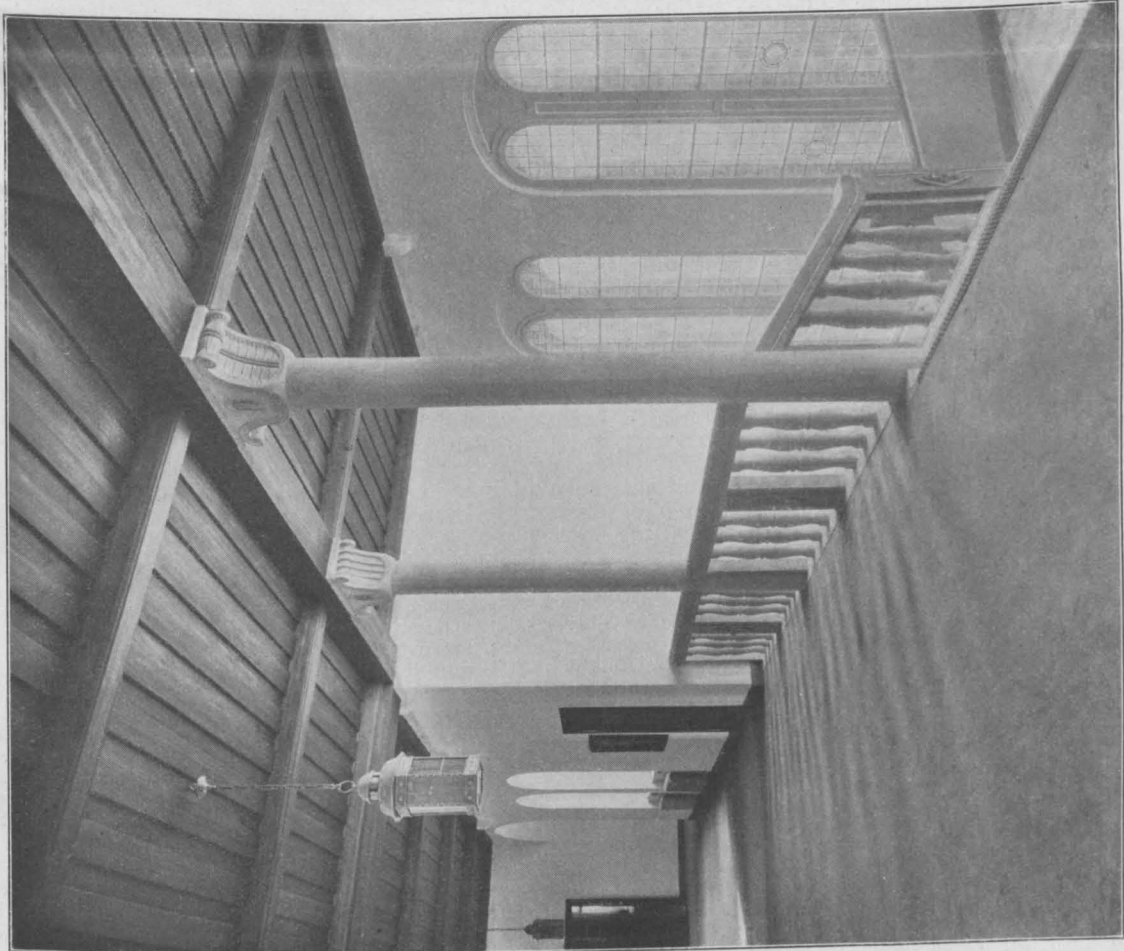
sicherer, brauchbarer Weise hier durchzuführen wußte. Wirtschaftlich schien das Unternehmen zunächst wenig

aussichtsvoll, da die Linien, für welche der elektrische Betrieb genehmigt wurde, sich vorwiegend im noch ver-

kluger Voraussicht einer günstigen Entwicklung der von den neuen Verkehrswegen durchschnittenen Gegenden



Ansicht aus dem Haupttreppenhaus.
Architekt: Fritz Beyer in Schöneberg bei Berlin.



Oberster Flur im Haupttreppenhaus.
Das neue Rathaus in Wittenau bei Berlin.

kehrsarmen, wenig bebauten Außengelände befanden. Durch das kaufmännische Geschick Schwieger's, der in seine Gesellschaft zu reichlichem Grunderwerb veranlaßte, ist das Unternehmen dann bald zu einem außer-
23. September 1911.

ordentlich günstigen geworden und hat die Elektrisierung der innerstädtischen Bahnen später nach sich gezogen. Dieser Wagemut ist Schwieger für sein ganzes Leben treu geblieben und hat ihn mit wenigen Ausnahmen auch zum Erfolge geführt.

Der Entwicklung des Straßenbahnwesens hat Schwieger dann auch weiter seine Aufmerksamkeit gewidmet; eine ganze Reihe von Bahnen dieser Art und von Städte verbindenden Kleinbahnen ähnlicher Ausgestaltung sind unter seiner Oberleitung geplant, ausgeführt und werden von der Gesellschaft betrieben. Die Ungunst der Verhältnisse gestattete ihm es nicht, das größte dieser Unternehmen, die Elektrisierung der Wiener Straßenbahnen, für seine Firma durchzuführen. Der Plan zu derselben aber ist sein Werk und das von der Stadtgemeinde schließlich selbst übernommene Unternehmen hat sich seinen Annahmen entsprechend zu einem glänzenden ausgewachsen.

Eine weitere Etappe in der Entwicklung der elektrisch betriebenen Eisenbahnen bildet der Bau der Barmmer-Bergbahn, der ersten Zahnradbahn mit elektrischem Betrieb, die 1893 dem Verkehr übergeben wurde. Zwar handelt es sich hier nur um ein kleines Unternehmen mit 170 m zu überwindender Höhe, aber mit starken Steigungen bis 1:5,5, und es wurde mit demselben, seiner guten konstruktiven Durchbildung, der sparsamen Lösung des Betriebes mit teilweiser Rückgewinnung des verbrauchten Stromes durch den niedergehenden Wagen usw. der Beweis der technischen Möglichkeit, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit eines solchen Betriebes geliefert.

An diesem Ort versuchte Schwieger auch zuerst in ein weiteres Gebiet des elektrischen Betriebes, durch den Bau einer vom Straßenkörper losgelösten Eisenbahn für den innerstädtischen Verkehr einzudringen. Vom Jahre 1892 stammt ein Entwurf für eine längs der Wupper zu führende Hochbahn. Die Finanzierung des Unternehmens gelang aber nicht, an seine Stelle ist dann später die Schwebebahn getreten. Erfolg war ihm dagegen auf demselben Gebiet wieder in Budapest beschieden, wo 1894 die Konzession zum Bau der Untergrundbahn unter der Andrássy-Straße erteilt wurde. Mit dieser ersten elektrisch betriebenen Untergrundbahn, oder richtiger Unterpflasterbahn setzt eine neue Entwicklungsphase ein, in welcher in Deutschland Siemens & Halske auch heute noch die Führung behalten haben. Wir brauchen nur an die besondere Entwicklung in Berlin und seinen Vororten zu erinnern, die nicht immer von der Förderung durch die Gemeinden getragen wurde, sowie an die Ausführung der Vorortbahn in Hamburg (jetzt Hoch- und Untergrundbahn), die allerdings in Gemeinschaft mit der A. E. G. und der Hamburger Straßenbahngesellschaft durchgeführt worden ist und vor ihrer demnächstigen Inbetriebnahme steht. Die unter Schwieger's Oberleitung entstandene erste Ausführung in Budapest, wenn diese auch einige Mängel, namentlich nach der Seite

zu großer Sparsamkeit in der Höhe des lichten Raumes, aufweist, die mit der Stadt Berlin unter der einflußreichen Mitwirkung Schwieger's zustande gekommenen Verträge über das erste, 1902 dem Verkehr übergebene Stück der Hoch- und Untergrundbahn haben die Grundlage gebildet für alle späteren Schöpfungen dieser Art.

Ein weiteres Gebiet endlich, an dessen Entwicklung Schwieger mit großer Energie mitgearbeitet hat, ist dasjenige des elektrischen Betriebes auf Vollbahnen. Bis in den Anfang der neunziger Jahre gehen die Vorversuche und Pläne zurück. Im Jahre 1900 wurde dann auf Kosten der Firma S. & H. ein Versuchsbetrieb auf der Wannseebahn eingerichtet, der zwei Jahre lang durchgeführt wurde und in technischer Beziehung, hinsichtlich des Kraftverbrauches usw., durchaus befriedigte. In wirtschaftlicher Beziehung konnte dies allerdings noch nicht der Fall sein, da der elektrische Betrieb hier, eingeschaltet zwischen den gewöhnlichen Betrieb mit Dampflokomotiven, seine Vorzüge nicht frei entwickeln konnte. Die spätere Einrichtung des elektrischen Betriebes auf der Vorortlinie Berlin—Gröblichterfelde-Ost ist aber die Folge dieser Versuche gewesen.

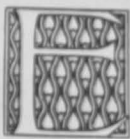
In dieselbe Zeit fallen die Versuchsfahrten auf der Schnellbahnstrecke Marienfelde—Zossen, die wiederum gemeinschaftlich mit der A. E. G. unternommen wurden, und die Vorzüge des elektrischen Betriebes, namentlich hinsichtlich der zu erreichenden Schnelligkeiten, die 200 km/St. überschritten, in ein glänzendes Licht stellten. Entwürfe für Schnellbahnen, namentlich für eine Verbindung Berlin—Hamburg (1903) schlossen sich an, die allerdings bisher nicht verwirklicht worden sind.

Das ist in großen Zügen das Bild der Entwicklung der elektrisch betriebenen Eisenbahnen, an der Schwieger, der einen Stab tüchtiger Mitarbeiter um sich zu sammeln wußte, von Anfang an mit der vollen Energie seiner tatkräftigen Natur, unter Einsetzung seines reichen Wissens und seiner geschäftlichen Gewandtheit auf das erfolgreichste mitgewirkt hat, ihr vielfach den Weg erst bahndend und neue Grundlagen für die neuen Aufgaben schaffend. Seine Anschauungen und sein Rat hatten ausschlaggebendes Gewicht in Fragen dieser Art und sind unseres Wissens noch in neuester Zeit nicht ohne Einfluß gewesen auf den Plan des Ausbaues und der Elektrisierung der Wiener Stadtbahn.

An Anerkennung und Auszeichnungen hat es dem Verstorbenen denn auch nicht gefehlt. Bei seinem allen Äußerlichkeiten abholden Sinne werden ihm die Verleihung des Doktor-Ingenieur ehrenhalber durch die Berliner Technische Hochschule und der goldenen Medaille der Akademie des Bauwesens wohl am meisten befriedigt haben.

Ein hervorragender Ingenieur und Verkehrstechniker, ein weitblickender und wagemutiger Geschäftsmann und ein Mann von ungewöhnlicher Tatkraft und Arbeitskraft ist mit dem Verstorbenen dahingegangen. Rücksichtslos gegen sich selbst, stellte er auch hohe Ansprüche an

Otto Rieth †.



ist die Tragödie des schnellen, sonnigen Aufstieges und des vorzeitigen Versinkens in Nacht und Tod, die uns aus dem Lebensbilde Otto Rieth's entgegen tritt. Das Emporschreiten zu den höchsten Erwartungen und das verzweifelte Zerschellen an den Widerständen der Welt. Ein Leben voll größter Hoffnungen und voll größter Enttäuschungen, voll bitteren Unrechtes, das ihm geschehen, und voll bohrender Zweifel, in die es sich verlor; Dinge, die auch den Stärksten zu Boden drücken können.

In Stuttgart aus einer dem Baugewerbe angehörenden Familie geboren, stand Otto Rieth im 54. Lebensjahre, auf der Mittagshöhe des Schaffens und Lebens, als ihn die Krankheit erfaßte, die nur sicheren Untergang kennt. Ein Schüler von Christian von Leins, der sich in jener Zeit auf der Höhe seines künstlerischen Wirkens befand, wurde Rieth in die von der Antike abgeleiteten Stilarten eingeführt, welche die Grundlage seiner gesamten künstlerischen Tätigkeit bildeten. Bei dieser schwebten ihm die Meister der Renaissance in ihrer harmonischen Vereinigung von Baukünstler, Maler und Bildhauer vor. Das kommt insbesondere in seinen Skizzen zum Ausdruck, die er in mehreren Bänden herausgab und die seinen Ruhm weit über die Grenzen Deutschlands hinaus verkündet haben. In diesen Skizzen offenbart sich der überquellende Reichtum seiner Gedanken; sie sind der Niederschlag seiner künstlerischen Denkungsweise, das treueste Spiegelbild des künstlerischen Charakters seiner Muse. Hier konnte sich seine unerschöpfliche Phan-

tasie ohne die einengenden Grenzen der Wirklichkeit ergoßen. Das Goethe'sche Wort über die Phantasie stand ihm dabei stets als eine leuchtende Mahnung zu hohen Zielen vor Augen. Im Anschluß an die Kunstwelt Piranesi's schuf Rieth seine Gebilde mit großem Sinn und als leichtes Spiel seiner kunstgeübten Hand. Mit Vorliebe gesellte er dem Architektonischen das Figürliche, verbindet er das Strenge mit dem Zarten, durchbricht er die starren Linien der architektonischen Schöpfungen durch die weichen Umriss des weiblichen Körpers. Das künstlerische Gesetz der Gegensätze wird von ihm hier mit überfließendem Gedankenreichtum verkündet. Im Geiste dieser Skizzen fand auch die große Monumental-Malerei ihre Ausführung, die ihm für einen der Fraktions-Sitzungssäle des deutschen Reichstagsgebäudes übertragen wurde. Der Auftrag war gewissermaßen die Folge seiner langjährigen Tätigkeit im Atelier des Reichshauses unter Paul Wallot. Seine Tätigkeit für das vornehmste der Reichsgebäude blieb jedoch nicht hierauf beschränkt. Er schuf monumentale Kandelaber für die Umgebung und eine Arbeit, die er mit großen Hoffnungen umgab, die bei seiner Erkrankung jedoch noch in der Schwebe der Entscheidung sich befand, war die Ausstattung des Platzes und der Rampen des Reichstagsgebäudes gegen den Königs-Platz mit Bronzwerken.

Eines der frühesten Werke der Vereinigung plastischer und architektonischer Kunst ist der Galathea-Brunnen auf der Eugens-Platte in seiner Vaterstadt Stuttgart. In edler Bewegung schaut die stolze weibliche Gestalt auf Stuttgart und seine Rebgeleinde hin, eines der besten dekorativen Bildwerke der Neuzeit. Für Heilbronn schuf er ein Bismarck-Denkmal und für die Bruckmann'sche Anstalt

Andere, namentlich an seine Mitarbeiter. Unter schroffer Außenseite aber verbarg er doch ein warmes Herz für seine Untergebenen, das sich bei manchem Anlaß zeigte, so z. B. durch eine größere Stiftung, aus deren Zinsen

Zeichnern und Technikern der Firma Zuschüsse zu Erholungsreisen gewährt werden. So wird er auch als Mensch eine Lücke hinterlassen. —

Fr. E.

Vermischtes.

III. Internationaler Kongreß für Wohnungshygiene Dresden 2.—7. Oktober 1911. Nunmehr liegt das wissenschaftliche Programm vor. Die Vorträge verteilen sich auf die einzelnen Sektionen in folgender Weise:

Vortrag bei der Eröffnungs-Gesamt-Sitzung: Geh. Med.-Rat Prof. Dr. med. Flügge, Berlin: „Wohnungshygiene im Hochsommer“.

Sektion I. Hauptberichte und Berichterstatte: Geh. Hofrat Prof. Dr. Cornelius Gurlitt-Dresden: „Straßenfluchtlinie und Baufluchtlinie“. Beigeordneter Schmidt, Essen: „Entwicklung des Kleinwohnungswesens in Essen“. — Weitere Vorträge: Dr. Dohrn: „Hellerau und Gartenstädte“. Ober-Baukommissar Dr.-Ing. Mackowsky-Dresden: „Großstadt-Erweiterung“, mit Lichtbildern. Reg.-Bmstr. Wehl, Berlin: „Gartenstadt und Eigenheim-Bewegung in Theorie und Praxis“.

Sektion II. Hauptberichte und Berichterstatte: Stadt-Bmstr. Hennig, Dresden: „Hygienische Gesichtspunkte für die Raumverteilung in Wohnhäusern geschlossener und offener Bauweise“. Reg.-Bmstr. Dir. Gehler, Dresden: „Neuere Baumaterialien in ihrer Bedeutung für die Wohnungshygiene“, mit Lichtbildern. Voraussichtlich Ing. Flohr, Berlin: „Neuere Aufzugsanlagen für Wohngebäude vom Standpunkt der Unfallsicherheit“. — Weitere Vorträge: Architekt Ernst Hiller, Frankfurt a. M.: „Befriedigen die heutigen Formen der Kleinwohnungen die Bedürfnisse einer Arbeiterfamilie?“ Dr. Klein-München: „Rationelle Anstreichtechnik im Dienste der Wohnungshygiene“. Bmt. Mittelbach, Dresden: „Ueber die wirtschaftliche Ausnützung von Dachgeschossen“.

Sektion III. Hauptberichte und Berichterstatte: „Ueber die erforderliche Größe des künstlichen Luftwechsels in unseren Wohn- und Aufenthaltsräumen“. Prof. Dr. P. Eitner, Karlsruhe: „Die Fortschritte auf dem Gebiete der künstlichen Beleuchtung“. — Weitere Vorträge: Arch. Beaurienne, Saint-Maur: „Städtische Fernheizungsanlagen“. Prof. Brabbée, Berlin: „Ueber Wohnungs-Warmwasserheizung“. Meng, Direktor der städtischen Elektrizitätswerke, Dresden: „Die Beleuchtung größerer Versammlungsräume“. Dipl.-Ing. Recknagel, Berlin: „Die Gruppe Heizung und Lüftung der Internationalen Hygiene-Ausstellung“ (Lichtbilder). Prof. Dr. Renk, Dresden: „Ueber Wohnungsfeuchtigkeit“. Rey, Paris: „Allgemeine Statistik über Fernheizung vom Standpunkt der Wohnungshygiene“. Ing. Vocke, Dresden: „Badeeinrichtungen und Warmwasserversorgung in städtischen Wohnhäusern“. Dipl.-Ing. Werner, Berlin: „Die Versuchsanstalt für Heizung und Lüftungseinrichtung an der Königl. Technischen Hochschule in Berlin“. Wikander, Berlin: „Elektrizität und Wohnungshygiene“.

Sektion IV. Hauptberichte und Berichterstatte: Landwirtschafts-Ing. Marié-Davy: „Wie bekämpft man die Wohnungskrankheiten (Tuberkulose, Typhus, Krebs) durch zweckmäßige Wohnungspflege (Reinhaltung, Desinfektion)?“ Bürgermeister Dr. Frenay, Bensheim a. B.: „Aufgaben der Wohnungsaufsicht, ihre Organisation und die zu stellenden Mindestanforderungen“. Kgl. Zentralwohnungsinspektor Reg.-Rat Dr. Bergmann, München: „Stand der Wohnungsaufsicht in Deutschland und den anderen Kulturstaaten“. — Weitere Vorträge: General-Sekretär Dieke, Berlin: „Haushaltungs- und Wohnungspflege“. Stadtbmt. Fleck, Dresden: „Ueber neuzeitgemäße Entwässerung von Wohnungsanlagen“. Johné, Ilversgehofen: „Die Erleichterung des Badens und der Wäschereinigung in mittleren Haushaltungen“. K. u. k. Major Marussig, Wien: „Beiträge zur Erhöhung der Wohnlichkeit menschlicher Behausungen“. Generalmajor z. D. Meißner, Dresden: „Eine hygienische Matratze für Kasernen, Massenquartiere usw.“ Bmstr. Schühmichen, Dresden: „Wie können Wohnungen alter Bauart hygienisch verbessert werden?“ Reg.-u. Bmt. Wever, Düsseldorf: „Erfahrungen über Wohnungshygiene der Mindestbemittelten im Industriebezirk Düsseldorf“.

Sektion V. Hauptberichte und Berichterstatte: Privatdozent Dr. Kathe, Halle a. S.: „Der Einfluß der Wohnung auf die Gesundheit der städtischen Bevölkerung“. Universitätsprof. Dr. Hammerl, Graz: „Das Wohnungsklima städtischer Wohnungen“. — Weitere Vorträge: Nervenarzt Dr. med. Hans Haenel, Dresden: „Die Wohnung und der Lärm“. Dr. med. Herbert Beschorner, Dresden: „Wohnung und Tuberkulose“.

Sektion VI. Hauptberichte und Berichterstatte: „Menschliche und tierische Wohnstätten unter demselben Dach, ihre Gefahren und deren Verhütung“. Vorträge der ländlichen Wohngebäude vor den städtischen; die Gefahr für ländliche Wohngebäude, in der Nähe von Städten durch städtische verdrängt zu werden. Wie ist dem zu begegnen? — Weitere Vorträge: Prof. Dr. Jacob, Berlin: „Wohnungspflege auf dem Lande“.

Sektion VII. Hauptberichte und Berichterstatte: Gefängnisdir. Dr. med. Pollitz, Düsseldorf: „Gefängnis-Hygiene“. — Weitere Vorträge: Reg.-Bmstr. Metzel, Hirschau: „Ledigenheime“. Dir. Müller, Leipzig: „Hygiene im Hotelbetrieb“. Arch. H. C. Richter, Paris: „Das Dorf-Sanatorium“.

Sektion VIII. Hauptberichte und Berichterstatte: Dr. Thierry, Paris: „Ueber Eisenbahnhygiene“. Dr. med. Stade: „Ueber Schiffshygiene“. Knappschafts-Oberarzt Sanitätsrat Dr. Fernbacher, Zaukerode: „Knappschaftsbäder. Ueber Bädereinrichtung in staubreichen, industriellen Betrieben, insbesondere in Bergwerken“.

für Silbergeräte daselbst war Rieth der künstlerische Berater. Erfolgreich war er auch im Wettbewerb um Entwürfe für ein Völkerschlacht-Denkmal für Leipzig. Seine architektonischen Ausführungen betrafen sowohl das Wohn- wie das Geschäftshaus. Zu seinen bescheidenen Schöpfungen dieser Art zählen das Haus Taubert in Zehlendorf, ein Wohnhaus am Fichtenberge in Steglitz, eine Villa am Hordweg in Stuttgart usw. Zur höchsten Steigerung brachte er das Wohnhaus in dem Palais Staudt in der Tiergarten-Straße in Berlin. Hier war ihm Gelegenheit gegeben, mit unbeschränkten Mitteln zu schalten und hier ist er auch von dem Vorwurf nicht ganz frei zu sprechen, diese Mittel an manchen Stellen zu einer Häufung der künstlerischen Formen benutzt zu haben, die den Gesamteindruck beeinträchtigt. An diesem Bauwerk zeigt sich so recht die Gefahr der von Natur überreich bedachten künstlerischen Kraft, die in der Verschwendung der Mittel liegt. Was Rieth aber daneben an diesem Bauwerk an künstlerischen Werten geschaffen hat, sichert ihm für alle Zeiten seinen Platz in der Baugeschichte Berlins.

Auch das Geschäftshaus wurde durch ihn künstlerisch veredelt, jedoch nicht mit dem Erfolg, der ihn bei seinen übrigen Schöpfungen stets begleitete. Die Riethsche Kunst war im allgemeinen nicht dazu angetan, die zweite Rolle der Veredlerin gegebener materieller Dinge zu spielen, sondern sie war eine Kunst um ihrer selbst willen. Das Geschäftshaus mit seinen in den wirtschaftlichen Absichten des Bauherrn liegenden oft unkünstlerischen Forderungen für die Darbietung der Waren lag ihm weniger, wenn er auch nicht zögerte, den Versuch zu machen, die Pfeilersysteme der Fassaden in eine mög-

liche künstlerische Form zu bringen und dem Ganzen einen erträglichen Abschluß nach oben zu geben. Indessen, was Anderen, die nüchterner arbeiteten wie Rieth, nicht gelungen ist, das wollte auch der berauschenden Kunst des Verstorbenen nicht gelingen. Es wäre jedoch ein ungerechter Irrtum, wollte man, wie es bisweilen geschehen ist, daraus schließen, daß es Rieth überhaupt zu schaffen, daß er das konnte, beweist seine langjährige Tätigkeit an der Kunstgewerbeschule des kgl. Kunstgewerbe-Museums in Berlin, zu der er 1897 berufen wurde, und das beweisen seine Entwürfe für die Ausstattung unserer neueren Ozean-Dampfer, mit denen ihn große Schiffsgesellschaften betrauten. Was er auf diesem Gebiete schuf, ist streng und sachlich, zeigt besonnene Erfassung der Bedürfnisse. Wenn man will, kann man diese Arbeiten einen Fortschritt auf dem Gebiete der Nutz-Architektur bezeichnen, wenn man die Kaufhäuser Tiedemann sowie Graumann & Stern in Berlin als erste Stufen dieses Zweiges der baulichen Tätigkeit unseres Künstlers ansehen will.

Die Flamme, die am hellsten lodert, erlischt am schnellsten. Diese Erfahrung haben wir auch an dem Lebensschicksal von Otto Rieth gemacht. Die Glut seiner Empfindung war so groß, daß sie ihn schließlich selbst verzehrte. Er gab den künstlerischen Kampf auf, als die Anerkennung der breiteren Öffentlichkeit sich ihm zu versagen begann. Er war nicht Philosoph genug, sich darüber hinwegzusetzen und unbekümmert weiter zu schaffen. Sein Stern wollte seinen Untergang. Er ging, der Schmerz um seinen Verlust ist uns geblieben. —

—H.—

Sektion IX. Hauptberichte und Berichterstatter: Geh. Hofrat Prof. Dr. Wuttke, Dresden: „Zweckverbände und Wohnungswesen“. Prof. Dr. L. Pohle, Frankfurt a. M.: „Ueber die Bedeutung von Wohnungsordnungen und Wohnungsaufsicht für die Wohnungsverhältnisse“. — Weitere Vorträge: Arch. Bohlig, Dresden: „Wohnungs-Hygiene, Baupolizei und Heimatschutz“. Brt. Professor Diestel, Dresden: „Bauordnung und Wohnungshygiene“. Dir. Dr. L. Ostak, Prag: „Finanzierung der Kleinwohnungsbauten in Oesterreich“. Reg.-Bmstr. Metzel, Dirschau: „Frage- oder Merkbögen bei Neu- und Umbau von Wohnungen“. Baurat Schilling, Dresden: „Küche oder Wohnküche?“

Da noch immer Anmeldungen von Vorträgen einge-
hen, so wird das wissenschaftliche Programm noch
eine Erweiterung erfahren. Anmeldungen zum Kongreß
und Geldeinzahlungen sind zu richten an die Kongreß-
kanzlei, Neues Rathaus, Zimmer 156. Anmeldungen von
Vorträgen und Anfragen, die den wissenschaftlichen Teil
betreffen, an Generalsekretär Stadtrat Dr. Hopf, daselbst.

Stadtbauratstelle in Harburg. Zum Stadtbaurat in Har-
burg a. d. E. wurde unter 81 Bewerbern Hr. Stadtbauinsp.
Dr.-Ing. Höhle in Rixdorf gewählt. Nachdem dieser vor drei
Jahren die technische und geschäftliche Leitung bei um-
fangreichen Hochbauten der Stadt Rixdorf übernommen
hatte, ist er in letzter Zeit vornehmlich bei den großen
städtischen Schulneubauten auch in künstlerischer Bezie-
hung beteiligt gewesen. —

Wi—.

Literatur.

Das Bürgerhauswerk des „Verbandes Deutscher Archi-
itekten- und Ingenieur-Vereine“. Aus Anlaß der Ver-
öffentlichung über dieses Werk in No. 74 sind uns eine
Reihe von Zuschriften zugegangen, in welchen Näheres
über Erscheinen, Preis usw. des Werkes erbeten wird.
Darauf erwidern wir an dieser Stelle, daß wir zu unserem
Bedauern noch nicht in der Lage sind, schon jetzt darüber
Mitteilungen zu machen, da die Vorarbeiten für das Werk
noch zu weit zurück sind. Wir werden jedoch, sobald
wir in der Lage sind, über die näheren Bedingungen aus-
führliche Mitteilungen ergehen lassen. —

Verlag der „Deutschen Bauzeitung“.

Wettbewerbe.

Ein Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen
für eine 16-klassige Volksschule in Fulda wird vom Ma-
gistrat zum 15. Januar 1912 für deutsche Architekten er-
lassen. Vier Preise von 2000, 1000 und zweimal 500 M.;
zum Ankauf nicht preisgekrönter Entwürfe für je 300 M.
stehen 900 M. zur Verfügung. Im Preisgericht u. a. die
Hrn. Stadtr. Schumann in Frankfurt a. M., Prof. Ra-
nold in Hannover, Stadtr. Schilling in Trier und
Arch. Kramer in Fulda. Unterlagen gegen 3 M., die zu-
rückerstattet werden, durch den Magistrat. —

Wettbewerb Geschäfts- und Wohnhaus Dortmund.
Der Wettbewerb, auf die Architekten von Rheinland und
Westfalen beschränkt, stellt insofern eine interessante
Aufgabe, als es gilt, dem Marktplatz in Dortmund, der
durch das wiederhergestellte romanische Rathaus sein
charakteristisches Gepräge erhält, ein harmonisches

Glied einzufügen. Das Geschäfts- und Wohnhaus soll in
Erd-, vier Ober- und einem Dachgeschoß eine Konditorei
mit kleinem Café, mehrere Verkaufsläden, ein Wiener
Café mit Billard-Saal, sowie herrschaftliche Wohnungen
oder Bureaus enthalten. In allen Geschossen ist auf eine
spätere Erweiterung nach beiden Nachbargrundstücken
Rücksicht zu nehmen. Der Bauplatz fällt unter das Orts-
statut der Stadt Dortmund gegen die Verunstaltung der
Straßen und Plätze, so daß die Baupolizei-Verwaltung
befugt ist, Ausnahmen von der Bauordnung zuzulassen,
aber auch in künstlerischer Beziehung Beschränkungen
bei der Würdigung der Entwürfe aufzuerlegen. Ueber
Baustil und Material sind keine Angaben gemacht. Die
geometrischen Zeichnungen sind 1:100 verlangt, dazu ein
Schaubild; eine Bausumme ist nicht angegeben. Eine
Verpflichtung, den Bau nach einem der preisgekrönten
oder angekauften Entwürfe ausführen zu lassen oder
einem der Verfasser dieser Entwürfe die weitere Bear-
beitung oder die Bauleitung zu übertragen, übernimmt
der Bauherr nicht. Erfreulich wirkt die Bestimmtheit,
mit der ausgesprochen ist, daß nicht verlangte Zeich-
nungen oder Zeichnungen in einem anderen Maßstab
als dem geforderten weder zur Beurteilung noch zur Aus-
stellung zugelassen werden. —

In dem Wettbewerb betr. Entwürfe für ein Volks-
schulgebäude in Wildbad erhielten den I. Preis die Archi-
itekten Schlösser & Weirether in Stuttgart, sowie Brt.
Knoblauch unter Mitarbeit von Otto Häcker in Stutt-
gart. Der II. Preis wurde den Architekten Stahl & Bos-
sert in Stuttgart verliehen. Zum Ankauf wurden em-
pfohlen die Entwürfe der Hrn. C. Schill in Wildbad in
München, sowie Beck, Hornberger & Mössner in
Stuttgart. —

Wettbewerb Bismarck-National-Denkmal auf der Eli-
senhöhe. Der „Verband Deutscher Architekten- und Inge-
nieur-Vereine“ hatte sich an den Kunst-Ausschuß für die
Errichtung des Bismarck-National-Denkmales auf der Eli-
senhöhe bei Bingen gewandt, um gegen die Hinzuziehung
der Verfasser der angekauften Entwürfe zu dem neuen
Wettbewerb für das Bismarck-National-Denkmal Ein-
spruch zu erheben, da er in diesem Verfahren einen Verstoß
gegen die Bedingungen des Preisausschreibens erblickt.
Er stützte sich hierbei unter anderem auf juristische Gut-
achten, die den Weg durch die Presse gemacht hatten. Der
Gesamtausschuß für das Bismarck-National-Denkmal hat
sich die Einwendungen des Verbandes nicht zu eigen ge-
macht, da die ihm angehörenden juristischen Sachverständi-
gen gegen die Zulassung der Verfasser nicht preisge-
krönter Entwürfe juristische Bedenken nicht erhoben ha-
ben. Der Versuch des Verbandes, die Rechte der preis-
tragenden Künstler zu wahren, ist damit als gescheitert
anzusehen. —

Inhalt: Das neue Rathaus in Wittenau bei Berlin. (Schluß). — Hein-
rich Schwieger †. — Die Dachform der Propyläen auf der Akropolis in
Athen. — Otto Rieth †. — Vermischtes. — Literatur. — Wettbewerbe. —
Einladung zum IX. Internationalen Architekten-Kongreß in Rom. —

Bildbeilage: Das neue Rathaus in Wittenau bei Berlin.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.

Einladung zum Besuche des IX. internationalen Architekten-Kongresses zu Rom vom 2. bis 9. Oktober ds. Js.



Die deutsche Abteilung im ständigen Komitee für die Architekten-Kongresse ladet hier-
mit die deutsche Fachgenossenschaft zur regen Beteiligung an dem anfangs Oktober
zu Rom tagenden IX. Internationalen Architekten-Kongresse ein. Vorbereitende An-
gelegenheiten des „Verbandes Deutscher Architekten- und Inge-
nieur-Vereine“ zu verschiedenen Zeitpunkten in der „Deutschen Bauzeitung“ er-
scheinen. Das Programm, von dem die Geschäftsstelle des Verbandes, Berlin W. 35,
Magdeburger-Platz 1, Abdrücke auf Verlangen versendet, ist in No. 71 der „Deutschen
Bauzeitung“ veröffentlicht. Mehrere Bundesstaaten des Deutschen Reiches werden zu
dem Kongreß amtliche Vertreter entsenden. Befürchtungen, als ob die Veranstaltungen
des Kongresses durch das Auftreten der Cholera in einzelnen Hafenplätzen Italiens
benachteiligt werden könnten, liegen in Rom, soweit wir unterrichtet sind, nicht vor. Das Organisations-
Komitee hat uns auf unmittelbare Anfrage den Gesundheitszustand in Rom als ausgezeichnet geschildert.

Es ist daher bei der Reichhaltigkeit der Verhandlungsthemen und der Fülle interessanter Ausflüge
dringend zu hoffen, daß unsere deutsche Fachgenossenschaft eine der Bedeutung des deutschen Bauwesens
entsprechende Teilnehmerzahl stellen wird. Anmeldungen, zu denen die erforderlichen Formulare von
den Vorständen der dem Verbands angehörenden Verbandsvereine oder von der Geschäftsstelle des Ver-
bandes, sowie vom „Bund Deutscher Architekten“ bezogen werden können, sind an den Geschäftsführer
des Verbandes, Hrn. Regierungs-Baumstr. a. D. Franzius, Berlin W. 35, Magdeburger-Platz 1, zu richten.

Die Deutsche Abteilung im ständigen Architekten-Komitee zu Paris.

Dülfer. Hinckeldeyn. Franzius. K. Hofmann. H. Kayser. Körte. Neher.
Freiherr v. Schmidt. Br. Schmitz. Stübgen.



AS NEUE STADT-THEATER IN FREIBURG IM
BREISGAU. * ARCHITEKTEN: SEELING & SEEL
IN BERLIN. * GESAMT-ANSICHT VON SÜDOST.

===== DEUTSCHE BAUZEITUNG =====

***** XLV. JAHRGANG 1911 * NO. 77. * * * *



Blick aus dem Foyer in die Umgänge der oberen Ränge.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLV. JAHRGANG. NO. 77. BERLIN, 27. SEPTEMBER 1911.

Das neue Stadttheater in Freiburg im Breisgau.

Architekten: Seeling & Seel in Berlin.

Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen Seite 667 u. 668.



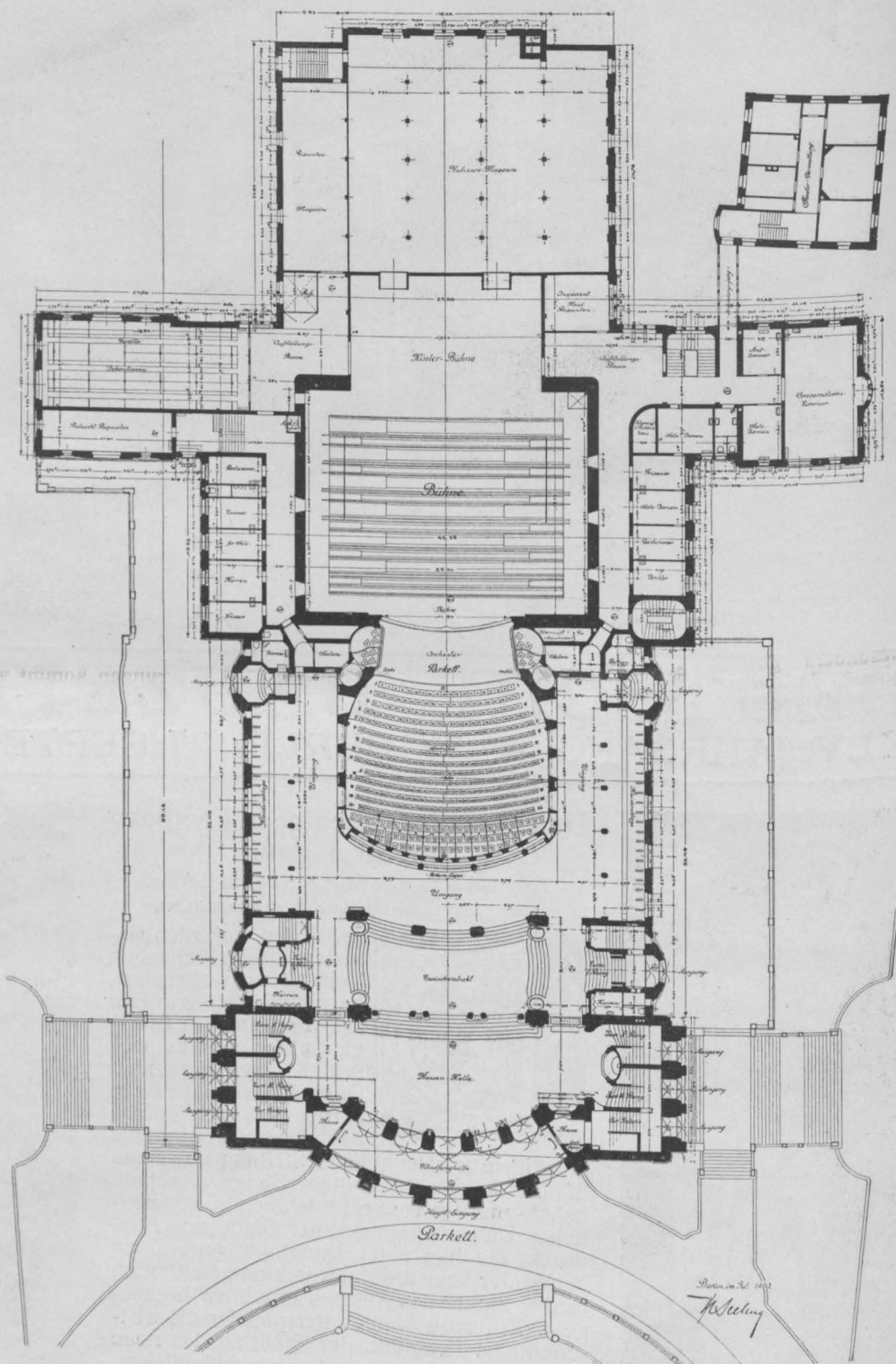
Der frische, auf allen Gebieten der städtischen Verwaltung wahrnehmbare Aufschwung, in dem sich Freiburg im Breisgau unter der Leitung seines weitblickenden Oberbürgermeisters Dr. Winterer seit Jahren befindet und der ihm die günstigste wirtschaftliche Stellung unter den Städten des Großherzogtums Baden verschafft hat, kommt in erster Linie auch in den baulichen Unternehmungen der Stadt zum Ausdruck, die hier einen Umfang angenommen haben, der über die Unternehmungen ähnlich großer Städte des Reiches erheblich hinausgeht. Ein sprechendes Beispiel für die wirtschaftliche Kraftfülle der Stadt ist das neue Stadttheater, das ein altes, unzulängliches, aber mit wertvollen Erinnerungen des Theaterlebens umgebenes Gebäude am Theaterplatz ablöste und vor nunmehr einem Jahre der darstellenden Kunst seine Pforten öffnete. Diese Kunst hat in Freiburg niemals eine führende Rolle gespielt und konnte es auch nicht; die Aufrollung ihrer Schicksale, selbst in wenigen Zügen, ergibt aber ein Bild sehr bemerkenswerter Kunstübung, das zwanglos in



die Geschichte des allgemeinen deutschen Bühnenwesens sich einordnen läßt“. Diese Schicksale beginnen bei den alten Passionsspielen, die in Freiburg am Fronleichnamstag die Menge erbauten und sich auch an andere Kirchenfeste knüpften, und entwickelten sich bis zu den Wagner'schen Musikdramen von heute, die im neuen Hause eine Stätte würdiger künstlerischer Entfaltung gefunden haben. Die Notwendigkeit der Erbauung eines neuen Stadttheaters machte sich in demselben Maße mehr und mehr geltend, als die Feuergefährlichkeit des alten, verwinkelten Hauses an der Salzstraße, einer ehemaligen Klosteranlage, wuchs und mit der Zunahme der Bevölkerung der Stadt die Aufnahmefähigkeit für die Bevölkerung sich verminderte. Daher wurde um die Jahrhundertwende die Erbauung eines neuen Stadttheaters von der Stadtverwaltung ernstlich ins Auge gefaßt. „Die Stätte“ aber, „die acht Jahrzehnte hindurch den künstlerischen Mittelpunkt Freiburgs bildete, und in wechselvollen Tagen die Freude an sichtbarer Darstellung wach erhielt, sie verdient ein freundliches Erinnern, auch wenn der bürgerliche Kunstsinne nunmehr in einem stolzeren und größeren Musen-Tempel sich verkörperte“. Die Stätte wird erhalten bleiben, denn in ihr sollen nach geeignetem Umbau und nach Wiederherstellung der alten Bauanlage die bedeuten den jetzt zerstreuten städtischen Kunstsammlungen eine zweckmäßige Unterkunft finden.

Nachdem die Wahl des Bauplatzes für das neue Haus, wie man heute sagen darf, eine glückliche Lösung gefunden hatte, über die der Lageplan Seite 668 Rechenschaft ablegt, erfolgte die Beschaffung der Pläne auf dem Wege eines engeren Wettbewerbes unter den Architekten Heinrich Seeling in Berlin und Max Littmann sowie Martin Dülfer in München. Zu dem Wettbewerb waren freiwillig sich bewerbende Architekten zugelassen. Unter 22 Entwürfen wurde der von Heinrich Seeling zur Ausführung gewählt. Am 6. Okt. 1905 wurde die Ausführung nach dem in einigen Einzel-

heiten veränderten Plan beschlossen und hierzu eine Summe von 3 250 000 M. bewilligt. Noch im gleichen Jahre wurde mit den Bauarbeiten begonnen und das Haus zu Beginn Oktober 1910 dem Einzug der Musen geöffnet. Dem Architekten Seeling war im Verlauf der Ausführung Hr. Arch. Rich. Seel als Mitarbeiter zur Seite getreten, und es hatte die Stadt Freiburg für den Entwurf der Bühneneinrichtung



Hrn. Betriebsinspektor Albert Rosenberg vom Stadttheater in Köln am Rhein gewonnen. Die Interessen der Stadt Freiburg vertrat in stets fördernder Weise Hr. Stadtbaumeister R. Thoma. Wir werden nun im Nachstehenden unter Beigabe einer größeren Reihe von Abbildungen zunächst das Haus an sich und hierauf die Bühneneinrichtung zur kurzen Darstellung bringen. — (Fortsetzung folgt.)

Die bauliche Umgestaltung des Hauptbahnhofes in München.



ie schon seit Jahren zur Erörterung stehende bauliche Umgestaltung des Hauptbahnhofes in München scheint nunmehr in ein entscheidendes Stadium treten zu wollen. Die „M. N. N.“ wissen darüber u. a. in großen Zügen Folgendes zu berichten: Zum Studium vom Verkehrsministerium Direktionsrat

der Frage wurde Dantscher in Nürnberg, jetzt Regierungs-Rat bei der Bauabteilung im Verkehrsministerium berufen. Der Berufene war nicht bloß Eisenbahntechniker, es standen ihm auch beachtenswerte Erfahrungen im Betrieb

zur Seite; er war vorher Vorstand der Betriebs-Inspektion Nürnberg gewesen, und das machte ihn zum Studium dieser Frage besonders geeignet, da der Haupt-Bahnhof in München in erster Linie an den schwierigen Betriebsverhältnissen krankt. Neujahr 1910 in seine neue Stellung getreten, unterrichtete sich der Regierungs-Rat Dantscher zunächst über die ihm gestellte Aufgabe, machte dann im Laufe des Sommers eine ausgedehnte Studienreise, um die bedeutenderen Bahnhöfe in und außer Deutschland kennen zu lernen, und begann nach seiner Rückkehr an der Hand der gemachten Erfahrungen die Ausarbeitung von Entwürfen zur Umgestaltung des Hauptbahnhofes unter verschiedenen Gesichtspunkten.

Der Verkehrsminister berief dann eine Kommission, zusammengesetzt aus den Bau-, Betriebs- und sonstigen Referenten des Verkehrsministeriums und der Eisenbahndirektion München, die als Hauptausschuß unter dem Vorsitz des Verkehrsministers selbst fungierte, während zur technischen Ausarbeitung des Projekts ein Unterausschuß, bestehend aus Technikern, darunter Dantscher, eingesetzt wurde. Dieser Unterausschuß hatte dem Hauptausschuß

Bericht zu erstatten, und dann setzte die kommissionelle Beratung ein.

Wer nur einigermaßen mit den Verhältnissen vertraut ist, kommt von selbst zu dem Schluß, daß diese Beratungen sich äußerst lebhaft gestalten mußten, da immer zwei Richtungen einander gegenüberstanden: die eine, welche darauf drang, den ganzen Bahnhof weiter hinaus zu verlegen und die andere, zu der, wie bekannt, der Verkehrsminister selbst gehört, die es im Interesse des Reiseverkehrs und der wirtschaftlichen Verhältnisse der in Betracht kommenden Stadtteile für richtig hält, den Bahnhof unter Schaffung der notwendigen Verbesserungen möglichst lang in seiner jetzigen Lage zu lassen. Diese beiden Hauptrichtungen bilden auch einerseits die Sparer, die sich zu den großen Summen für eine Hinausverlegung des Bahnhofes nicht entschließen können, und diejenigen, welche die Opfer für eine Hinausverlegung des Bahnhofes

als durch die Lage geboten für nötig erachten, aber auch für eine etwaige andere Lösung ausreichende Mittel gewähren wollen. Daß schließlich aus den erwähnten Sparsamkeits- und Nützlichkeitsgründen die Richtung, die für das Verbleiben des Hauptbahnhofes auf

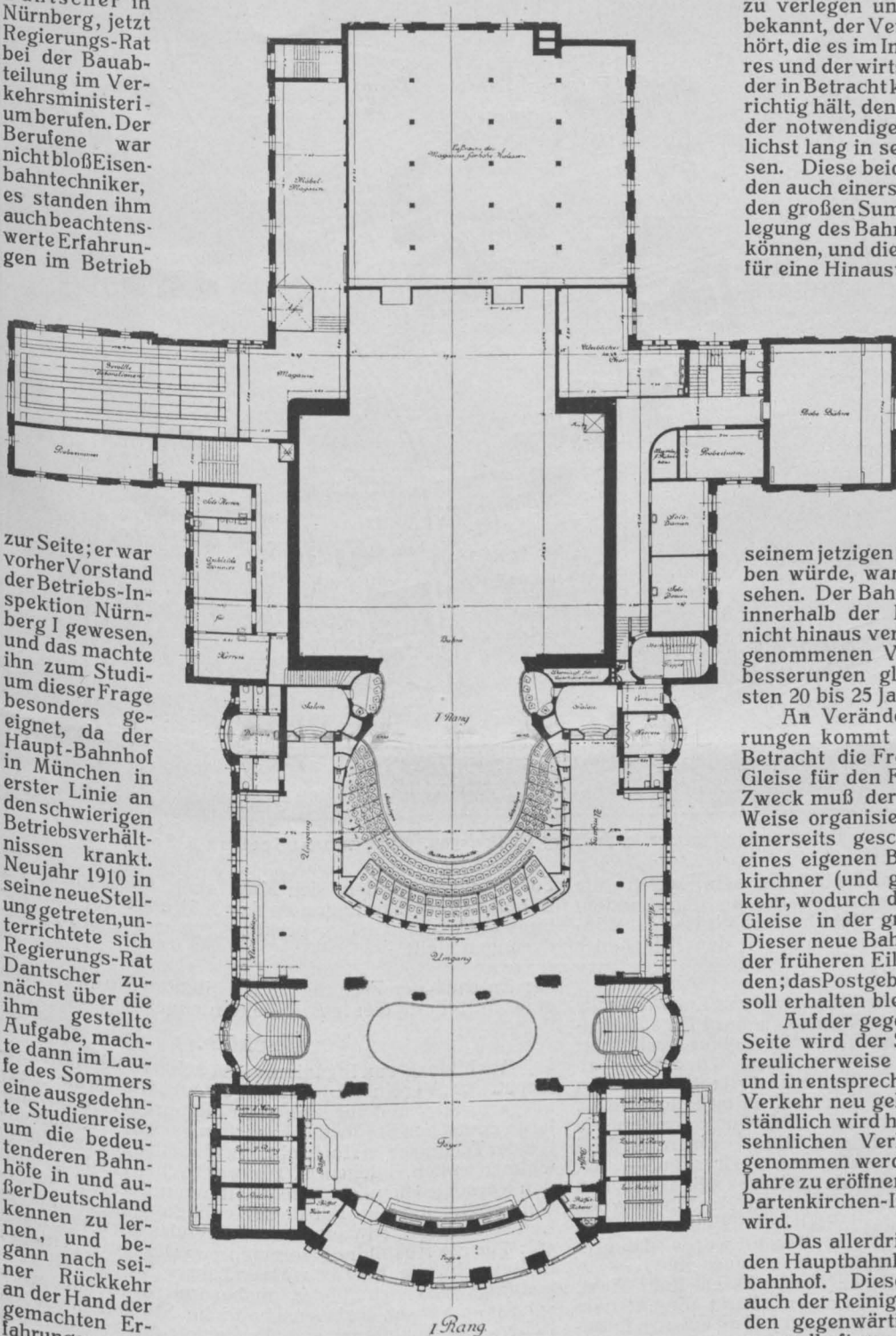
seinem jetzigen Platz eintrat, Sieger bleiben würde, war nicht schwer vorauszu- sehen. Der Bahnhof bleibt also zunächst innerhalb der Hackerbrücke und wird nicht hinaus verlegt. Mit den in Aussicht genommenen Veränderungen und Verbesserungen glaubt man für die nächsten 20 bis 25 Jahre wohl auszukommen.

An Veränderungen und Verbesserungen kommt wohl in erster Linie in Betracht die Freimachung der Einfahrgleise für den Fernverkehr. Zu diesem Zweck muß der Nahverkehr in anderer Weise organisiert werden. Dies dürfte einerseits geschehen durch Erbauung eines eigenen Bahnhofes für den Holzkirchner (und gesamten Gebirgs-) Verkehr, wodurch die jetzigen Holzkirchner Gleise in der großen Halle frei werden. Dieser neue Bahnhof dürfte an der Stelle der früheren Eilguthallen errichtet werden; das Postgebäude an der Bayer-Straße soll erhalten bleiben.

Auf der gegenüberliegenden rechten Seite wird der Starnberger Bahnhof erfreulicherweise weiter hereingezogen und in entsprechender Form für den Nahverkehr neu gebaut werden. Selbstverständlich wird hierbei auch auf den ansehnlichen Verkehrszuwachs Rücksicht genommen werden, den die im nächsten Jahre zu eröffnende neue Linie Garmisch-Partenkirchen-Innsbruck sicher bringen wird.

Das allerdingendste Erfordernis für den Hauptbahnhof ist aber ein Abstellbahnhof. Dieser wird voraussichtlich auch der Reinigung der Wagen, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur mangelhaft geschehen kann (namentlich im Winter), zu dienen haben, aber auch der Versorgung mit Gas usw. und der Vorheizung.

Zwischen den Einfahrgleisen, die nach ihrer Befreiung von allem Behindernden für den Fernverkehr sich ausreichend erweisen mögen, dürften zentrale Hinterstellungsgleise eingerichtet werden, von denen aus die ankommenden Garnituren in den Abstellbahnhof hinausgebracht und auf welchen umgekehrt die abgehenden Garnituren zu den Zügen hereingeholt werden. Da der Abstellbahnhof wegen seiner räumlichen Ausdehnung ziemlich weit hinaus verlegt werden muß (auf der westlichen Seite), so kann, um die Einfahrgleise nicht zu



Das neue Stadttheater in Freiburg im Breisgau.

Der Hauptbahnhof unter verschiedenen Gesichtspunkten.

[illegible]

Es werden nicht wenige Millionen sein, welche die Vorlagen des Verkehrsministeriums an den Landtag für die Verbesserung der Bahnhofverhältnisse in München erfordern. Im Zusammenhang mit den Münchener

Forderungen werden sich aber auch noch solche für Bahnhof-Verbesserungen in der Nähe Münchens befinden, wo der Ausflugsverkehr immer größere Anforderungen stellt. —

In dem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Geschäftshaus der Firma Leonhard Tietz Aktiengesellschaft in Köln wurde die Preisverteilung wie folgt vorgenommen. I. und II. Preis: Professor Wilhelm Kreis in Düsseldorf, III. Preis: Architekt Fritz Baldauf in München, IV. Preis: Rud. Jacobs, Mitarbeiter Heinr. Beck, Architekten in Bremen. Angekauft wurden die Entwürfe von Architekt Friedr. Wilh. Jochem in Kiel und Architekt Xaver Henselmann in Dresden. — Wettbewerb Geyersbach.

Wettbewerb Gewerbeschule Karlsruhe i.B. Wir freuen uns, mitteilen zu können, daß mit der Ausführung des Gebäudes der Gewinner des I. Preises im Wettbewerb, Hr. Prof. Eugen Beck in Karlsruhe, betraut wurde, daß also einem Sieger auch die Frucht seines Sieges zufiel. —

Wettbewerb evangelische Kirche Essen-Ruhr-West.
83 Arbeiten. I. Preis Ew. Wachenfeld in Hagen; zwei
II. Preise Fr. Brantzky in Köln und J. Hagemann in Bo-
chum. Ankäufe Entwürfe „Friede“, „Ein Märchen...“.

Ein Preisausschreiben des Architekten-Vereins zu Riga im Auftrage der V. Rigaer Gesellschaft gegenseitigen Kredits betrifft Skizzen für ein Geschäfts- und Wohnhaus in Riga und wird zum 20. Dezember 1911 bezw. 2. Januar 1912 erlassen. Drei Preise von 1000, 800 und 500 Rubel, ein bis zwei Ankäufe für je 250 Rubel. Dem Preisgericht gehören als Architekten an B. v. Bock, Prof. O. Hoffmann, Stadtbau-Revident H. Mehlbart und W. Roessler, sämtlich in Riga. Unterlagen kostenlos durch die V. Rigaer Gesellschaft gegenseitigen Kredits, Dorpater-Str. 7. —

Bei dem Wettbewerb der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft wurde außer den genannten Arbeiten

der Entwurf der Frankfurter Architekten Fucker nach einer Mitteilung dieser Architekten angekauft. —

Ausbildung von Ingenieuren im höheren Verwaltungsdienst. Der „Verein Deutscher Ingenieure“ hat an die Oberbürgermeister und Bürgermeister aller größeren und mittleren deutschen Städte das Ersuchen gerichtet, Absolventen der Technischen Hochschulen, die sich der Verwaltung widmen wollen, Gelegenheit zur praktischen Ausbildung in den verschiedenen Zweigen der ihnen unterstellten Verwaltungen zu geben. Für diese Ausbildung hat der Verein Leitsätze aufgestellt, aus denen Folgendes hervorgehoben sei: Für die Ausbildung kommen nur Diplom-Ingenieure in Betracht, die bereits während ihrer Studienzeit verwaltungswissenschaftliche, insbesondere rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Studien getrieben haben. Die Ausbildung soll alle Gebiete des kommunalen Verwaltungswesens umfassen und sich nicht nur auf die technischen Verwaltungszweige erstrecken. Die auszubildenden Diplom-Ingenieure sollen sich in den Verwaltungsstellen, denen sie zur Beschäftigung überwiesen werden, möglichst selbständig betätigen; die Ausbildungszeit, in der sie vorwiegend empfangend tätig sind, ist also tunlichst einzuschränken. Es ist erwünscht, daß den Auszubildenden Berichte aus dem Gebiete der Verwaltungsstelle, der sie jeweils zur Beschäftigung überwiesen sind, übertragen werden. Die Dauer der Ausbildung wird mindestens die Zeit eines geschlossenen Etatsjahres betragen müssen. Die Ausbildung soll ohne Verbindlichkeit für spätere Anstellung oder Beschäftigung und in der Regel unentgeltlich erfolgen. —



* BEILAGE FÜR VEREINE *

Von der gemeinsamen Tagung für Denkmalpflege und Heimatschutz in Salzburg 1911.

In Salzburg, der Stadt, die Alexander von Humboldt unter die kleine Zahl der Städte der Welt reihte, die von Natur und Kunst in gleichem Maße zu den schönsten Städtebildern der Erde gestaltet wurden; in Salzburg, der Stadt des nicht mehr vorhandenen Linzer-Tores, das einstmals die Linzer-Gasse und damit den engeren Stadt-Bezirk so schön gegen die Schallmoser Hauptstraße abschloß; in Salzburg, in dem man im Zuge der Karolinen-Brücke den neuen Justizpalast mit seiner dürftigen Architektur so wenig pietätvoll vor das wunder-same Städtebild setzte, das sich aus den Bauten des Frauenstiftes und der Veste Hohensalzburg zu einer der seltensten Gaben in der Alpenwelt auftürmt; in Salzburg, in dem man aus dem ehemaligen Hannibal-Platz den heutigen Makart-Platz machte, der sich so gar nicht in die Physiognomie der Stadt eingliedern will; in der Stadt des Wolf Dietrich, der Salome Alt, der wir Mirabell verdanken, des Fischer von Erlach, des Scamozzi, aus der Wolfgang Amadeus Mozart und Hans Makart die Grundzüge ihrer lebens-frohen Kunst sich holten, in dieser von der Natur und Kunst gebenedeiten Stadt tagten in diesem Jahre die berufenen Hüter des uns von früheren Geschlech-tern überkommenen Schönen. Der Aufenthalt war für sie eine göttliche Offenbarung und eine ernste Mahnung, denn keine Stadt der Welt ist mit ihren Irrungen und Wirrungen in bezug auf die Erhaltung des Schönen ein so lehrreiches Schulbeispiel, als die Stadt, die sich zwischen Kapuziner- und Mönchsberg ihr Gebiet von der Salzach abgerungen und dadurch eine so eigenartige Anlage erhalten hat.

Dem Tag für Denkmalpflege und Heimatschutz ging eine Vorversammlung voraus, zu der die österreichische Regierung staatliche Baubeamte, Konservatoren, Gewerbeschullehrer, kurz alle, denen in Cisleithanien der Schutz der Natur- und der Kunstdenkmäler anvertraut ist, eingeladen hatte. Der Zweck dieser Vortagung war in erster Linie ein praktischer; sie sollte der Vorbereitung der in Aussicht genommenen Schutzgesetze für Oesterreich dienen. Es ist beabsichtigt, im österreichischen Herren-hause nach dem Entwurf von Wilhelm Exner ein Heimatschutzgesetz einzubringen, das sich dem Denkmalschutzgesetz des früheren Präsidenten der Zentralkommission v. Helfert und des Grafen La-tour ergänzend anschließen soll. Bei der Vortagung die Neuwirth aus Wien leitete, sprachen Frhr. v. Weckbecker über „Heimatschutz und öffent-liche Verwaltung“; Ob.-Br. Deininger aus Wien

über „Die Grundzüge der modernen Denk-malpflege und ihre technische Durchfüh-rung“; Ob.-Ing. Pichler vom Ministerium der öffent-lichen Arbeiten über „Die Wachau“, jenes heute noch unberührte Gebiet an der Donau zwischen Linz und Melk, das dem österreichischen Heimatschutz ganz besonders empfohlen sei.

Weckbecker wies in seinem beachtenswerten Vortrag darauf hin, daß die Gegenwirkung gegen die Verunstaltungen in Kunst und Natur, für die er die Gründe erörterte, bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einsetzte. „Man erkannte, daß, so viele und hohe Werte der Entwicklung von Technik und Verkehr zu danken seien, es doch durchaus nicht nötig ist, jene alten und nicht minder bedeutenden Werte zu vernichten, die in der heimatlichen Eigen-art liegen. Dabei ist es ein merkwürdiger Gegensatz in der Völkerpsychologie des abgelaufenen Jahr-hunderts, daß zu derselben Zeit, wo die nationale Idee so stark bewegend in den Vordergrund tritt, daß sie die Geister fast völlig beherrscht, doch gerade die Wahrung der heimatlichen Eigenart in Stadt, Land und Volksbrauch unter dem Einfluß der nivellierenden wirtschaftstechnischen Momente fast jede Beachtung verliert.“ In England wurde die Schutz-bewegung von Ruskin und Morris angefaßt und griff bald auf den Kontinent über. Wenige Staaten sind durch die ausgeprägte und so vielfältige Eigenart ihrer Länder zum Heimatschutz so berufen, wie Oesterreich. Redner besprach die Teilung des Hei-matschutzes in die beiden großen Gruppen des Schutzes der heimatlichen Natur und des Schutzes des heimatlichen Menschenwerkes. Letzterer zerfällt dann wieder in den Schutz der Bauten und den Schutz der heimatlichen Eigenart. Eine gesetzliche Grund-lage für den Naturschutz wird vom Standpunkte des geltenden Rechtes in nur seltenen Fällen gegeben. Im allgemeinen wird den Behörden eine Einwirkung in der überwiegenden Zahl der Fälle nur durch güt-liche Vorstellungen, vermittelndes Vorgehen oder in Form von Unterstützungen zu Zwecken dieses Ge-bietes möglich sein. Zur Erreichung wirklicher Er-folge bedarf es daher einer gesetzlichen Grundlage. Hinsichtlich des Schutzes des heimatlichen Men-schenwerkes liegen die Verhältnisse etwas besser. Hier gibt es eine Reihe gesetzlicher Bestimmungen, aber sie sind weder harmonisch, noch reichen sie aus. Deshalb sind auch hier gesetzliche Grundlagen an-zustreben und bereits in Vorbereitung. Drei Wege sind möglich: einmal die Verabschiedung eines be-reits dem Herrenhause vorliegenden Denkmalschutz-



Gesetzes; dann die Ergänzung der Bauordnungen durch Bestimmungen heimatschutzrechtlicher Natur, wofür für verschiedene Kronländer bereits Entwürfe ausgearbeitet wurden; endlich Schaffung eigener Heimatschutzgesetze gegen die Verunstaltungen in Stadt und Land, wie sie für Kärnten und Vorarlberg bereits ausgearbeitet wurden. In jedem Falle ist die Zusammenwirkung der Zentralkommission für Denkmalpflege und der Bevölkerung nicht zu umgehen. Das letztere setzt aber eine Vertiefung der Kenntnis und Schätzung der Kunstdenkmäler aller Art voraus, weshalb bereits der Schulunterricht in allen seinen Zweigen hierauf Rücksicht nehmen sollte. Neben der Einrichtung von Beratungsstellen ist höchst wichtig die Vorsorge für angemessene Belehrung und Aufklärung des Nachwuchses an Architekten. Hier hat das industrielle Bildungswesen einzusetzen. Redner schloß, es gebe keine schönere Aufgabe, als die Kräfte in den Dienst des Schutzes der Heimat zu stellen, „unserer Heimat, der wir alle in treuer und warmer Liebe anhängen wie Kinder einer Mutter“. —

Die dieser Vortagung folgende gemeinsame Tagung für Denkmalpflege und Heimatschutz wurde eingeleitet durch einen Begrüßungsabend in der Aula Academica am Universitätsplatz, der eine große Zahl der ungewöhnlich starken Teilnehmerschar des Denkmaltages vereinigte. Einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden der Tagung, Geheimrat Prof. v. Oechelhäuser aus Karlsruhe, folgte die Rede des Landespräsidenten Grafen Schaffgotsch, der die Teilnehmer im Namen der Regierung begrüßte. Redner erinnerte an die Ähnlichkeit, die zwischen dem letzten Orte der Tagung, Danzig, und Salzburg bestehe. Die Ländergebiete, denen die beiden Städte angehören, hatten beide einen Teil ihrer Glanzzeit unter geistlicher Herrschaft. In Danzig zog die Kultur ein mit dem eisendöhnenden Schritte der deutschen Ordensritter; hoheitsvoll, das schwarze Kreuz auf dem schimmernden Panzer, ragt die Gestalt des Hochmeisters, der einst von der Marienburg aus das Land beherrschte. Wenn es die Wucht kriegerischer Zeiten ist, die dort ihre Spuren in den stolzen, trotzigsten Bauten und Giebeln der Bürgerschaft als Wahrzeichen hinterlassen hat, so sehen wir hier ein Erbe ganz anderer Art. Wenn auch als Erinnerung mittelalterlicher Kämpfe die Feste Hohensalzburg die Stadt überragt, so gibt ihr doch jener ferne Abschnitt der Geschichte nicht ihr eigentliches Gepräge. Das Vorbild der kunstsinnigen Fürsten, welche die heutige Stadt schufen, war das Cinquecento, die italienische Renaissance mit ihren Ausläufern, der wir auf Schritt und Tritt begegnen. Nicht kriegerische Denkzeichen sind es, die uns auffallen, sondern das Streben nach Anmut und heiterer höfischer Art, die es versteht, eine schöne Natur durch die Beigabe der Kunst zu veredeln. Alles, was ein besonderes Gepräge besitzt, hat zu gewissen Zeiten einen harten Kampf mit den Begriffen zu bestehen, die wir modern nennen. Die Anschauungen der Menschen wechseln nicht bloß, auch die Bedürfnisse des Lebens. Die gewaltige Umgestaltung des Verkehrswesens übt namentlich auf die Städte eine ungeheure Wirkung aus. Daher ist es heute nicht mehr allein die Aufgabe derer, die sich mit der Erhaltung und Pflege unserer Denkmäler, der Wahrzeichen unserer Vorfahren befassen, gegen den Verfall anzukämpfen, der in der Natur liegt, sondern gegen die Rücksichtslosigkeit unserer Zeit, die sie ohne weiteres beseitigen möchte, wenn sie den Ansprüchen des Verkehrs im Wege stehen. Weitaus dornenvoller, aber umso ruhmvoller, ist der Be-

ruf zu vermitteln, auf der einen Seite mit zäher Kraft zu verteidigen, auf der anderen die Bahn zu weisen, auf der sich das eine Interesse mit dem anderen verbinden läßt. „Lassen Sie das Gepräge Ihrer Geburtsstadt eines augenblicklichen Vorteiles wegen in rücksichtsloser Weise antasten, dann greifen Sie in das Herz des Volkes so ein, wie Sie es in seinen Folgen gar nicht ermessen können. Sie richten nicht bloß für immer ein kostbares Bild zugrunde, um das man Sie bisher beneidete, Sie zerstören auch gleichzeitig das Heimatgefühl, das in der Tiefe unserer Herzen als unschätzbares Gut schlummert“. Mit einem Lobspruch auf die Heimat, die keiner vergesse, gleichgültig, ob sie in stolzen Bergen oder in armer Haide gelegen sei, schloß der Landespräsident seine von lebhaftem Beifall begleitete Ansprache. Sie klang in die Worte aus: „Wage es Niemand, in frivolem Uebermut die Axt an die Heimat zu legen; denn wer die Heimat nicht kennt, kennt auch kein Vaterland!“

Kardinal Fürsterzbischof Dr. Katschthaler gab darauf seiner Freude Ausdruck, daß Salzburg zur Tagung gewählt worden sei, Salzburg, das sich in bezug auf seine Kunstschatze mit mancher Großstadt messen könne. Wenn die Gäste bei der Besichtigung der Denkmäler manche Defekte finden sollten, dann mögen sie nicht den Mantel christlicher Nächstenliebe darüber breiten, sondern sie aufdecken, weil davon ein guter Erfolg zu erwarten sei. Liebe, Freude und Verständnis zur Kunst haben das Salzburg der souveränen Fürstbischöfe mit herrlichen Kunstwerken geschmückt; der Hauptfaktor aber sei der Geist gewesen, der diese Werke geschaffen habe, um die sittliche Kraft und das Streben des Volkes zu heben. Dieselben Faktoren sollten heute wirksam sein, um die bestehenden Denkmäler zu erhalten und neue erstehen zu lassen.

Von den Ansprachen mehrerer weiterer Redner sei noch die des Bürgermeisters Berger von Salzburg erwähnt, der ausführte, die Stadt Salzburg sei sich bewußt, daß es ihre erste und vornehmste Verpflichtung sei, die Denkmäler früherer Zeit zu erhalten. Die Beratungen, die jetzt in den Mauern der Stadt gepflogen werden, werden viele nützliche Anregungen bringen. Die Stadt werde diese Anregungen dankbar aufnehmen und bestrebt sein, aus den Verhandlungen dieser Tage bleibenden Nutzen für die Ausgestaltung Salzburgs und für die Erhaltung seiner Eigenart zu ziehen. Wenn nur diese Versicherungen rückgreifende Wirkung haben könnten!

Der Präsident der Zentralkommission, Prinz Franz Liechtenstein, begrüßte den Kongreß namens der ihm unterstellten Zentralstelle für die Denkmalpflege in Oesterreich und machte unter lebhaftem Beifall die Mitteilung, daß die Zentralkommission in der Lage sei, sämtlichen Mitgliedern des Kongresses eine wertvolle Gabe zu überreichen: den neuesten Band der „Oesterreichischen Kunsttopographie“, dessen erste Exemplare soeben die Presse verließen und der um so willkommener sein werde, als er Salzburger Kunstschatze festhält. Der prächtig ausgestattete und mit Bildern reich versehene Band enthält die Baugeschichte des Stiftes Nonberg und eine eingehende kunsthistorische Würdigung seiner Schätze, geschildert vom Dozenten Dr. Tietze, redigiert vom Generalkonservator Prof. Dr. Dwořak. Ferner spendete die Generalkommission der Tagung zwei in diesem Jahre beendete Bände der „Niederösterreichischen Kunsttopographie“, in denen die Kunstdenkmäler der Bezirke Pöggstall und Horn wiedergegeben sind. —

(Fortsetzung folgt.)

Von der 40. Abgeordneten-Versammlung des „Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ zu Münster i. W.

Die 40. Abgeordneten-Versammlung, deren für das Verbandsleben wichtige Tagesordnung und deren fast zu reiches Programm die Vertreter des Verbandes fast vollzählig nach der schönen Hauptstadt Westfalens hingezogen hatte, wurde, nachdem am Vorabend in üblicher Weise eine zwanglose Begrüßung der Gäste durch den Ortsverein stattgefunden hatte, am 22. September in dem großen Sitzungssaal des für die Provinzial-Verwaltung vor etwa 10 Jahren in den Formen der deutschen Renaissance am Mauritztor errichteten Landeshauses eröffnet.

Hr. Landeshauptmann Dr. Hammerschmidt hatte nicht nur diesen schönen Saal in liebenswürdiger Weise für die Sitzungen zur Verfügung gestellt, sondern war gleich dem Reg.-Präsidenten v. Jarotzki bei der Eröffnung der Versammlung und einem Teil der Verhandlungen zugegen, während der von Münster abwesende Ob.-Präsident Prinz von Ratibor durch den Vorsitzenden

des Münster'schen Ingenieur- und Architekten-Vereins Reg.- und Brt. Koss als seinen Vertreter dem Verbande seine Grüße und besten Wünsche für seine Verhandlungen übermitteln ließ.

Sowohl der Hr. Landeshauptmann wie der Hr. Reg.-Präsident nahmen Gelegenheit, die Versammlung in Münster herzlich willkommen zu heißen und den Verhandlungen besten Erfolg zu wünschen. Besonders der erstere widmete den Technikern, mit denen er stets gern zusammen gearbeitet habe, warme Worte der Anerkennung und wünschte auch den Bestrebungen der Techniker, ihren Wirkungskreis zu vergrößern, Gelingen.

In seinen Dankesworten knüpfte der Vorsitzende an die Bemerkung des Vorredners an, daß das Wort „Erst wagen, dann wagen“, als der Wahlspruch der Techniker bezeichnet werden könne, indem er das „wagen“ besonders unterstrich, da ohne Wagemut kein Fortschritt denkbar sei. Er erinnert dann daran, daß der Verband nunmehr auf eine 40jährige Zeit des Bestehens zurück-

blicken könne, sodaß ein Eingehen auf die bisherige Geschichte und das Wirken des Verbandes sowie ein Ausblick auf die Zukunft wohl angebracht wären; das solle geschehen, sobald die Vereinszeitschrift ins Leben trete, deren Gründung wohl als der wichtigste Verhandlungspunkt der diesjährigen Tagung anzusehen sei.

Die Behandlung dieser Frage wurde, da sie sich zur Besprechung im Plenum der Versammlung nicht eigne, einem siebengliedrigen Ausschuß überwiesen, der am zweiten Sitzungstage seine Vorschläge der Versammlung zur Beschlußfassung vorlegen soll. Auch die Beschlußfassung über den Haushalt des Jahres 1912 wird bis dahin ausgesetzt.

Nach Erledigung einiger unwichtigerer Punkte der Tagesordnung und nachdem Hr. Magistr.-Brt. Prof. Stiehl, Berlin, noch einmal kurz über die Aufgaben des vom Verbands geplanten Bürgerhauswerkes gesprochen und an alle Vereine den Appell gerichtet hatte, ihre Kräfte unentgeltlich in den Dienst dieser schönen Aufgabe zu stellen, wird mit Rücksicht auf die Anwesenheit der Gäste zunächst der Punkt der Tagesordnung vorausgenommen, der über die Tätigkeit des Danziger Ausschusses und des Vorstandes hinsichtlich der Frage der Hebung der Stellung der Techniker in den öffentlichen Verwaltungen handelt.

Bezüglich der Stellung der technischen Oberbeamten in den deutschen Städten wird über den Verlauf der die Stadtbauratswahl in Harburg betreffenden Angelegenheit berichtet. Hr. Stadtbauinsp. Nitze, Wilmersdorf, Vorsitzender des Vereins der technischen Oberbeamten, kann berichten, daß der Verlauf der Angelegenheit sich günstiger gestaltet habe, als man zunächst hätte erwarten können, nachdem sich trotz der Warnung des Vorstandes des Verbandes vor Annahme dieser Stellung, die dem Stadtbaurat nicht volle Stimme in der obersten Stadtverwaltung gewähren sollte, nicht weniger als 82 Bewerber, zum Teil aus leitenden Stellungen, gemeldet hatten. Erfreulicherweise haben dann alle in die engere Wahl gekommenen die Forderung völliger Gleichberechtigung gestellt. Wenn diese Forderung jetzt auch nicht gleich erfüllt sei, so habe man doch dem gewählten Stadtbaurat Dr.-Ing. Höhle, früher Stadtbauinspektor in Rixdorf, sofort den Vorsitz in der Baudeputation überlassen und ihm die selbständige Vertretung aller technischen Angelegenheiten in der Gemeindevertretung übertragen. Eine Senator-Stelle mit vollem Stimmrecht in allen Angelegenheiten sei in Aussicht gestellt, sobald eine solche demnächst frei werde. Man habe also erreicht, was nach der augenblicklichen Sachlage zu erreichen war. Auf Antrag des Berichterstatters wird der Vorstand aber beauftragt, noch einmal ausdrücklich bei der Stadtverwaltung von Harburg dahin vorstellig zu werden, daß eine endgültige Regelung in dem genannten Sinn auch tatsächlich demnächst durchgeführt werden möge.

Hr. Baurat Redlich, Rixdorf, macht darauf aufmerksam, daß in Jahresfrist dieselbe Frage für Marburg akut werde, wo der zurzeit auf Probezeit angestellte Stadtbaurat auch nicht die Magistrats-Mitgliedschaft erlangt habe. Er bitte, den Fall im Auge zu behalten.

Hr. Ob.-Brt. Kräutle, Stuttgart, kann von dem Erfolge in Stuttgart berichten, der nicht nur den Bemühungen des württembergischen Vereins, sondern auch denen des Verbandes zuzuschreiben sei. Daß dort dem früheren Stadtbaumeister aus Hamburg, Reg.-Bmstr. Ziegler, die Stellung eines vollberechtigten Gemeinderates eingeräumt sei, dürfe als ein um so größerer Erfolg bezeichnet werden, als die Zahl der besoldeten Gemeinderäte dort überhaupt nur vier beträgt. Man solle also in der bisherigen Weise fortfahren, dann werde man noch weitere Erfolge erzielen.

Hr. Stadtbrt. a. D. Koehn, Berlin, berichtet dann über die nunmehr bis auf kleine redaktionelle Änderungen fertig vorliegende „Denkschrift über die Verwaltungsreform und das Bauwesen in Preußen“, die im Auftrag des Verbandes, da es sich hier zunächst um eine preußische Aufgabe handelt, von einer aus preußischen Vereinen des Verbandes gebildeten „Landes-Gruppe Preußen“ des Danziger Ausschusses von 1908, die unter dem Vorsitz des Berichterstatters getagt hat, bearbeitet worden ist.

Die Arbeit beschränkt sich, um überhaupt etwas Greifbares erreichen zu können, darauf, die Mängel, die der heutigen Organisation anhaften, möglichst deutlich herauszuschälen und daran Verbesserungsvorschläge zu knüpfen, ohne auf die Frage der allgemeinen Reform der Staatsverwaltung näher einzugehen. Sie behandelt die Hochbauverwaltung, die Wasserbauverwaltung und die Meliorations-Bauverwaltung getrennt, stellt aber für alle drei Zweige der Bauverwaltung folgende Hauptforderungen auf:

1. Dezentralisation durch Hebung und weiteren Ausbau der Lokalbehörden und der Mittelbehörden unter entsprechender Entlastung der Zentralbehörde.

2. Ueberweisung der Verwaltungszweige technischer Natur, welche bisher von Nichttechnikern wahrgenommen wurden, an die mit akademisch gebildeten Technikern besetzten Stellen der Staats- und Kommunal-Verwaltungen.

3. Gesetzliche Regelung der Zuständigkeiten der einzelnen technischen Behörden.

Also Vereinfachung der Verwaltung und Steigerung der Leistung ist das Ziel, das verfolgt wird. Die hierbei zu beschreitenden Wege werden im einzelnen näher erörtert, in allen drei Verwaltungen aber kommt die Denkschrift darüber hinaus zu der Anregung, daß dieses Ziel am leichtesten, besten und billigsten erreicht werde durch Fortfall der Mittelinstanz bei den einzelnen Regierungen und Vereinigung derselben zu einer einzigen Mittelinstanz für eine ganze Provinz bei den Oberpräsidien als Hochbau- bzw. Wasserbau-Direktionen bzw. als eine Zusammenfassung der Landeskultur-Abteilungen, soweit das Meliorations-Wesen in Frage kommt.

Redner führt zum Schlusse aus, daß die in der Denkschrift niedergelegten Vorschläge ein Kompromiß z. T. ziemlich weit auseinander gehender Anschauungen sei, man möge daher nicht am Einzelnen Kritik üben, sondern dem Ganzen im Prinzip zustimmen. Das geschieht und der Vorstand wird beauftragt, die Denkschrift nunmehr nach Feststellung der letzten Fassung der Immediat-Kommission für die Verwaltungsreform, den zuständigen Behörden und allen Verbandsmitgliedern zu übersenden.

Der Ausschuß, dem der Vorsitzende den Dank für seine mühevollen Arbeit ausspricht, hat nun noch den dritten Teil seines Gesamtauftrages zu erledigen, der die Frage einer Reform der Ausbildung der Staatsbaubeamten zum Gegenstand haben soll.

Eine sehr lebhafte Aussprache knüpft sich an den Antrag des Mainzer Vereins um Aufnahme als selbständiger Verein in den Verband, sowie des Wiesbadener Vereins, der jetzt den gleichen Antrag gestellt hat. Beide Vereine waren bisher Zweigvereine des „Mittelrheinischen Architekten- und Ingenieur-Vereins“ zu Darmstadt, von dem sie sich losgelöst haben, wie Hr. Prof. Kaiser, Darmstadt, als Vertreter des letztgenannten Vereins meint, zum nicht geringen Teil deswegen, weil den Zweigvereinen keine selbständige Vertretung auf den Abgeordneten-Versammlungen zustehe. Der Wunsch nach einer solchen selbständigen Vertretung ist auch in anderen Vereinen rege, die Zweigvereine besitzen, und erscheint bei der Größe dieser Zweigvereine wohl berechtigt. Andererseits ist eine weitergehende Zersplitterung der größeren Vereine durchaus nicht erwünscht. Der Vorstand hat vorläufig keinen Weg gefunden, wie den Wünschen unter Vermeidung dieser Gefahr und ohne Abänderung der Satzungen entsprochen werden könne. Mit Rücksicht auf die dringliche Form, in der diese Wünsche aus der Versammlung auftreten, wird der Vorstand die ganze Frage noch einmal nach allen Seiten prüfen, auch nach der Richtung einer etwaigen Satzungsänderung. Die beiden Vereine werden als selbständige Verbandsmitglieder aufgenommen.

Nach der Mittagspause berichtet für den mit Vorschlägen zur Neuwahl eines Vorsitzenden betrauten Ausschuß Hr. Geheimer Rat Waldow, Dresden. Der Ausschuß schlägt Hrn. Geh. Brt. Saran, Berlin, als I. Vorsitzenden vor und beantragt, Hrn. Brt. Hofacker, Stuttgart, als Beisitzer für weitere zwei Jahre zu bestätigen. Beide Herren nahmen die Wahl dankend an, und Hr. Saran wird Hrn. Reverdy, der aus dringenden Gründen sein Amt schon jetzt niederlegen muß, bereits vom 1. Oktober d. J. an vertreten.

An diese Wahl knüpft Hr. Waldow warme Worte des Dankes an den scheidenden Vorsitzenden, der sechs Jahre lang die Bürde des Amtes zum Besten des Verbandes getragen und für diesen in einer Weise gewirkt habe, daß der Verband ihm eine besondere Ehrung schuldig sei. In einer Vorbesprechung habe die Versammlung beschlossen, diese in die Form der Ernennung zum Ehrenmitglied des Verbandes zu kleiden. Er bitte Hrn. Reverdy, namens der Versammlung diese Würde als erster annehmen zu wollen. Mit bewegten Worten dankte der Gefeierte, indem er hervorhob, daß die Freude über diese Auszeichnung nur noch von der Freude übertroffen werden könne, die er empfinden würde, wenn der Verband weiter wachse und fortschreite während der Zeit, die ihm noch zur Beobachtung seiner Schicksale vergönnt sei.

Der letzte Punkt der Tagesordnung vom ersten Ver-

handlungstage betraf die Auflösung des bisherigen Ausschusses für die Bildung von Architekten-Kammern und die Frage, wie auf andere Weise doch dem tatsächlich vorhandenen Bedürfnis nach einem festeren Zusammenschluß entsprochen werden könne. Der Vorstand hat eine Reihe allgemein gehaltener Sätze für die etwaige Bildung einer solchen Organisation aufgestellt, wobei eine Angliederung an den Verband gedacht ist. Der Ausschuß der Privatarchitekten war mit der Prüfung dieser Sätze betraut, hat aber noch zu keinem Schluß kommen können. Der Vorstand beantragt daher Erweiterung des Ausschusses durch eine Reihe von bestimmten Vertretern bestimmter Verbands-Vereine, die namhaft gemacht werden.

An diese Ausführungen knüpft sich eine lebhafte Aussprache, in der namentlich auch die Frage der Absonderung der Privatarchitekten zu besonderen Vereinen und Verbänden besprochen wird, deren Notwendigkeit von einigen Seiten nicht anerkannt, deren Bildung als dem Gesamtinteresse des Baufaches nicht entsprechend bedauert wird. An der Aussprache, zu der Hr. Ob.-Brt. Prof. Baumeister, Karlsruhe, die erste Anregung gibt, beteiligen sich namentlich die Hrn. Brt. Wolfenstein, Arch. Hönig, Arch. Löwengard, welche die Notwendigkeit einer besonderen Vertretung der Privatarchitekten betonen, während die Hrn. Brt. Körte, Brt. Redlich die Notwendigkeit nicht anerkennen. Der Verband habe vielmehr stets in sehr energischer Weise für die Privatarchitekten gearbeitet; die Gebührenordnung, die Grundsätze für Wettbewerbswesen usw. seien die Grundlagen, auf denen jetzt die Privatarchitekten sicheren Boden gefunden hätten. Hr. Geh. Brt. Saran erkennt zwar die Bestrebungen der Privatarchitekten nach Besserung ihrer Lage durchaus an, ist auch der Meinung, daß sie mehr als es jetzt geschehe, auch zu Staatsbauten herangezogen werden sollten, ihre Vertretung müsse aber nicht durch Kundgebungen, wie sie kürzlich von der Ortsgruppe Berlin des B. D. A. erfolgt seien, und die über das Ziel hinausschossen, ein Zusammengehen des Verbandes mit ihnen unmöglich machen bzw. erschweren. Der Verband habe den besten Willen, berechnigte Forderungen der Privatarchitekten durchzusetzen, wenn möglich durch gemeinsames Vorgehen mit dem Bunde, wenn dies aber nicht möglich sei, auch ohne diesen.

Es wird schließlich dem Antrage des Vorstandes entsprechend ein Ausschuß gewählt, dem die bisherigen Mitglieder des Ausschusses der Privatarchitekten und außerdem noch die Hrn. Bonatz, Stuttgart, Dülfer, Dresden, Hillebrand, Hannover, Groothoff, Hamburg, Hönig, München, Meckel, Freiburg, Mees, Frankfurt a. M., Fabricius, Köln, und Jürgensen, Berlin, angehören sollen. Der bisherige Ausschuß für Architekten-Kammern wird gleichzeitig aufgelöst.

Der Rest des Nachmittages wurde mit Besichtigungen älterer und neuerer Bauten ausgefüllt, über die wir uns noch zu berichten vorbehalten.

Den Tag schloß eine festliche Zusammenkunft im großen Saal des alten Rathauses ab, zu der die Stadtgemeinde die Mitglieder der Versammlung eingeladen hatte.

Den zweiten Sitzungstag leitete der Bericht ein, den Hr. Saran namens des Ausschusses für die Prüfung der Zeitschriftenfrage erstattete. Er geht dahin, die Vorschläge des Vorstandes in allen Teilen anzunehmen, also die Zeitschrift im eigenen Verlag und auf eigene Kosten herauszugeben und nur Inseratenwesen und Vertrieb an den Springer'schen Verlag in Berlin zu übertragen. Der Verband habe dabei im ersten Jahre und vielleicht auch noch länger aus seinem Vermögen zuzuschießen, es dürften nach den näheren Angaben, die seitens des Hrn. Körte in dem Ausschuß gemacht seien, aber doch in absehbarer Zeit Einnahmen aus dem Unternehmen für den Verband herausbringen. Zudem könne, wenn wider Erwarten das Inseratenwesen sich nicht wie angenommen entwickle, der Vertrag mit dem Verleger nach vier Jahren aufgelöst werden. Es wird aus der Versammlung lediglich angefragt, ob es nicht angängig sei, von den Verbandsmitgliedern einen kleinen Beitrag zu den Kosten der Zeitschrift einzufordern, die Frage aber verneint. Auf Antrag Sarrazin wird die Vorlage des Vorstandes einschl. der Verträge mit den beiden Redakteuren en bloc angenommen und die Vermögensspende als Betriebskapital für das Unternehmen freigegeben. Hr. Prof. Baumeister begrüßt es mit Freuden, daß es nach 40-jährigen Bemühungen gelungen sei, endlich ein eigenes Verbandsorgan zu schaffen und dankt dem Vorstände für seine große Mühe und glückliche Durchführung.

Es wird nunmehr auch der Nachtragsetat für 1911 und der Voranschlag für 1912, der abhängig war von der Aufnahme des Zeitungsunternehmens, genehmigt.

Aus den übrigen Verhandlungen ist noch zu erwähnen, daß Hr. Saran auf die Beschlüsse der Regensburger Versammlung des „Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister“ hinweist, die sich gegen die „Konkurrenz“ der Baubeamten und der Baugewerkschullehrer richten, denen eine außeramtliche Bautätigkeit verboten werden sollte. Bezüglich der Baubeamten könne man das Weitere den einzelnen Dienststellen überlassen, bezüglich der Baugewerkschullehrer aber sei es erwünscht, diese durch einen Beschluß des Verbandes zu unterstützen, dahin gehend, daß es dringend erwünscht sei, daß die Lehrer an den Baugewerkschulen durch Ausführung von Bauten in stetiger Fühlung mit der Praxis blieben, daß sie sich baukünstlerisch betätigten. Die Versammlung schließt sich dem an.

Bezüglich der Abänderung der Gebührenordnung für Architekten und Ingenieure können Vorschläge noch nicht gemacht werden. Hr. Prof. Manchot, Frankfurt a. M., regt dazu an, daß es dringend erforderlich sei, in der Geb.-O. eine Bestimmung aufzunehmen, daß für den Architekten der Erfüllungsort für seine Forderungen sein Wohnsitz sei, damit er nicht gezwungen werde, bei auswärtigen Bauten sein Recht an anderen Orten zu suchen. Hr. Brt. Wolfenstein, Berlin, hält namentlich eine Ergänzung der Geb.-O. bezüglich des Städtebaues für dringend erforderlich und auch eine stärkere Hineinziehung der kunstgewerblichen Arbeiten für erwünscht. Er werde bezüglich der ersten Frage dem Verbands eine Arbeit der Hrn. Prof. Möhring und Goecke, Berlin, überreichen. Hinsichtlich der zweiten Forderung schließt sich auch Hr. Arch. Lion, Frankfurt a. M., an. Hr. Arch. Löwengard, Hamburg, hält eine Regelung der Gebühren für Umbauten für erforderlich, für welche der Zuschlag von 50 % nur für den Rohbau, nicht aber für den Ausbau gerechtfertigt sei. Im übrigen sei in der Geb.-O. das Verhältnis vom Ausbau zum Rohbau meist zu niedrig, in Bauklasse II z. B. fast immer mindestens 50 und nicht 30 %. Es führe das oft mit den Bauherren zu Streitigkeiten. Hr. Reverdy hält es für bedenklich, noch immer mehr in die Geb.-O. hineinzutragen. Schon jetzt könne man sagen, daß nur die Geb.-O. für Architekten sich eingebürgert habe, die für Ingenieure dagegen fast garnicht. Also solle man nicht noch das Kunstgewerbe mit aufnehmen, für das ja auch eine besondere Geb.-O. bestände. Es läge mehr in der Absicht der jetzigen Nachprüfung, zweifelhafte Punkte aufzuklären, als größere Abänderungen zu machen. Auf Antrag des Vorstandes wird die Zuziehung des B. D. A. und der Beratungsstelle für Elektro-Techniker bei den weiteren Verhandlungen, die demnächst mit den bei Herausgabe der Geb.-O. beteiligten Verbänden geführt werden sollen, genehmigt.

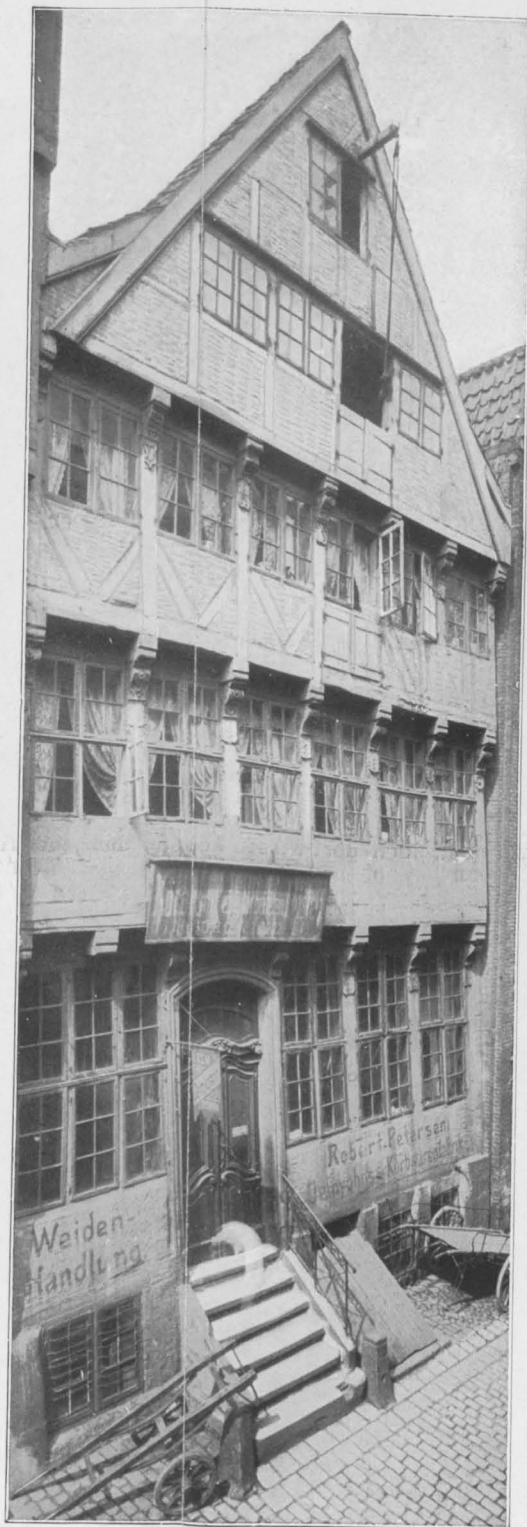
Hr. Köhn, Berlin, ergänzt dann noch seinen Bericht vom vorhergehenden Tage, namentlich hinsichtlich der den Technischen Hochschulen übermittelten Denkschrift über die Aufnahme volkswirtschaftlicher Fächer in den Lehrplan. Er bedauert die etwas ablehnende Haltung, welche die Technische Hochschule in Karlsruhe zu der Frage eingenommen habe. Es wird von verschiedenen Seiten betont, daß die Zeit zur Behandlung dieser Fächer da sei, sobald als Vorbedingung für die Aufnahme in die Technischen Hochschulen die naturwissenschaftlich-mathematischen Kenntnisse des Realgymnasiums verlangt würden, sodaß die Hochschulen in den ersten Semestern auf diesen Gebieten nicht wieder mit den Elementen anzufangen brauchten. Hr. Brt. Rehlen hält diese Forderung für durchaus berechtigt, aber z. B. in Bayern zurzeit noch schwer durchführbar, da dort die Zahl der Realgymnasien gegenüber den humanistischen Gymnasien noch außerordentlich klein sei. Hr. Prof. Baumeister führt aus, daß nur auf dem Wege einer Verständigung zwischen den Technischen Hochschulen etwas zu erreichen sei, das gehe aber langsam. Hr. Reverdy faßt die Ausführungen dahin zusammen, daß sie die Notwendigkeit zeigten, daß die für diese Frage am Sitz der Technischen Hochschulen gebildeten Ortsgruppen des Danziger Ausschusses sich künftig weiter betätigten und nicht mit Versendung der Denkschrift ihre Tätigkeit als abgeschlossen betrachteten. —

(Schluß folgt.)

Inhalt: Das neue Stadttheater in Freiburg im Breisgau. — Die bauliche Umgestaltung des Hauptbahnhofes in München. — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Von der gemeinsamen Tagung für Denkmalpflege und Heimatschutz in Salzburg 1911. — Von der 40. Abgeordneten-Versammlung des „Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ zu Münster i. W. —

Hierzu eine Beilage: Das neue Stadttheater in Freiburg im Breisgau.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



ITERATUR. * DAS HAMBURGER BÜRGERHAUS. SEINE
BAU- U. KUNSTGESCHICHTE. VON A. ERBE UND CHR.
RANCK. * VERLAG VON BOYSEN & MAASCH IN HAM-
BURG. 1911. * HÄUSER GRÖNINGER-STRASSE 9 (LINKS)
UND HERRLICHKEIT 53 (RECHTS). * * * * *

DEUTSCHE BAUZEITUNG

* * * * * XLV. JAHRGANG 1911 * NO. 78. * * * * *



DEUTSCHE BAUZEITUNG

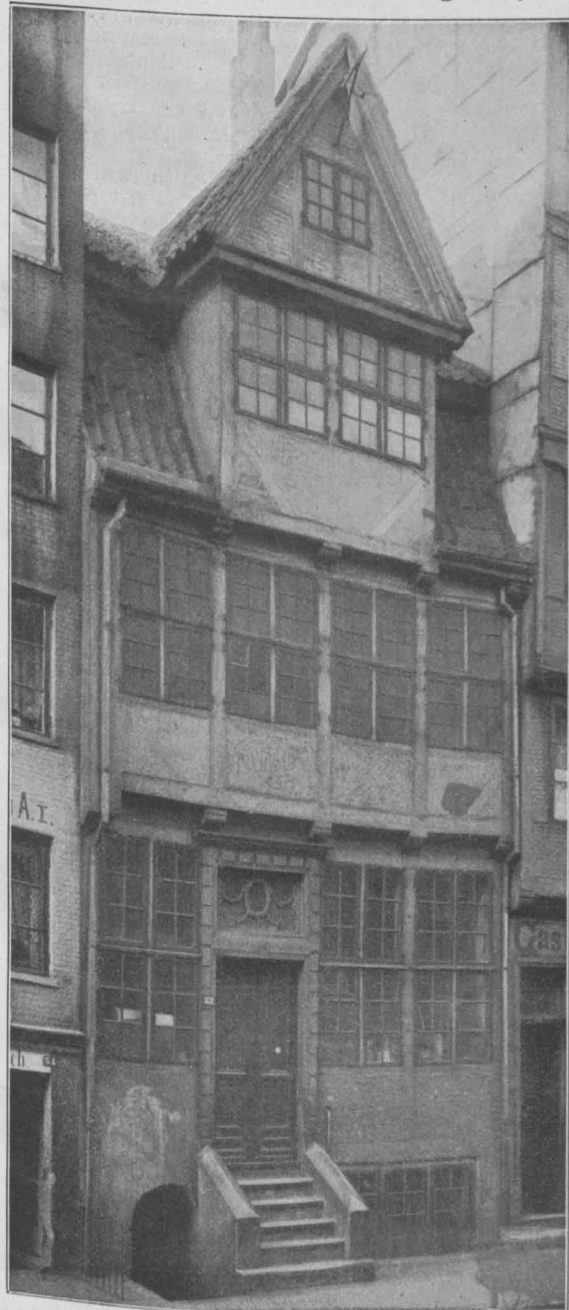
XLV. JAHRGANG. NO. 78. BERLIN, DEN 30. SEPTEMBER 1911.

Das Hamburger Bürgerhaus. (Hierzu eine Bildbeilage).

Das alte Hamburger Bürgerhaus, das in Anlage und baukünstlerischer Ausbildung seine Eigenart unter den Bürgerhäusern der deutschen Lande behauptet, wird infolge der durchgreifenden Umwandlungs-Prozesse, denen Hamburg seit Jahrzehnten unterworfen

ist, immer seltener. Daher sind Veröffentlichungen, die sich den untergegangenen und untergehenden Bau-Denkmalern aus der Vergangenheit Hamburgs widmen, stets mit Dank zu begrüßen, da sie einem idealen Gegenstand dienen, meist einem idealen Interesse entsprechen und in ihrer Art daher auch häufig von idealer Wirkung sind. Dem Werke von Melhop über das alte Hamburg, das wir in Jahrgang 1908 Seite 166 ff. besprachen und das seine Grenzen etwas weiter zieht, ist vor einiger Zeit eine groß angelegte Veröffentlichung gefolgt, die sich insbesondere das Hamburger Bürgerhaus als Ziel eingehenden Studiums gesetzt hat und dasselbe sowohl nach seiner Kunstgeschichte wie nach seiner baugeschichtlichen Entwicklung betrachtet. Dieses Werk heißt: „Das Hamburger Bürgerhaus. Seine Bau- und Kunstgeschichte. Von A. Erbe und Chr. Ranck, Regierungs-Baumeister a. D., Bauinspek-

Links: Fachwerkhaus
Marien-Straße 52.
Rechts: Hauseingang
Grimm 10.



toren“.) 91 Tafeln im Format Groß-Folio, die vortreffliche meist geometrische Darstellungen enthalten, sind von 100 Seiten Text begleitet, der durch zahlreiche Abbildungen nach der Natur bereichert ist.

Das Vorwort weist darauf hin, daß wohl Werke der

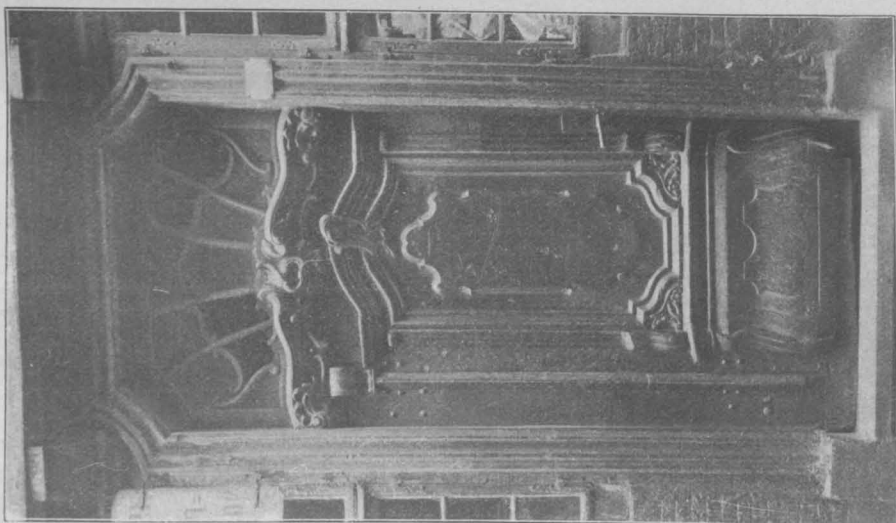
obwohl gerade dieses eine „wichtige Unterlage für die Klarstellung der Lebensformen des deutschen Bürgertums“ bilde und eine Menge wertvoller künstlerischer und technischer Leistungen darbiete. Unter den Gründen, die zum allmählichen Untergang des alten deutschen

Bürgerhauses beitragen, nennt das Vorwort: „Neben wirklichen und vermeintlichen Bedürfnissen und Forderungen des Verkehrs und der Hygiene ist es vielfach leider auch Mangel an Verständnis für den kulturell-schichtlichen Wert und den hohen Reiz altertümlicher Bauart und Sucht nach dem Neuen, dem angeblich Schöneren und Bequemerem, was die Erbschaft alter städtischer Geschlechter preisgibt“. Doch die Erkenntnis, daß es sich hier um den Verlust wertvollen Besitzes mit unschätzbaren und unwägbaren Eigenschaften für das Volkstum handelt, ist im Wachsen. Ein recht bedeutungsvolles Zeichen dieses Wandels der Anschauungen ist unser Werk.

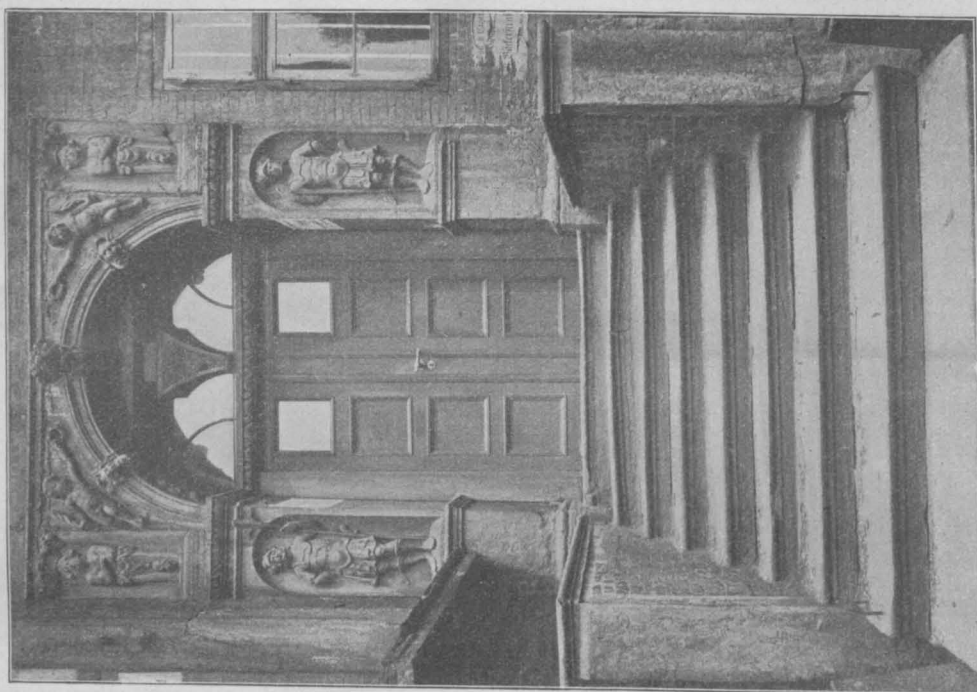
Das Schicksal hat dem Besitz an alten Bauwerken in Hamburg hart mitgespielt. Brand und Handel haben in gleicher Weise Opfer an altem Gut gefordert. „Immerhin sind, namentlich in den Straßen nahe der Elbe, in den Kirchspielen St. Nikolai und St. Katharinen, noch zahlreiche Zeugen dieser Vergangenheit vorhanden. Aber das Leben, das sie einst erfüllte, ist erstorben: die meisten dienen als Speicher und geben nur noch einen schwachen Abglanz einstiger Herrlichkeit. Sie sind zu meist in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts und im 18. Jahrhundert entstanden. Ihr künstlerischer Wert liegt

in der Ausbildung eines malvollen Barock. Trotz mancher Einflüsse von Außen zeigen die Bauten eine ausgeprägte lokale Eigenart, die sie z. B. sowohl von gleichzeitigen bremischen wie lübeckischen Wohnhäusern unterscheidet und ihren besonderen kunstgeschichtlichen Wert ausmacht. Ihre kulturgeschichtliche Bedeutung liegt in dem engen Zusammenhange, der zwischen der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung jeder Stadt und ihrem Wohnungswesen besteht“. Die Verfasser fragen, was aus diesen letzten steinernen Zeugen einer langen Periode hamburgischer Vergangenheit werden solle? Die Frage ist leider nicht schwer zu beantworten. Handel und Wandel der sich entwickelnden Großstadt werden

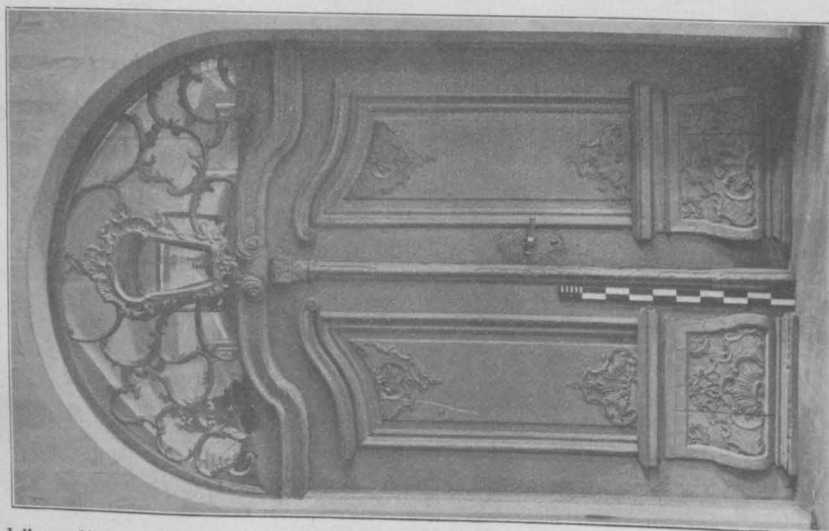
bald auch sie verschlingen. Mit Recht meinen jedoch die Verfasser, es wäre verkehrt, deshalb Anklage zu erheben; auch unsere Zeit habe ihr Recht, das nicht geschnitten werden dürfe. „Daß Hamburg aber nicht völlig und bedingungslos auf einen Besitz verzichten darf, der uner-



Haustüre Rademachergang 47.



Hauseingang Fischmarkt 8.



Haustüre Holländische Reihe.

bürgerlichen Kleinkunst in den Museen gesammelt sind, daß dagegen das deutsche Bürgerhaus bisher in nur wenigen Städten eine gerechte Würdigung gefunden habe,

*) Mit 204 Abbildungen und 91 Tafeln. Hamburg 1911. Verlag von Boysen & Maasch. Preis in Leinenmappe 60 M.

setzlich ist und dessen Verlust für das Studium der Kunst- und Kulturgeschichte unseres Küstengebietes eine nicht ausfüllbare Lücke bedeuten würde, das liegt

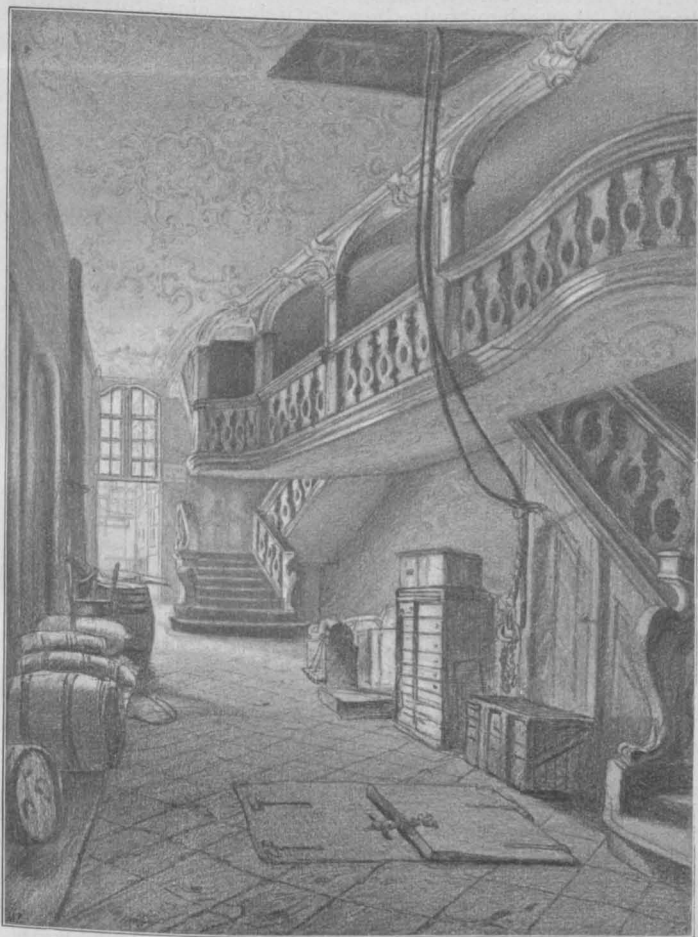
Neben der idealen rückblickenden Bedeutung nehmen die Verfasser für ihr Werk aber nicht minder auch eine ideale vorwärts blickende Bedeutung an. Sie meinen, für das Zukunftsbild der Stadt sei es überaus wichtig, sich bewußt zu werden, daß, „wie es überhaupt keine echte Kunst ohne lebendige Ueberlieferung gibt, eine charakteristische heimatische Bauweise sich nur wieder entwickeln kann, wenn angeknüpft wird an die überlieferte heimische Baukunst. Diese Anknüpfung kann natürlich keinen Erfolg zeitigen, wenn allein die äußeren historischen Einzelformen der noch vorhandenen heimischen Bauten übernommen werden. Wer aber eindringt in den Geist vergangenen baukünstlerischen Schaffens und durch eingehendes Studium aus den er-



Innenraum aus dem Hause Holländische Reihe 11.

Rechts: Knagge aus dem Hause Cremon 24.

Unten: Diele aus dem Hause Grimm 4.



auf der Hand“. Um so mehr, als Hamburg eine Schöpfung allein seines Bürgertumes sei und daher den Denkmälern des deutschen Bürgertums besonderes Interesse entgegen bringen müsse.

30. September 1911.

haltenen Bauten dasjenige herauschält, was den veränderten Bedingungen unserer modernen Bautätigkeit sich anpassen und sich weiter bilden läßt, der würde dazu beitragen, den festen Boden für eine bauliche Entwicklung

der Stadt zu schaffen, die in der vorbildlichen Art der alten Bauweise den örtlichen Verhältnissen Rechnung trägt“. In diesem durchgeistigteren Sinne also wollen die Verfasser ihre Arbeit aufgefaßt haben und sie entspricht auch dem Maßstab, den die Verfasser damit selbst gegeben haben.

Die Mittel zum Werke sind durch den Senat Hamburgs bewilligt worden. Es zerfällt in zwei Hauptabschnitte, deren erster die architektonische Entwicklung des Äußeren aus der Feder von A. Erbe gibt, während der zweite die Hausanlage, die Konstruktion und den inneren Ausbau behandelt und von Chr. Ranck bearbeitet ist. Im ersten Teil folgen einem kurzen, vielleicht zu kurzen kulturgeschichtlichen Ueberblick die Abschnitte Fachwerkbau und Steinbau. Der Fachwerkbau hat eine für die Stadt charakteristische weite Verbreitung gehabt und lange Zeit bewahrt. Das mochte seinen Grund haben in den ungünstigen Boden-Verhältnissen des Marschlandes, in den beschränkten Raumverhältnissen, sowie in der Möglichkeit bequemer Holzzufuhr auf der Elbe. Noch aus der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts berichtet ein italienischer Reisender, Priorato, der größte Teil der Häuser sei von Holz „mit dazwischen gelegten Backsteinen und Kalk“. Die Zahl der erhaltenen Fachwerkbauten ist nicht mehr groß. Neben wiederholten Bränden hat auf sie namentlich auch der Umstand vermindernd gewirkt, „daß man schon früh darauf bedacht gewesen ist, die Häuser in den Hauptstraßen der Stadt, wo der wohlhabende Kaufmannsstand ansässig war, mit steinernen Straßengiebeln zu versehen“. Immerhin sind noch eine Anzahl recht charakteristischer Beispiele erhalten, von welchen einige auch unsere Abbildungen zeigen.

Der Hauptbesitzstand Hamburgs ist jedoch heute noch das Barockhaus. Hier ist starker niederländischer Einfluß unverkennbar. Es ist hauptsächlich der Giebel-

bau, der aus diesem Einfluß hervorgeht, der in Holland auf nationaler Entwicklung beruhte und lange den italienischen Einflüssen Widerstand leistete. Die geringe Breite der Grundstücke in Hamburg zwang zu einer Ausnutzung der Höhe. Eines der schönsten Beispiele dieser Art ist das Haus unserer Bildbeilage Gröninger-Straße 9. Der feineren Ausbildung des Barockhauses gegen die Ausbildung des Hauses der deutschen Renaissance kam zugute, „daß sich gegen Ende des 17. Jahrhunderts ein Stand theoretisch gebildeter, lediglich entwerfender Künstler, also Architekten im heutigen Sinne, allmählich gebildet hatte“. Daher stammen dann die Schönheiten der Einzelheiten, von denen wir einige charakteristische Beispiele aus dem Werk wiedergeben.

Ein ungemein wertvoller Bestandteil des Werkes ist das Tafelmateriale. Es ergänzt das Textkapitel mit Aufnahmen nach der Natur über die Formgebung, wie durch geometrische Darstellungen schönster und klarster Art über die Anlage, die Konstruktion und den inneren Ausbau des Hauses, das Ranck bearbeitete. Von den Hausarten werden unterschieden das Kaufmannshaus mit und ohne Hofflügel, das Kleinbürgerhaus, die Bude und der Wohnkeller. Das Haus selbst wird geschildert nach den einzelnen Räumen und nach seinem Zubehör. Die Konstruktion betrachtet Fundamente, Wände, Decken, Dächer und Baustoffe. Der innere Ausbau zerfällt in die Schilderung der Fußböden, Wände, Fenster, Türen, Decken, Dielen, Heizung und Wasserversorgung. Alle Darstellung erfreut durch sachliche Gründlichkeit und durch liebevolles Eingehen auf die Einzelheiten. Wir haben nicht viele Werke von dem Werte des vorliegenden. Die Verfasser wollten ein „Quellenwerk“ schaffen, „das auch bei unaufhaltbarem Verluste aller noch vorhandenen Denkmäler eine ausreichende Vorstellung ihrer Art und ihrer Einzelheiten geben könnte“. Diese Absicht ist glänzend gelungen. —

—H.—

Vermischtes.

Zur Wertschätzung bautechnischer Arbeit. Ein Fachgenosse in Greifswald schreibt uns u. a. Folgendes: „In No. 75 der „Deutsch. Bauztg.“ bringen Sie eine Notiz „Zur Wertschätzung bautechnischer Arbeit“. Die Redaktion knüpft daran die Bemerkung, daß das Grenzstädtchen Seidenberg keinesfalls so weit aus der Welt liege, daß man nicht auch dort wissen könnte, daß jeder Arbeiter, übe er nun Kopf- oder Händearbeit, seines Lohnes wert ist. Ich möchte Ihnen nachstehend noch einen weiteren Beitrag zu diesem Thema senden, woraus ersichtlich ist, daß man die geistig-technische Arbeit auch in solchen Kreisen nicht zu schätzen weiß, welche im Mittelpunkt des geistigen Lebens in einer Universitätsstadt stehen. Der Sachverhalt ist folgender: Eine studentische Körperschaft, der Akademische Turnverein, hatte die Absicht, ein Vereinshaus für ihre Mitglieder zu erbauen. Bereits im Jahre 1909 wurde ich von den Vorstandsmitgliedern bezw. den Baukommissionsmitgliedern wiederholt zu Vorbesprechungen eingeladen. Ich war auch dem Verein bei der Wahl eines Bauplatzes behilflich und arbeitete auf Wunsch der Vorstandsmitglieder mehrere Skizzen für das Vereinshaus aus. Der Baubeginn verzögerte sich deshalb, weil die Baugelder noch nicht vollständig gesammelt waren. Als nun diese im Jahre 1911 (etwa 40000 M.) bereit standen, hatte ich natürlich geglaubt, daß mir die weitere Entwurfsbearbeitung und Bauleitung übertragen würde. Statt dessen bekam ich aber die ehrenvolle Aufforderung, mit zwei Bauunternehmern in Entwurfs-Wettbewerb einzutreten, wobei Entwurf nebst Kostenanschlag verlangt wurde — natürlich kostenlos und ohne jede Verbindlichkeit. Wer den besten und billigsten Bauentwurf lieferte, sollte mit der Ausführung des Baues beauftragt werden. Ich lehnte einen derartigen Wettbewerb kurzerhand ab und teilte dem betreffenden Herrn Professor mit, daß ich unter diesen Umständen natürlich meine Vorarbeiten nach der Gebührenordnung für Architekten berechnen müsse. Durch diese Ablehnung wurden die Herren Professoren doch stutzig und wandten sich an den hiesigen Herrn Universitäts-Baubeamten. Dieser machte den Vorstand des Vereins ebenfalls auf das Unzulässige eines kostenlosen Preisausschreibens unter Bauunternehmern und Architekten aufmerksam und es ist seinem Einfluß gelungen, einen beschränkten Wettbewerb mit zwei Preisen (250 und 100 M.) und drei Unkosten-Entschädigungen (je 50 M.) unter fünf hiesigen Architekten zustande zu bringen. Da ich nun wegen meiner ablehnenden Haltung betreffs des zuerst geplanten kostenlosen Wettbewerbes bei einigen der Herren Professoren in Ungnade gefallen war, und außerdem wegen meiner Forderung für die Vor-

entwürfe usw. mit dem Vorstand in Meinungsverschiedenheit geriet, wollte ich mich an dem neuen Wettbewerb, zu dem ich auch aufgefordert war, aus nahe liegenden Gründen nicht beteiligen. Doch riet mir der akademische Baubeamte, welcher auch Preisrichter war, den Wettbewerb mitzumachen. Ich lieferte einen Entwurf und bekam dafür den II. Preis. Der Gewinner des I. Preises, ein städtischer Baubeamter, verzichtete infolge seiner amtlichen Stellung auf die weitere Entwurfsbearbeitung und Bauleitung. Man hätte nun glauben müssen, daß mir als dem Gewinner des II. Preises die weitere Entwurfsbearbeitung und Bauleitung übertragen würde, um so mehr, als ich doch von vornherein für diesen Bau tätig war und seitens der technischen Preisrichter (zwei Regierungsbaumeister) für die Bauleitung auch empfohlen wurde. Jedoch hat die Baukommission des Akad. Turnvereins mit fünf gegen eine Stimme beschlossen, einem anderen Architekten, welcher den Wettbewerb auch mitgemacht hatte, aber keinen programmäßigen Preis erhielt, den Bauauftrag zu geben.

Die Handlungsweise dieses Vereins charakterisiert sehr deutlich, wie wenig Verständnis für die Bewertung und Behandlung architektonischer und technisch-geistiger Arbeit teilweise auch in akademischen Kreisen vorhanden ist und wie man als Privatarchitekt für das Vorgehen gegen die kostenlose Ausnutzung des Architektenstandes behandelt werden kann. —

Denkmalpflege. Das Kunstgewerbemuseum zu Berlin veranstaltet von Oktober bis Dezember 1911 einen Vortragszyklus von 6 Vorträgen des Regierungsrates Erich Blunck: „Denkmalpflege mit Bezug auf Baukunst und Kunstgewerbe“. Die Vorträge finden Montags abends pünktlich von 8 $\frac{1}{2}$ bis 9 $\frac{1}{2}$ Uhr im großen Hörsaal Prinz-Albrecht-Straße 7-8 (Hof) statt und beginnen am Montag, den 16. Okt. Zutritt unentgeltlich. —

Wettbewerbe.

Ein Preisausschreiben um Skizzen für den Neubau eines israel. Kreis-Asyls in Neustadt a. d. Haardt erläßt der israel. Kreis-Asyl-Verein, E. V. für in der Pfalz, Mannheim und Frankfurt a. M. wohnende Architekten, die zugleich Mitglieder des „Verb. Deutsch. Arch. u. Ing.-Vereine“ sind, mit Frist zum 1. Dezember 1911. Gesamtpreisumme 2200 M., die auf 3 Preise verteilt werden soll. Unter den Preisrichtern: Ed. Brill, Dir. des pfälz. Gew.-Museums u. d. Kreisbauschule in Kaiserslautern, Geh. Ob.-Brt. Prof. Hofmann in Darmstadt, Arch. Wilhelm Schulte in Neustadt a. d. H., kgl. Bauamtman Ullmann in Speyer. Ersatzleute: Stadtbmstr. Sternlieb und Dir.-Rat A. Wünsch, beide in Ludwigshafen a. Rh. Unterlagen durch den oben genannten Verein in Speyer. —



* BEILAGE FÜR VEREINE *

Von der 40. Abgeordneten-Versammlung des „Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ zu Münster i. W. (Schluß.)



ine lebhafte Aussprache knüpfte sich an die Frage, ob die Schiedsgerichte in Bau-sachen ersetzt werden sollen durch Sondergerichte. Vertreter des Essener Vereins, welcher die Frage zuerst angeregt hatte, führen aus, daß die Hamburger Vorschläge, die Schiedsrichter durch den Verein ernennen zu lassen, sich in größeren Bezirken nicht ohne weiteres durchführen lasse. Die Frage sei also noch keineswegs spruchreif. Hr. Dr.-Ing. Gleim, Hamburg, tritt dagegen entschieden für die Aufrechterhaltung der Schiedsgerichte ein, hierfür solle sich der Verband auf alle Fälle aussprechen. Die Frage des Ausbaues der Schiedsgerichte müsse allerdings noch gründlich geprüft werden. Der Vorstand wird ermächtigt, diese Nachprüfung einem aus den großen Ausschüssen für Architektur und Ingenieurwesen zu bildenden Arbeitsausschuß zu übertragen.

Der Antrag des Vorstandes, gegen die Einführung des 2. Teiles des Gesetzes über die Sicherung der Bauordnungen bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, wird fallen gelassen, da trotz der lebhaften Agitation, die von den Innungsverbänden und Handwerkskammern für die Einführung desselben zurzeit im Gange sei, eine solche wohl von keiner Regierung eines Bundesstaates in absehbarer Zeit zu erwarten sei. Man wolle zunächst abwarten, wie sich die z. B. in Preußen vom Handelsminister vorgeschlagene schärfere Anziehung des § 15 der Gew.-Ord. und die sonstigen in Vorschlag gebrachten Maßregeln in ihren praktischen Erfolgen bewährten.

Der Geschäftsführer teilt noch mit, daß der Hr. Reichskanzler den Antrag, im Jahre 1914 zu einem Architekten-Kongreß in Deutschland von Reichs wegen einzuladen, zwar abgelehnt habe, aber der Frage für eine spätere Zeit jetzt doch günstig gegenüber stehe. Ferner sei auch die Entsendung eines Vertreters des Reiches nach Rom nicht beabsichtigt, doch habe der Reichskanzler dem preuß. Minister der öffentl. Arbeiten anheim gestellt, seinen etwaigen Vertreter auch als Reichsvertreter gelten zu lassen.

Den Schluß der eigentlichen Verhandlungen bildet ein Antrag des Hrn. Brt. Redlich, Berlin, die Wohnungsfrage vom wirtschaftlichen Standpunkt auch im Verbands eingehender zu behandeln und außerdem dem Verband auf Wohnungskongressen usw. durch offizielle Vertretung eine einflußreichere Stellung zu verschaffen. Da es nicht wünschenswert erscheint, die Zahl der Verbandsausschüsse noch um einen weiteren selbständig arbeitenden zu ver-

mehren, und da die Frage sich auch von der Bauordnungsfrage schwer trennen läßt, so soll auf Antrag Baumeister der Ausschuß für neuzeitliche Bauordnungen durch einige Herren verstärkt werden, die sich besonders mit der wirtschaftlichen Seite der Frage mehr befaßt haben.

Die Verhandlungen schließen mit dem Dank, den Hr. Baumeister in warmen Worten dem Vorstand für seine Geschäftsleitung im vergangenen Jahre, besonders aber dem scheidenden Vorsitzenden, Hrn. Reverdy, ausspricht, und mit einem kurzen Gedankendank des letzteren.

Auch der Nachmittag des zweiten Verhandlungstages wurde ausgefüllt durch Besichtigung vorwiegend älterer Bauten der Stadt Münster, die in ihren zahlreichen bedeutenden Kirchen, ihren vornehmen Adelshöfen, ihren gut erhaltenen Bürgerhäusern eine Fülle künstlerischer Bauwerke aus allen Stilepochen und in ihren alten Straßen der Innenstadt eine Reihe malerischer Straßenbilder besitzt, wie sie nur noch wenige andere Städte Deutschlands aufzuweisen haben. Namentlich der altherwürdige, zum Teil noch romanische Dom mit seiner stimmungsvollen Umgebung, die von Hertel mit reichem gotischen Turmhelm ausgestattete Lamberti-Kirche, an deren äußerer Wiederherstellung noch fleißig gearbeitet wird, das prächtige alte Rathaus mit dem feinen Maßwerk seines reichgegliederten Giebels und dem noch gut erhaltenen Friedenssaal mit reichem Schnitzwerk, in dem der westfälische Frieden abgeschlossen worden ist, mit dem endlich den Greueln und Verwüstungen des dreißigjährigen Krieges ein Ziel gesetzt wurde, schließlich das ehemals fürstbischöfliche Schloß, das Schlaun in reichem Barock errichtete und zum Teil auch noch selbst im Inneren ausstattete, sind hervorragende Zeugen von dem hohen Stande der Baukunst und des Kunstgewerbes aus Münsters glanzvoller Vergangenheit. Mit besonderem Interesse wurde auch das Wohnhaus von Schlaun besichtigt, das sich dieser selbst errichtet hat und eine außerordentlich geschickte, den besonderen Bedürfnissen des Erbauers angepaßte Grundrißbildung aufweist. Es wird jetzt im Inneren unter möglichster Schonung alles noch brauchbaren Alten von Arch. Hensen, dem Münster auch sein neues Rathaus verdankt, wieder im alten Charakter hergestellt. Ein Rundgang um die prächtigen Anlagen, die an Stelle der alten Wälle getreten sind und an einigen Punkten schöne Ausblicke auf die Stadt gewähren, ergänzte die Besichtigung der Innenstadt. Auf Einzel-



heiten einzugehen, müssen wir uns leider versagen; wir verweisen auf die Abbildungen in No. 73.

Ein fröhliches Festmahl in den Räumen des Stadt-Theaters, gewürzt mit heiteren Reden und einem anspielerreichen Festspiel, als dessen Verfasser wir wohl Hrn. Reg.- u. Brt. Kofß in Münster bezeichnen dürfen, schloß die Veranstaltungen in Münster selbst, während am Sonntag noch eine große Zahl der Teilnehmer sich zu

einer gemeinsamen Fahrt zum Schiffshebewerk bei Henrichenburg und der Baustelle der neuen Schachtschleuse daselbst zusammenfanden, um schließlich im alten, von Stadtr. Kullrich wieder ausgebauten Rathaus zu Dortmund als Gäste des dortigen Vereins die Tagung der 40. Abgeordneten-Versammlung zu schließen, die fast zu viel des Guten bot, sicherlich aber allen Teilnehmern in bester Erinnerung bleiben wird. —

Fr. E.

Der IX. Verbandstag des „Deutsch-österreich.-ungar. Verbandes für Binnenschifffahrt“ in Berlin.

Die vom 17.—21. September stattgehabte Tagung in Berlin, die sich einer guten Beteiligung erfreute, wurde am Sonntag den 17. September durch einen Empfang in den vornehmen Räumen der Berliner Handelskammer eröffnet, bei welchem der erste Vizepräsident, Generalkonsul von Mendelsohn, auf den ganz besonders hohen Wert der Wasserstraßen für Berlin hinwies, das seine industrielle Bedeutung zum großen Teile dem Umstand verdanke, daß es das Zentrum eines weit verzweigten Wasserstraßennetzes bilde, auf dem im Vorjahre nicht weniger als 8,8 Mill. t Güter eingeführt und ausgegangen seien. Deshalb habe die Handelsvertretung von Berlin alle Ursache, den Wasserstraßen ihre vollste Aufmerksamkeit zuzuwenden und sei daher besonders erfreut, daß der Verband den ersten Abend der Tagung gerade als Gast der Handelskammer verbleibe. Mit einem Hoch auf den Verband, dessen Arbeiten er, namentlich auch in dem beabsichtigten erweiterten Rahmen einer Einbeziehung der Schweiz, den vollsten Erfolg wünsche, schloß Redner seine Ansprache, der sofort die Dankesworte des Kongreß-Vorsitzenden, Geh. Reg.-Rat Prof. Flamm, von der Technischen Hochschule in Charlottenburg, folgten. Redner wies dabei auf die Bedeutung der Handelskammern für das Wirtschaftsleben in Preußen hin und betonte die Notwendigkeit, bei dem scharfen Wettbewerb aller Nationen auch die staatlichen Verwaltungen immer mehr mit kaufmännischem Geist zu durchdringen.

Am Montag, den 18. d. M., wurden die Verhandlungen im Sitzungssaal des Abgeordneten-Hauses durch kurze Begrüßungsworte des Vorsitzenden eröffnet. Neben dem Protektor des Verbandstages, dem Regenten von Braunschweig, waren zahlreiche Vertreter der Reichs- und preuß. Staatsregierung, sowie aus anderen Bundes-Staaten, aus Oesterreich, Ungarn und der Schweiz erschienen. Darauf hielt der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten von Breitenbach eine Ansprache, in welcher er hervorhob, daß die auf die Verbesserung der Binnenschifffahrt gerichteten Ziele des Verbandes einer Förderung durch das Reich und den preußischen Staat gewiß sein könnten, denn sie deckten sich mit Aufgaben, die sich auch der Staat gestellt habe, und namentlich Preußen habe durch die Größe der Mittel, die es für die Binnenschifffahrt bereitgestellt habe, bewiesen, wie sehr es deren Bedeutung anerkenne. Allein in dem letzten Jahrzehnt seien an außergewöhnlichen Mitteln etwa 450 Mill. M. für ihre Zwecke bereit gestellt und zum großen Teil auch schon verwendet worden, 530 km Kanäle seien im Bau und ebenso 260 km kanalisierter Flußstrecken. Redner bezeichnet die Wasserstraßen als die gleichberechtigte Schwester der Eisenbahnen, die im friedlichen Wettbewerb gemeinsam große volkswirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen hätten. Der Minister wandte sich dann den Arbeiten in den anderen Bundesstaaten zu und ging schließlich über auf die Bedeutung der Wasserstraßen in den wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands mit Oesterreich-Ungarn. Die deutsch-österreichisch-ungarische Binnenschifffahrt sei zweifellos noch weiterer Entwicklung fähig und es sei beharrlicher Arbeit wert, dieses Ziel weiter zu verfolgen, wie das vom Verbands geschehe, dessen Arbeiten er den besten Erfolg wünsche.

Aus der Reihe der weiteren Ansprachen sei nur noch diejenige des Stadtverordneten Brt. Herzberg erwähnt, der die Versammlung namens der Stadt Berlin begrüßte, dann folgte die Wahl der Kongreßleitung, die folgendes Ergebnis hatte: Geh. Reg.-Rat Prof. Flamm, Berlin, Präsident, Prof. Dr. Ruß, Wien, Prof. v. Klovafß, Budapest, Geh.-Rat Dr. v. Schuh, Oberbürgermeister von Nürnberg, Vizepräsidenten. Hieran schloß sich die Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten und darauf als erster Punkt der Tagesordnung die Berichterstattung über den Stand der Wasserstraßen in den Verbandsländern, für welche eine Reihe von Referenten auftraten.

Zum Stande der Frage in Oesterreich äußerte sich zunächst Hofrat Prof. Oelwein in Wien, der die Befürchtung aussprach, daß von dem großzügigen Wasser-

straßengesetz vom 11. Juni 1901 nicht allzu viel verwirklicht werden dürfte. Ihm folgte Ob.-Brt. Rubin aus Prag, der, soweit wenigstens Böhmen in Betracht kommt, etwas hoffnungsvoller in die Zukunft sieht. In technisch-wirtschaftlicher Hinsicht bezeichnet er die von Gegnern des Baues von Kanälen an deren Stelle in Vorschlag gebrachte Ausführung von Hochwasserbecken im Gebirge, aus denen in trockenen Zeiten dem Unterlauf Wasser zugeführt werden soll, als undurchführbar. Mit diesen Mitteln sei nicht entfernt der erforderliche Tiefgang für die Großschifffahrt zu schaffen. Während z. B. für die Strecke Aussig—Prag die Kanalisierung 44 Mill. K. erfordere, würden 150 Mill. K. für ein solches Hochwasser-Sammelbecken ausgegeben, noch nicht die nötige Wassertiefe sichern, es würden höchstens Schiffe mit halber Ladung fahren können. Als letzter österreichischer Redner sprach Prof. Smrzek aus Brünn, der die Ausführungen der Vorredner noch in einigen Punkten ergänzte. Die Versammlung nahm dann die nachstehende Erklärung an:

„Der deutsch-österreichisch-ungarische Verband für Binnenschifffahrt hat das österreichische Wasserstraßengesetz vom 11. Juni 1901 seinerzeit mit aufrichtiger Freude begrüßt. Durch die schiffbare Verbindung der Donau mit der Elbe und Oder würde das seit mehr als einem Jahrhundert angestrebte Ziel der Herstellung eines mitteleuropäischen Wasserstraßennetzes vom Schwarzen Meere bis an die Häfen der Nord- und Ostsee im Sinne eines modernen und leistungsfähigen Verkehrsmittels erreicht werden, das zu einem bedeutenden Aufschwung des Handels und des Verkehrs in den Verbandsstaaten Deutschland, Oesterreich und Ungarn beigetragen hätte. Die wirtschaftliche Tragweite eines solchen mitteleuropäischen Wasserstraßennetzes, einerseits im Anschluß an die nördlichen Meere, andererseits an die an der unteren Donau gelegenen Staaten und in weiterer Folge an die im westlichen Asien schon in Ausführung begriffenen Eisenbahnen läßt sich ziffernmäßig gar nicht ermessen. Die Entwicklung des Handels und die Erschließung neuer Absatzgebiete fördert die Macht und die Kraft der Staaten und den Wohlstand ihrer Bevölkerung. Die finanziellen Opfer, welche die Verbandsländer für die Durchführung dieser schon erprobten neuen Verkehrswege bringen würden, sind daher eine wertvolle und produktive Kapitalanlage. Nach Durchführung der im preußischen Wasserstraßengesetz vom 1. Mai 1905 vorgesehenen Arbeiten, die bereits in Angriff genommen wurden, werden die Hauptarterien dieses mitteleuropäischen Wasserstraßennetzes auf deutschem Boden der Vollendung näher gebracht sein. Die Verbindung der Wasserstraßen mit der Donau auf österreichischem Boden ist dann der Schlußstein dieses großen Werkes. Von den im österreichischen Wasserstraßengesetz vom 11. Juni 1901 vorgesehenen Wasserstraßen sind nur die Kanalisierung der Moldau in Prag und die Regulierung und Kanalisierung der mittleren Elbe bisher in Angriff genommen worden. Die Herstellung einer Schifffahrtsverbindung von der Donau an das deutsche Wasserstraßennetz ist leider in die Ferne gerückt, obwohl die Bauprojekte für einen Donau-Oder-Weichsel-Kanal schon fertiggestellt wurden und am Verbandstage in Linz ausgestellt waren.

Der deutsch-österreichisch-ungarische Verband für Binnenschifffahrt erkennt nicht die großen finanziellen Schwierigkeiten, die mit der Durchführung aller im österreichischen Wasserstraßengesetz vom Jahre 1901 vorgesehenen künstlichen Wasserstraßen zu einem kurzfristigen Termin verbunden wären. Er spricht aber nach reiflicher Erwägung seine Ueberzeugung dahin aus, daß bei der Auswahl der in Oesterreich in die erste Bauperiode einzustellenden Wasserstraßen aus wirtschaftlichen Gründen die Erreichung des eingangs angedeuteten Zweckes maßgebend sein soll. Der Verband legt aus diesem Grunde besonderen Wert auf den Ausbau der schiffbaren Verbindung von der Donau zur Oder mit einer Fortsetzung an die Weichsel nach Krakau; weiter auf die Durchführung der Kanalisierung der Moldau durch Prag im Anschluß an die im Bau stehenden Kanalisierungsarbeiten der Moldau und Elbe; ferner auf die Fortsetzung und Vollendung der Regulierungs- und Kanalisierungs-

Arbeiten an der mittleren Elbe von Melnik bis Jaromir, da eine Einstellung dieser Arbeiten mit den größten Gefahren bei Eintritt vom Hochwasser verbunden wäre. Der deutsch-österreichisch-ungarische Verband für Binnenschifffahrt empfiehlt diesen nach reiflicher Erwägung gefaßten Beschluß der österreichischen Regierung zur wohlwollenden Erwägung und Annahme.“

Ueber die Wasserstraßenfrage in Ungarn berichteten Ob.-Ing. Maurer und Techn. Rat E. Macher aus Budapest, über den Stand der Frage in Deutschland Reg.-Bmstr. Hoebel in Hamm. Redner verbreitete sich in eingehendem, von zahlreichen Lichtbildern unterstützten Vortrag über den Ausbau des Kanalnetzes in Deutschland (Bayern ausgenommen), der im Westen im allgemeinen für 600 t Schiffe (nur Rhein-Herne-Kanal für 1000 t Rhein-Schiffe), im Osten für 400 t erfolge. Nicht weniger als 335 Mill. M. seien durch Gesetz vom 1. April 1905 für den Ausbau der preuß. Wasserstraßen vorgesehen, bei welchem zugleich die Interessen der Landeskultur angemessene Berücksichtigung finden. Redner ging dann auf die in Ausführung begriffenen Wasserstraßen—Rhein-Herne-Kanal, Erweiterung des Dortmund-Ems-Kanales, Großschiffahrtsweg Berlin—Stettin, Regulierung der Havel,

Ausbau des Oder-Spree-Kanales, Regulierung der Warthe und Netze, masurischer Kanal usw. — nebst ihren besonderen Bauanlagen kurz ein; dabei wurden die nicht geringen Schwierigkeiten berührt, die dem Bau des Rhein-Herne-Kanales durch die infolge des Bergbaues entstehenden Bodensenkungen erwachsen, und ferner die Anlage der Eder-Talsperre, die mit 202 Mill. cbm Wasser-Aufspeicherung die größte der Welt sein wird. Redner konnte seinen Vortrag mit der Versicherung schließen, daß die Arbeiten im wesentlichen in der vorgesehenen Zeit auch für den Verkehr fertig gestellt sein würden.

Die Ausführungen des letzten Redners zu diesem Thema, Generalsekretär Steller aus Nürnberg, behandelten die bayerische Wasserstraßenpolitik, die in der Erreichung einer Verbindung zwischen Rhein und Donau durch Ausbau der Main-Wasserstraße und des Main-Donau-Kanales gipfelt, eine Verbindung, die für die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns, das auch seinen Anschluß an das Meer erreichen müsse, von größter Bedeutung sei.

Den Beschluß des ersten Verhandlungstages bildete ein Vortrag von Prof. Flamm über „die Anwendung des Motors in der Binnenschifffahrt“, der vom technischen Standpunkt großes Interesse bot. — (Schluß folgt.)

Von der gemeinsamen Tagung für Denkmalpflege und Heimatschutz in Salzburg 1911.

(Fortsetzung.)

Den Vortrag des Begrüßungsabends, ausgestattet durch vortreffliche Lichtbilder, hielt Professor Dr. Strzygowski aus Wien über: „Die Kunstdenkmäler im Stadtbilde Salzburgs“. Die erste gemeinsame Tagung für Denkmalpflege und Heimatschutz möge, so leitete Strzygowski seinen Vortrag ein, ihre Wirkung gleich darin üben, daß die Denkmäler Salzburgs nicht für sich, sondern im Rahmen des Stadtbildes betrachtet werden, Vergangenheit und Zukunft des Stadtganzen im Vordergrund der Betrachtung stehen. Das einst von den Felsen und der Salzach (Gries und Kai) gebildete Spitzoval bekam von dem Bischof Rupert ebenso wenig wie in römischer Zeit eine regelmäßige Anlage. Das Petersstift war der Ausgangspunkt; daran anschließend entstanden die jetzige Franziskaner-Kirche und der Dom. Um dieses Zentrum gruppierte sich die bürgerliche Stadt. Ein großes Gebiet, der Frauengarten, der jetzt Kollegium und Marstall umschließt, blieb reserviert, damit die ganze Bergseite vom Nonnenberg bis zum heutigen Aufzug. Diese Lagerung zeigt deutlich der in St. Peter erhaltene Stadtplan von 1553. Man sieht darin die romanischen und gotischen Kirchen. Die nordische Bauweise war so eingebürgert, daß noch 1577 die Bürger-Spitalskirche gotisch errichtet wurde. Es wird daher schwer glaublich, was A. Riegl für die gesamte Kunst-Entwicklung Salzburgs nachweisen wollte, daß das Bedeutende und Eigenartige dort nur dem italienischen Einfluß zu danken sei. Es war weder der alte, wie in Rom zerstörte Dom notwendig von der Lombardei abhängig, noch zeigt der Chor der Franziskaner-Kirche eine Art italienisches Barock neben der Gotik. Vielmehr stehen diese Bauten auf gleicher Linie mit anderen bayerischen der romanischen und gotischen Zeit und dieselbe nordische Bodenständigkeit gilt auch für das interessante Salzburger Bürgerhaus.

Dieses Haus erscheint undeutsch, weil es in seiner ausgebildeten Form weder Giebel noch Erker hat. Bezeichnend dafür ist das sogenannte Grabendach, das hinter horizontal abschließenden Mauern verschwindet. Da es schon im Stadtplan von 1553 in allen seinen Varianten vorkommt, wird es wohl schwerlich italienischen Ursprungs sein. Seine Geschichte muß in Bayern und Oberösterreich studiert werden.

Salzburg wird in seinem Denkmalbau italienisch, nicht wie sonst der Norden mit der Renaissance, die Salzburg nicht kennt, sondern um 1600, seit der in Rom aufgewachsene Kardinal-Nepot Wolf Dietrich, eine zähe Tyrannennatur, aus Salzburg eine Art päpstlichen Hofes macht. Damals erhält das Stadtbild seine innere Struktur, wie bald darauf durch Paris Lodron seine äußere. In Salzburg entsteht mitten in der alten Bürgerstadt die neue bischöfliche Residenz; was im Wege ist, wird zurück gedrängt in die Enge der alten Uferstraßen oder den nicht minder engen Raum des befestigten Dreieckes am anderen Salzach-Ufer. Es gehört mit zum Interessantesten, den einzelnen Monumentalbauten und ihren Schöpfern, den Scamozzi, Solari, Daria, Zugalli, nachzugehen und dem großen Barockmeister Oesterreichs, Fischer v. Erlach, als Sieger zu folgen.

Der Vortragende kann sich jedoch dabei nicht aufhalten. Ihm liegt näher, dem Tag für Denkmalpflege und Hei-

matenschutz die Probleme der heutigen Stadtentwicklung vorzuführen. Ausgehend von der Anlage des Bahnhofes, folgt er dem Straßenzuge nach der Stadt, bespricht die Anlage von Stadtsälen und die Ausgestaltung des Platzes zwischen Schloß Mirabell und Andräkirche, dann das Mozarteum und die drohende Umgestaltung des alten Stadtkernes. Zum Schluß berührt er die bisherigen Wiederherstellungen und schließt mit der Grabschrift des 1801 verstorbenen Erbauers des Neutor-Tunnels Hagenauer:

„Hier ruht ein Mann,
Der zu Juvavums Ruhm vom Pfluge
Zum Lehramt sich erschwang,
Der seine Schüler auf den Pfad geleitet,
Wie einst Korinth und Rom den Bau geführt.
Gebäude, die dem Einsturz drohten,
Stellt er zu neuer Dauer her.
Die Tempel, die der Gottheit heilig,
Paläste, die des Fürsten Wohnsitz waren,
Sind, wenn der Neider tückisch schweigt,
Hiervon die redendsten Beweise.“

Möge die in diesen Versen durchsichtige Situation durch das Zusammenwirken von schaffenden Künstlern, Kunsthistorikern, Bauherren und Heimatfreunden auf den Tagen für Denkmalpflege überwunden und der Tag von Salzburg einen wolthätigen Einfluß auf die Entwicklung der Dinge in Oesterreich ausüben.

Der Vortragende berührte auch kurz Versündigungen an dem Stadtbild (Justizgebäude und Mönchsberg-Durchbruch bei St. Peter). Er erntete für seine Ausführungen lebhaften Beifall. —

Der erste Verhandlungstag wurde am 14. September vormittags in der akademischen Aula, in der am Abend vorher die Begrüßung stattgefunden hatte, eröffnet durch den Vorsitzenden, Geh. Hofrat Prof. Dr. v. Oechelhäuser-Karlsruhe mit einer Ansprache, in der er die Tagung als erste gemeinsame Versammlung des Tages für Denkmalpflege und des Bundes für Heimatschutz, und sodann als erste Tagung auf österreichischem Boden würdigte. Die Gemeinsamkeit der Tagung alle zwei Jahre würde beide Teile in ihrer Arbeit kräftig fördern, ohne sie im übrigen irgendwie in ihrer Selbständigkeit zu beschränken. In Bezug auf Oesterreich wies der Redner hin auf die vorbildliche Tätigkeit des verstorbenen Freiherrn von Helfert und der k.k. österr. Zentralkommission, die dieser ein halbes Jahrhundert geleitet hat, und betonte, daß der persönliche Verkehr zwischen den deutschen und den österreichischen Denkmalpflegern und Heimatschützern eine gegenseitige Belichtung mit neuen Ideen, einen belebenden Austausch von Erfahrungen und eine fruchtbare gegenseitige Kritik herbeiführen werde. Unsere Erfahrungen und Bestrebungen werden umsonst sein, wenn sie nicht so ins Volk eindringen, daß alle Kreise von der Richtigkeit und Nützlichkeit der Denkmalpflege und des Heimatschutzes fest überzeugt sind. Andererseits bedürfen wir aber auch der wohlwollenden und tatkräftigen Teilnahme der höchsten Stellen. Daß wir uns ihrer in vollem Maße zu erfreuen haben, beweise die Tatsache, daß Se. kaiserl. Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand von Oesterreich-Este das Protektorat der Salzburger Tagung übernommen habe. Mit warmen Worten gedachte dann der Redner des Kaisers von Oesterreich und des deutschen Kaisers, unter deren Re-

gierung alle künstlerischen Bestrebungen, besonders um Denkmalpflege und Heimatschutz, sich der treuesten Pflege erfreuen.

Darauf begrüßte Prinz Franz von und zu Liechtenstein die Tagung im Auftrage des Erzherzogs Franz Ferdinand, zugleich auch den Prinzen Johann Georg, Herzog zu Sachsen, wobei er die Verdienste des sächsischen Fürsten um die Förderung der Künste würdigte und die Vorzüge des sächsischen Heimatschutzgesetzes, das den engen Begriff der zu schützenden Denkmäler so erfreulich erweitert hat, hervorhob.

v. Oechelhäuser feierte seinerseits das künstlerische Mäzenatentum des fürstlichen Hauses Liechtenstein. Weiter teilte er mit, daß der 4. Band der Kunsttopographie der deutschen Kunstdenkmäler, bearbeitet von Dehio in Straßburg, erschienen sei, und daß auch der 5. abschließende Band im nächsten Jahre fertig vorliegen werde.

„Ueber die Fortschritte und die Entwicklung der Denkmalpflege in Deutschland“ sprach dann der Provinzialkonservator der Rheinprovinz Clemen aus Bonn. Redner warf die Frage auf, ob das letzte Jahrzehnt wirklich eine Entwicklung darstelle. Im Jahre 1900 habe auf dem denkwürdigen Tage für Denkmalpflege in Dresden Cornelius Gurlitt zuerst mit voller Entschiedenheit sich für die Arbeit an den Denkmälern im Sinne und im Zusammenhang mit der lebendigen Kunst ausgesprochen und in der ganzen Entwicklung dieser letzten zehn Jahre erscheine sichtlich dieser Gedanke als Leitmotiv. In der Gesetzgebung des Denkmalschutzes in Deutschland sei die Möglichkeit einer Regelung durch Reichsgesetzgebung, wenn auch nur für das Gebiet der schwer zu definierenden Altertumsfunde, ganz zurückgetreten. Alles scheine der Landesgesetzgebung überlassen. Ein förmliches Denkmalschutzgesetz hat nur das Großherzogtum Hessen, in seiner Art mustergültig, mit einer Fülle von Ventil und Maßregeln, die die Schärfe der Bestimmungen zu mildern geeignet sind. In den letzten Monaten hat das Großherzogtum Oldenburg sich gleichfalls mit einem Denkmalschutzgesetz angeschlossen, aufgebaut auf der Voraussetzung des Klassements, der namentlichen Nennung der Denkmäler und ihrer Eintragung in eine Denkmalliste. In den süddeutschen und mitteldeutschen Staaten beruht sonst der Denkmalschutz auf dem allgemeinen Hoheitsrecht des Staates und auf älteren Einzelbestimmungen. Der Redner behandelte im besonderen die Lage in Bayern, Württemberg und Baden. Das Königreich Preußen hat bekanntlich den Versuch gemacht, in seinem Gesetz gegen die Verunstaltung von Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gegenden vom 15. Juli 1907 den Denkmalschutz mit in den Schutz der Ortsbilder und der Landschaft einzubeziehen. Tatsächlich würde das Gesetz zugleich ein Denkmalschutzgesetz darstellen, wenn überall die hier vorgesehenen Ortsstatute von den Gemeinden gleichmäßig erlassen und folgerichtig gehandhabt würden. Die Schwierigkeit liegt darin, daß viele Gemeinden zögern. Diese Schwierigkeit hat das auf Grund des preußischen Gesetzes entworfene, aber diesem überlegene sächsische Gesetz beseitigt, das die Möglichkeit vorsieht, daß die staatlichen Behörden solche Ortsstatute erlassen, wenn die Gemeinden zögern und sich weigern, und das zugleich den Landschaftsschutz nicht nur für landschaftlich hervorragende Gegenden vorsieht, sondern auf das ganze Königreich ausdehnt. Den selbständigen Bestrebungen der Kirchengesellschaften zur Erhaltung ihrer Denkmäler, dem Vorgehen der großen Stadtverwaltungen widmet der Redner Worte lebhaftester Anerkennung. Im

Vereine.

Verein für Deutsches Kunstgewerbe Berlin. Neubauten und Innenräume in Lankwitz besichtigte kürzlich der Berliner Verein für Deutsches Kunstgewerbe. Seit wenigen Jahren erst ist Lankwitz in die Reihe der Vororte getreten, die sich bemühen, ihren Einwohnern soviel Annehmlichkeiten als nur möglich zu bieten. Sorgsam hat die Gemeindeverwaltung, an ihrer Spitze Bürgermeister Dr. Beyendorff, im voraus überlegt, wie der kräftig aufstrebende Ort sich entwickeln wird. Man hat deshalb frühzeitig schon den Geh. Hofbrt. Prof. Genzmer mit dem Aufstellen eines Bebauungsplanes betraut. Dieser Plan sieht zwischen mannigfaltig gestalteten Baugruppen wirkungsvolle Parkanlagen, Gartenhöfe, Gartenstraßen und Anderes vor. Ihn befolgt man jetzt mit großem Vorteil. Die elektrische Vollbahn Potsdamer-Bahnhof—Groß-Lichterfelde und eine Straßenbahn gewähren rasche Verbindung nach Berlin. Südöstlich der Bahn herrscht geschlossene Bauweise, nordwestlich der Bahn die ländliche Bauweise; dort entsteht ein Landhaus nach dem anderen. Diesen Landhäusern, wie sie Wilhelm Freiherr von Tettau,

übrigen seien Gesetzgebung und Bestimmungen nicht ein Ziel der Denkmalpflege, sondern nur ein Mittel; das ideale Ziel sei, daß alle Bestrebungen der Denkmalpflege getragen würden von der freudigen Unterstützung aller Volkskreise—und daher die Schutzgesetze überflüssig würden.

In der Organisation sind weiter große und wesentliche Fortschritte gemacht worden. In Preußen hat die dezentralisierende Tendenz sich noch weiter gezeigt, die den größeren Teil der Aufsicht und der praktischen Arbeit auf die Provinzen überträgt mit der Neigung, diese auch finanziell in erster Linie hier anzuspannen. In Süddeutschland herrscht, zumal in Bayern, eine zentralistische Tendenz. Bayern hat in seinem Generalkonservatorium, das über einen ausgedehnten Stab von kunsthistorischen und künstlerisch-technischen Arbeitskräften verfügt, eine vorbildliche Behörde geschaffen. Als Notwendigkeit erscheint überall die Einsetzung persönlicher Konservatoren oder Denkmalpfleger mit völliger persönlicher Verantwortung. Unter den größeren Bundesstaaten fehlt nur im Königreich Sachsen, wo im übrigen in praktischer Wiederherstellungstätigkeit Vorbildliches geleistet wird, die persönliche Spitze. Es zeigt sich endlich das Bestreben, neben den Konservatoren in der Form eines Denkmäler-Rates die in den einzelnen Ländern und Provinzen vorhandenen Bestrebungen und Kräfte der Denkmalpflege als eine letzte Instanz zusammenzufassen.

Den Wandel der Anschauungen im letzten Jahrzehnt zeigt die Geschichte der Tage für Denkmalpflege. Die großen Generaldebatten, wie sie auf einer Reihe von Tagungen stattgefunden haben und die eingehende Aussprache über wichtige Einzelfragen der Denkmalpflege, über die Wiederherstellung des Meißner Domes, des Heidelberger Schlosses, der Michaeliskirche zu Hamburg, des Wormser Domes haben hier eine fortschreitende Entwicklung gezeigt. Die Denkmalpflege ist ein Kind des Historismus. Der Höhepunkt der historischen Restaurierungssucht entsprach der Hypertrophie unseres geistigen Lebens, unserer lebendigen Dichtung und unserer lebendigen Kunst mit geschichtlichen Bestandteilen. Die Denkmalpflege ist in ihrer Entwicklung nur begreiflich als eine Parallele zur zeitgenössischen Kunst und sie muß sich notwendig mit dieser wandeln. Die erste Regung dieser neuen Anschauung wollte mit dem Bade das Kind ausschütten. Ueber diese Kinderkrankheiten ist die heutige Denkmalpflege glücklich hinaus. Sie steht auf dem historischen Boden, sie sieht darin aber keine Fessel, sondern sie zieht neue Kräfte aus ihm. Wie die reife Kunst von heute sieht sie in der Welt der historischen Vorbilder ein Arsenal von Waffen, eine Welt der Anregungen, nicht zum fälschenden Nachahmen, sondern zum künstlerischen Weitergestalten. Sie sucht, wo eine Weiterbildung des architektonischen Organismus eines Denkmals und vor allem seiner Ausstattung nötig ist, der lebendigen Kunst und vor allem der Kunst an sich die Türe zu öffnen und im übrigen die historischen Urkunden möglichst vor Entstellung und Fälschung zu bewahren. Mit einem lebhaften Bekenntnis zu dieser Form der Denkmalpflege, in der er allein ein Weiterleben der ganzen Bewegung für möglich hält, schloß der Redner.—

Im Anschluß an den Vortrag teilte Geh. Ob.-Reg.-Rat Dr. Münchgesang, Vertreter des preussischen Ministeriums der öffentlichen Arbeiten, mit, daß kein Tag vergehe, ohne daß mehrere preussische Gemeinden Ortsstatute einreichen oder sich deswegen mit dem Referenten in Verbindung setzen. Ausnahmen bestätigen die Regel. Das Vertrauen, das die Regierung mit dem Heimatschutzgesetz ausgesprochen, sei daher gerechtfertigt worden.—

(Fortsetzung folgt.)

S. Wolkenstein, Konrad Stumm, Martin Schreiber, Albert Gessner, Karl Richard Henker, Ekkehard Meyer, J. Campsen und andere erbaut haben, galt vor allen Dingen der Besuch des Vereins für Deutsches Kunstgewerbe. Manches der Häuser öffnete sich und bot den Besuchern dankenswerten Einblick in die Aufteilung der Räume und ihre Einrichtung. Dann sah man unter Führung des Direktors Prof. Dr. Schmidt das von F. und W. Hennings erbaute Realgymnasium und endlich unter Führung des Gemeindebau Rates Reg.-Bmstr. Dr.-Ing. Lipp das neue von Gebrüder Ratz erbaute Rathaus.—

Inhalt: Das Hamburger Bürgerhaus. — Vermischtes. — Wettbewerb. — Von der 40. Abgeordneten-Versammlung des „Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ zu Münster i. W. (Schluß.) — Der IX. Verbandstag des „Deutsch-österreich-ungarischen Verbandes für Binnenschifffahrt“ in Berlin. — Von der gemeinsamen Tagung für Denkmalpflege und Heimatschutz in Salzburg 1911. (Fortsetzung.) —

Hierzu eine Bildbeilage: Das Hamburger Bürgerhaus.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.